

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

325

Wien, am 1. Dezember 1932

Der städtische Voranschlag für das Jahr 1933.

Der Wiener Stadtsenat begann gestern gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933.

Den Bericht erstattete Stadtrat Dr. Danneberg, der unter anderem ausführte:

"Der Voranschlag 1933 ergibt ohne Wertdurchführung^{en} eine Einnahmensumme von 358'2 Millionen Schilling und eine Ausgabensumme von 359'9 Millionen Schilling, mithin einen Abgang von 1,683.000 Schilling. Das ist nicht einmal ein halbes Prozent der Ausgabensumme. Der Abgang wird auf die Kassenbestände und Guthaben der Gemeinde verwiesen.

Die Einnahmen der Gemeinde mit 358 Millionen Schilling sind hinter das Jahr 1925 zurückgeworfen, das noch 392 Millionen Schilling Einnahmen^{ohne Wertdurchführungen} hatte; mit den Ausgaben von 359'9 Millionen Schilling sind wir hinter das Jahr 1926 zurückgeworfen, das noch Ausgaben von 382 Millionen Schilling aufgewiesen hat. Der höchste Einnahmenstand seit dem Jahre 1919 war im Jahre 1929 mit 455 Millionen Schilling; gegenüber dem Jahre 1933 ergibt sich somit eine Differenz von 97'5 Millionen Schilling oder etwas mehr als 21 Prozent. Der höchste Stand an Ausgaben war im Jahre 1930 mit 461'8 Millionen Schilling; gegenüber 1933 besteht hier ein Rückgang von 101,900.000 Schilling, das sind 22 Prozent. Die Einnahmen und Ausgaben sind somit gegenüber dem Höchststand um rund 100 Millionen Schilling zurückgegangen. Der Bund hat im Jahre 1929 an Ausgaben 2.010 Millionen Schilling ausgewiesen; bei Umrechnung des Nettobudgets des Bundes für 1933 auf ein Bruttobudget ergeben sich 1.974 Millionen Schilling, somit eine Differenz von nur 36 Millionen Schilling oder weniger als 2 Prozent. Der Bund ist also ungefähr auf dem Niveau des Jahres 1929 stehengeblieben.

Der starke Rückgang bei der Gemeinde ist eine Folgeerscheinung der Wirtschaftskrise. Ein Staat hat immerhin gewisse Mittel zur Eindämmung der Krise. Eine Stadt, selbst von der Grösse Wiens, aber ist nicht nur abhängig von den allgemeinen Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise, sondern auch von den Folgen der Wirtschaftspolitik des Staates, **auch wenn** die Mehrheit der Bevölkerung dieser Stadt mit der Wirtschaftspolitik des Staates nicht einverstanden ist. Der Gemeinde bleiben in einer solchen Lage vor allem zwei Aufgaben gegenüber der Krise: Die eine, soweit es möglich ist, durch Arbeiten und eigene Bestellungen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, die andere, den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft zu helfen, soweit es im Rahmen der Kompetenz der Gemeinde geschehen kann. Diese Einschränkung ist zu machen aus dem sehr triftigen Grunde, weil die Teilung der Kompetenzen im Staate natürlich allen Faktoren einerseits Rechte gibt, andererseits aber auch Pflichten auferlegt und Hand in Hand geht mit einer bestimmten Verteilung der Steuerquellen. Beispielsweise ist die Kriegsinvalidentfürsorge eine Angelegenheit des Bundes. Wenn der Bund nicht in zureichendem Masse dafür sorgt, muss man im Bund dafür kämpfen, dass diese Fürsorge ausgebaut werde; aber es wäre falsch, den Schluss zu ziehen, dass die Gemeinde dafür einzuspringen hätte. Dasselbe gilt natürlich auch bei der Behandlung des Arbeitslosenproblems. Soweit es sich um Arbeitslosenversicherung handelt, ist es eine Angelegenheit des Bundes, mit Recht, weil hier ein Problem der Gesamtwirtschaft vorliegt. Der Bund hat deshalb auch die entsprechenden Steuerrechte,

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 1. Dezember 1932

er besorgt die Einhebung der Beiträge, ihm kommt die Beschaffung der zusätzlichen Mittel zu, er kann zu diesem Zweck auch die Steuerschraube anziehen und hat dies auch getan. Wenn aber die Arbeitslosenfürsorge unzureichend ist, so kann daraus keineswegs eine Pflicht der Gemeinde zum Eingreifen gefolgert werden. Vielmehr ist dieses Problem im Bund auszukämpfen. Der Gemeinde bleibt in der Krisenzeit namentlich im Hinblick auf die Länge der Arbeitslosigkeit natürlich immer noch ein ungeheures Feld von Fürsorgetätigkeit in individuellen Leistungen, die sich auf den mannigfachsten Gebieten zu vollbringen hat um Elend zu lindern. Aber sie kann nicht die Pflichten des Bundes ersetzen, wenn nicht auch eine Aenderung der Steuerverteilung eintritt.

Sicherlich sind im Voranschlag auch etliche Ausgaben enthalten, die bestritten sind und sich auch vielleicht noch verringern lassen. Aber abgesehen von der grossen umstrittenen Post des Wohnhausbaues würden alle derartigen Beträge keine nennenswerte Summe ergeben. Andererseits war mit einem Rückgang der Einnahmen infolge der Wirtschaftskrise zu rechnen. Es war zu überlegen, ob dieser Rückgang wie beim Bund durch neue Steuererhöhungen wettgemacht werden kann. Demgegenüber stand der Wille, die Steuerschraube nicht stärker anzuziehen und trotzdem alles zu leisten, was auf dem Gebiete der Fürsorge geschehen muss. In den Ausgaben für das Wohlfahrtswesen ist in den Jahren 1930 und 1931 ein Höhepunkt gewesen. Unter Weglassung der Investitionen ergibt sich im Jahre 1930 eine Nettoausgabe von 91,120.000 Schilling, im Jahre 1931 eine Nettoausgabe von 93,250.000 Schilling; die Summe für 1933 ist 90,753.000 Schilling. Die Verringerung gegenüber dem Höhepunkt im Jahre 1931 beträgt somit 2,300.000 Schilling. Trotzdem der Voranschlag in den Ausgaben insgesamt um 100 Millionen Schilling kleiner sein muss als auf dem Höhepunkt haben die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen ungefähr die gleiche Höhe; sie betragen knapp 30 Prozent der Gesamtausgaben des Budgets. Der Rückgang um 2 1/3 Millionen Schilling findet folgende Erklärung: Im Jahre 1931 mussten für die Kleinrentnerhilfe 3,687.000 Schilling an den Bund abgeführt werden. Für das nächste Jahr sind bloss 1,712.000 Schilling zu präliminieren. Mit dieser Verringerung allein ist fast der ganze Betrag der Minderausgaben für das Wohlfahrtswesen erklärt. Ausserdem sind die Personalkosten im Wohlfahrtswesen um mindestens 1 1/2 Millionen Schilling kleiner als im Jahre 1931. Diese beiden Beträge zusammen machen also mehr aus als der Rückgang um 2 1/3 Millionen Schilling; der Wohlfahrtsaufwand ist somit ungemindert aufrechterhalten.

Mitunter spricht man von grossen Ersparnissen des Landes Wien bei den Notstandsauhilfen auf Grund des neuen Bundesgesetzes vom heurigen Jahr, durch das der Landesbeitrag allgemein von einem Drittel auf ein Sechstel herabgesetzt wurde. Diese Herabsetzung macht nicht eine so beträchtliche Summe aus, wie man glaubt. Im Jahre 1932 war bei uns für diese Ausgabe ein Betrag von 16,130.000 Schilling präliminiert, während für das nächste Jahr der Sechstelbetrag 13,450.000 Schilling erfordert. Die Differenz beträgt schon nicht einmal 3 Millionen Schilling. Was für diesen Zweck nicht benötigt wird, wird im Rahmen des Fürsorgebudgets für andere Zwecke verwendet.

Gemäss § 87 der Gemeindeverfassung ist der Voranschlag 14 Tage lang öffentlich aufzulegen und hat jeder Gemeindeangehörige das Recht, Erinnerungen beizubringen. Man hat sich lange nicht um diese Bestimmung gekümmert. Heuer hat eine im Gemeinderat nicht vertretene ^{politische} Partei eine Ausnützung dieser Bestimmung organisiert. Etwa 200 Personen haben solche Erinnerungen beigebracht. Eine Zusammenstellung darüber liegt hier zur Einsicht auf.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am 1. Dezember 1932

Hinsichtlich der Verpflichtung der Gemeinde, Arbeit zu schaffen, verweise ich darauf, dass das Budget 47 Millionen Schilling für Investitionen einschliesslich des Wohnhausbaues aufweist. Die Gemeindeverwaltung war bestrebt, in grossem Masse Arbeit zu schaffen. Die heutigen Mittel erlauben keine grösseren Ausgaben für diesen Zweck. Im Vergleich mit anderen öffentlichen Körperschaften aber bedeuten diese Ausgaben viel. Ausserdem sind bei den Unternehmungen rund 20 Millionen Schilling für Investitionsausgaben vorgesehen. Das Gemeindebudget selbst enthält ferner für andre Ausgaben, die in die Wirtschaft hinausgehen, wie Gebäudeerhaltung, Lebensmittel für die Anstalten und dergleichen, einen Gesamtbetrag von 60 Millionen Schilling. Also nahezu ein Drittel der Gesamtausgaben des Voranschlages fliesst in die Privatwirtschaft zurück. Leider waren Drosselungen unvermeidlich. In den Jahren 1923 bis 1930 wurden für den Strassenbau 109 Millionen Schilling ausgegeben. Die Aufwendung hiefür belief sich in den letzten Jahren auf eine Summe bis zu 15 Millionen Schilling pro Jahr; jetzt ist sie auf die Hälfte heruntern gesetzt.

Wenn man bezüglich des Wohnhausbaues vom Standpunkt der Mieterschutzgesetzgebung und der damit zusammenhängenden Verpflichtung der Gemeinde zum Wohnhausbau ausgeht, muss man zugeben, dass eine dauernde Verweisung dieser Ausgaben auf den Anleiheweg unmöglich ist. Man müsste dann entweder mit dieser notwendigen Investition aufhören oder aus den Wohnungszinsen alle erforderlichen Beträge herausholen, also die Zinse entsprechend erhöhen und damit den Wohnhausbau überflüssig machen. Stadtrat Breitner hat bereits in der Rede über den Rechnungsabschluss darauf hingewiesen, was der Weg der Anleihe bedeuten würde. Ich brauche das nicht näher auszuführen. Eines aber steht doch fest, dass nämlich heute unmittelbar der Anleiheweg im grossen nicht gangbar wäre. Auch die Bundesaktion ist deshalb ins Stocken geraten.

Die Gemeinde hat auch von dieser Wohnbauaktion des Bundes Gebrauch gemacht. Sie hat für die ihr zugobilligten Wohnungen den Kredit des Bundes für 60 Prozent der Baukosten in Anspruch genommen. Im Voranschlag 1933 ist auch die Aufnahme einer Sparkassenhypothek für weitere 30 Prozent der Baukosten vorgesehen. Diese Post war bereits im Jahre 1932 veranschlagt, doch wurde hievon kein Gebrauch gemacht, um möglichst lange die Zinsen zu ersparen. Im Jahre 1933 aber wird davon jedenfalls Gebrauch gemacht werden müssen.

Eine Neuerung ist, dass für Wohnbauzwecke nur verwendet werden soll, was die Wohnbausteuer selbst bringt. Zum erstenmal wird in dieser Beziehung eine strenge Rechnung erfolgen. Hiezu gehören auch die Aufwendungen für die kleinen Wohnbauanleihen, die ein Jahrzehnt zurückliegen, die Kosten der Tilgung der neuen Hypotheken, aber auch der Personalaufwand für den Wohnungsbau. Hingegen fehlen die Kosten für die Baugründe. Sie werden nach wie vor aus den allgemeinen Mitteln getragen.

Bezüglich des Schulwesens ist geplant, den bisherigen Stand aufrechtzuerhalten. Die Ausgaben hiefür sind ungefähr gleich hoch vorgesehen wie früher. Die Ausgaben für Wohlfahrtswesen und Schulwesen zusammen machen 51 Prozent der Gesamtausgaben des Budgets aus.

Der Personalaufwand hat im Jahre 1930 mit 193,000.000 Schilling den Höhepunkt erreicht. Für 1933 sind 180'8 Millionen Schilling veranschlagt. Darin drücken sich die Kürzung vom Oktober 1931 und die Anstellungssperre aus. Die Personalausgaben sind im Jahre 1924 39 Prozent der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

1. Dezember 1932

IV. Blatt

Wien, am

Gesamtausgaben gewesen, für 1933 haben sie die Hälfte aller Ausgaben erreicht.

Wichtig ist es, das richtige Verhältnis unter den verschiedenen Ausgaben herzustellen. Erleichternd hierbei war die Tatsache, dass der AnleiheDienst keine Rolle spielt. Da befindet sich die Gemeinde in einer glücklichen Lage, die allgemeine Befriedigung auslösen müsste.

Bei Aufstellung des Voranschlags war man natürlich bestrebt, einen ausgeglichenen Voranschlag herzustellen und nicht an das Schuldenmachen zu denken. Der geringe Abgang kann ohne Beunruhigung auf die Kassenbestände und Guthaben der Gemeinde verwiesen werden. Sollten sich unvorhergesehene Ausgaben ergeben, so wird man im Laufe des Jahres 1933 mit neuen Bestrebungen einsetzen müssen, um das Gleichgewicht herzustellen. Für unvorhergesehene Ausgaben ist absichtlich nichts vorgesehen, damit jeder Zuschusskredit einer strengen Ueberprüfung unterliegt.

Was die eigenen Steuern anlangt, bin ich nicht in der Lage, Steuer-senkungen vorzuschlagen. Aber ich betrachte deshalb die Steuergesetze nicht als ein unwandelbares Ideal. Das hat auch Herr Stadtrat Breitner nicht getan. Er hat ja auch wiederholt, insbesondere im Jahre 1929, beträchtliche Steuer-senkungen vorgeschlagen. Im Rahmen der Gesetze selbst bestehen gewisse Möglichkeiten von Steueranpassungen, von denen wiederholt Gebrauch gemacht wurde. Gesetzliche Steuer-senkungen aber sind zu überlegen. Wir würden solche Senkungen wohl ohne weiteres vornehmen können, wenn die Einnahmen entbehrlich wären. Würden wir aber später genötigt sein, den früheren Zustand wiederherzustellen, so würden wir auf das Vetorecht der Bundesregierung, das ihr bis 1935 zusteht, stossen. Wir haben die Handhabung des Vetorechtes bei der letzten Steuererhöhung kennengelernt.

Wenn auf die Mannigfaltigkeit der Steuern tadelnd hingewiesen wurde, so kann meines Erachtens eine Anpassung an die sozialen Verhältnisse nur durch die Mannigfaltigkeit geschehen. Die einfachsten Steuern sind immer die ungerechtesten.

Im einzelnen möchte ich auf Folgendes hinweisen:

Die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe ist bloss mit 7 Millionen Schilling eingesetzt. Im Voranschlag 1932 war sie mit 10'6 Millionen Schilling veranschlagt. Der Ertrag ist weit hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Daher ist für nächstes Jahr nahezu ein Drittel in Abschlag gebracht worden. Die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe in der heutigen Form ist im Jahre 1931 nach einem Prozess vor dem Verfassungsgerichtshof entstanden, der die frühere Form als verfassungswidrig erklärt hat. Es wurde mit dem Bunde eine Vereinbarung getroffen, derzufolge das neue Gesetz einen Ertrag von 10'6 Millionen Schilling garantieren sollte. Allerdings wurde der Aufbau der Steuer nach dem Wunsche der Bundesregierung gemacht. Es wurde der Gemeinde damals gesetzlich zugesichert, dass sie, falls der Ertrag hinter 10'6 Millionen Schilling zurückbleiben sollte, berechtigt ist, nachträglich und für die Zukunft einen entsprechenden Zuschlag einzuheben. In den ersten 12 Monaten vom 1. März 1931 bis Ende Februar 1932 war der Ertrag nur 8'9 Millionen Schilling. Die Gemeinde wäre daher berechtigt gewesen, ohne Aenderung des Gesetzes schon auf Grund der gesetzlichen Ermächtigung eine Nachzahlung von 1'7 Millionen Schilling zu verlangen. Davon wurde Abstand genommen. Ich habe den Interessenten mitgeteilt, dass wir auf diese Nachzahlung für die Jahre 1931 und 1932 endgültig verzichten wollen und auch für 1933 soll von

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

einer Bemessung auf Grund dieser Berechtigung Abstand genommen werden. Die Gemeinde verliert dadurch einen namhaften Betrag.

Bezüglich der Fremdenzimmerabgabe wird ein Antrag vorgelegt werden, die Bestimmungen der Jahre 1931 und 1932 auch für 1933 gelten zu lassen."

In der Generaldebatte, die zusammen mit der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzen abgeführt wurde, stellte zunächst Stadtrat Kunschak fest, dass der Voranschlag restlos bestätige, dass im Finanzreferat sich nur ein Personenwechsel und kein Systemwechsel vollzogen hat. Das Merkmal auch dieses Voranschlages ist vor allem sein ausschliesslich fiskalischer Charakter. Die Ausgabenpolitik ist, wie der Referent schon erklärte, darauf gerichtet, ein ausgeglichenes Budget herzustellen. Diese Tatsache erhellt sich aus den ganz gewaltigen Kürzungen auf dem Gebiete der Investitionen. Das Budget ist in dieser Beziehung ein bitterer Hohn auf die Resolution, die am letzten sozialdemokratischen Parteitag bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefasst worden ist. Auch der Voranschlag für 1933 schlägt alle Wirtschaftsinteressen in den Wind. Wie schon Stadtrat Breitner, so hat sich auch der neue Finanzreferent bei der Erstellung des Voranschlages nur von fiskalischen Erwägungen leiten lassen. Die Kürzungen der Erfordernisse für den Strassenbau sind unverständlich; die Strassen Wiens sind in einem derartigen Zustand, der einer Grosstadt unwürdig ist. Während nur die neuen Strassen bei den Wohnhausbauten Beispiele dafür sind, wie Strassen sein sollen, sind die eigentlichen Verkehrsstrassen in einem ganz desolaten Zustand. Bei der Erstellung des Voranschlages sind überdies auch Kürzungen vorgenommen worden, die den Lebensnerv der Stadt berühren. Der Redner bespricht dann das Arbeitslosenproblem und tritt der Meinung des Finanzreferenten gegenüber, dass die Arbeitslosenfürsorge ausschliesslich Sache des Bundes sei. Bezüglich der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe bemerkt Stadtrat Kunschak, dass es absolut keine Gnade der Gemeindeverwaltung ist, von der Einhebung der Nachzahlungen abzusehen. Der Ertragsrückgang der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe ist auf die Einschrumpfung der Steuerbasis, nicht aber der Steuersätze zurückzuführen. Dafür können natürlich die Abgabepflichtigen nicht verantwortlich gemacht werden. Der Verzicht auf die Nachzahlung ist ganz einfach nur die Abfindung mit einem Ergebnis der Wirtschaftskrise. Ueber den Wohnhausbau führt Stadtrat Kunschak aus, dass er auch heute wieder der Anleihe das Wort rede. Die Zinspolitik der Gemeinde hat den Fehler, dass für die bauliche Erhaltung der Häuser unzulänglich, für die Amortisierung überhaupt nichts vorgesehen ist. Die Gemeinde wird sich früher oder später einmal entschliessen müssen, hier eine Aenderung zu machen. Der Redner verlangt weiters die Förderung des Exportes durch Aufhebung der Fürsorgeabgabe, die für die Erzeugung von Exportwaren eingehoben wird. Schliesslich erklärt St. R. Kunschak, dass seine Partei auch diesem Voranschlag die Zustimmung verweigern muss.

Stadtrat Dr. Alma Motzko beantragt, die Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund umgehend zu revidieren und Bodenflächen, die gemeinnützigen Zwecken dienen, von der Steuer zu befreien. Ein zweiter Antrag verlangt, für die Erledigung von Beschwerden der Beschwerdekommision eine sechsmonatige Frist zu setzen.

GR. Dr. Hanke erklärt, bei der Erstellung des Voranschlages sei auf die heutigen Verhältnisse Rücksicht genommen worden, aber nicht auf die Verhältnisse, die das kommende Jahr bringen wird. Im übrigen werde seine Partei zum Voranschlag im Plenum ausführlich Stellung nehmen.

Nach dem Schlusswort des Finanzreferenten werden die Anträge Dr. Motzko abgelehnt; die Generaldebatte und Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzen ist damit abgeschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

326

II. Ausgabe

Wien, am 1. Dezember 1932.

Der städtische Voranschlag für das Jahr 1933.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Spezialdebatte über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933 fort.

Den Bericht über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform erstattete Stadtrat Speiser; der Referent führt aus, dass der gesamte Personalaufwand für das Jahr 1933 mit 180'80 Millionen Schilling veranschlagt sei. Auf die Aktivbezüge entfallen 129'62 Millionen Schilling, auf die Ruhe- und Versorgungsgenüsse 51'17 Millionen Schilling. Der Voranschlag umfasse die Bezüge von insgesamt 35.496 Personen, und zwar von 24.644 aktiven Angestellten und von 10.852 Pensionsparteien.

Stadtrat Dr. Alma Motzko verlangt die Anstellung von Junglehrern, Stadtrat Frauenfeld beschäftigt sich mit der Frage der Dienstkleider, worauf nach dem Schlusswort des Berichterstatters die Positionen der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform genehmigt werden.

Stadtrat Professor Dr. Tandler referiert über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung; er berichtet unter anderem, dass die Arbeitslosigkeit für die gesamte Fürsorgetätigkeit ausschlaggebend sei; sie bedinge beispielsweise eine ungeheure Zunahme jener Kinder, die von den Eltern nicht mehr erhalten werden können. Die Zahl solcher Kinder sei in der letzten Zeit von 23.000 auf 35.000 gestiegen. Die Arbeitslosigkeit wirke sich auch auf die Gesundheit der Kinder und Erwachsenen und damit auf die Spitäler aus. Die Rachitis nehme zu, der Kampf gegen die Tuberkulose müsse verschärft werden. Wieviel Menschen sich heute an die Fürsorge der Gemeinde wenden, zeigen die Anmeldungen für die "Winterhilfe"; bis jetzt haben sich 42.140 Menschen um Aushilfen gemeldet. Ueber den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung sei zu sagen, dass im Vorjahre in Wien 3.930 Menschen an Krebs und 3.158 an Tuberkulose gestorben seien. In den ersten acht Monaten des heurigen Jahres seien in Wien 11.966 Lebendgeburten zu verzeichnen gewesen; in der gleichen Zeit seien 4.259 Menschen an Herz- und Gefäßkrankheiten, 2.851 an Krebs und 2.177 an Tuberkulose gestorben. Die Aufwendungen für das Radiuminstitut in Lainz seien vollauf gerechtfertigt; die Zahl der Patienten, die bis jetzt im Strahleninstitut in Pflege standen, betrage 13.073, die Zahl der Menschen, die dessen Ambulanz aufgesucht haben, 3.648 und die Zahl der Personen, die in den Beratungsstellen für Geschwulst- kranke vorgesprochen haben, 833. Diese Zahlen rechtfertigen die Aufwendungen für die Bekämpfung des Carcinoms.

Stadträtin Dr. Motzko kritisiert, dass auf wichtigen Zweigen der Fürsorge schwere Kürzungen erfolgen; dies stehe mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Not in schärfstem Widerspruch. Von den Kürzungen werde auch die Spitäler und Anstalten betroffen, Massnahmen, die absolut nicht gerechtfertigt werden können. Es werden sowohl in der offenen wie auch in der geschlossenen Fürsorge rücksichtslos Einsparungen vorgenommen. Die Behandlung von Pflöglingen in den Versorgungshäusern lasse viel zu wünschen übrig; die Versorgungsheime seien keine Strafanstalten, die Behandlung der Pflöglinge müsse daher eine humane sein. Die Kürzung oder Streichung von Pflegebeiträgen müsse ebenso entschieden abgelehnt werden wie die Kürzung oder Streichung der Pfründen.

Stadtrat Frauenfeld bemerkt, dass die Not der Bevölkerung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

immer grösser werde; die Kürzungen im Wohlfahrtsbudget stehen diesen Tatsachen gegenüber im schärfsten Widerspruch. Die Einsparungen hätten unter keinen Umständen in der Fürsorge erfolgen dürfen, sie hätten dort vorgenommen werden müssen, wo sie gerechtfertigt seien. Obwohl zum Beispiel die Zahl der Betten in den Obdachlosenheimen von 2.348 auf 2.810 gestiegen sei, seien bei den Aufwendungen für die Obdachlosenheime bedeutende Abstriche gemacht worden. Da zu erwarten sei, dass die Tuberkulose in der nächsten Zeit infolge der Unterernährung der heranwachsenden Jugend zunehmen werde, müssten die Aufwendungen für den Kampf gegen die Tuberkulose zumindest auf der gleichen Höhe wie früher gehalten, wenn nicht gesteigert werden. Der Redner verlangt schliesslich Aufklärung über die Verteilung der Subventionen und der Stipendien.

Stadtrat Kunschak verlangt Aufklärung über die Schliessung der Heilstätte San Pelagio, da die Devisenvorschriften für die Schliessung dieses Heimes keineswegs massgebend sein können. Die Verpflegskosten seien bedauerlicherweise herabgesetzt worden; sie müssen wieder auf die alte Höhe von 2'70 Schilling gebracht werden, da die privaten Anstalten mit den derzeitigen Verpflegskosten einfach nicht auskommen können.

Gemeinderat Dr. Hanke verlangt Auskunft über die Zusammensetzung des Sportbeirates, worauf Stadtrat Professor Dr. Tandler die an ihn gestellten Anfragen beantwortet. Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Fürsorge werden hierauf genehmigt.

Ueber die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen berichtet Stadtrat Weber, der ausführt, dass die Bruttoausgaben mit 55'14 Millionen Schilling präliminiert seien, um rund 4'5 Millionen Schilling weniger als im Jahre 1932. Von diesen Ausgaben entfallen 40'59 Millionen Schilling für den Wohnhausbau. Davon werden 24 Millionen Schilling für die Fertigstellung der in Bau befindlichen Wohnhäuser Verwendung finden und 16'5 Millionen Schilling seien für die Inangriffnahme von rund 4000 Wohnungen bestimmt. Durch den starken Rückgang der Baukosten im allgemeinen und sparsamste Ausführung sei es gelungen, die Durchschnittskosten einer Wohnung auf rund 10.000 Schilling herabzudrücken, so dass mit dem Ertrage der Wohnbausteuer mindestens 4.000 Wohnungen erstellt werden können. Im laufenden Jahr wurden beziehungsweise werden bis 31. Dezember auf 38 Baustellen 5.617 Wohnungen fertiggestellt sein; im Bau werden sich am 31. Dezember auf 29 Baustellen 4.902 Wohnungen befinden. Die Abrechnung der fertigen Bauten nimmt einen befriedigenden Fortgang. Von insgesamt 318 Bauten sind bereits 290 von den technischen Magistrats-Abteilungen bilanziert und vollkommen abgerechnet.

Die Mietzinseingänge seien zufriedenstellend und die Mietzinsrückstände keineswegs hoch. Der Mietzinsrückstand aus der Zeit vor 1932 betrug am 31. Dezember 78.678 Schilling; der Mietzinsrückstand aus dem Jahre 1932 beträgt 152.738 Schilling, zusammen 2'23 Prozent der gesamten Mietzinsvorschreibung. Wenn man bedenkt, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im laufenden Jahr ausserordentlich verschärft haben, sei dieser Rückstand gewiss erträglich. Das Einvernehmen der städtischen Wohnhäuserverwaltung mit den rund 64.877 Wohnparteien sei das denkbar beste; das bestätige die Tatsache, dass auch in diesem Jahr insgesamt nur 172 Kündigungen erforderlich waren.

Die Inanspruchnahme des Wohnungsamtes sei nach wie vor überaus stark, stärker als meines Erachtens im Wohnungsmangel begründet sei. Das sei aber leicht erklärlich, es strebe eben jeder Wohnungssuchende vor allem eine gesunde, billige Gemeindewohnung an oder versuche, seine derzeit oft teure und ungenügende Haupt- oder Untermietwohnung in eine Gemeindewohnung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

einzutauschen. Ueber die Nachfrage am Wohnungsmarkt geben vor allem die gerichtlichen Kündigungen und die Haushaltsgründungen Aufschluss. Bei den Wiener Bezirksgerichten erfolgten von Jänner bis Oktober durchschnittlich pro Monat 1600 Kündigungen. Davon entfallen $\frac{2}{3}$ auf Hauptmieter und $\frac{1}{3}$ auf Untermieter.

Die Eheschliessungen seien gegenüber dem Vorjahre um 1000 zurückgeblieben. Es wurden vom Jänner bis Oktober 12.651 Haushalte gegründet, das sind im Monat durchschnittlich 1.260 Eheschliessungen.

Vom Jänner bis Oktober 1932 seien insgesamt 6.128 Parteien mit ihren Ansprüchen befriedigt worden. Davon 3.793 in Neubauten, 838 in städtischen Althäusern und 1.497 in Privathäusern. Am 31. Oktober waren beim Wohnungsamt 9.255 Wohnungssuchende vorgemerkt. Ausserdem erliegen am Wohnungsamt 115.000 Tauschansuchen von Parteien, die eine Gemeindewohnung an Stelle der alten Wohnung anstreben.

Stadtrat Kunschak beschäftigt sich ausführlich mit der Finanzierung des Wohnbaues, mit der Tätigkeit des Wohnungsamtes und kritisiert die Praxis der Wohnhäuserverwaltung bei der Vergebung der Wohnungen. Er wünscht die Aufstellung von Normen, die eine klaglose Abwicklung dieser Tätigkeit gewährleisten. Bei der Zuweisung von Wohnungswerbern in Privathäusern sollen auch die Wünsche der Hausbesitzer berücksichtigt werden. Wenn die Fehler, die jetzt gemacht werden, wegfallen, würden mehr freierwerdende Wohnungen von den Hausbesitzern dem Wohnungsamte zur Verfügung gestellt werden als bisher. Bei Wohnungstauschen kommen merkwürdige Dinge vor; Mängel auf diesen Gebieten sollten ebenfalls abgestellt werden.

Stadträtin Dr. Motzko tadelt, dass vom Wohnungsamte Wohnungen weitervergeben werden, die unbewohnbar sind, und wünscht Aufklärung über die Fortsetzung der Stadtrandsiedlung. Die Rednerin beantragt, dass in den städtischen Wohnhausanlagen Wohnungen nur an solche Parteien vergeben werden sollen, deren Einkommen 420 Schilling pro Monat, bei kinderreichen Familien (mehr als drei Kinder) 480 Schilling pro Monat nicht übersteigt. In allen Fällen von Wohnungszuteilungen sind kinderreiche Familien vorzuziehen.

Stadtrat Frauenfeld bezeichnet es als Misstand, dass einerseits viele hunderte Wohnungen in Wien leerstehen, andererseits aber die Zahl der Wohnungssuchenden beim städtischen Wohnungsamt ständig zunehme. Der Wohnbaupolitik der Gemeinde müssen also Fehler anhaften, die einen Erfolg von vorne herein unmöglich machen. Im übrigen werde die nationalsozialistische Fraktion zur Wohnbaupolitik der Gemeinde im Plenum ausführlich Stellung nehmen.

Nach dem Schlusswort des Referenten, der hervorhebt, dass es in Wien 70.000 einräumige Wohnungen gibt, deren Mieter ebenso wie hunderte von Untermietern das Wohnungsamt um die Zuweisung einer Wohnung bestürmen, werden die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen genehmigt; der Antrag Dr. Motzko wird abgelehnt.

Ueber die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten referiert Stadtrat Richter. Er führt aus, dass beim Bäderbetrieb die Errichtung eines neuen Kinderfreibades und die Ausgestaltung von zwei Sommerbädern vorgesehen sei. Hinsichtlich der Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung berichtet der Referent, dass die Bezirke VI und VII bereits ausgebaut seien. Nach Durchföhrung des Programmes für 1933 werden auch die Bezirke IV, V, VIII und XVI ausschliesslich elektrisch beleuchtet sein.

Stadtrat Kunschak bespricht die Frage der Sicherung eines ausreichenden Wasserversorgung. Der Wasserkonsum sei in den letzten Jahren in Wien rasend gestiegen; das gebe für die Zukunft sehr zu bedenken.

Stadträtin Dr. Motzko bemerkt, dass die Coloniazüge sich heute nicht mehr viel vom alten Mistbauer unterscheiden; die Erhaltung und Instandsetzung der Coloniazüge lasse sehr viel zu wünschen übrig. Rednerin beantragt die Auflassung der Dampfwascherei.

Stadtrat Richter erwidert, dass für die Sicherung des Wasserbedarfes ausreichend vorgesorgt sei. Für eine dritte Hochquellenleitung kämen nur die Ennsquellen in Betracht. Die Coloniazüge funktionieren in Ordnung, der Mechanismus sei vollkommen intakt.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten werden genehmigt, der Antrag Motzko wird abgelehnt.

St. R. Linder referiert über die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen; Stadträtin Dr. Motzko beantragt die Auflassung der städtischen Wascherei, worauf die Positionen der Verwaltungsgruppe angenommen, der Antrag Motzko abgelehnt wird.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

327

Erste Ausgabe

Wien, am 2. Dezember 1932

Nacheichung von Massen, Waagen und Gewichten.

Die städtische Marktams-Direktion teilt mit:

Um Beanstandungen der Gewerbetreibenden wegen nicht fristgemässer Nacheichung von Massen, Waagen und Gewichten zu vermeiden, wird in Erinnerung gebracht, dass es den Gewerbetreibenden, die in ihren ständigen oder zeitweiligen Verkaufsstätten nach Mass und Gewicht zumessen, untersagt ist, in diesen Verkaufsstätten ungesetzliche, also nicht metrische Masse und Gewichte zu verwenden. Es dürfen auch nicht metrische, jedoch nicht geeichte oder nicht rechtzeitig geeichte Masse und Gewichte aufbewahrt werden, auch nicht Waagen, die den bestehenden Eichvorschriften nicht entsprechen. Die Aufbewahrung solcher Masse, Waagen und Gewichten ist auch dann untersagt, wenn auch diese Gegenstände nicht zur Anwendung im öffentlichen Verkehr bestimmt sein sollten.

Mit 1. Jänner 1933 müssen bereits der Nacheichung unterzogen sein alle Längengewichte, Hohlmasse für trockene Gegenstände, metallene Flüssigkeitsmasse, Transportgefässe für Milch, Brennholzmasse und alle eichpflichtigen Weinfässer (das sind jene Weinfässer, in denen Weine den Käufern überliefert werden), die als erste Eichung oder letzte Nacheichung den Eichstempel des Jahres 1929 oder eines vorangegangenen Jahres aufweisen; dann alle Gewichte und Waagen, hölzerne Flüssigkeitsmasse, Milchgefässe mit Messstab, Maischbottiche, Ledermassmaschinen und Biertransportfässer, die als Nachweis der ersten Eichung oder letzten Nacheichung den Eichstempel des Jahres 1930 oder eines vorangegangenen Jahres tragen.

Messapparate für Petroleum und für andere, einer starken Verflüchtigung unterliegende Flüssigkeiten sind je nach ihrer Konstruktionsart vor Ablauf von je drei oder fünf Jahren, Benzinfüllapparate mit Messgefässen-Benzinmesspumpen sind innerhalb der für die einzelnen Systeme vorgesehenen Fristen nacheichpflichtig.

Das städtische Marktamt wird mit Beginn des neuen Jahres mit den mass- und gewichtspolizeilichen Revisionen beginnen.

.....

Die Beschauggebühren von Vieh und Fleisch.

Die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch beträgt für die Zeit vom 1. bis 31. Dezember 1932 Schilling. Für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffsstation ein- oder ausgeladen werden, ist die gleiche Grundgebühr zu entrichten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

328

Wien, am 2. Dezember 1932

Der städtische Voranschlag für 1933.

Die Verhandlungen im Stadtsenat und Finanzausschuss abgeschlossen.

Der Wiener Stadtsenat beendete heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933.

In Fortsetzung der Spezialdebatte referiert Stadtrat Honay über das Kapitel "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten"; er begründet die geringeren Ansätze in dieser Gruppe damit, dass die Personal- und Sachverfordernisse auf andere Gruppen übertragen worden seien. Die Feuerwehr erhalte ungefähr die gleiche Dotation, deren Schlagkraft erfahre keine Verminderung. Die Ausgaben für die Museen, Sammlungen und Bibliotheken sowie für die Kunstförderung seien im wesentlichen unverändert geblieben.

Gemeinderat Dr. Zörnlaib verlangt eine Aufstellung über die Kosten der Drucklegung der stenographischen Protokolle des Gemeinderates, die der Berichterstatter zusagt. Hierauf werden die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe genehmigt.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen.

Jeber die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1933 berichtet Vizebürgermeister Emmerling; er führt unter anderem aus, dass die Wirtschaftspläne auf Grund der Wahrnehmungen des laufenden Geschäftsjahres aufgebaut seien. Das Gaswerk schliesse nach Abschreibungen von Anlagewerten im Ausmasse von rund 10 Millionen Schilling und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse im Betrage von 500.000 Schilling mit einem Gebarungsüberschuss von 117.000 Schilling. Für Investitionen seien mehr als 7 Millionen Schilling vorgesehen, die ihre Bedeckung aus den Abschreibungsbeträgen und Kassenbeständen finden.

Auch die Elektrizitätswerke präliminieren einen bescheidenen Gebarungsüberschuss nach Abschreibungen von mehr als 14 Millionen Schilling und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse in der Höhe von 500.000 Schilling. Die Elektrizitätswerke haben für Investitionen und Restzahlungen für Investitionen aus dem Vorjahre rund 8'5 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Strassenbahnen haben für Investitionen rund 4'7 Millionen Schilling präliminiert. Für 1933 werden 105 Millionen Schilling an Einnahmen aus der Personenbeförderung erwartet. Im Vergleich mit den Betriebsrückgängen der Strassenbahnen reichsdeutscher Städte sei Wien noch immer gut daran, was in erster Linie auf die vielfachen Begünstigungen, wie Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochen- und stark ermässigte Monatskarten, die den Verkehr beleben, zurückzuführen sei.

Das Brauhaus sehe einen Gebarungsüberschuss von 300.000 Schilling vor und präliminiert für Investitionen 250.000 Schilling.

Der voraussichtliche Gebarungsüberschuss der Leichenbestattung betrage 172.000 Schilling, die Investitionen seien mit 87.000 Schilling vorgesehen.

Die städtische Ankündigungsunternehmung "Gewista" erwarte einen Ueberschuss von 110.000 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe
Zweites Blatt

Wien, am 2. Dezember 1932

Stadtrat Kunschak bemerkt, dass die Strassenbahnen, ein für die Stadt lebenswichtiger Betrieb, zu vielen berechtigten Klagen Anlass geben; die Betriebsführung lasse alles zu wünschen übrig. Im Gegensatz zum Referenten sei die christlichsoziale Fraktion der Meinung, dass nur eine Aenderung der Tarifpolitik einen Wandel in der Frequenz schaffen könne. Die Stadtbahn gebe ebenfalls zu vielen Klagen Anlass. Wie soll die Strassenbahn in der Zukunft weitergeführt werden? Bis jetzt werde auf jedes Defizit mit einer Verkehrseinschränkung geantwortet; so aber könne es nicht weitergehen, denn sonst laufe die Verwaltung in die Gefahr, den Betrieb einmal ganz einstellen zu müssen. Bei der städtischen Leichenbestattung sei eine Aenderung der Tarife vor allem in den unteren Klassen unerlässlich. Im Zentralfriedhof müsse ein entsprechender Bewachungsdienst eingerichtet werden, weil die Diebstähle von Kränzen und dergleichen und die Devastierungen ständig zunehmen.

Stadträtin Dr. Motzko führt aus, dass nach einer Mitteilung, die ihr zugekommen sei, die Gas- und Elektrizitätswerke Installationen durchführen, die den privaten Installateuren zukommen sollten. Die Einstellung dieser Arbeiten müsse im Interesse des Gewerbes gefordert werden.

Stadtrat Frauenfeld verlangt, dass die für die Abschreibungen vorgesehenen Beträge für Investitionen verwendet werden. Die Strassenbahn sei kein Verkehrsmittel mehr, sondern schon ein Verkehrshindernis. Bei den Betriebseinschränkungen werde auf die Bevölkerung überhaupt nicht Rücksicht genommen. Der Wirtschaftsplan für das Brauhaus sei von einem Optimismus erfüllt, der nach keiner Richtung hin gerechtfertigt sei. Die Leichenbestattung müsse als gemeinnütziges Unternehmen geführt werden, nicht aber nach streng kaufmännischen Grundsätzen.

In seinem Schlusswort entgegnet der Berichterstatter, es gäbe heute keine Strassenbahn, die ohne Defizit arbeite. Unter der früheren Verwaltung seien bei der Strassenbahn Ueberschüsse einkalkuliert und trotzdem Tarifierhöhungen vorgenommen worden. Mit diesem System habe die derzeitige Verwaltung restlos gebrochen. Unrichtig sei es, dass die städtische Leichenbestattung zu hohe Tarife habe; sie sei auch kein Monopolunternehmen, sondern stehe mit den privaten Leichenbestattungen in schärfster Konkurrenz. Die Gas- und Elektrizitätswerke führen keine Installationen durch, solche werden durchwegs vom zuständigen Installationsgewerbe ausgeführt. Die Unterlassung der Abschreibungen müsse aus kaufmännischen Gründen abgelehnt werden.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen werden hierauf genehmigt. Stadtrat Dr. Danneberg berichtet sodann über das Kapitel "Bilanz und Bedeckung", das ebenfalls angenommen wird.

Die Beratungen über den städtischen Voranschlag für das Jahr 1933 und über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1933 sind damit abgeschlossen. Die Verhandlungen über den Voranschlag und über die Wirtschaftspläne werden im Gemeinderat der Stadt Wien am Mittwoch, den 14. Dezember, um 17 Uhr beginnen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

329

Wien, am 3. Dezember 1932

Diamantene Hochzeit.

Am Samstag feierte das Ehepaar Johann und Albine Holovsky seine diamantene Hochzeit. Die Eheleute wohnen seit Jahren im Währinger Greisenasyl, wo auch die Feier abgehalten wurde. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Honay; er richtete an das Jubelpaar eine herzliche Ansprache und überreichte sodann die Ehrengabe der Stadt Wien. Holovsky stand mehr als vierzig Jahre im Dienste der österreichischen Staatsbahnen; unter seiner Leitung wurden viele Bahnlinien in Böhmen gebaut. Der Jubilar ist 86 Jahre alt, seine Gattin steht im 84. Lebensjahr. Die beiden Kinder des Ehepaares sind gestorben.

Kein Parteienverkehr im Wohnungsamt.

Am kommenden Donnerstag (Feiertag) findet im städtischen Wohnungsamt kein Parteienverkehr statt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden in der Leopoldstadt die Seitenfahrbahn in der Oberen Augartenstrasse von der Rembrandtstrasse bis zum Gaussplatz, in Döbling die Dänenstrasse und Radelmayergasse und in Floridsdorf die Bunsengasse, Voltgasse und die Mittelstrasse in der städtischen Wohnhausanlage Jedlerseerstrasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

Ein Teil der Dornbacherstrasse Einbahnstrasse.

Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion die Dornbacherstrasse in der Strecke zwischen der Andergasse und der Alszeile als Einbahnstrasse erklärt; dieser Teil der Dornbacherstrasse darf nur in der Richtung zur Alszeile befahren werden. Uebertretungen dieser Verordnung werden nach dem Wiener Strassenpolizeigesetz bestraft.

Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 7., 14., 21. und 28. Dezember im Büro des Bezirksvorstehers statt. Die Verhandlungen beginnen immer um 10 Uhr 30.

Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring.

Die Bezirksvertretung Ottakring tritt am Freitag, den 16. Dezember, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

330
Wien, am 5. Dezember 1932

Geehrte Redaktion!

Uebermorgen, Mittwoch, um 12 Uhr findet im Journalistenzimmer des Rathauses (Präsidium, I. Stock) eine

P R E S S E K O N F E R E N Z

statt. In dieser Pressekonferenz wird Stadtrat Professor Dr. Tandler über Aktionen der "WINTERHILFE" wichtige Mitteilungen machen.

Wir ersuchen, zu dieser Pressekonferenz einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zuverlässig zu entsenden.

.....

Förderung der Bautätigkeit.

Verlängerung der Befreiung neuer Bauführungen von der Wohnbausteuer.

Um die private Bautätigkeit in Wien zu beleben und dadurch Arbeit zu schaffen, hat der Wiener Landtag neue Bauführungen von der Entrichtung der Wohnbausteuer befreit. Die Bestimmungen über diese Steuerbefreiung gelten gegenwärtig für Bauten, für die bis 31. Dezember des heurigen Jahres eine Benützungsbewilligung erteilt wird. Die Bautätigkeit war im heurigen Jahre ziemlich rege. Es ist nun zwar nicht zu erwarten, dass in der nächsten Zeit grosse Bauten errichtet werden, wohl aber werden Bauführungen, die im heurigen Jahre begonnen worden sind, im nächsten Jahre fertiggestellt und auch neue kleinere Bauführungen durchgeführt werden. Der Magistrat hat daher dem Wiener Landtag einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der vorsieht, dass die zeitliche Befreiung von der Wohnbausteuer auch jenen Bauführungen, die bis 31. Dezember 1933 benützungsbereit sind, gewährt wird. Dadurch tritt auch Befreiung von der Bodenwertabgabe von verbauten Liegenschaften ein.

Der städtische Finanzausschuss hat in seiner letzten Sitzung den Gesetzesentwurf des Magistrates über die Befreiung jener Neu-, Um-, Zu- und Aufbauten, für die bis längstens 31. Dezember 1933 eine Benützungsbewilligung erteilt worden ist, angenommen; der Gesetzesentwurf wird dem Wiener Landtag in dessen nächster Sitzung Mitte Dezember vorliegen.

.....

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten.

Die Bezirksvertretung Margareten tritt am Montag, den 12. Dezember, um 17 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.....

Der Fussball-Länderkampf England gegen Oesterreich.

Eine Lautsprecher-Uebertragung auf dem Heldenplatz in Dienste der Winterhilfe.

Uebermorgen, Mittwoch, findet bekanntlich in London das Länderfussballwettbewerb England gegen Oesterreich statt, das von der Ravag in der Zeit von 15 Uhr 05 bis 16 Uhr 55 übertragen wird. Dem Spiele wird auf der ganzen Welt das grösste Interesse entgegengebracht. Besonderes Interesse wird das Spiel bei der Wiener Bevölkerung finden; überall werden die Berichte der Ravagreporter Professor Schmieger und Naumann mit Spannung erwartet werden.

Durch das lebenswürdige Entgegenkommen der Firma Czeja & Nissel ist es der "Winterhilfe" möglich geworden, den Fussball-Länderkampf mittels einer grossen Lautsprecheranlage auf dem Heldenplatz zu übertragen. Der Heldenplatz wird während der Uebertragung abgesperrt; die Eintrittsgebühr in den abgesperrten Raum beträgt 20 Groschen zugunsten der Winterhilfe. Die Uebertragung, die also im Zeichen der Winterhilfe steht, beginnt um 15 Uhr 05. Vor Spielbeginn und während der Pause veranstaltet die Musikkapelle der städtischen Feuerwehr auf dem Heldenplatz ein Platzkonzert.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

332

Wien, am 6. Dezember 1932

Stellung des Bürgermeisters Seitz zum Versammlungsverbot.

Ein Schreiben des Bürgermeisters als Landeshauptmann an Bundeskanzler Dr. Dollfuß.

Landeshauptmann Seitz hat heute an Bundeskanzler Dr. Dollfuß ein Schreiben gerichtet, in dem es heisst:

"Von der Ihnen als Minister unterstehenden Abteilung für öffentliche Sicherheit des Bundeskanzleramtes habe ich ein Schreiben erhalten, das die Ueberschrift "Weihnachtsfrieden"- "Rundschreiben", und die Unterschrift "Der Staatssekretär: Fey" trägt.

Wenn in diesem Schreiben der politische und wirtschaftliche Gedanke zum Ausdruck kommen soll, dass das sogenannte Weihnachtsgeschäft sich möglichst ungestört vollziehen möge, so kann ich als Bürgermeister von Wien und als Landeshauptmann nur sagen, dass ich angesichts der traurigen wirtschaftlichen Lage diese Absicht vollauf billige. Die traurige Lage unserer Wirtschaft ist allerdings vor allem auf wirtschaftspolitische, insbesondere auf handelspolitische Fehler zurückzuführen und nicht auf ihre öffentliche Erörterung in Versammlungen, weshalb polizeiliche Massnahmen auf dem Gebiete der Versammlungs- und Vereinstätigkeit kein wirksames Mittel sind, sie zu beheben. Im Rechtsstaat ist es unzulässig, ein Ziel, das an und für sich billigenwert ist, auf rechtswidrige Art anzustreben.

Der Staatssekretär, Herr Fey, nennt sein Schreiben eine "Weisung" und gibt den Auftrag, Volksversammlungen und allgemein zugängliche Versammlungen überhaupt innerhalb einer gewissen Zeit ausnahmslos zu untersagen. Das bedeutet praktisch ein generelles Versammlungsverbot. Generelle Versammlungsverbote aber sind nach österreichischem Recht, sowohl nach dem Vereins- als auch nach dem Versammlungsgesetz, seit dem 15. November 1918 überhaupt unzulässig. An diesem Tage wurde nämlich der Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung vom 30. Oktober 1918 verlautbart, durch den § 37 des Vereinsgesetzes und § 20 des Versammlungsgesetzes aufgehoben wurden. Diese beiden Paragraphen sahen die Möglichkeit vor, die Bestimmungen des Vereinsgesetzes und des Versammlungsgesetzes "im Falle eines Krieges oder innerer Unruhe" ganz oder teilweise ausser Wirksamkeit zu setzen, welche Rechte der Regierung zustanden. Neben dieser Möglichkeit genereller Verbote war und ist auch heute noch in beiden Gesetzen die Möglichkeit spezieller Verbote vorgesehen und zwar in den §§ 6 und 21 des Vereinsgesetzes und § 6 des Versammlungsgesetzes. Die Gegenüberstellung der §§ 6, 21 und 37 des Vereinsgesetzes und der §§ 6 und 20 des Versammlungsgesetzes allein zeigt schon mit aller Deutlichkeit, dass es sich eben hier um die nebeneinander bestehenden Möglichkeiten spezieller und genereller Verbote handeln sollte. Hierbei gingen weder das Vereins- noch das Versammlungsgesetz, selbst als der § 37 des Vereinsgesetzes und der § 20 des Versammlungsgesetzes noch in Kraft waren, so weit, wie dies jetzt der Staatssekretär durch seine "Weisung" versucht; denn dort waren die generellen Verbote nur in Fällen des Krieges oder innerer Unruhen erlaubt und konnten nicht etwa mit dem allgemeinen Hinweis auf eine "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Wohles" begründet werden. Eine derartige Polizeimassnahme, bei der es von vornherein klar ist, dass die Begründung im Grossen und Ganzen nur Formsache ist, weil wohl niemand

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

ernstlich behaupten kann, dass alle öffentlichen Versammlungen jeder Art, die während der Verbotszeit vorkommen könnten, die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährden würden, widerspräche auch strikte den allgemeinen Freiheitsrechten des Volkes in einem demokratischen Rechtsstaat, weshalb eben auch die Provisorische Nationalversammlung als eine ihrer ersten Taten die Möglichkeit genereller Vereins- und Versammlungsverbote beseitigt hat, obzwar das Recht solcher Verbote schon damals ein weit eingeschränkteres war als es sich der Staatssekretär anmassen will. Man komme da nicht mit spielerischen Interpretationskunststücken etwa der Art, dass ja das Versammlungsgesetz nicht ausser Wirksamkeit gesetzt werde, dass ausserdem überhaupt kein unmittelbares Verbot von Versammlungen ausgesprochen werde, sondern lediglich die zuständigen Behörden angewiesen werden, zu verbieten. Es kommt hier selbstverständlich auf die Sache an, auf den praktischen Erfolg, und der wäre zweifellos eine Suspendierung des Versammlungsgesetzes.

Dass § 6 des Versammlungsgesetzes nur spezielle Verbote ermöglicht, geht auch ohne Rücksicht auf die Gegenüberstellung zu § 20 aus seinem Wortlaut unmittelbar hervor. Es heisst im § 6, dass "Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet..... von der Behörde zu untersagen" sind. Für jeden der deutschen Sprache Kundigen kann sich das zweifellos nur auf bestimmte Versammlungen beziehen, bei denen die Voraussetzungen des Verbotes nach behördlicher Kenntnis gegeben sind. Hätte es doch sonst heissen müssen, dass bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des öffentlichen Wohles oder in Zeiten, in denen die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet sind, Versammlungen von der Behörde zu untersagen sind. Es wäre dies die allgemeine Fassung für generelle Verbote, wie sie sich auch in § 20 des Versammlungsgesetzes findet. So aber kann es sich nach dem Wortlaute des § 6 nur um die Möglichkeit eines Verbotes bestimmter Versammlungen handeln.

Was die Versammlungen nach dem Vereinsgesetz anlangt, wird in der "Weisung", um "Missverständnisse zu vermeiden..... ausdrücklich betont", dass Vereinsversammlungen nach § 14 des Vereinsgesetzes von dem Verbote "nicht betroffen erscheinen" (was offenbar heissen soll: "sind"). Abgesehen davon, dass die gerade in der Weihnachtszeit von Vereinen durchgeführten Weihnachtsbeteiligungen Mittelloser in der durch Jahrzehnte eingelebten Form unmöglich gemacht würden, stünde dies im Widerspruch zu der allgemeinen Fassung der "Weisung", die überhaupt von "allgemein zugänglichen Versammlungen" spricht, da auch Vereinsversammlungen nach § 14 des Vereinsgesetzes "öffentlich" sein können, doch soll offenbar die allgemeine Norm dann wieder für Vereinsversammlungen eingeschränkt werden. Die "Weisung" stützt sich hierbei allerdings auch auf das Rundschreiben vom 22. Februar 1932, Z. 100.876-GD 2, doch ginge es zu weit, an dieser Stelle auch auf die fehlerhafte Gesetzesauslegung in diesem Rundschreiben näher einzugehen.

Kommt man also bei näherer Betrachtung der Materie dieser sogenannten "Weisung" zu der Ueberzeugung, dass sie verfassungswidrig und ungesetzlich ist, so könnte man noch immer der Ansicht sein, ein Landeshauptmann

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

wäre verpflichtet, sie zu befolgen und eventuell einlangenden Rekurse gegen Versammlungsverbote abzulehnen, weil es sich um eine Weisung nach Artikel 103 der Bundesverfassung handelt. Nun ist aber nicht einmal das der Fall, denn die "Weisung", die sich selbst als eine auf Grund des Artikels 103^{der} Bundesverfassung erfolgte Weisung bezeichnet, wird von einem nach der Verfassung unzuständigen Organ erteilt. Zuständig zur Erteilung von solchen Weisungen an einen Landeshauptmann sind nämlich bekannter Weise nach Artikel 103 nur die Bundesregierung sowie die einzelnen Ressortminister, nicht aber Staatssekretäre. Letztere sind den Bundesministern als Hilfsorgan beigegeben und unterstellt. Der in der Weisung enthaltene Hinweis auf eine angebliche Zustimmung der Bundesregierung zwingt mich ausserdem, die für den staatsrechtlich einigermaßen Kundigen allerdings ganz selbstverständliche Feststellung zu machen, dass es auch nicht möglich ist, das Weisungsrecht nach Artikel 103 der Bundesverfassung an irgend jemand zu delegieren, etwa so, wie man im privaten Rechtsverkehre selbstherrlich bevollmächtigen kann. Die Verfassung hat das Weisungsrecht nur der verantwortlichen Regierung und den verantwortlichen Ministern eingeräumt. Ein Delegationsrecht etwa der Art, wie es dem Bundespräsidenten aus Zweckmässigkeitsgründen durch Artikel 66 eingeräumt wurde und das auch wieder nur bis zum Bundesminister reicht, gibt es nach Artikel 103 der Bundesverfassung selbstverständlich nicht; auch ein Staatssekretär nimmt da ebensowenig eine Sonderstellung ein, wie irgend jemand Anderer. Ein Staatssekretär kann wohl als vorgesetztes Organ an die ihm nachgeordneten Organe Weisungen erteilen, wie dies ja nach Artikel 20 der Verfassung für die Verwaltung ganz allgemein vorgesehen ist. Das hat aber mit dem besonderen Weisungsrechte nach Artikel 103 der Bundesverfassung, der "verfassungsgesetzlich anderes bestimmt" (Artikel 20) nichts zu tun.

Ich sehe mich daher, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, veranlasst, diese verfassungswidrige und ungesetzliche "Weisung" des Staatssekretärs zurückzuweisen, lehne deren Befolgung ab und werde etwa einlangende Berufungen gegen Versammlungsverbote wie immer je nach den geltenden Gesetzen individuell prüfen und über sie entscheiden."

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

333

Wien, am 7. Dezember 1932

Das Versammlungsverbot.

Zu der in den heutigen Morgenblättern veröffentlichten amtlichen Verlautbarung, wonach Bundeskanzler Dr. Dollfuss das an ihn gerichtete Schreiben des Landeshauptmannes Seitz schriftlich beantwortet habe, wird mitgeteilt, dass bis 11 Uhr vormittags im Rathaus ein solches Schreiben des Bundeskanzlers nicht eingelangt ist. Da aber nicht angenommen werden kann, dass ein solches Schriftstück der Post übergeben wird, so dass der Landeshauptmann offiziell erst Kenntnis davon erhält, nachdem es längst in der Presse veröffentlicht ist, scheint es sich überhaupt um ein Missverständnis zu handeln.

Pressekonferenz über die "Winterhilfe".

Heute mittags fand im Wiener Rathaus eine Pressekonferenz über die Aktionen der heurigen Winterhilfe statt. Das Referat erstattete Stadtrat Professor Dr. Tandler. Der Bericht liegt für jene Zeitungen, die bei der Pressekonferenz nicht vertreten waren, unserer heutigen Ausgabe bei.

Ein Teil der Paulanergasse Einbahnstrasse.

Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion die Paulanergasse in der Strecke zwischen der Neumanngasse und der Wiedner Hauptstrasse als Einbahnstrasse erklärt. Die Paulanergasse darf in diesem Teil nur in der Richtung von der Favoritnerstrasse zur Wiedner Hauptstrasse befahren werden. Uebertretungen dieser Verordnung werden nach dem Wiener Strassenpolizeigesetz bestraft.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt kürzlich seine 72. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 806 Parteien in 114 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 4.760 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 43.128 Parteien in 4.915 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 235.991 Schilling genehmigt.

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Hernals tritt übermorgen, Freitag, um 17 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt findet am kommenden Samstag um 18 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

334

Wien, am 9. Dezember 1932.

Erfreulicher Fortschritt der Stadtrandsiedlung Leopoldau.

Bekanntlich hat der Gemeinderat Mitte Juli eine Grundfläche von ca. 200.000 Quadratmeter in Leopoldau und einen Kredit von 100.000 Schilling zur Errichtung einer Stadtrandsiedlung für Arbeitslose gewidmet. Es sollen damit 80 Siedlerstellen zu je 2500 Quadratmeter samt den zugehörigen Wohnobjekten und Stallungen hergestellt werden. Die treuhändige Durchführung der Aktion wurde der Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt Gesiba übertragen.

Obwohl wegen der notwendigen technischen und organisatorischen Vorbereitungen erst Mitte Oktober mit der eigentlichen Bauarbeit begonnen werden konnte und diese ausschliesslich von den Siedlern selbst verrichtet wird, sind doch bereits 48 Häuser im Rohbau fertiggestellt und eingedeckt, bei weiteren 12 wird die Dachgleiche in der nächsten Woche erreicht sein, bei ca. 20 Häusern wird an der Aufstellung des Stallanbaues gearbeitet. Die Wohnobjekte wurden als Doppelhäuser zu beiden Seiten einer neuen Wohnstrasse errichtet, die gleichfalls von den Siedlern angelegt wird und parallel zur Seyringerstrasse verläuft. Sie stehen auf isolierten Betonfundamenten, sind in Ziegelmauerwerk aufgeführt und mit Strangfalzziegeln gedeckt. Der Stall ist ein beiderseitig verschalter Riegelwandbau und mit starker Pappe gedeckt. Während des Winters werden die äussere Einzäunung des gesamten Siedlungsgeländes, die Fertigstellung der Strasse, das Schlagen der Brunnen für sämtliche Siedlerstellen und die Umackerung durchgeführt werden. Auf diese Weise werden die Siedler bereits im Frühjahr die Bestellung ihrer Parzellen in Angriff nehmen können.

Jubilare der Ehe.

Josef und Franziska Zwulik feierten am Samstag die goldene Hochzeit. Der Jubilar war vierzig Jahre in Wien als Schuhmachermeister tätig und hat sich vor einiger Zeit in Au am Leithagebirge niedergelassen. Zwulik steht im 78., seine Gattin im 73. Lebensjahr. Der Ehe entsprossen neun Kinder. Das Ehepaar Johann und Theresia Weiss beging am 26. November das goldene Hochzeitsfest. Weiss ist pensionierter Postbeamter und steht im 75. Lebensjahr. Seine Frau ist 78 Jahre alt. Das Ehepaar hat eine verheiratete Tochter und wohnt seit drei Jahren in Steinabrückl. Zu beiden Feiern erschien in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay, hielt eine herzliche Ansprache und überreichte die Ehrengabe der Stadt Wien. Auch die Bürgermeister von Au und Steinabrückl nahmen an den Feiern teil.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

335
Wien, am 9. Dezember 1932.

Errichtung eines Autobusbahnhofes in Wien.

Im Laufe der letzten Jahre wurde eine Anzahl von Autobuslinien für den Fernverkehr eingerichtet, deren Ausgangspunkt Wien ist, deren Aufstellungsplätze aber derzeit an verschiedenen Punkten der Stadt gelegen sind. Das ist vom Standpunkt des Verkehrs ein grosser Nachteil. Die Aufstellungsplätze sind dem Publikum oft unbekannt, sodass dieses im Bedarfsfalle genötigt ist, erst Erkundigungen darüber einzuholen. Da die Aufstellungsplätze der betreffenden Autbusse auf Strassenrund gelegen sind, fehlt zu dem die Möglichkeit, für das Publikum geeignete Warteräume bereitzustellen. Die Errichtung einer Zentralstation als Ausgangs- und Endpunkt dieser Kraftwagenlinien ist daher im Interesse des Publikums ebenso wie im Interesse der Autobussunternehmungen, die aus dieser Einrichtung Vorteile für ihren Betrieb erwarten können, aber auch im Interesse des allgemeinen Verkehrs, der eine Fortdauer des jetzigen Zustandes insbesondere bei einem Ansteigen des Verkehrs kaum zulassen dürfte, gleichermassen empfehlenswert. Auch vom Standpunkt des Fremdenverkehrs ist dieser Plan zu begrüßen.

Die Gemeinde Wien beabsichtigt nun die Errichtung einer solchen zentral gelegenen Station für die von Wien ausgehenden Fernkraftlinien zu ermöglichen. Für die Errichtung der Anlage kommt ein Platz an der Lothringerstrasse beim Karlsplatz und ein zweiter Platz beim Verkehrsbüro in Betracht. Die eine Grundfläche steht im Eigentum der Gemeinde, die andere ist Eigentum der Allgemeinen Baugesellschaft A. Porr. Die Errichtung und der Betrieb des Autobahnhofes sollen durch eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung erfolgen, die von der Gemeinde Wien zusammen mit der genannten Baugesellschaft gegründet wird. Der Gesellschaftsvertrag wird dem Gemeinderat schon in der nächsten Woche vorgelegt. Der Autobahnhof soll Aufstellungsplätze für Kraftwagen, Warteräume für das Publikum und Diensträume für das Personal umfassen. Ausserdem dürften einige Geschäftslokale in dem Gebäude untergebracht werden. Die Errichtung von Garagen wird wegen der geringen Ausdehnung der zur Verfügung stehenden Flächen voraussichtlich nicht erfolgen. Für die Entwicklung des Betriebes wird die tatsächliche Inanspruchnahme der Anlage massgebend sein. Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Unternehmungen werden von der Gesellschaft sofort nach ihrer Gründung eingeleitet werden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

336

Wien, am 10. Dezember 1932.

Neue Strassennamen in Wien.

Ein Nestroyplatz und eine Slatिंगasse.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat kürzlich auf Antrag des Gemeinderates Beisser wieder einige Strassenbenennungen beschlossen. So wird die platzartige Erweiterung der Praterstrasse an der Einmündung der Czerningasse und der Tempelgasse nach Johann Nestroy "Nestroyplatz" benannt. Auf der Landstrasse erhält eine bisher noch unbenannte, parallel zur Sinagasse verlaufende Gasse nach dem kürzlich verstorbenen Slatin Pascha den Namen "Slatिंगasse". Schliesslich werden drei Verkehrsflächen in Floridsdorf nördlich der Siemensstrasse nach dem Holzbildhauer Franz Schönthaler, nach dem Direktor der Wiener Porzellanmanufaktur Konrad von Sorgenthal und nach der Wiener Bronzearbeiterfamilie Danninger "Schönthalergasse", "Sorgenthalgasse" und "Danningerweg" benannt.

Die Erläuterungstafeln werden folgende Aufschriften tragen: "Johann Nestroy (1801- 1862), berühmter Wiener Volksdichter und Komiker", "Rudolf Slatin Pascha (1857 - 1932), österreichischer Afrikaforscher", "Franz Schönthaler (1821- 1904), Holzbildhauer und Innenarchitekt", "Konrad von Sorgenthal (1735 - 1805), Direktor der Wiener Porzellanmanufaktur von 1785 bis 1805" und "Danninger, Wiener Bronzearbeiterfamilie; Johann Georg d. J. begründete zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Wiener Bronze-Industrie".

Die Budgetberatungen des Wiener Gemeinderates.

Sitzung des Wiener Landtages.

Der Gemeinderat der Stadt Wien beginnt in der nächsten Woche am Mittwoch die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933. Die Sitzungen des Gemeinderates beginnen am Mittwoch um 17 Uhr, an den folgenden Tagen um 16 Uhr.

Der Wiener Landtag tritt am Freitag um 16 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Landtages nehmen die Budgetverhandlungen des Gemeinderates ihren Fortgang.

Autobusverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag in der Inneren Stadt.

Morgen, Sonntag (Silberner Sonntag), und am Sonntag, den 18. Dezember (Goldener Sonntag), wird in der Zeit von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr auf den innerstädtischen Linien I, II und III ein Autobusverkehr geführt. Auf den übrigen Autobustaglinien ist der Verkehr eingestellt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

337

12. Dezember 1932.

Wien, am

Die Donauschiffahrt in Oesterreich.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, haben im vorigen Jahre 18 Unternehmungen mit 262 Dampfern, 77 Motorbooten und 1452 eisernen Schleppbooten die Donauschiffahrt in Oesterreich betrieben. Von diesem Schiffbestand kommen für Wien hauptsächlich die Schiffe der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, der Flusschiffahrt des Königreiches Jugoslawien und der königlich-ungarischen Fluss- und Seeschiffahrts-A.G., das sind insgesamt 214 Dampfer und 1075 Schlepper mit zusammen rund 700.000 Tonnen Tragfähigkeit, in Betracht. Die Ruderschiffahrt, die in Wien nur einen Güterempfang von 12.000 Tonnen verzeichnet, verschifft fast nur Steine, Kohlen und Holz und spielt für ganz Oesterreich nur eine sehr geringe Rolle.

Im Personenverkehr sind für die österreichische Strecke der Donau im Jahre 1931 insgesamt 303.000 Passagiere zu verzeichnen; davon entfallen 98.000 Passagiere, also fast ein Drittel, auf Wien, rund 42.000 auf Linz. Der Ausflugs- und Sommerfrischenverkehr der Wiener in die Wachau drückt sich in der Statistik darin aus, dass die Station Melk 26.000 Passagiere ausweist.

Im Frachtenverkehr wurden auf der ganzen österreichischen Strecke der Donau 1.118.000 Tonnen ausgeladen, 409.000 Tonnen abgesendet und 425.000 Tonnen durchgeführt. Gegenüber dem Jahre 1929 ist die Durchfuhr um rund 41 Prozent gefallen, die Ausladung um rund 27 Prozent gestiegen, die Einladung um rund 12 Prozent gesunken. Die stärkste Empfangsstation ist Wien mit 933.000 Tonnen, dann folgt Linz mit 148.000 Tonnen, dann Obermühl in Oberösterreich und Ybbs in Niederösterreich. Der Wiener Versand, der seit 1930 ziemlich konstant ist, betrifft zumeist Papier - rund 34.000 Tonnen - Kohle - rund 25.000 Tonnen -, Mehl und Eisenwaren - je 16.000 Tonnen -, der Wiener Empfang hingegen vornehmlich Getreide und Hülsenfrüchte - 362.000 Tonnen -, Steine und Schotter - 163.000 Tonnen -, Mehl - 103.000 Tonnen -, Petroleum - 73.000 Tonnen -, Benzin - 16.000 Tonnen - und Kohle - 31.000 Tonnen.

Eine Weiskirchnerstrasse in der Inneren Stadt.

Knapp nach dem Ableben des Altbürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner hat die Bezirksvertretung der Inneren Stadt beschlossen, den Magistrat aufzufordern, im ersten Bezirk eine Strasse nach Weiskirchner zu benennen. Da in der Inneren Stadt neue Strassenzüge nicht erschlossen werden können, hat die Bezirksvertretung die Umbenennung einer schon bestehenden Strasse beantragt. Solche Umbenennungen stossen jedoch auf grosse Schwierigkeiten, weil sich dadurch die Geschäftsleute, die seit vielen Jahren in der betreffenden Strasse ansässig sind, nicht zu Unrecht geschädigt erachten. Es musste daher eine Strasse gewählt werden, für die solche berechtigte Einwände nicht zutreffen. Der Magistrat hat nun im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung der Inneren Stadt dem Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten den Antrag unterbreitet, den Teil der Wollzeile, der in Fortsetzung des Dr. Karl Lueger-Platzes über den Stubenring führt, nach Bürgermeister Weiskirchner zu benennen. Der Gemeinderatsausschuss hat heute nach einem Bericht des Gemeinderates Beisser diesen Antrag genehmigt. Der Text der Erläuterungstafel lautet: Dr. Richard Weiskirchner (1861 - 1926), Bürgermeister der Stadt Wien von 1912 bis 1919; Präsident des Nationalrates von 1920 bis 1923.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

338

Wien, am 13. Dezember 1932

Zwei neue Autobuslinien.

Amalienbad-Siedlung Laaerberg ; Stadtbahnstation Schönbrunn-Tivoli-Spinnerin am Kreuz.

Nach einem Bericht der Gemeinderätin Dr. Furtmüller hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten am Montag der Erteilung einer Konzession zum Betrieb einer Autobuslinie zugestimmt, die die beiden grossen Gemeindegrosssiedlungen "Tivoli" und "Spinnerin am Kreuz" und die städtischen Wohnbauten an der Hohenbergstrasse durchfahren wird. Die neue Autobuslinie beginnt bei der Stadtbahnstation Schönbrunn und wird über die Grünbergstrasse, Hohenbergstrasse, Philadelphiabrücke, Draschegasse, Wienerbergstrasse bis zur städtischen Wohnhausanlage "Spinnerin am Kreuz" geleitet, wo sie an die Strassenbahnlinie 165 anschliesst. Die Konzession wird einem privaten Unternehmer verliehen, der in kürzester Zeit den Betrieb aufnehmen wird.

Dem Magistrat liegt auch ein Ansuchen um Verleihung einer Konzession für eine Autobuslinie Amalienbad-Siedlung Laaerberg vor. Wenn der Konzessionswerber die gesetzlichen Bedingungen, an deren Erfüllung die Erteilung der Konzession gebunden ist, erfüllt, wird schon der nächsten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ein Antrag auf Zustimmung zur Erteilung dieser Konzession unterbreitet werden.

Verkehrsregelung in der Gaullachergasse in Ottakring.

Die Stände der Fischhändler in der Gaullachergasse nächst der Brunnengasse in Ottakring lassen zur Zeit des Fischmarktes nur eine schmale Fahrbahn frei, auf der sich der Kundenverkehr abspielt. Um die Sicherheit der Fussgänger nicht zu gefährden, musste daher die Durchfahrt durch die Gaullachergasse in dem Teil zwischen Lerchenfeldergürtel und Kirchstetterngasse zur Zeit des Fischmarktes verboten werden. Als Parallelverkehrswege kommen die Neulerchenfelderstrasse und die Friedmann-gasse in Betracht; eine wesentliche Beeinträchtigung des Verkehrs durch das auf verhältnismässig kurze Zeit beschränkte Durchfahrtsverbot ist daher nicht zu befürchten. Die vom Wiener Magistrat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion auf Grund des Wiener Strassenpolizeigesetzes erlassene Verordnung, betreffend die Verkehrsregelung in der Gaullachergasse, lautet:

- I. Die Durchfahrt durch die Gaullachergasse ist in dem Teil zwischen dem Lerchenfelder-Gürtel und der Kirchstetterngasse an Samstagen, ferner am Mittwoch, Donnerstag und Freitag vor Ostern, sowie am 23., 24. und 31. Dezember in der Zeit von 6 bis 19 Uhr, sonst an Freitagen von 6 bis 12 Uhr, verboten.
- II. Fahrzeuge, die in dem im Punkt I bezeichneten Teil der Gaullachergasse zur Zeit des Durchfahrtsverbotes zufahren, haben im Bereiche der Marktstände langsam zu fahren.
- III. Uebertretungen dieser Verordnung werden von der Bundespolizeidirektion nach § 79 des Wiener Strassenpolizeigesetzes mit Geldstrafen bis zu 500 Schilling, bei erschwerenden Umständen mit Arrest bis zu vier Wochen bestraft, der an Stelle oder neben der Geldstrafe verhängt werden kann.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

339

Wien, am 14. Dezember 1932.

Die Glatteisbekämpfung.

In der Nacht von Montag auf Dienstag ist in Wien Glatteis eingetreten. Die Glatteisbekämpfung besorgt in Wien, wie bekannt ist, der städtische Strassenpflegebetrieb. Dieser hat nun heute nachts zur Durchführung der Bestreuungsarbeiten bereits von 2 Uhr 30 an 15 Betriebsbeamte, 38 Strassenaufseher und 676 Strassenarbeiter in den Dienst gestellt. Um 5 Uhr wurden ausserdem zwei automobiler Sandstreumaschinen und vier Sandstreuautos, um 6 Uhr noch vierzehn pferdebespannte Streufuhrwerke zur Glatteisbekämpfung eingesetzt. Von 5 Uhr an stand ^{bereits} das gesamte Personal in Verwendung. Der städtische Strassenpflegebetrieb sorgt für die Bestreuung der Strassenübergänge bei Strassenkreuzungen und der Gehwege längs der Parkanlagen im verbauten Gemeindegebiet. Da eine durchlaufende Bestreuung der Fahrbahnen undurchführbar ist, liegt es im Interesse der Fussgänger, die Fahrbahnen nur im Zuge der bestreuten Strassenübergänge zu überqueren. Zur Bestreuung der Gehwege, die längs der privaten Liegenschaften verlaufen, sind gemäss dem Wiener Strassenpolizeigesetz die Hausbesitzer, Pächter, Verwalter oder Besorger verpflichtet.

Budget - Bericht 1933.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 14. Dezember 1932.

Der Gemeinderat der Stadt Wien begann heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933.

Die Verhandlungen leitete STR. Dr. Danneberg mit einem ausführlichen Expose ein, in dem er unter anderem berichtete:

Der Voranschlag für 1933 mit 358.2 Millionen Schilling Einnahmen und 359.9 Millionen Schilling Ausgaben und einem Abgang, der nicht einmal ein halbes Prozent beträgt, ist um rund hundert Millionen Schilling kleiner als in den Jahren 1929 und 1930, die den Höhepunkt in der Entwicklung des Gemeindehaushaltes seit dem Kriege darstellen. In der Verkürzung um mehr als 20 Prozent drücken sich die Wirkungen der letzten Abgabenteilung und einer Reihe von Steuersenkungen aus den Jahren 1929 und 1931 aus, die nur teilweise durch die Erhöhung der Wohnbausteuer und die Wiedereinführung der Bodernwertabgaben wettgemacht wurden; vor allem aber die Wirkungen der verheerenden Wirtschaftskrise, unter der wir zweifellos auch noch im Jahre 1933 zu leiden haben werden. Ihre Folgen für die öffentlichen Haushalte zeigen sich in der ganzen Welt. Die Wirkungen sind in den Haushalten der Städte überall noch grösser als in den der Staaten, da für die Gemeinden die finanzpolitischen Möglichkeiten überall eingeschränkt sind. Nach zwei Jahren trostloser Wirtschaftslage, die bei uns in Oesterreich einer Zeit gefolgt sind, die man auch nicht als eine Periode wirklicher Hochkonjunktur bezeichnen konnte, stehen wir nun am Anfange eines neuen Jahres, ohne dass sich ein Lichtblick zeigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am

Mit dieser harten Tatsache müssen wir rechnen. Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, durch seine sogenannte Ordnung der Wirtschaft den Menschen auch nur die nackte Existenz zu sichern, er hat angesichts gefüllter Speicher und Magazine Millionen Menschen zu erzwungenem Müsiggang, zulangsamem Verhungern und zur Hoffnungslosigkeit verurteilt. Wie sehr die ganze Welt von dieser Krise ergriffen ist, zeigt die Tatsache, dass der Welthandel im ersten Halbjahr 1932 auf das Niveau des Jahre 1910 gefallen ist.

Die Staaten haben versucht, mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik die Krise zu bannen oder zu lindern, innerhalb ihrer Grenzen erträglicher zu gestalten. Der Autarkiewahn, der die Menschen ergriffen hat, hat kläglich Schiffbruch erlitten. Seine Experimente haben die Krise nur verschärft. Besonders in unserem kleinen Oesterreich mit seinen $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen und seiner internationalen Verflochtenheit ist der Gedanke der Autarkie absurd.

Zu den schweren Erschütterungen, die die Krise im allgemeinen brachte, kamen bei uns noch die besonderen Ursachen einer speziellen österreichischen Krise und einer verhängnisvollen Entwicklung seit dem vergangenen Jahre. Wenn im Jahre 1918 der politische Zusammenbruch des alten Oesterreich erfolgte, so kam im vergangenen Jahre der Zusammenbruch der alten österreichischen Finanzmächte, die immer noch ihren Machtbereich über das Gebiet des alten Oesterreich und darüber hinaus ausgedehnt hatten, und es begann der Liquidationsprozess einer Entwicklung, die, so lange sie erfolgreich war, den Privatinteressen der Geldmächte diente, die aber, sobald es schief ging, die gesamte Volkswirtschaft belastet und an den Rand des Verderbens gebracht hat. Gegen die Wirkungen der furchtbaren Kreditkrise wollte sich der Staat zur Wehr setzen. Dass er den Kampf um die Sicherung der Währung aufgenommen hat, war notwendig. Aber zur Verhinderung des Verbrechens der Kapitalsflucht sind seine Massnahmen zu spät gekommen. Dagegen haben sie wirtschaftsdrosselnd und wirtschaftszerstörend gewirkt.

Seit dem Oktober 1931 haben wir Devisenvorschriften, seit April 1932 haben wir auch Einfuhrverbote. Auch die neuen Massnahmen wurden im Rahmen eines Systems angewendet, das seit Jahren eine verfehlte Grundtendenz hat. Das Hauptproblem für Deutschösterreich war immer, für seine grosse Industrie, für sein Gewerbe und seinen Handel gesteigerten Absatz im Auslande anzubahnen und Wien als grossen, internationalen Handelsplatz zu behaupten. Aber der überragende Einfluss der Agrarier in der Regierungsmehrheit des Nationalrates hat entgegen den Lebensinteressen der Industriebevölkerung und vor allem Wiens jahrelang zu einer einseitig agrarisch orientierten Wirtschaftspolitik geführt, die noch in der schweren Krise - und dann erst recht - fortgesetzt worden ist. Sie hat den Zollschutz des Binnenmarktes für die Landwirtschaft in die erste Linie gestellt und dafür die Interessen der Industrie oft genug preisgegeben. Sie hat auch die Zwangswirtschaft des letzten Jahres einseitig missbraucht:

(Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. GR. Dr. Wernisch : Wir sind doch nicht im Parlament ! - GR. Bi ber : Ist das ein Referent ? Sind wir in einem Kaffeehaus ?)

STR. Dr. Danneberg : Wir sind nicht in einem Kaffeehaus, sondern im Wiener Gemeinderat, der die wirtschaftlichen Tatsachen für Wien prüfen muss, wenn er das Budget der Gemeinde beraten soll. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

STR. Dr. Danneberg in seinem Expose fortfahrend: In der Art der Behandlung der Einfuhrbewilligungen, der Kontingente und der Kompensationspolitik, in dem langen Festhalten an einer ausgesprochenen Steuer auf den Export, wie es die Rohstoffquote war, deren Ablieferung die Nationalbank noch bis vor wenigen Tagen verlangt hat. Dieser Agrarpolitik ist es gelungen, der Landwirtschaft in Oesterreich höhere Preise zu sichern. Ende Juli des heurigen Jahres standen die Preise der wichtigsten Lebensmittel in Oesterreich um 70 Prozent höher als der Weltmarktpreis.

(Lebhafter Zwischenrufe bei den Christl. soz. GR. Bi ber:
Glauben Sie, Sie sind in einer Wählerversammlung? Sind sind am Referententisch!)

STR. Dr. Danneberg: Ja, ebendeshalb sage ich das. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

STR. Dr. Danneberg in seinem Expose fortfahrend: Aber mit den höheren Preisen wurde der Absatz erschlagen, wurden die Produktionskosten der Industrie neuerdings vergrößert und die Ausfuhr erschwert. Er ist jetzt, da viele Möglichkeiten verschüttet sind, scheint sich eine Umkehr zu vollziehen, aber das System der Einfuhrverbote, der Kompensationen und der Kontingente kann höchstens Stapelindustrien begünstigen und versagt, wo es sich um Geschmacksindustrien und um Gewerbehandelt, in denen man nicht mit typisierten Waren rechnen kann. Das ganze System der Devisenvorschriften erschlägt den Transithandel, der für das Wiener kaufmännische Leben hervorragende Bedeutung hat.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1932 ist die Ausfuhr von Fertigwaren aus Oesterreich gegenüber den ersten zehn Monaten des Jahres 1929 auf 34.4 Prozent gesunken. Die Ausfuhr von Fertigwaren ist in den drei Jahren von 1330 auf 457 Millionen Schilling zurückgegangen. (Hört - Hört- Rufe bei der Mehrheit) . Darin allein steckt die Ursache der Arbeitslosigkeit von 150.000 bis 200000 Menschen. Freilich drückt sich darin auch die starke Senkung der Preise auf dem Weltmarkto aus. Aber auch mengenmässig ist die österreichische Ausfuhr von Fertigwaren so gesunken, dass sie heuer wahrscheinlich kaum mehr als ein Drittel des Exportes vom Jahre 1928 erreichen wird. Insbesondere sind auch spezielle Wiener Produktions- und Handelsartikel dadurch schwer betroffen. Gegenüber dem Jahre 1929 ist die Ausfuhr von Strick- und Wirkwaren aus Baumwolle auf weniger als ein Viertel, die Ausfuhr von Herrenhüten auf etwa vier Zehntel, die Ausfuhr von Regen- und Sonnenschirmen, von Lederwaren, von Zier-, Schmuck- und Luxusartikeln auf ein Drittel, die Ausfuhr von Drechsler- und Schnitzwaren auf ein Sechstel, die Ausfuhr von Silberarbeiten auf ein Drittel und die von Goldarbeiten auf ein Zehntel gesunken. Es ist berechnet worden, dass die Produktionskosten der Ausfuhrindustrie sich seit einem Jahre um zwanzig Prozent erhöht haben. Wie wenig würde da die Vergütung der Fürsorgeabgabe an die Exportindustrie, selbst wenn sie möglich wäre, bedeuten!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Die Abspefungs politik hat die österreichischen Preise von den Weltmarktpreisen losgelöst. Wir hatten im Sommer Grosshandelspreise, die um 35 Prozent höher als die Weltmarktpreise waren. Die Verteuerung spürt die einheimische Bevölkerung; sie ist überdies auch eine Schädigung des Fremdenverkehrs, der wachsende Bedeutung hat.

Die traurigen Wirkungen der Krise und dieser Politik sind sichtbar in der Stilllegung von Betrieben, in der Verringerung der Belegschaften, in der Krzzarbeit, in der Abwanderung von Handelsniederlassungen, in der wachsenden Arbeitslosigkeit. Ende November zählte man in Wien 23.000, Mitte November in ganz Oesterreich 56.000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Setzt man die Arbeitslosigkeit des Jahres 1923 für ganz Oesterreich gleich ¹⁰⁰ Hundert, so war sie schon in der guten Konjunktur des Jahres 1928 auf 163, im Jahre 1931 auf 240 gestiegen und ist heuer sicher beträchtlich grösser. Immer grösseren Anteil hat die Jugend an der Arbeitslosigkeit. Nach einer Zählung vom März des heurigen Jahres sind unter den Wiener unterstützten Arbeitslosen 22 Prozent bis zu 25 Jahre alt gewesen. Nach den Angaben des Industriellenverbandes haben in der Wiener Metallindustrie von ¹⁰⁰ Arbeitern, die im Herbst 1929 dort beschäftigt waren, im September 1932 nur mehr 42 gearbeitet (Hört Hört-Rufe bei der Mehrheit) und davon nur 25 voll. In der Wiener Starkstrom- und Kabelindustrie sind gegenüber 100 Arbeitern im Jahre 1929 nur mehr 34 beschäftigt gewesen und davon nur mehr 11 voll.

Wie der Wiener Handel mitgenommen wurde, zeigt die Tatsache, dass die Zahl der Mitglieder des ^{den} Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, das den mittleren und Grosshandel umfasst, von 13.142 im Jahre 1925 auf 8585 im Jahre 1931 zurückgegangen ist. Die Zahl der Handelsarbeiter und Handelsarbeiterinnen Wiens ist seit dem Jahre 1924 um ein Drittel gesunken.

Für Wien können wir annähernd auch die Lohnverluste berechnen. Die Fürsorgeabgabe warf im Jahre 1929 das höchste Erträgnis mit 79.5 Millionen Schilling ab. Wir können sie für 1933 nur mehr mit 55 Millionen Schilling veranschlagen. Der Rückgang von 25 Millionen Schilling zeigt eine Lohn- und Gehaltsverringerung in der Privatwirtschaft an, die 600 Millionen Schilling beträgt, fast ein Drittel der Lohnsumme,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

die im Jahre 1929 ausgezahlt worden ist. Diese Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen bringt neben allen Leiden für die Betroffenen schwere Schläge für das ganze Gewerbe mit sich, von dem sich zwar manche Zweige krisenfester erwiesen haben als die grossen Betriebe, andere aber wieder der ärgsten Verelendung verfallen sind.

Und dennoch müssen wir sagen, dass die Verhältnisse in Wien in mancher Beziehung nicht so arg sind, wie im übrigen Oesterreich. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist in Wien eine langsamere als in den anderen Ländern. Wenn die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Jahre 1923 gleich 100 war, so ist sie in Wien im Jahre 1931 172 und in den übrigen Bundesländern 387 gewesen! (Hört Hört! bei der Mehrheit). Auch die wirtschaftlichen Todesfälle sind in Wien verhältnismässig geringer an Zahl als in den anderen Ländern. Die Anzahl der Ausgleich betrug im Jahre 1929 in Wien 861 und hat sich in den ersten 11 Monaten des heurigen Jahres verdoppelt. In den übrigen Ländern ist sie aber von 1126 auf 2407 gestiegen. Die Anzahl der Konkurse stieg in der gleichen Zeit in Wien von 188 auf 252, in den Ländern aber von 393 auf 733. Das ist nicht ein Trost, aber immerhin eine Erkenntnis, die uns zeigt, dass es nicht richtig ist, dass ausserhalb Wiens die Verhältnisse besser seien als hier. Sie sind im Gegenteil noch schlechter. Würden die Breitner-Steuer wirklich jenen schrecklichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben gehabt haben, der ihnen seit einem Jahrzehnt zugeschrieben wird, so könnte diese Entwicklung nicht sein. Die Investitionen der Gemeinde im Betrage von mehr als einer Milliarde und die der Gemeindeunternehmungen von fast 500 Millionen Schilling haben offenbar eine sehr gute Wirkung geübt. Selbst jetzt, bei dem sehr eingeschränkten Arbeitsprogramm der Gemeinde und in der ungünstigen Zeit des November haben wir auf den Gemeindebauten Beschäftigung für 3700 Arbeiter geschaffen.

Die Gemeinde hat aber ausser ihren eigenen Investitionen auch Investitionen in der Privatwirtschaft angeregt. Sie hat ^{durch} besondere Gesetzesbestimmungen bei der Fremdenzimmerabgabe und bei der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe Investitionen im Betrage von mehr als 20 Millionen Schilling herbeigeführt. Sie hat auch die private Bautätigkeit gefördert. Stadtrat Kunschak hat im Finanzausschuss angeregt, es möge der Ertrag der Bodenwertabgabe, soweit er nicht für Mietzinszuschüsse verwendet wird, zur Förderung der privaten Bautätigkeit Verwendung finden. Wir können heute die Finanzgebarung der Gemeinde nicht durch neue Zweckbestimmungen erschweren. Aber es kann gesagt werden, dass, während der Ertrag der Bodenwertabgabe bisher gegenüber den Ausgaben für die Mietzinszuschüsse um 5 Millionen Schilling höher war, die Gemeinde für die Heimbauhilfe Kredite von insgesamt 6'2 Millionen Schilling bewilligt hat.

Die Gemeinde hat dadurch, dass sie frühzeitig ein Wasserkraftwerk gebaut hat, eine Verbilligung des Kraftstrompreises herbeigeführt. Sie hat das Nutzwasser für das Gewerbe wesentlich verbilligt. Sie hat der Wiener Metallindustrie durch die Russlandaktion zwei Jahre lang Aufträge im Werte von 74'5 Millionen Schilling zugeführt und durch ihre Beteiligung ^{an} der Russlandaktion des Bundes für die Wiener Industrie Aufträge von fast 25 Millionen Schilling ermöglicht. Der Kreditverein der Zentralsparkasse hat an Wiener Gewerbetreibende und Kaufleute zu einem Zinsfuss von 6 Prozent, also der Hälfte dessen, was heute immer noch Kreditnehmer der Bank zu zahlen haben, Darlehen im Betrage von 43'7 Millionen Schilling ausgeben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Auch bei der Steuerpolitik haben wir das Gewerbe begünstigt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern haben wir die kleinen Werkstätten und Geschäftslokale nur mit einer ganz niedrigen Steuer belegt und grössere Lokale gegenüber grösseren Wohnungen begünstigt, während man anderwärts umgekehrt verfahren ist. Wir hatten bei der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe die Steuer nach der Leistungsfähigkeit der Betriebe eingerichtet und zum Beispiel fünf Sechstel aller Wiener Gastwirte von der Steuer freigelassen. Erst als unsere Steuer aufgehoben und eine neue im Einvernehmen mit der Bundesregierung gemacht werden musste, kam man zu einem mechanischen System, das heute allgemein als unrichtig empfunden wird.

So lange die Gemeinde die Kraftwagenabgabe einheben konnte, hat man erklärt, diese Steuer sei eine Hemmung für die Entwicklung des Autoverkehrs und ihre Unerträglichkeit gegeisselt. Damals waren nur die Personenautos besteuert, nicht das Motorrad, nicht der Lastkraftwagen. Das Autotaxi zahlte sechs Schilling monatlich. Seitdem die Gemeindesteuer aufgehoben ist und der Bund seine Kraftwagenabgabe und seine Benzinsteuer gemacht hat, zahlt ein Motorrad 50 bis 110 Schilling ^{jährlich} (Hört! Hört! bei der Mehrheit!) ein Lastdreirad 150 Schilling, (Hört! Hört! bei der Mehrheit) ein 5 Tonnen-Lastkraftwagen, der täglich 100 Kilometer fährt, 7000 Schilling im Jahr (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Mehrheit). Die 6700 Wiener Lastkraftwagen, die früher keine Steuer zu leisten hatten, sind jetzt mit einer Steuer von rund 7 Millionen Schilling belastet (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten). Ein Taxi, das der Gemeinde 72 Schilling jährlich zahlen musste, zahlt jetzt 990 Schilling. Eine sorgfältige Berechnung ergibt, dass der Wiener Autoverkehr jetzt 18 1/3 Millionen Schilling Jahressteuer aufzubringen hat, mehr als dreimal so viel, als die Gemeinde gefordert hat. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten). Nicht die angeblich wirtschaftsfeindliche Gemeindeverwaltung, sondern der Bund hat der Wiener Industrie und dem Handel die sa Steuer auferlegt.

Man klagt über die Fürsorgeabgabe der Banken. Aber die Zentralbanksteuer des Bundes macht mehr aus als die ganze Fürsorgeabgabe, die die Kreditinstitute zu zahlen haben (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten).

Die Lustkarkeitssteuer, über deren Höhe so oft geklagt wurde, ist heute in vielen Fällen nicht grösser als die Warenumsatzsteuer, die von den Lustbarkeiten gezahlt werden muss. Als die Gemeinde vor zehn Jahren eine Luxuswarensteuer von 12 Prozent einführte, galt das als unerträglich. Heute erreicht die Warenumsatzsteuer für lebenswichtige Bedarfsartikel eine solche Höhe.

Wenn dennoch immer wieder über die Wiener Steuern geklagt wird, so ist das verständlich, weil bei dem schlechten Stande der Wirtschaft die Steuern fühlbarer werden. Aber die Gemeinde hat sich auch hier anpassen versucht. Sie hat vom Jahre 1930 an sieben Steuern ermässigt und bei der Erhöhung der Wohnbausteuer nichts anderes als einen Krisenbeitrag für Arbeitsbeschaffung verlangt. Der Bund hat, um sein Budget auszugleichen, eine Reihe schwer wiegender Steuererhöhungen vorgenommen und will im Jahre 1933 einen Ertrag erreichen, der nur um 1 1/5 Prozent hinter dem Ertrag der Bundesabgaben im Jahre 1928 zurückbleibt. Die Gemeindeabgaben sind für das Jahr 1933 mit einem Betrag veranschlagt, der um 20 Prozent hinter ihrem Ertrage vom Jahre 1928 zurücksteht.

Mit Recht bekämpfen die Gemeinden den Grundsatz des Bundes, dass er zwar für sein eigenes Budget Vorsorge trägt, den Gemeinden aber keine Möglichkeit für gleiches Tun lässt. Aber noch weniger möglich ist der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

Standpunkt, dass es zwar dem Bund erlaubt sein soll, die Wirtschaft stärker zu besteuern, wenn er es für notwendig findet, dass aber die Gemeinde dann die Pflicht habe, Entlastungen herbeizuführen, um die Lage erträglich zu gestalten. Eine solche Arbeitsteilung in der Steuerpolitik kann es nicht geben. Denn auch die Gemeinden haben ihre Verpflichtungen und Aufgaben; sie sind in der Krisenzeit nicht kleiner, sondern grösser geworden. Es war notwendig, die Ausgaben für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen trotz der Verringerung der Einnahmen um 100 Millionen Schilling auf derselben Höhe zu erhalten. Man mag einwenden, dass dies bei gestiegenem Elend zu wenig sei. Aber wer gerecht urteilt, wird dennoch sagen, dass es eine ausserordentliche Leistung ist. Wir haben unsere Ausgaben für die Schule in den letzten Jahren auf ungefähr gleicher Höhe zu erhalten vermocht. Fürsorge und Schule erfordern mehr als die Hälfte der Mittel des Voranschlages. Innerhalb der Fürsorge spielt die Jugendfürsorge auch finanziell eine grosse Rolle. Zusammen mit den Ausgaben für die Schule ergibt sich ein Betrag von mehr als 100 Millionen Schilling, den die Gemeinde für die heranwachsende Jugend verwendet.

Auch jetzt muss es unser Bestreben sein, möglichst viel der Wirtschaft zugute kommen zu lassen. Wir haben 47 Millionen Schilling für Investitionen im Voranschlag, daneben 60 Millionen Schilling für Erhaltungsarbeiten, Lebensmitteleinkäufe und dergleichen, die auch dem Markte zugute kommen, dann noch 20 Millionen Schilling Investitionen der städtischen Unternehmungen. Alles bescheiden und zu wenig, verglichen aber mit den Leistungen anderer Körperschaften immer noch viel. Wir führen die Wohnbautätigkeit weiter und wollen unsere Versprechungen erfüllen. Nach den 60.000 Wohnungen sollen weitere 20.000 gebaut werden (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Das Tempo ergibt sich aus dem Ertrage, den die Wohnbausteuer liefert.

Heute muss ganz Wien für eine Politik Dank sagen, die die Stadt nicht mit grossen Anleihen belastet hat (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Wir wären sonst in denselben Schwierigkeiten wie andere Städte und müssten entweder den Steuerdruck wesentlich verschärfen oder unsere Gegenwartsverpflichtungen arg vernachlässigen. Damit will ich freilich nicht sagen, dass ich eine Anleihepolitik der Gemeinde für alle Zeiten und unbedingt ausgeschaltet wissen will. (Zwischenrufe). Es können Augenblicke kommen, in denen für eine Uebergangszeit ein gewisses Mass von Verschuldung notwendig werden kann. Aber diesen Zeitpunkt muss man sich sorgsam aussuchen und auch das Ausmass und den Zweck sorgsam festlegen.

Selbstverständlich streiten öffentliche und private Wirtschaft miteinander darüber, inwieweit der Ertrag der privaten Wirtschaft in Anspruch genommen werden soll. Auch die, die eine Uebersteuerung wahrzunehmen glauben und darüber klagen, wünschen oft in einem Atem die Ausdehnung der Aufgaben der Gemeinde. (Zwischenrufe). Sicher ist, dass die private Wirtschaft durch die Krise so viel Unheil angerichtet hat, dass nur das Eingreifen des Gemeinwesens das Leben überhaupt noch erträglich zu gestalten vermag (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) und dass gerade aus dem Versagen der privaten Wirtschaft und aus der privatkapitalistischen Behandlung aller Wirtschaftsfragen, die naturgemäss, trotz aller Predigten, egoistisch bleibt, in der heutigen Gesellschaft immer neue Aufgaben für das Gemeinwesen erwachsen. Wenn der Unternehmer seinen Betrieb wegen Ertragslosigkeit reduziert oder spornt, um sein Kapi-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

tal zu betten, so erwachsen dem Gemeinwesen neue Aufgaben aus der Sorge um die Menschen, die auf die Strasse gesetzt werden. Dazu braucht aber das Gemeinwesen wieder die Mittel, ob es sich jetzt um den Bund oder um die Gemeinde handelt.

Mag sein, dass man da manchmal in schweren Zeiten von einer gewissen Wegsteuerung des Kapitals nicht ganz mit Unrecht sprechen kann. Aber Kapital ist in Oesterreich auch anders^{als} durch Wegsteuerung oft genug verlorongegangen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Eine lässige Bankenwirtschaft hat Verluste von mehr als einer Milliarde herbeigeführt, die den Staat zu hoch verzinslichen Anleihen gezwungen haben und die der Wirtschaft durch eine dauernd hohe Bankrate ^{schwerere} Lasten auferlegt haben als alle Steuern. Die Ordnung im Gemeinwesen aufrechtzuerhalten, ist nicht eine blosse Polizeianglegenheit, die mit dem Gummi-
knüttel gelöst werden kann. Sie muss durch die Erfüllung der sozialen Pflichten gelöst werden (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) und die notwendigen Geldmittel hiezu müssen beschafft werden.

Ich habe schon an anderer Stelle gesagt, dass ich die bestehenden Gemeindesteuern nicht als ein unantastbares Ideal betrachte. Das hat auch mein Vorgänger nicht getan und er hat selbst wiederholt Steuerermässigungen vorgeschlagen, wenn der richtige Zeitpunkt dazu da war. Aber man muss zweifellos unterscheiden: In einer Zeit aufsteigender Wirtschaft kann eine Steuerermässigung Antrieb und Belebung bedeuten und muss letzten Endes die gesamten Einnahmen nicht schmälern. In einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges sinken die Steuererträge automatisch. Senkungen der Steuersätze noch dazu ergeben so starke Verminderungen der Einnahmen, dass man sie nur verantworten kann, wenn man auch die Ausgaben sofort entsprechend vermindert. Wir haben aber in unserem Voranschlag keine überflüssigen Ausgaben. Man kann über irgendwelche kleine Posten verschiedener Meinung sein, aber nicht über solche, die finanziell eine wirkliche Rolle spielen.

Steuerregelungen nach unten sind auch deswegen schwer, weil kein Beruf geneigt ist, gerecht zu sein und jeder begreiflicherweise nur sein eigenes Interesse sieht. Kaum einer würde verstehen, dass man nicht ihm, sondern einem anderen Berufe Erleichterungen schafft. So entsteht gleich ein grosses Problem, dessen Lösung nicht einfach ist. Eine Kritik ist von vorneherein unfruchtbar, wenn sie sich nur in allgemeinen Klagen ergeht, alle Pflichten der Wirtschaft Erleichterungen zu schaffen, nur auf die Gemeinde wärzt und übersieht, dass das Schicksal der Wirtschaft nicht von den Gemeindesteuern, sondern vor allem von der ganzen Wirtschaftspolitik abhängig ist, soweit es überhaupt im Rahmen des eigenen Landes beeinflusst werden kann. Die Kritik bleibt unfruchtbar, wenn sie nicht im einzelnen anzugeben vermag, welcher Abbau an Steuern und welcher Aufbau von Steuern im Rahmen der der Gemeinde zustehenden Kompetenz erfolgen soll. Wenn man auf der einen Seite Anträge stellt, die eine Steigerung der Ausgaben der Gemeinde um Dutzende Millionen zum Inhalte haben, und auf der anderen Seite über die Wegsteuerung des Kapitals klagt, kommt man nicht vorwärts. Mit Recht hat die Mehrheit der Wiener Bevölkerung eine solche Kritik seit einem Jahrzehnt zurückgewiesen. Heute muss man insbesondere auch sagen, dass das ganze Steuerproblem nicht nur unter dem normalen Gesichtspunkt der Beschaffung von Einnahmen zu betrachten ist, sondern dass es sich um Opfer für Bekämpfung der Not handelt, an denen die Opfernden letzten Endes vielleicht dasselbe Interesse oder mehr Interesse haben, als die,

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

deren Not durch die Opfer gelindert werden soll. Noch ein anderer Gesichtspunkt darf nicht vergessen werden: Das Vetorecht der Bundesregierung bis zum Jahre 1935 ist ein Hindernis für die freie Entscheidung der Gemeinde in Steuerfragen. Man wird sich daher schon unter diesem Gesichtspunkt jedes Vorgehen sorgfältig überlegen müssen.

Unter den Ursachen der Verringerung der Gemeindecinnahmen spielt auch die Abgabenteilung eine grosse Rolle. Man hat uns im vergangenen Jahre nach dem damaligen Stande der Ueberweisungen einen Betrag von 35 Millionen Schilling genommen. Zieht man die Verringerung der Bundessteuererträge in Betracht, von denen wir Anteile bekommen, so ergibt sich als Verkürzung für das Jahr 1933 ein Betrag von etwa 20 Millionen Schilling. Ich bin sehr dankbar, dass Herr Stadtrat Kunachak kürzlich im Nationalrat selbst Verwahrung dagegen eingelegt hat, dass etwa ein solcher Aderlass an Wien wiederholt werde. Wir gönnen allen andern Ländern und Gemeinden in Oesterreich das Beste, aber wir müssen auch auf unsere Rechte für Wien bestehen. Eben jetzt wieder unternimmt die Bundesregierung mit ihrer Steuereinhebungsvorlage einen Angriff auf Wien, der beträchtliche finanzielle Wirkungen haben müsste. Sie will in Zukunft die Bundessteuern selbst einheben, aber uns den ganzen Apparat überlassen, der Jahrzehnte auch für den Staat die Arbeit besorgt hat und in Wien - wohl nicht zur Freude der Steuerzahler - einen Wettlauf der Steuerexekutoren veranstalten. Aber wenn die christlichsozialen Wiener Abgeordneten da nicht mittun, gibt es im Nationalrat für dieses Gesetz keine Mehrheit. (Zustimmung bei den Soz. dem.)

Zu unserer Selbstbehauptung gehört auch die richtige Einstellung zu den Monopolbetrieben der Gemeinde. Es war gewiss eine grosse Tat, die Gas- und Stromerzeugung und die Strassenbahn vor drei Jahrzehnten zu sozialisieren, wenn das damals auch nur bedeutet hat, die Gewinne dieser Unternehmungen dem Privatkapital zu entreissen und der Gemeinde zuzuführen. Aber es war auch ein grosser Verdienst, das die gegenwärtige Verwaltung für sich in Anspruch nehmen darf, diese Betriebe, die im Kriege heruntergewirtschaftet worden sind, wieder instandzusetzen und in der Zeit der Inflation mit einer richtigen Tarifpolitik trotz aller demagogischen Anfeindungen im Gemeindebesitz zu erhalten. Die schwere Wirtschaftskrise nimmt jetzt auch diese Betriebe mehr oder minder hart mit. Sie mit den richtigen Methoden vor jeder Gefahr zu schützen, gehört auch zu den grossen Aufgaben, die wir gegenwärtig haben.

Jede Verwaltung hat die Pflicht, ihr Dasein immer wieder durch ihre Leistungen zu rechtfertigen. Sie hat Rechenschaft zu geben und sie hat Programm zu machen. So soll der Voranschlag aufgefasst werden. Mit gutem Gewissen empfehle ich seine Annahme. (Stürmischer Beifall bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

Die Generaldebatte über den Voranschlag und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe I^A werden unter einem abgeführt.

Stadtrat Kunschak (chr. soz.) : 14 Jahre haben wir das System Breitner bis zur Neige ausgekostet und sind jetzt davon überrascht, dass dieses System sein Ende gefunden hat und dass an seine Stelle ein anderes treten soll. Wer die persönliche und sachliche Auswirkung heute beobachtet hat, die dieser Wechsel in der Person des Finanzreferenten herbeiführte, erinnert sich unwillkürlich an das Wort: Es kommt selten was besseres nach (Lebh. Beifall bei den Chr.) Das steuerzahlende Wien ist vom Regen unter die Traufe gekommen. Der frühere amtsführende Stadtrat hat den Vorzug gehabt, dass er ein fachlich hochgebildeter Mann und eine ganz ausserordentliche Arbeitskraft war. Diese beiden schönen Eigenschaften namentlich die erstere hat nur schwer darunter gelitten, dass er sich im Rahmen einer Weltanschauung betätigen musste, die nun einmal nichts Gutes hervorzubringen vermag (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.). Man sagt manchmal, die Denkweise der Juristen sei durch ihr Studium etwas verkrüppelt; beim Finanzreferenten Breitner ist das Fachwissen sicher sehr stark belastet worden durch seine sozialdemokratische Ueberzeugung, der er in allen seinen Massnahmen bis zu den letzten Konsequenzen glaubte treu bleiben zu müssen. Auch darin hat sich eine gewisse gute Eigenschaft des Finanzreferenten gezeigt. Man wusste immer, woran man bei ihm ist. Er ist sich und seinen Grundsätzen in allen seinen finanzpolitischen Massnahmen treu geblieben, mit einer einzigen Ausnahme, dass er nämlich im Jahre 1922 behauptet hat, seine Steuern seien Inflationssteuern und müssten sofort bei geändertem Geldwert verschwinden. Aber in allem anderen wusste man, das ist der Breitner, der finanzpolitische Repräsentant einer sozialdemokratischen Gemeindegewirtschaft, der von diesem Weg in nichts abzubringen ist. Wir haben dafür nichts Besseres eingetauscht. Denn heute haben wir zwar ein Stück Verleugnung Breitnerscher Grundsatzpolitik gehört. Der jetzige Finanzreferent hat gesagt, er stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt, dass an den Steuern der Gemeinde nichts geändert werden könne. Das wäre eigentlich eine sehr verheissungsvolle Mitteilung. Aber es war uns schwer zu erkennen, dass das ein blosses Lippenbekenntnis war. Während Breitner sein starres Nein mit männlicher Offenheit in die Welt hinaus und den Wiener Steuerträgern ins Gesicht geschmettert hat, hat der neue Finanzreferent seine freundliche Geste hinsichtlich der Forderung nach Aenderung des Steuersystems dann doch wieder in den Speichel rabulistischer Redensarten eingewickelt, sodass den Bissen gar kein Hund mehr fressen kann (Lebh. Beifall und Beifall b. d. Chr. soz.) Ich muss sagen, mindestens appetitlicher war das, was Stadtrat Breitner als Richtschnur seiner Finanzpolitik gelegt hat. Der heutige Finanzreferent unterscheidet sich auch in dem einen von dem gewesenen Referenten, dass der frühere sein Referat mit einer Darstellung allgemein wirtschaftspolitischer Art eingeleitet hat, die es vermied, irgendwelche Polemiken zu führen und dass er dann ein anschauliches, seine Ansichten klar wiedergebendes Bild über die Grundlagen, Ziele und Richtlinien des Budgetes gab, während sich der heutige Referent darin gefallen hat, die Polemik eines Agitators in einer Volksversammlung zu führen (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.), um sich damit gewissermassen den Hintergrund zu schaffen, von dem sich sein dürftiges Budget vorteilhafter abheben soll. Er war dabei wahrscheinlich der Meinung, die grosse Masse bleibt von dem Inhalt des Budgetes ohnehin vollständig unberührt, die heutige Zeit durstet so sehr nach Polemik, Kritik, eventuell auch nach Beschimpfungen und ungerechtfertigten Angriffen des Gegners, da füttert man die Masse damit, dann ist die Einführungsrede viel wirkungsvoller (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

St. R. Kunschak beschäftigt sich sodann mit den einzelnen Gemeindeabgaben, und zwar zunächst mit der Abgabe von unverbauten Grundflächen. Diese Abgabe ist in ihrer Konstruktion eine ganz entsetzliche Missgeburt, wie auch aus verschiedenen Aeusserungen ihres Schöpfers hervorgeht, der im übrigen in offener Gemeinderatssitzung ^{zu-}sagte, er wolle nur die erste Auswirkung der Abgabe abwarten und dann an ihre Rekonstruktion schreiten. Heute drei Jahre nach der Beschlussfassung über dieses Gesetz ist an der Abgabe noch nichts geändert. Die Gemeinde verpackt grosse Grundkomplexe, die sie besitzt, weiter. Diese Gründe sind mit der Bodenwertabgabe von unverbautem Grund belastet. Die Steuer wird auf den Pächter überwältigt. Heute steht auf der Tagesordnung der Antrag auf einen Zuschusskredit von 150.000 Schilling, der damit begründet wird, dass die Vorschreibung der Bodenwertabgabe für die Gemeindegründe für die drei Jahre 1930 bis 1932 nun nachträglich erfolgt. Eine Steuer, deren Vorschreibung drei Jahre erfordert, trägt an sich schon das Merkmal der Unmöglichkeit. Für die Gemeinde ist das sehr einfach, da sie sich die Bedeckung vom Pächter holt. Aber auf den Pächter wird nach 3 Jahren die Abgabe überwältigt. Nun erfährt das Pächter auf einmal, dass der Grundwert, den er etwa ^{mit} 7 Schilling angenommen hat, jetzt von der Gemeinde mit 30 Schilling bemessen wird. Es ergibt sich daher eine mehr als vierfache Steigerung der Bodenwertabgabe, die der Pächter jetzt auf einmal leisten soll, für die er aber keine Bedeckung hat. Ein anderer Bodenbesitzer hat die Möglichkeit, gegen die Feststellung des Grundwertes zu berufen. Der Pächter kann das nicht, weil nicht ihm, sondern der Gemeinde die Abgabe vorgeschrieben wurde und die Gemeinde sich nicht veranlasst findet, gegen die zu ihren Gunsten vorgenommene Ueberbemessung Stellung zu nehmen. Nach der Konstruktion des Gesetzes könnte die Gemeinde ihre Pächter geradezu enteignen, da sie in der Einschätzung ihres Grundes ganz frei ist. Es ergibt sich daraus, dass sowohl das Pächter- schutz- wie das Mietenschutzgesetz für die Pächter der Gemeinde Wien ausgeschaltet erscheinen. Dazu kommt noch ein weiterer Umstand: In der ganzen Welt ist es ein bodenpolitischer Grundsatz, dass der unverbauter Grund nur unter dem Gesichtswinkel der Besteuerung, der Grundspekulation entgegenzuwirken und Baugrund für die Bautätigkeit freizumachen. Aber auch der Hof jedes Wohnhauses, von dem man wünschen müsste, dass er möglichst gross sei und der gar nicht Gegenstand der Spekulation sein kann, wird mit dieser Abgabe belegt. Ebenso jeder Garten. Das ist unsinnig und ungerecht zugleich. Wir stellen daher folgenden Antrag: Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgemeinschaft wird beauftragt, der Landesregierung ungesäumt eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch welche das Gesetz betreffend die Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen der in Aussicht gestellten Revision zugeführt wird, wobei auf Pacht- und gewerbliche Nutzungsgrundflächen besondere Rücksicht zu nehmen ist. (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

Der Finanzreferent hat sehr beweglich und mit Recht über den starken Rückgang unseres Exportes geklagt, wenn auch seine Motivierung total falsch war. In allen Staaten tun die öffentlichen Faktoren alles, um den Export zu beleben. Die Gemeinde Wien belastet die Exportprodukte genau so mit der Fürsorgeabgabe wie die für den Inlandmarkt bestimmten Produkte. Dabei sind die österreichischen Exportwaren sogenannte Qualitätswaren, bei denen mehr als bei anderen Waren der Prozentsatz des Arbeitslohnes überwältigt, sodass die Fürsorgeabgabe für die Preisbildung eine noch grössere Rolle spielt als für die Inlandware. Man muss sich entschliessen,

RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

In der Frage der Fürsorgeabgabe einen anderen Weg als bisher zu gehen. Wir haben in der Beziehung schon Anträge gestellt und wir wiederholen heute den Antrag, dass der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II beauftragt wird, der Landesregierung ungesäumt eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch welche das Gesetz betreffend die Fürsorgeabgabe dahin geändert wird, dass die auf die Gehalts- und Lohnquote für die in das Ausland ausgeführten Waren entfallende Abgabe rückvergütet wird (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.) [Hinsichtlich der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe hat sich der Referent daran gestossen, dass das Gesetz zu sehr mechanisiere und zu Schädigungen führe und er hat angedeutet, dass an dem Gesetz die Bundesverwaltung Schuld trage. In Wirklichkeit ist dieses Gesetz ein Kind eingehenden Verhandlungen zwischen dem Finanzminister des Bundes und dem Finanzminister der Gemeinde. Es ist also ein faktiertes Gesetz, für das Bund und Gemeinde die gleiche Verantwortung zu tragen haben. Da die Zustimmung des Finanzreferenten der Gemeinde zu dem Gesetz erfolgt ist, ist es geradezu ein lächerlicher Versuch, sich der Verantwortung entziehen zu wollen. Beide Teile waren der Meinung, dass werde mit dem Gesetz etwas Gutes gemacht. Die Erklärung dafür, dass die Sache am Ende doch nicht stimmt, liegt lediglich darin, dass es damals die Unterhändler der Gemeinde an der notwendigen Aufrichtigkeit gegenüber dem Finanzministerium haben fehlen lassen. Die Grundtendenz des Finanzministeriums war es, den Steuerträgern mindestens 6 Millionen im Jahr zu ersparen, den Ertrag der Steuern von etwas über 17 Millionen auf höchstens 10'6 im Jahr herunterzudrücken. Str. Breitner hat damals die Befürchtung geäußert, dass die Skala den Ertrag von 10'6 Millionen nicht bringen werde, während ich die Meinung vertrat, dass sie einen weit höheren Ertrag sichere. Das Material, auf Grund dessen man zu einem flüssigen Ergebnis hätte kommen können, ist das Geheimnis des Wiener Magistrats und des Herrn Breitner. Wir waren auf Kombinationen angewiesen. In das Gesetz wurde nun die Bestimmung hineingenommen, ^{dass} wenn Breitner Recht hat, die Gemeinde eine Nachtragsvorschreibung vornehmen kann, während, wenn ich Recht habe, eine Reduktion der Skalastufen vorgenommen werden soll. Darauf hat man sich darauf geeinigt, immer mit der Tendenz, von 17 auf 10'6 Millionen herunterzukommen. Nun haben sich die Verhältnisse seit dem Jahre 1931, wesentlich geändert. Infolge der unerhört scharfen Wirtschaftskrise ist das Schankgewerbe, dessen Ausübung nicht unerlässlichen Lebensbedürfnissen dient, am ersten zum Handkuss gekommen und der Umsatz ist in allen Betrieben ganz fürchterlich zurückgegangen. Diese Tatsache kann man doch nicht dem Schankgewerbe zur Last legen. Wäre keine Veränderung ^{in der Skala} eingetreten, so hätte Herr Breitner auch nicht 17, sondern nur 8 oder 9 Millionen hereingebracht. Dann hätte die Gemeinde diesen Verlust ebenso wie bei einer Reihe anderer Abgaben zu ihren Lasten buchen müssen. Der Antrag, dass von einer Nachzahlung abgesehen wird, ist wirklich nur eine Demonstration, die den wahren Sachverhalt verdunkelt. Eigentlich braucht man diesen Beschluss nicht, es wäre einfach von der Finanzverwaltung die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass nicht infolge Versagens der Skala, sondern infolge Schrumpfung des Umsatzes sich dieser Minderertrag ergeben hat. Wenn aber der Finanzreferent auf diesem Antrag besteht, so können wir darin nur die feierliche Bestätigung dafür erblicken, dass unsere Stellung in dieser Frage einen solchen Erfolg erzielt hat, dass sich ^{dem} eben auch die sozialdemokratische Mehrheit nicht entziehen kann. Es ist das eine Ehrung, nach der ich wirklich nicht geizt habe.

Die Wertzuwachsabgabe ist auf einer notorischen Lüge aufgebaut. Beim Realitätenverkauf gibt es keinen Wertzuwachs, da die allergünstigsten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Kaufpreise heute noch zumind. est/zu 40 Prozent unter dem Vorkriegswert liegen. Es ist also nicht nur kein Wertzuwachs, sondern ein starker Wertverlust. Zu verstehen ist es noch, wenn diese Abgabe dort eingehoben wird, wo es sich um offensichtliche Spekulationen handelt. Das müsste aber im Gesetz ausgesprochen sein. Wir beantragen daher den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe II zu beauftragen, dem Gemeinderat eine Novelle zum Gesetz betreffend die Wertzuwachsabgabe von Liegenschaften vorzulegen, wonach die Uebertretung von Liegenschaften der Abgabe dann nicht unterliegt, wenn der massgebende Erwerb vor dem 1. Jänner 1919 erfolgt ist.

Einem Kapitel, der Frage des Bürgerspitalsfonds, ist der Referent aus dem Wege gegangen. Es ist auch das ein Erfolg unserer Partei, was ich sehr gern quittiere. Der Fonds ist durch die Inflation, durch die Entwertung des Grund- und Hausbesitzes passiv geworden, seine Einnahmen sind versiegt. Die Gemeinde hat die Pflicht, an seine Stelle zu treten. Sie erfüllt diese Pflicht mehr schlecht als recht. Zuerst hat man sich die Praxis zurechtgelegt, über den Grundbesitz des Fonds so zu verfügen, als ob es sich um herrenloses Gut handelt. Unsere Angriffe haben dazu geführt, dass man sich entschlossen hat, die Behandlung dieses Besitzes auf die Basis eines Zweckvermögens zu stellen. Man ist dann dazu gekommen, wenn man Baugründe des Fonds für Zwecke von Wohnhausbauten verwendet hat, sie dem Bürgerspitalsfonds zum üblichen Preis abzukaufen und hat sich endlich entschlossen, für die Gründe, die man nicht käuflich erworben, aber ^{orts-} verwendet hat, einen Pachtzins in der Höhe von 1 Prozent zu bezahlen. Ein gauslicher Zustand, wenn man bedenkt, dass der Wert der Gründe nicht valorisiert wurde. Wir haben dagegen angekämpft und wie aus dem Budget ersichtlich ist, ist es uns gelungen, die Gemeindeverwaltung zu veranlassen, dass vom 1. Jänner an die Pachtgründe des Fonds mit 3 Prozent verzinst werden. Das ist wohl ein bedeutender Fortschritt. Es ist aber noch immer vollständig ungenügend und beschämend. Denn die Gemeinde verzinst dem Fonds die Beträge die sie ihm ^{bevorschusst}, mit dem doppelt hohen Zinsfuss. Das ist der Höhepunkt der Schöblichkeit. Man müsste entweder die Zinsforderungen den Fond auf 3 Prozent ermässigen oder die Zinsforderung des Fonds auf die jeweilige Bankrate, das sind gegenwärtig 6 Prozent erhöhen.

Die Wohnhausverwaltung steht vor der ernstesten Gefahr, dass für die Erhaltung der Bauten ungenügend vorgesorgt ist. Heute geht die Sache noch, da die meisten Häuser relativ jungen Datums sind und eine Reihe von ihnen noch in der Haftpflicht der Unternehmungen ist. Es besteht eine Rücklage von rund 9 Millionen bis Ende dieses Jahres und ausserdem ist im Voranschlag vorgesehen, dass aus dem Mietzinssertrags des Jahres 1933 4 Millionen als Rücklage für die Erhaltungskosten reserviert werden. Das sind scheinbar grosse Summen. Wenn man aber bedenkt, dass die Wohnhausanlagen, wie STR. Weber sagte eine Ausdehnung in der Grösse der Stadt Wiens haben, so ergibt sich, dass mit diesen Rücklagen das Auslangen bald nicht wird gefunden werden können. Aber auch für Erneuerungsrücklagen ist nicht gesorgt. All das zeigt, dass Ihr Wohnbauprogramm nicht von sachlichen sondern nur von politischen Erwägungen diktiert war. (Lebhafter Beifall b.d. Chr. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

Der Referent hat auch von der Notwendigkeit von Investitionen gesprochen. Wie es die Sozialdemokraten mit dieser Erkenntnis halten, beweisen schon die Wohnhausbauten. Im Jahre 1930 haben sie für Wohnhausbauten 93.1 Millionen verausgabt, im Jahre 1931 80.7 Millionen, im Jahre 1932 sind nur mehr 50 Millionen veranschlagt, die sicher nicht verausgabt werden, und für 1933 sind nur mehr 40.9 Millionen veranschlagt. Die Aufwendungen für Wohnhausbauten allein sind also gegenüber dem Jahre 1930 um 52 Millionen, also um mehr als 60 Prozent herabgesetzt. Nimmt man den Voranschlag der Hoheitsverwaltung insgesamt, so wurden für Wertvermehrende Investitionen im Jahre 1930 117.4 Millionen verausgabt, im Jahre 1931 96.7 Millionen, im Jahre 1932 waren nur mehr veranschlagt 63.8 Millionen, von denen schon grosse Absprüche vorgenommen worden sind, und für 1933 sind nur mehr 43.4 Millionen vorgesehen. Die Ausgaben für Investitionen wurden also seit 1930 um 74. Millionen oder um 80 Prozent gekürzt. Man kann also nicht sagen, dass sich die Sozialdemokratische Partei bei der Aufstellung des Gemeindebudget und der Festlegung der Gemeindepolitik der Notwendigkeit bewusst war, durch grosse Investitionen und öffentliche Arbeiten den Arbeitsmarkt zu beleben. Der Not kann nur durch Arbeitsbeschaffung abgeholfen werden und dazu hätte die Gemeinde manche Gelegenheit. Der Redner erinnert an seinen am 17. Juni gestellten Dringlichkeitsantrag, demzufolge die Wohnbauförderung des Bundes auch in der Gemeinde eine den Erfahrungen angepasste Nachbildung finden solle, und an seinen im Parlament gestellten Antrag, Grosswohnungen in Klein- und Mittelwohnungen umzubauen. Dieser Antrag findet im Parlamente die stärkste Gegnerschaft der soz. dem. Partei. (Hört - Hört- Rufe bei den Christl. soz.) Die Gemeinde könnte das ohne Schwierigkeiten tun. Die Bodenwertabgabe von verbaulichem Grund ist eine reine Zwecksteuer. Ihre Einnahmen betragen 2.4 Millionen, die Ausgaben sind mit 900.000 Schilling veranschlagt. Die Ersparnis von 1.4 Millionen verschwindet ^{entsprechend den Bestimmungen des} ~~in~~ ^{Gesetzes} in den allgemeinen Steuergeldern. Der Mehrertrag dieser Zwecksteuer könnte verwendet werden, um die Bestrebungen, Grosswohnungen zu teilen, nachdrücklichst zu fördern.

Der Redner beantragt: „Aus den Überschüssen des Ertrages der Bodenwertabgabe von verbaulichem Grund wird ein Fond gebildet, aus welchem den Hausbesitzern für die Umgestaltung von Gross- in Klein- und Mittelwohnungen, für die Vornahme von Auf- und Zubauten sowie für die Ausanierung von Klein- und Mittelwohnungen Darlehen zu mässigen Zinsen gewährt werden.“ (Beifall bei den Christl. soz.)

Die Frage, woher die Mittel zu nehmen seien, hat der soz. dem. Abgeordnete Dr. Bauer in der Sitzung des ^{Dr.} Finanzausschusses des Nationalrates vom 10. Dezember beantwortet. Bauer hat in seiner Rede im Finanzausschuss das grösste Gewicht darauf gelegt, dass die Wirtschaft durch öffentliche Arbeiten angekurbelt werde, und er hat gesagt; "Wenn aber jemand behauptet, dass es überhaupt unmöglich ist, die Mittel für öffentliche Arbeiten und Bestellungen aufzutreiben, so wäre das eine arge Uebertreibung." Die Möglichkeit, der Aufnahme einer Anleihe ist bei der Gemeinde Wien eine grössere als beim Bund, denn der Bund ist stark verschuldet und hat für seine Schulden den Ertrag des Tabak- und Salzmonopoles schon verpfändet, während die Gemeinde Wien noch riesige Aktiven vollständig frei hat.

Der Redner stellt den Antrag: „Zur Deckung der erforderlichen Mittel für die Durchführung des Wohnhausprogrammes sowie für Strassenherstellungen und Kanalbauten wird eine Anleihe im Betrage von 250. Millionen aufgenommen. Die Verhandlungen hierüber sind sofort aufzunehmen und ist

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

über deren Ergebnis dem Gemeinderat spätestens bis Ende 1933 Bericht zu erstatten.

Nach den Ausführungen Dr. Bauers ist nicht zu bezweifeln, dass die Mehrheit diesem Antrag mit allen Kräften unterstützen wird. (Heiterkeit und Beifall bei den Christl. soz.)

Zu den einleitenden Ausführungen des Referenten bemerkt der Redner, dass der Voranschlag heute schon nicht wahr ist und dass der Referent sich in voller Kenntnis dieser Tatsache befindet. In diesem Budget ist keine Rücksicht genommen auf die Defizite der städt. Unternehmungen, namentlich jene der Strassenbahnen. Wir haben uns bisher damit geholfen, den Abgang von einem Jahr immer auf das nächste Jahr vorzutragen. Es wird aber der Tag kommen, wo das nicht mehr gehen wird, und wenn es sich nicht um Gemeindebetriebe, sondern im Privatbetriebe handeln würde, hätten die Strassenbahnen schon längst das Ausgleichs-, eventuell das Konkursverfahren einleiten lassen müssen. Diese Defizite müssten pflichtgemäss auf die Passivseite der Voranschläges gestellt werden. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Auch die Pensionskassa ist mit einem Riesendefizit behaftet und es rückt die Gefahr heran, dass das Institut zusammenbricht. Derzeit hält es sich nur mehr dadurch aufrecht, dass die städt. Betriebe die Pensionsansprüche aus ihren Einnahmen decken und die Pensionskassa den städt. Betrieben die Beträge schuldig bleibt. Diese Dinge zeigen, dass es um die Gemeindefinanzen trotz diesem schön gefärbten Voranschlag schlecht genug steht.

Der Referent hat ^{auch} gemeint, die verfehlte Handelspolitik/und die der Regierung Bevorzugung der agrarischen Interessen hätten den Zustand verschuldet, indem wir uns heute befinden. Demgegenüber muss betont werden, dass die zwingenden Bestimmungen des Friedensvertrages Oesterreich, aber auch die anderen Staaten in der Führung eines vernünftigen Zoll- und Handelspolitik schwer behindern. Das Hauptübel liegt in der Bestimmung über die Meistbegünstigung, ^{unter} der die ganze europäische Zoll- und Handelspolitik leidet, und es ist daher mit grosser Freude zu begrüßen, dass auf der Wirtschaftskonferenz in Stresa der gegenwärtige österr. Bundeskanzler eine Lockerung des starren Systems der Meistbegünstigung herbeigeführt und so neue Voraussetzungen für eine vernünftigere Zoll- und Handelspolitik geschaffen hat. (Lebhafter Beifall bei den Christl. soz.) Wir hoffen, dass die neuen Bestimmungen, die in Stresa festgelegt worden sind, die Möglichkeit bieten, vor allem anderen mit Deutschland in ein erträgliches handelspolitisches Verhältnis zu kommen, wie es unserer wirtschaftlichen Kraft und unserer nationalen Verbundenheit entspricht. Natürlich spielen in der Zoll- und Handelspolitik auch die Einfuhrbeschränkungen eine Rolle, aber man soll nicht den angreifen, der von diesem Mittel zuletzt Gebrauch gemacht hat. Ein Mann, der ernst genommen werden will, sollte es sich überlegen, vom Referententisch so unmotiviert und unhaltbare Angriffe vorzubringen. (Lebhafter Beifall bei den Christl. soz.) Auch wenn es wahr wäre, dass die Regierung die agrarischen Interessen zu stark berücksichtigt hätte, so wäre ^{darin} noch immer nicht das Recht zu einem Vorwurf gelogen. Die österreichische landwirtschaftliche Bevölkerung bildet über 45 Prozent der Gesamtbevölkerung und es ist für die Wirtschaftslage eines Volkes nicht gleichgültig, in was für einer wirtschaftlichen Situation sich diese 45 Prozent der Bevölkerung befinden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am

Wenn diese grosse Gruppe vor dem Zusammenbruch bewahrt wurde, der nicht nur den Zusammenbruch ihrer Existenz, sondern auch den Zusammenbruch ihrer Konsumkraft bedeuten würde, so ist das noch lange nicht eine einseitige agrarische Politik. Es ist auch absolut unrichtig, dass die österreichische Regierung in den Zollkrieg mit Ungarn eingetreten ist, um die agrarischen Interessen Oesterreichs gegen die ungarische Konkurrenz zu schützen. Die Kündigung des Handelsvertrages wurde nur deshalb unternommen, weil Ungarn die Ressourcen des österr. Marktes für seine agrarischen Produkte in der unerhörtesten Weise ausgenutzt und unsere Ausfuhr auf den ungarischen Markt mit allen Mitteln unterbunden hat. Der neue Handelsvertrag bringt einen Grossteil unserer Industrie die Möglichkeit, die Waren nach Ungarn unter bevorzugten Bedingungen auszuführen. Der Erfolg wird davon abhängen, wie weit der ungarische Markt konsumkräftig ist, um die österreichischen Waren in entsprechendem Umfang aufnehmen zu können.

Was der Referent über die Kraftwagenabgabe und die Bezinsteuer gesagt hat, ist ein demagogischer Dreh, mit dem man in Versammlungen imponieren kann, mit dem aber den Gemeinderat verschonen sollte. Er weiss sehr genau dass die Benzinsteuer als Zwecksteuer eingeführt wurde, um das Strassennetz in Oesterreich endlich einmal in Ordnung zu bringen, was auch für das Wirtschaftsleben in Wien von grösster Bedeutung ist, und ich würde nur wünschen, dass auch die Stadt Wien endlich daran gehe, ihr Strassennetz in Ordnung zu bringen. (Zustimmung bei den : Christl. soz.) Es ist unrichtig, dass durch die Einführung der Benzinsteuer die Wiener Bevölkerung mit 18 Millionen belastet worden ist. Tatsache ist, dass das Benzin heute genau so viel kostet, als es bei der Einführung der Benzinsteuer gekostet hat. Die Darstellung des STR. Dr. Danneberg ist nichts anderes als eine demagogische Demonstration. Die Benzinsteuer hat das gute gehabt, dass das Benzinkartell gesprengt worden ist. Die Zinsgroschensteuer findet ^{auch} nicht den Beifall des Referenten. Er will da keinen Unterschied zwischen ~~nicht~~ ^{nicht} ~~erend~~ ^{erend} und progressiv finden, weil ihm das besser in seine Demagogie hineinpasst. Unrichtig ist auch, dass die Erhöhung der Wohnbausteuer einen Krisenbeitrag für Arbeitsbeschaffung darstellt, da ja die Gemeinde in ihren Wohnhausbau stark einschränken musste. STR. Dr. Danneberg hat auch erklärt, dass die Einnahmen des Bundes um 1.5 Prozent, die Einnahmen der Gemeinde hingegen um 16 Prozent niedriger sind. Dieser blosser Hinweis auf einen budgetären Kniff ist geradezu lächerlich. Man kann nur Gleiches mit Gleichem vergleichen. Der Bund hat nach der Verfassung mit wirtschaftspolitischen Problemen fast nichts zu tun. Die Gemeinde aber hat wirtschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen, sie hat für die Armen zu sorgen und so fort. Ein Vergleich mit dem Bund ist daher nach dieser Richtung nicht stichhältig. Wenn STR. Dr. Danneberg mit grosser Pose darauf verwiesen hat, dass die Privatbetriebe zugesperrt werden, wenn ihre Rentabilität nicht mehr gegeben ist, so verweise ich darauf, dass die Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde Wien ebenfalls nur nach streng kapitalistischen Grundsätzen geführt werden. STR. Breitner hat jeden Betrieb, der nicht mehr rentabel war, zugesperrt, so Zillingdorf, Mauthausen, Ybbs, u.s.w. Mit solchen Mätzchen soll man den Gemeinderat verschonnn.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Der Referent hat auch von der Kreditanstalt und von den verlorenen Milliarden gesprochen. Es gibt gewiss niemand, der nicht das Ereignis vom Mai 1931 bedauert. Mit Ausnahme der Heimatblöcker haben im Nationalrat alle Parteien für die Bundeshaftung gestimmt. STR. Breitner hat mit Recht für die Zentralsparkasse gezittert. Durch die Verpflichtung hat der Bund viele Institute vor dem Zusammenbruch bewahrt und es ist daher unanständig, anders zu argumentieren. Wir können nur Folgendes feststellen: Es ist ein neuer Finanzreferent, aber das alte System. Es ist ein neuer Finanzreferent, was aber geblieben ist, ist das System der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung. Dieses System ist zu verwerfen, es hat sich nicht bewährt und es drückt sich auch in sehr ungünstiger Weise in dem Voranschlag der Gemeinde Wien für 1933 aus. Deshalb werden wir für den Voranschlag nicht stimmen. (Beifall bei den Christl. soz.)

STR. Frauenfeld (nat. soz.) bemerkt, es sei überaus interessant, dass zur Beratung des Voranschlages die Staatspolizei zwei Vertreter auf die Galerie entsendet hat. Was wir vom Referenten über den Voranschlag gehört haben, war eine Versammlungsrede, weil ihm wahrscheinlich ein anderes Forum fehlt, vor dem er eine Rede halten könnte. Die verwaltende Partei hier und die Partei, die im Nationalrat die Regierungsmehrheit stellt, haben sich heute hier einige Aufrichtigkeiten gesagt, die gezeigt haben, dass das ganze System, nach dem bei uns regiert und verwaltet wird, untauglich ist. Wir werden keine unfruchtbare, sondern eine positive Kritik üben. Wir haben schon zur Genüge Variationen über das Thema Weltwirtschaftskrise gehört und es sind immer Beschwörungsformeln, die die Redner von sich geben, als ob es sich bei der von ihnen bezeichneten Weltwirtschaftskrise um eine Feuersbrunst, um einen Hagelschlag und dergleichen handeln würde, die man eben hinnehmen müsse. Der Hinweis auf die Krise, von der immer wieder gesprochen wird, kann absolut nicht die Absolution erteilen. In dem Voranschlag sind nicht die Ziffern erschreckend, sondern das Referat des Finanzreferenten. Der Bericht zeigte keine neue Idee, seine Ausführungen waren epigonenhaft, eine Fortsetzung dessen, was Breitner gesagt hat, es war erschreckend zu hören, dass die verwaltende Partei den Zeitläufen nicht Rechnung tragen kann oder will.

STR. Frauenfeld bespricht dann die Wirtschaftslage im allgemeinen und bemerkt, dass von einer Weltwirtschaftskrise nicht gesprochen werden kann. Als Krise bezeichnet man, wenn ein bestehender Zustand vorübergehend gestört, aber dann wieder hergestellt wird. Das ist aber nicht der Fall, denn die Wirtschaftslage hat sich derart verändert, dass sie zum alten Zustand überhaupt nicht mehr zurückkehren wird. Europa befand sich vor dem Weltkriege in dem Zustand unerhörter Industrialisierung und diesem Zustand hat der Ausgang des Weltkrieges ein Ende gesetzt. Die Verhältnisse in der Rohstoffbeschaffung, die Versorgung der Kolonien, alles dies änderte sich vom Grunde auf. Wenn von der Autarkie gesprochen wird, spricht man immer wie von etwas Nebensächlichem. Gewiss ist die Autarkie kein Ideal, aber sie ist ein Immunisierungsmittel gegen den Verfall. Was Sie als Weltwirtschaftskrise bezeichnen, ist die Krise der die Welt beherrschenden Demokratie, die auch durch die Aktiengesellschaften in die Wirtschaft hineingetragen worden ist. Die Demokratie züchtet Verantwortungslosigkeit sowohl in der Verwaltung wie auch in der Wirtschaft. Dem haben wir zuzuschreiben, was Sie als Krise der Wirtschaft bezeichnen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVIII. Blatt

Wien, am

Heute ist jeder Leirbub totunglücklich, wenn er nicht auf einem Motorrad fahren oder zum Weeckend nicht mit seinem Grammophon hinausfahren kann. Es wird ganz künstlich ein Luxusbedürfnis erzeugt. Denn es ist ein Luxus, dass sich jemand, der nichts zu essen hat, einbildet, er müsse auf einem Motorrad fahren oder um jeden Preis eine blöd-sinnige Jazzmusik hören. Diese Erscheinungen sind nicht nur vom internationalen Kapitalismus, sondern auch vom internationalen Marxismus gefördert worden.

Die sogenannte österreichische Krise ist keine Krise in dem Sinne, dass heute ein Zustand nicht mehr besteht, der einmal bestanden hat und dass dieser ehemals bestandene Zustand wieder hergestellt werden müsse. Auch dann nicht, wenn man glaubt, eine Donaukonföderation schaffen zu können. Die Nachfolgestaaten haben sich im letzten Jahrzehnt eine sehr starke heimische Industrie geschaffen. Würden die heutigen Grenzen fallen, so würde man in den Nachfolgestaaten nicht die Fabriken in die Luft sprengen. Wir hätten gar keine Absatzmöglichkeit, ja wir würden von den Industrien der Nachfolgestaaten, die geringere Steuern haben, nur unterboten werden. Diese Folgen müssten sich ergeben, wenn man etwa rein mechanisch an eine Rekonstruktion vergangener Zustände schreiten wollte.

Hier in Wien kommt zu der österr. Not noch die spezielle Wiener Not hinzu, die durch die Unfähigkeit der Sozialdemokraten verschuldet ist. Die Sozialdemokraten haben das Erbe der Christlichsozialen übernommen und haben so gewirtschaftet, als ob Wien das Erbe des grossen Oesterreich wäre, dem die ganzen Ressourcen des europäischen Sudostraumes zur Verfügung stehen. Zu all dem gesellt sich die unproduktive Arbeitslosenfürsorge, die sich auf die Wirtschaft verheerend auswirken muss. Es wäre die primitivste Aufgabe der Gemeindeverwaltung gewesen, wenn auch ihre Möglichkeiten beschränkt sind, innerhalb des Gemeindegebietes die Arbeitslosigkeit nicht zur Katastrophe anwachsen zu lassen, sondern rechtzeitig Vorkehrungen dagegen zu treffen. Es hätte nicht jemand als Finanzreferent hingesetzt werden dürfen, der nur ein neuer Steuerinkassant ist, sondern ein Mann, der neue Arbeitsmöglichkeiten schafft, durch die dann automatisch neue Steuern einfließen würden. (Lebh. Beifall bei d. Nat. soz.) Es wurde behauptet, dass Wien in Bezug auf die Arbeitslosigkeit um soviel günstiger daran ist als die Provinz. Daran hat weder Dr. Danneberg noch sein Vorgänger ein Verdienst. Es ist begreiflich, dass es in Wien einem Arbeitslosen leichter ist, sich umzustellen als in einem Provinzort, wo oft nur eine einzige Fabrik besteht und wo der Arbeiter den Ort nicht verlassen kann, da er mit dem Stückchen Grund und Boden, das er hat, verwachsen ist. Aber auch darüber hinaus ist die Feststellung des Finanzreferenten unzutreffend, soweit es sich um die deutsche Bevölkerung in Wien handelt. Wien hatte vor 20 Jahren über 2 Millionen Einwohner, es hat heute etwa 1,000.000. Wien hat also seither nicht nur 200.000 deutsche Bewohner verloren, in derselben Zeit sind über 200.000 Fremdstämmige hereingekommen, das bedeutet einen Verlust von über 400.000 bodenständigen Bewohnern. Das beweist, dass Wien als deutsche Stadt unter der Herrschaft der Sozialdemokratie eine sterbende Stadt geworden ist (Lebh. Beifall bei d. Nat. soz.) Man müsste sich heute mit der Frage beschäftigen, ob unter den veränderten Verhältnissen, mit denen man in Europa und speziell in Oesterreich rechnen muss, überhaupt die Möglichkeit besteht, eine Weltstadt in der Form wie sie früher bestanden hat, aufrechtzuerhalten, oder ob sie nicht absterben muss, wenn sie den veränderten Zeitläufen nicht Rechnung trägt. Bei den entwickelten Verkehrsverhältnissen ist es heute nicht mehr notwendig, die Menschen auf einem verhältnismässig kleinen Raum so zusammenzuballen und der Erde so zu entwurzeln, wie es vor Jahrzehnten der Fall war.

KRIEGERHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIX. ~~MM~~ Blatt

Wien, am

Dazu kommt, dass wir von der Wärmewirtschaft langsam in das Zitalter der Elektrotechnik und der Chemie hineinwachsen, unser Zeitalter ist das Zeitalter des Fernsprechens und da wird eine Dezentralisierung sehr leicht möglich. Den neuen Perspektiven, die sich da ergeben, muss Rechnung getragen werden. Darauf ergibt sich aber die Notwendigkeit, die Stadt nicht wie Sie es immer getan haben, nur in die Höhe, sondern sie in das Weite, in das Grüne hinauszubauen und dadurch den Menschen die Möglichkeit zu geben, wieder eigenen Boden zu besitzen und ihn von der Maschine unabhängig zu machen. Ein Grund unserer Not ist auch die Tatsache, dass eine Stadt und ein Staat zugrundegehen müssen, in denen der Mittelstand zugrunde gerichtet worden ist. Der Mittelstand musste bei uns zugrunde gehen. Weil es Ihnen nicht möglich war, das Proletariat emporzuheben, haben Sie den Mittelstand proletarisiert. Durch diese Vernichtung der Mittelschicht ist auch dem Arbeiter die Aufstiegsmöglichkeit genommen worden. Die Konzentration der Industrie und Wirtschaft, die nicht vom internationalen Kapitalismus gefördert wird, sondern auch von der Sozialdemokratie, bedingt es, dass es bei uns nur einige wenige Grossunternehmungen gibt, in denen das Emporkommen nicht von der Fähigkeit, sondern von der Rasse und von parteipolitischen Beziehungen abhängig ist. Durch die Vernichtung des Mittelstandes wurde den breiten Massen des Volkes jeder Ansporn genommen, Leistungen zu setzen. Es gibt zwei Formen von Grosstädten, solche, die organisch gewachsen und die kulturell bedingt sind, deren geographische und geopolitische Lage ihre Notwendigkeit erkennen lassen, und solche, die als Fremdkörper ihres Volkes zu betrachten und daher zum Absterben verurteilt sind. Wien gehört nach seiner ganzen Vergangenheit und Geschichte zu der ersten Gruppe und es hat daher eine Zukunft, wenn man den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten Rechnung trägt. Davon hat man nie ein Wort gehört. Man addiert Ziffern, man gibt ausgeglichene Bilanzen her und glaubt, damit seine Pflicht erfüllt zu haben. Wenn Wien wieder das Zentrum des europäischen Südostraumes wird und dieser Zustand wird über kurz oder lang hergestellt werden müssen, wird es zwar mit der Industrie wenig mehr zuschaffen haben, aber es wird als Umschlagplatz, als Verkehrszentrum, als Zentrum des Kunstgewerbes und als Stadt einer hohen Kultur zu werten sein. Wie sehr Sie diesem Umstand Rechnung tragen, geht daraus hervor, dass das Defizit der Bundestheater zum grossen Teil auf die Lustbarkeitsabgabe zurückzuführen ist. Sie glauben wahrscheinlich, dass die Fremden nicht herinkommen, weil es sie in diese Stadt hoher Kultur hinzieht, sondern damit sie sich eines Ihrer Häuser betrachten können, die im Klosett- oder Ementalerstil erbaut sind. Dazu kommt Ihre irrsinnige Steuerpolitik. Sie beschränken sich ja nur auf das reine Inkasso. Statt Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die automatisch Steuern hereinbringen, stellt man sich auf den Standpunkt, zu nehmen, was hier ist und daraus zu holen, was man braucht. Man ist einerseits so stolz darauf, dass man der lebenden Generation die Kosten für den Wohnhausbau aufgebürdet hat, aber der Finanzreferent hat sich doch die Hintertür einer Anleihepolitik aufgemacht. Zu einer solchen Anleihepolitik werden Sie wahrscheinlich in den Zeitpunkt schreiten, wo die sozialdemokratische Parteiherrschaft zu Ende geht, damit Sie Ihren Nachfolgern die Schulden überlassen können. Eine Ursache der wirtschaftlichen Not liegt auch in dem erschütternden Vertrauen der Bevölkerung. Heute lägt das Geld der Oesterreich^{-er} in der Schweiz und wird dort ganz gering oder gar nicht verzinst, ja man muss die Depotgebühren dafür bezahlen, während wir Gelder durch Anleihen zu Wucherzinsen hereinbekommen. Man versucht systematisch die mittleren und kleineren Unternehmer zugrunde zu richten, weil man glaubt, wenn nur einige wenige sind, kann man ihnen ihren Besitz leichter wegnehmen. Durch diese Konzentration wird den Menschen die Lebens- und Aufstiegsmöglichkeit geraubt. Dem armen Teufel

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XX. Blatt

Wien, am

ist es gleichgültig, ob derjenige, der an der Spitze eines Konsumvereins oder Unternehmens steht, als Generaldirektor oder als Genosse Volkskommis-sär angesprochen wird. Durch diese Konzentration haben Sie die Verantwortungslosigkeit auch in die Wirtschaft hineingetragen. Sie wenden sich immer gegen den internationalen Kapitalismus, wo Sie an der Herrschaft sind, wenden Sie aber die selben Methoden an, weil der Sozialismus nichts anderes ist, als ein übler Sohn des Liberalismus. Der Finanzreferent möge nicht wieder die Ausrede gebrauchen, dass der Bund, die Regierung in dieser Beziehung hemmend eingreifen. Sie berufen sich ja immer auf die Hunderttausende Fäuste, die Sie zur Verfügung haben. Dann hätten Sie aber mit diesen hunderttausenden Fäusten in zwei Generationen Zeit genug gehabt, Ihre Ideen zu verwirklichen. Ihr Reklambedürfnis zeigt sich überall. Man macht Dinge, mit denen man in Flugblättern und in der Zeitung Aufsehen erregen kann, man lässt aber alles ausser acht, was vielleicht notwendig wäre, aber sich parteipolitisch nicht ausschroten lässt. Man pretzt mit den 5 Gramm Radium und verringert die Spitalsbetten für die Tuberkulosen um die Hälfte, dies in einer Zeit, wo die steigende Not der Bevölkerung ein Ansteigen der Tuberkulose zweifellos zur Folge haben muss. Sie sind stolz darauf, dass Sie 50.000 oder 60.000 Wohnungen gebaut haben, Sie vergessen aber darauf, dass man mit dem Geld 70.000 oder 80.000 hätte bauen können. (Zwischenrufe bei den Soz. dem.) Ich habe meinen Lehrbrief als Maurergehilfe und mein Staatszeugnis als ^{prüfungs} Techniker und kann mir daher ein Urteil darüber bilden. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Parteigenossen). Es sind Preise für den Kubikmeter verbauten Raumes errechnet worden, die bedeutet höher sind als die, die die Privatwirtschaft hätte bieten können. Es ist die reinste Demagogie, jährlich tausende von Wohnungen zu bauen, während auf der anderen Seite Wohnungen leer stehen und jeder sich um 3000 oder 4000 Schilling eine Wohnung kaufen kann. Das Erschreckende ist nicht die Lage, in der wir uns befinden, sondern die Unfähigkeit, mit der Sie dieser Lage gegenüberstehen. (Zustimmung bei den Nat. soz.) Wien ist heute nicht mehr die Metropole einer Grossmacht, sie hat nicht mehr das Hinterland, es müssten ihr daher durch einen gesteigerten Fremdenverkehr und durch Niederlassung von Leuten, die hier ihren Lebensabend verbringen wollen, neue Möglichkeiten erschlossen werden. Eine Stadt, die so erfüllt ist von einer grossen Geschichte und Vergangenheit, könnte zu einem Wallfahrtsort von Millionen Menschen gemacht werden, wenn man sich nicht darauf beschränken würde, in demagogischer Weise Wahlschlager zu sammeln auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. Wenn von Wien der bestverwalteten Stadt der Welt gesprochen wird, so müssen wir sagen, dass Wien den Rekord an Selbstmorden hält und dass es auch im Verbrecherunwesen einen Rekord aufzuweisen hat, was nicht zuletzt auf die Art zurückzuführen ist, wie heute die Oeffentlichkeit und insbesondere die Jugend erzogen und versucht wird. Wir haben eine Stadt, in der ein Drittel der Bevölkerung von den allgemeinen Wohlfahrtseinrichtungen erhalten werden muss. Sind Sie sich jemals darüber klar geworden, wie demoralisierend diese unproduktive Arbeitslosenfürsorge ist? Man gibt den Leuten den Bettel einer Arbeitslosenunterstützung und sagt, das wäre eine soziale Errungenschaft. Mit solchen Dingen versucht man die Unzufriedenheit der Bevölkerung hintanzuhalten, Sie werden es aber noch zu spüren bekommen, wenn die Erbitterung der Leute sich durchbricht und sich gegen die Schuldigen wendet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XXI. Blatt

Wien, am

Sie haben die grösste und schönste Stadt des Kontinents in der tiefste Elend hineingetrieben. Wer nach Ihnen kommt, wird einen Trümmerhaufen aufzubauen haben. Diese Stadt wird so lange eine sterbende Stadt sein, als sie unter Ihrer Herrschaft steht. Sie wird erst dann einer grossen Zukunft entgegengehen, bis sie von Ihrer Parteipolitik befreit sein wird. Sie würden diese Stadt zugrunde richten, wenn Ihnen die Zeit hierzu bliebe. Aber die Zeit werden wir Ihnen nicht lassen. (Beifall bei den Nat. soz., Gelächter bei den Soz. dem.) Wirtschaften Sie nur so weiter, dann wird der vorliegende Voranschlag einer der Letzten sein, dann werden Sie nicht mehr die Möglichkeit haben, aus dieser Stadt ein Experimentierfeld zu machen für Ideen, die in der Praxis schon lange als falsch erwiesen sind. Wir werden dafür sorgen, dass Wien möglichst bald von der sozialdemokratischen Mehrheit, die es in dieses Elend hineingetrieben hat, befreit wird. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) führt aus, STR. Dr. Danneberg sei ein Vertreter jener Politiker, die heute um die Macht ringen, um ihrer Rasse eine Vormachtstellung zu erkämpfen, eine jener Persönlichkeiten, denen der Sozialismus nur ein Lippenbekenntnis ist, die dem Sozialismus nicht dienen, sondern mit dem Sozialismus herrschen und unterdrücken wollen. Die Abwehrstellung der Nationalsozialisten diesen Personen gegenüber ist also durchaus natürlich. Wir haben aber nicht nur zum Politiker Dr. Danneberg Stellung zu nehmen, wir müssen dem neuen Stadtrat auch als gewählten Beamten wertlos und wir wollen dies unbeeinflusst von allen politischen Erwägungen tun. Die beste Gelegenheit bietet dieser Voranschlag. Der Voranschlag wird in den Details immer dürftiger, sodass eine Ueberprüfung heute schon ganz unmöglich geworden ist. Die sozialdemokratische Mehrheit hat der Opposition auf Heller und Pfennig Rechenschaft zu legen. Dies geschieht aber weder im Rechnungsabschluss noch im Voranschlag in genügender Weise. Beweisen Sie doch endlich, dass Wien die bestverwaltete Stadt ist und geben Sie der Opposition die Möglichkeit der Kontrolle. Solange Sie dies sorgfältig zu verhindern trachten, können wir mit Recht sagen, dass Sie Grund haben, der Opposition das Recht der Kontrolle zu verweigern. (Beifall bei den Parteigenossen). Sie haben einen Voranschlag eingebracht, der nicht einmal der Situation des Jahres 1932 entspricht, Sie haben in keiner Weise dem kommenden schweren Zeiten des Jahres 1933 Rechnung getragen. Im Namen meiner Fraktion mache ich den Stadtrat Dr. Danneberg für Alles, was kommen muss, schon heute verantwortlich. Die Lage unserer Stadt ist so ernst, dass ich es unterlassen will, an den einzelnen Posten des Voranschlages Kritik zu üben, sondern ich will nur einen allgemeinen Ueberblick unserer Lage geben. Bei dieser Gelegenheit muss ich besonders die Tatsache anprangern, dass zwischen dem Bund und der Stadt Wien ein Kampf geführt wird, der der Bevölkerung ganz unverständlich ist. An den gegenwärtigen Verhältnissen ist sowohl der Bund wie die Gemeinde Wien schuldig. Es besteht eine würgende Kreditnot, eine ungeheure Arbeitslosigkeit, Handel und Gewerbe gehen zugrunde. Die Effektuierung der Lausanner Anleihe ist mehr als unwahrscheinlich geworden und ich fürchte sehr, dass es für uns hier eine internationale Blamage geben wird. Das Jahr 1933 lässt keine Besserung sondern vielmehr eine Verstärkung der gegenwärtigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

XXII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Notlage erwarten. Nicht nur der Bund befindet sich in einer trostlosen Situation, sondern auch die finanziellen Lage der Städte und Gemeinden muss als trostlos bezeichnet werden. Der Jahresbericht der Zentralsparkasse vom 1931 weist als Darlehenssumme an öffentliche Körperschaften den Betrag von 123 Millionen Schilling aus, während im Jahre 1913 nur 14 Millionen Kronen ausgewiesen wurden. Es besteht leider die Befürchtung dass ein grosser Teil dieses Betrages verloren ist. Die Zentralsparkasse hat der Gemeinde Wien ein Darlehen von 12 Millionen Schilling gegeben, der Gemeinde Vöslau 2.8 Millionen, der Gemeinde Schwechat mehr als eine Million, der Gemeinde St. Pölten fast 9 Millionen, der Gemeinde Wr. Neustadt zehn Millionen Schilling. (Hört-Hörtrufe bei den Nat. soz.) Es besteht kein Zweifel, dass dieses Institut Wege gegangen ist, die grosse Gefahren heraufbeschwören. Wir haben es deshalb im Juni d.J. abgelehnt, den Ausschuss der Zentralsparkasse zubeschicken, weil wir uns für diese Wirtschaft nicht verantwortlich machen konnten. (Zustimmung bei den Parteigenossen).

Der Redner stellt den Antrag: Der Gemeinderat wolle beschliessen: Zur Ueberprüfung der Kreditgewährung der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der Einbringlichkeit der an öffentliche Körperschaften gewährten Darlehen wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich zu gleichen Teilen aus den im Gemeinderat vertretenen Parteien und Vertretern der Sparer und Einleger der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zusammensetzt.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass das Jahr 1933 für die schaffende Bevölkerung dieser Stadt und dieses Staates ein Jahr verschärfter Wirtschaftsnot sein wird. Die Bevölkerung wird die gegenwärtige Mehrheit für ihr Treiben bald genug zur Rechenschaft ziehen.

Glauben Sie nicht, dass Sie die Verantwortung für diesen Vorschlag durch die Berufung auf die Wirtschaftskrise ablehnen können. Das Urteil über die soz. dem. Partei und über die verantwortlichen Stadträte ist schon gesprochen, es wurde nur noch nicht verkündet. Die Sozialdemokraten arbeiten für ihre Partei, der Motor der nationalsozialistischen Politik ist aber das deutsche Volk. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XXIII

GR. Schaffhauß (soz. dem.) beschäftigt sich mit der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe. Er führt unter anderem aus, dass die frühere Abgabe nach dem Willen der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit die Klein- und Mittelbetriebe geschont und die grösseren und grossen Betriebe zur Zahlung herangezogen hat. Die alte Abgabe passte sich den einzelnen Betrieben an und der Unterausschuss konnte alle Fragen individuell behandeln. Das alles hat den Christlichsozialen nicht gepasst. Sie gingen in der Kampagne gegen die alte Nahrungs- oder Genussmittelabgabe mit dem Namen Lueger in den Versammlungen hausieren und ich stelle hier fest, dass von manchen christlichsozialen Rednern in diesen Versammlungen mit dem Namen Lueger Schindluder getrieben worden ist. Wo sie nur konnten, suchten sie die Abgabe zu Fall zu bringen. Sie gingen sogar so weit, dass sie Ihre eigenen Leute, die im Unterausschuss sassen, in schwerster Weise verdächtigten. Sie wendeten sich vor allem gegen das freie Ermessen. Ich kann hier nur sagen, dass das freie Ermessen einen Schutz für viele Gewerbetreibende bedeutete, dass durch das freie Ermessen Gerechtigkeit geübt werden konnte. Es gab keine mechanische Behandlung der Fälle, sondern nur eine individuelle. Aber das alles wollten die Christlichsozialen nicht, sie wollten die Abgabe auf die breiten Schultern der Gewerbetreibenden legen. Die Zusammensetzung des Unterausschusses war keine parteipolitische, ja bei den Ausreihungen haben sogar die christlichsozialen Leute den Vorzug gehabt. Die neue Nahrungs- oder Genussmittelabgabe nimmt auf die Lage des einzelnen Gewerbetreibenden keine Rücksicht mehr und das ist einzig und allein den Christlichsozialen zu verdanken. Sie haben sich 84 Leute angenommen und haben für diese die grosse Trommel geschlagen. Der Endeffekt ist, dass das Klein- und Mittelgewerbe jetzt genau so herangezogen werden muss, wie die grossen Betriebe. Das Männerheim in Hernals ist ebenso abgabepflichtig wie ein Konzertkaffee. Das ist ein Skandal. Die Gastwirte haben selbst verschiedene Vorschläge zum Schutz der Kleinen und Mittleren Betriebe gestellt, aber der Genossenschaftsverband, in dem die Christlichsozialen die Hauptrolle spielen, hat diesen Anträgen nicht zugestimmt. Wir werden auch in Zukunft unsere Bemühungen, die kleinen und mittleren Betriebe zu schützen, fortsetzen. (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

GR. Pichler (nat. soz.) erklärt, dass seine Partei für den Antrag stimmen werde, dass an Nahrungs- oder Genussmittelabgabe keine Nachzahlungen zu leisten sind, und auch keine Erhöhungen für 1933 platzgreifen. Wir wundern uns nur, dass Sie, die Sie aus der bodenständigen Bevölkerung alles herauspressen, was möglich ist, diesmal Nachsicht üben. Im vergangenen und im laufenden Jahre hat die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe zu einem katastrophalen Niedergange des Gastgewerbes geführt und viele Selbstmorde in diesem Gewerbe sind sicher in diesem Gewerbe zurückzuführen. Wir sagen darum: Fort mit der ganzen Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, die wirtschaftsmordend und nichts anderes als eine zweite Warenumsatzsteuer ist, gegen die die Sozialdemokraten immer in scheinheiliger Weise auftreten, obwohl sie selbst einen Anteil an dieser Bundessteuer einstecken. (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.)

728

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

Die Verhandlung des Gemeindevoranschlags wird sodann abgetrochen.
Es wird zur Verhandlung eines ^{Dringlichkeitsantrages} der Gemeinderäte
Rotter, Schaffer und Genossen geschritten, in welcher verlangt wird, dass
den ausgesteuerten Arbeitslosen und den im Genuss der Notstandsunterstüt-
zung stehenden im Rahmen der Winterhilfe eine einmalige Weihnachts-
spende ausbezahlt werde in der Höhe einer Wochenquote des Arbeitslosen-
beitrags, den der Betreffende erhält oder zuletzt erhalten hat.

Hiezu bemerkt Bgm. Seitz, dass der Gemeinderat der Aktion "Winter-
hilfe", die eine autonome Körperschaft ist, selbstverständlich durch Be-
schlüsse keine Vorschriften machen könne. Es könnte sich hier nur um eine
Resolution handeln, die an die Aktion Winterhilfe weitergeleitet werden
könnte.

GR. Rotter (nat. soz.) bemerkt, dass es den ausgesteuerten Arbeits-
losen ganz gleichgültig sei, wer hier kompetent ist, ob die Hilfe im Rahmen
der Winterhilfe oder von der Gemeinde kommt. Es wäre an der Zeit, diesen
armen Teufeln diese einmalige Unterstützung zukommen zu lassen, umsomehr
als der Bürgermeister in einer Rede auf dem Parteitag erklärt hat: Wir
stehen zu den Arbeitslosen. Der Bürgermeister hat dort auch erklärt, dass
unsere Führer Gaukler und Charlatane sind. Wenn die Mehrheit und der Bürger-
meister nicht annehmen, verdienen sie selbst diese Bezeichnung (Leb-
Beifall b. d. Nat. soz.)

St. R. Tandler bemerkt zunächst, es müsse festgestellt werden, dass
die Not der Arbeitslosen über jeden Zweifel erhaben ist und dass es selbst-
verständliche Pflicht ist, ihnen zu helfen. Der dringliche Antrag ist aber
schon deshalb nicht berechtigt, weil in diesem Budget wie in den Jahren
vorher für Zwecke einer einmaligen Zuwendung ein eigener Betrag vorgesehen
ist. Er sei übrigens auch überzeugt, dass, nachdem der Antragsteller von
dieser Tatsache nun Kenntnis erhalten hat, er einsehen wird, dass sein An-
trag wirklich nicht dringend ist.

Die Dringlichkeit wird abgelehnt. (Lebhafte Zwischenrufe).

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

Bogenabfertigung 22'15 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH 340

Wien, am 15. Dezember 1932.

Die Ausstellung "Jugend am Werk".

Eröffnung durch Bürgermeister Seitz.

Heute mittags wurde die Ausstellung "Jugend am Werk" im Sitzungssaal der Bezirksvertretung Alsergrund, Währingerstrasse 43, durch Bürgermeister Seitz eröffnet. Der Bürgermeister führte in seiner Eröffnungsansprache aus:

" Ich folge gern dem Ruf, die Ausstellung der Aktion "Jugend am Werk" zu eröffnen. So weit wir in der Menschheitsgeschichte zurückschauen, heisst leben arbeiten und nur arbeiten heisst leben. Ein Volk, das in seiner Gänze oder auch nur zu einem grossen Teil nicht arbeitete, würde nicht nur zugrunde gehen, weil es der notwendigen Konsumartikel entbehrte, sondern es würde zugrunde gehen, weil es damit auch der inneren Werte und Kräfte entbehrte, die die Arbeit schafft. Dieser Drang zur Arbeit um der Arbeit willen zeigt sich vor allem bei der Jugend, die am allerhärtesten davon betroffen ist, nicht arbeiten zu dürfen, stillstehen und untätig sein zu müssen. Es gibt Millionen Menschen in der Welt, die nicht arbeiten, weil sie zu jung oder zu alt oder krank sind; aber es gibt auch Millionen kräftiger, junger, gesunder Menschen bei denen man sich fragt: Warum arbeiten sie nicht? Das ist heute das Problem der Menschheit, die reichen Schätze der Erde allen Menschen zugänglich zu machen, sie auszuschöpfen, zu verarbeiten und so zu verteilen, dass alle Menschen arbeiten und geniessen. Die Jugend vor allem ist es, die unter der Trostlosigkeit dieses Systems der schlechten Arbeitsverteilung leidet und kaum den Weg in eine bessere Zukunft sieht. Wir haben uns in Wien zusammengefunden, um der Jugend Arbeit zu geben; freilich eine Arbeit unter ganz anderen Bedingungen und Umständen als jene, die sonst in der Volkswirtschaft üblich sind. Würde die arbeitslose Jugend unter den normalen Gesetzen der Volkswirtschaft arbeiten, das heisst marktfähige Ware für einen Lohn herstellen, so würden wir sofort die Widerstände aller der Schichten spüren, die selbst unter schwieriger Konkurrenz Ware erzeugen und verkaufen wollen. Das Problem, den Jugendlichen Arbeit um der Arbeit willen zu geben, ist hier gelöst. Die Waren, die hier erzeugt, die Werte, die hier geschaffen werden, gehen nicht auf den Markt, bedeuten also keine Konkurrenz. Sie kommen nur dem nächsten Kreise derer zugute, die selbst mitarbeiten, sie kommen vor allem der Jugend selbst zugute, die in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit nicht untätig sein, sondern um der Arbeit selbst willen arbeiten will und ^{damit} Werte schafft, die sonst nicht geschaffen würden. Wir unternehmen diese Aktion "Jugend am Werk" in dem sehnsüchtigen Wunsch, dass alle Völker, alle Menschen bald erkennen mögen, dass die Arbeit die Quelle aller Freude des Lebens ist, dass Arbeitslosigkeit Elend bedeutet und Arbeit aller Aufstieg. Im Geiste der Arbeit sei diese Ausstellung eröffnet." (Stürmischer Beifall.)

Das Glatteis in Wien.

Wegen der anhaltenden Glatteisbildung in den Nachmittagsstunden des Mittwoch wurde der Bestreudungsdienst des städtischen Strassenpflegebetriebes mit der gesamten Mannschaft von rund 1000 Strassenarbeitern bis zum Dienstantritt der normalen Nachtschicht fortgesetzt. Ausserdem wurden zwei Sandstreumaschinen während der ganzen Nacht in den Dienst gestellt. Heute, Donnerstag, wurden in den Frühstunden zwischen vier und sechs Uhr weitere 350 Strassenarbeiter hauptsächlich in den äusseren Bezirken zur Bestreudung der Uebergänge eingeteilt. Zwischen sechs und sieben Uhr früh wurde dann das übrige Personal in den Dienst gestellt, so dass schon zeitlich morgens wieder rund 1000 Mann mit der Bestreudung der Uebergänge beschäftigt waren.

Budget - Bericht 1933.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Dezember 1932.

Der Wiener Gemeinderat setzte heute die Verhandlungen über das Budget der Bundeshauptstadt^{Wien} für das Jahr 1933 fort. Zum Kapitel Finanzwesen und in der Generaldebatte führt in seinem Schlusswort STR. Dr. Danneberg aus:

STR. Kunschak hat mir gestern im Voraus seinen Tadel ausgesprochen. Ich kann mich damit umsoeher abfinden, als dieser Tadel in ein Lob meines Vorgängers eingewickelt war, den STR. Kunschak 14 Jahre lang in diesem Saale getadelt hatte. Ich will dem STR. Kunschak nicht darin folgen, dass ich Sprichwörter zitiere, obwohl man auf die Situation einige passende Sprichwörter anwenden könnte. Ich stelle nur fest, es wird hier die allgemeine menschliche Erkenntnis sichtbar, dass dem Menschen, namentlich im späteren Alter die Vergangenheit immer schöner erscheint als die Gegenwart (Lebheit bei d. Soz. dem.) Im übrigen wird man abwarten müssen. Mir bleibt nichts anderes übrig als auf meinem Posten zu arbeiten, ob das dem Stadtrat Kunschak sympathisch ist oder nicht, fast fürchte ich, dass er in einem späteren Zeitpunkt zu keinem anderen Urteil kommen wird als heute. Er hat am Schlusse seiner Ausführungen gemeint, die sozialdemokratische Verwaltung sei etwas verwerfliches. Da ich diese Verwaltung hier zu vertreten habe, ist es kein Wunder, dass er mit mir nicht einverstanden ist. Aber er hat sich die Argumentation doch zu leicht gemacht. Er hat auf der einen Seite getadelt, dass ich einfach auf dem Standpunkt stehen bleibe, den mein Vorgänger in Steuerfragen eingenommen hat, er konnte aber doch nicht überhören, was ich über die Steuergesetzgebung gesagt habe. Um das wegzuräumen, erklärte er einfach, er fasse meine Worte nur als ein Lippenbekenntnis auf. Eine solche Argumentation ist sehr bequem, hilft in der Sache aber nicht weiter. Im übrigen wunderte es mich, dass gerade STR. Kunschak mich einen demagogischen Agitator nennt. Der Vorwurf gerade aus diesem Munde passt eigentlich nicht. Aber ich muss auch das hinnehmen.

Nicht ohne Widerspruch kann ich es aber hinnehmen, dass er von einem dürftigen Budget gesprochen hat, dass er alles kleinlich, schlecht und unzulänglich findet, was im Gemeindebudget enthalten ist, während er für das Kleinlichere Schlechtere und Unzulänglichere, was in dem von seiner Partei vertretenen Bundesbudget enthalten ist, nur Entschuldigungs- und Rechtfertigungsgründe findet. Ich habe gestern den Vergleich des Gemeindebudget mit dem Bundesbudget nicht deshalb angestellt, um gegen den Bund eine Polemik zu führen, sondern um zu zeigen, auf welchem Untergrund sich das Budget und die Verwaltung der Gemeinde aufbauen muss, und um zu zeigen, dass, soviel man auch an dem Gemeindevoranschlag tadelt, wir es noch immer besser verstanden haben als der Bund, den schwierigen Zeiten Rechnung zu tragen. Selbstverständlich ist heute Arbeitsbeschaffung leider in geringerer Masse möglich als vor zwei Jahren, aber im Verhältnis zu anderen Körperschaften und insbesondere auch zum Bund steht die Gemeinde noch immer weit voran. Die Meinung des Gemeinderates Kunschak, der Bund habe keine Verpflichtung zu Investitionsarbeiten, kann nur auf einem unerklärlichen Irrtum beruhen. Einen solchen Standpunkt hat der Bund selber nie vertreten, er wäre auch bei den tausend Möglichkeiten und Verpflichtungen, die eine so grosse Verwaltung zu Investitionen hat, absurd. Tatsächlich hat auch der Bund in den letzten Jahren Investitionen gemacht, zum Beispiel im Jahre 1930 solche im Betrag von 248 Millionen und ist im Jahre 1933 auf 6 Millionen herunter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

gekommen. Dieser Abbau schaut ganz anders aus als der Abbau, der leider auch bei der ^{In Besprechung der Anleihemöglichkeiten der Gemeinde} Gemeinde notwendig war. Wenn STR. Kunschak gemeint hat, die Gemeinde könne sich leichter bewegen als der Bund, da der Bund alles Mögliche verpfändet habe und verschuldet sei, die Gemeinde aber nicht, so war das wieder ein Kompliment für den so lange geschmähten Stadtrat Breitner. Aber Stadtrat Kunschak irrt in den Folgerungen, wenn er meint, die Gemeinde müsse eine Anleihe auch bekommen, wenn sie sich nur entschliesse, sie aufzunehmen. Aber selbst wenn die Gemeinde eine Anleihe aufnehmen wollte, was sie sich natürlich sehr überlegen müsste, könnte ihr niemand eine solche Zusage bis Ende Februar machen und ein Bericht, wie ihn STR. Kunschak bis Ende Februar in seinem Antrag verlangt, könnte deshalb nur feststellen, dass der Kredit nicht zu bekommen sei. Eine solche Feststellung wäre für den Gemeindegeldkredit gewiss nicht zuträglich. Der Antrag hat umso weniger Berechtigung, als es heute sowohl für den Bund wie für die Gemeinde unmöglich ist, eine Schillinganleihe zu bekommen, solange der endgültige Schillingwert noch nicht feststeht. Es wäre daher das Richtigste, wenn STR. Kunschak seinen Antrag zurückziehen wollte.

STR. Kunschak hat in seiner Besprechung der Steuerpolitik der Gemeinde nicht mehr wie in vergangenen Jahren grundsätzliche Einwendungen gegen diese Steuerpolitik erhoben, sondern dazu nur sozusagen einige Randbemerkungen gemacht. Die Undurchführbarkeit seines Antrages auf Rückvergütung der Fürsorgeabgabe für Exportwaren ist hier schon wiederhol auseinandergesetzt worden. Es wäre das eine Massnahme, die man vielleicht für ganz Oesterreich erwägen könnte, die aber für Wien isoliert eine viel geringere Bedeutung hätte als für Oesterreich, da die auf den Exportwaren lastenden Produktionskosten und die sich aus der Zollpolitik der anderen Staaten ergebenden Belastungen gegenüber den 2 Prozent Verbilligung, die die Refundierung der Fürsorgeabgabe darstellen würde, eine ausschlaggebende Rolle spielen. Ganz abgesehen davon, dass in der Wiener Industrie zahlreiche Rohstoffe und Halbfabrikate verwendet werden, auf denen die Fürsorgeabgabe der anderen Länder liegt.

Zu dem Antrag des STR. Kunschak betreffend einer Revision des Gesetzes über die Bodenwertabgabe von unverbautem Grund erklärt STR. Dr. Danneberg, es sei richtig, dass die Pächter nach diesem Gesetze keine Parteienstellung im Verfahren haben. Nicht richtig ist es aber, dass dies ein Schaden für den Pächter sein muss, da auch der Eigentümer im Gegensatz zu den Ausführungen des STR. Kunschak ein Interesse an der Bewertung seines Grundes hat. Die Schätzungen der Gemeindegelder erfolgen nach einem bestimmten System unter Rücksichtnahme auf die Schätzungen der Nachbargrundstücke. Doch ist es zuzugeben, dass manche Bestimmungen des Gesetzes einer Klärung bedürfen. Der Finanzreferent empfiehlt, diesen Antrag dem Finanzausschuss zuzuweisen.

STR. Dr. Danneberg wendet sich sodann dagegen, dass der dem Gemeinderat vorliegende Antrag über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe als eine Demonstration bezeichnet werden könne. Die Annahme des Antrages erspart dem Gast- und Schankgewerbe die Nachzahlungen. Hinsichtlich des Gesetzes über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe liegen nicht wie STR. Kunschak sagte, Vereinbarungen zwischen Gemeinde und der Regierung in dem Sinne vor, dass man die Gemeinde für das bestehende Gesetz verantwortlich machen könnte. Die Zustimmung der Regierung zu der Novelle war seinerzeit nur zu erhalten, wenn die Gemeinde der Formulierung des Gesetzes, wie sie heute vorliegt, zustimmte und wenn sie ihre Zustimmung zur Ausschaltung des freien Ermessens gab. Das bedingt natürlich ein so mechanische Staffellung, wie sie im Gesetz nun enthalten ist. Eine Aenderung dieses Gesetzes ist sehr schwer möglich, weil dazu nicht nur die Zustimmung des Wiener Landtages, sondern auch die Zustimmung der Bundesregierung und des Parlaments notwendig wäre.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Dem Antrag des STR. Kunschak betreffend die Wertzuwachsabgabe stimmt der Finanzreferent nicht zu, weil die Annahme des Antrags einen wesentlichen Entfall an Einnahmen bringen würde, und weil man keineswegs im Einzelnen unterscheiden kann, ob es sich um Spekulationskäufe handeln kann oder nicht. Bekanntlich war der Hausbesitz vor dem Krieg mit Hypotheken schwer belastet, im Wiener Durchschnitt mit etwa 70 Prozent. Durch die Geldentwertung ist diese Belastung verschwunden und die Hauseigentümer haben so erst das wirtschaftliche Eigentum ihrer Häuser erworben, die ihnen früher nur formalrechtlich gehört haben.

Auch den Antrag des STR. Kunschak betreffend die Bodenwertabgabe vom verbauten Grund ersucht der Finanzreferent abzulehnen. Infolge der Beengtheit unserer Mittel können wir heute keine neuen Zweckbestimmungen machen, andererseits steht den Hausherrn die grössere in kleinere Wohnungen umwandeln wollen, der Weg zu den Sparkassen und auch zu der Zentralsparkasse offen. Kredite aus Gemeindemitteln könnten nur dann in Frage kommen, wenn die Gemeinde wieder eine Verfügung über den ganzen Wohnungsmarkt bekäme.

STR. Dr. Danneberg beantwortet sodann die Fragen des GR. Dr. Hanke. Was zunächst den Betrag anlangt, der für die Einhebung der Bundessteuern ins Gemeindebudget eingesetzt ist, so wurde dieser Betrag - es sind 4,5 Millionen - so errechnet, dass ^{die} $\frac{1}{3}$ Prozent, auf die die Gemeinde nach dem bestehenden Gesetze Anspruch hat, von jenem Betrage angenommen wurden, ~~den~~ das Finanzministerium selbst als Ertrag an Wiener Bundessteuern für das nächste Jahr angibt. Der Betrag von eineinhalb Millionen, der in

den Bundesvoranschlag eingesetzt ist, kann nicht auf d. Gesetz gegründet werden. Für die Ertragsanteile des Bundes hat die Gemeinde einen Betrag eingesetzt, der um ca. 20 Millionen höher ist als der in den Bundesvoranschlag eingesetzte Betrag. Auch hier ist das absolute Recht auf Seite der Gemeinde. Das Abgabenteilungsgesetz enthält die klare Bestimmung, dass die Zuweisungen aus den Ertragsanteilen nicht kleiner sein dürfen als ^{sie} im Jahre 1923 waren, vermehrt um 30 Prozent. Auf dieser Grundlage haben wir den Betrag eingesetzt. In ~~das~~ Bundesbudget wurde auf Grund der präliminierten Steuern für das nächste Jahr ein Betrag ohne Rücksicht auf diese Garantiebestimmung eingesetzt.

Wir sind selbstverständlich berechtigt, den von uns angenommenen Betrag in Anspruch zu nehmen und haben diesen Anspruch auch bei der Regierung geltend gemacht.

Zu dem Antrag des GR. Dr. Hanke betreffend die Zentralsparkasse bemerkt STR. Dr. Danneberg, dass ein Untersuchungsausschuss die Einbringlichkeit von Darlehen gar nicht untersuchen könnte. Es gibt da auch nichts zu untersuchen. Die Zentralparkasse hat ihre berufene Vertretung in der Verwaltung, wie sie nach dem Statut eingesetzt ist. Auch den Herrn der nationalsozialistischen Partei ist das Recht angeräumt an der Verwaltung teilzunehmen. Sie haben wie GR. Hanke selbst erklärt hat, dieses Recht nicht in Anspruch genommen. Das gibt aber doch wieder nicht das Recht die Redlichkeit der Verwaltung der Zentralsparkasse anzuzweifeln und einen Bußmord an ihr zu begehen. Der Referent ersucht daher diesen Antrag abzulehnen. In einer Erwiderung auf die Rede des STR. Frauenfeld bemerkt STR. Dr. Danneberg, auch die Sozialdemokraten sind nicht der Meinung, dass die Weltwirtschaftskrise eine Beschwörungsformel oder ein von Gott gesandtes Uebel sei, sie halten diese Erscheinungen vielmehr als ein aus dem Mechanismus der kapitalistischen Entwicklung entspringendes Uebel (Zwischenrufe). Auch wir sind der Meinung, dass aus dieser Krise nicht das hervorgehen kann, was gewünscht ist, sondern dass aus ihr, je furchtbarer sie ist und je länger sie dauert, etwas neues und etwas anderes erwachsen muss. Wer diese Dinge untersucht,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

muss sie zunächst richtig erkennen. Man erkennt sie aber nicht richtig, wenn man die Gründe des Übels nicht in dem Wirtschaftsmechanismus dieser Gesellschaftsordnung sondern in politischen Gründen sucht. Nicht die Demokratie ist, wie STR. Frauenfeld meinte, die Schuld dieser Krise. Die Krise besteht ebensowohl in den Ländern der Demokratie wie in denen des Faschismus und der Diktatur. (Zwischenrufe bei den Nat. soz.-GR. Mühlberger: Und in Moskau!) In Moskau gibt es vor allem keine Arbeitslosen wie in der kapitalistischen Welt, dort ist eine Planwirtschaft aufgebaut... (STR. Frauenfeld: Die Rote Fahne wird sich über Sie freuen!) nein, sie wird sich nicht über mich freuen, sowenig Sie sich über mich freuen (Lebh. Heiterkeit bei den Soz. dem.) Es handelt sich hier um wirtschaftliche Tatsachen (GR. Mühlberger: Die von den Juden heraufbeschworen werden). Von den ^{kapitalistischen} Juden und von den kapitalistischen Ariern. Sowenig diese Krise eine demokratische Erscheinung ist, so wenig ist sie eine jüdische Erscheinung, sondern sie ist eine kapitalistische Erscheinung. Der Kapitalismus ist eine ^{inter-}konfessionelle und internationale Angelegenheit. (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Nur wenn man das erkennt, wird man auch die richtigen Mittel im Kampf gegen den Kapitalismus anwenden können. (GR. Frauenfeld: Sie führen 30 Jahre lang den Kampf gegen den Kapitalismus!) Ja, der Kampf gegen den Kapitalismus dauert lange und Sie haben noch nicht den Beweis erbracht, dass Sie ihn in kürzerer Zeit erfolgreich zu führen vermögen (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Es wird sich erst zeigen, wie lange Sie den Kampf gegen den Kapitalismus führen (GR. Frauenfeld: Solange wie Sie nicht!) Ich ^{glaube}, Sie werden ihn nicht solange führen, weil Sie dazu keine Gelegenheit haben werden (Lebh. Heiterkeit und Beifall bei den Soz. dem.) STR. Frauenfeld hat gestern eine ganze Reihe sehr wichtiger Tatsachen über die kapitalistische Entwicklung und ihre Wirkungen angeführt. Er verwechselt nun mancherlei Dinge (GR. Mühlberger: Die Ihnen unangenehm sind) Nein. Wenn ich sehe, dass sich jemand bemüht auf den richtigen Weg zu kommen, ist mir das nur sympathisch. Und wenn der Nationalsozialismus vom Marxismus etwas lernt, wird das nur nützlich sein (Heiterkeit und lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Aber vorläufig sind wir noch nicht soweit, wie die Ausführungen des STR. Frauenfeld beweisen. STR. Frauenfeld hat gemeint, es wäre die Pflicht der Gemeinde gewesen, in den vergangenen Jahren Arbeit zu schaffen. Ich habe gestern schon daran erinnert, dass die Gemeindeverwaltung seit dem Ende der Inflation Investitionen von einer Milliarde Schilling gemacht habe. Die städtischen Unternehmungen von beinahe ⁵⁰⁰ Millionen. Das ist für die Wiener Verhältnisse eine gigantische Summe (Zwischenrufe) Das hat auch seine Wirkung gehabt, dass sich die Arbeitslosigkeit in Wien wesentlich langsamer entwickelt hat als in den Ländern ausserhalb Wiens. Zur Arbeitsbeschaffung braucht die Gemeinde Mittel und daher darf derjenige der das wünscht, auf der anderen Seite nicht von Uebersteuerungen reden. STR. Frauenfeld hat auch erklärt, er wolle positive Kritik üben. Ich muss mich wirklich fragen, was positiv an seiner Rede war (GR. Mühlberger: Das haben Sie nicht begriffen! - Zwischenrufe) Dann weiss ich nicht, wozu STR. Frauenfeld seinen Vortrag hier gehalten hat. Im übrigen war mir das, was er vorgetragen hat nicht neu, denn ich habe es erst von ein paar Tagen im ... der nationalsozialistischen Zeitschrift "Land und Gemeinde" gelesen. Ich war daher mit den Gedankengängen, die er gestern hier vertreten hat, schon vertraut. (Schallende Heiterkeit bei den Soz. dem.) STR. Frauenfeld hat auch von ^{un-}verantwortlichen Leuten in der Wiener Verwaltung gesprochen. Er sollte das nicht sagen. Es wäre natürlich viel bequemer, die Verwaltung

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

der Stadt so zu führen, wie es die Nationalsozialisten zum Beispiel in Koburg gemacht haben, wo sie einfach erklärt haben, das Budget ist nicht ausgeglichen, die Aufsichtsbehörde soll einfach dekretieren, was für Steuern eingehoben werden. In Oesterreich gibt es kein Gesetz, das eine solche Taktik erlauben würde. Und wenn es ein solches Gesetz gäbe, wäre es unverantwortlich, es so anzuwenden. Eine Mehrheit, die von der Bevölkerung zur Verwaltung berufen ist, muss den Mut finden, das zu tun, was sie für notwendig hält. Das können unter Umständen auch harte Tatsachen sein. Dafür muss aber die Mehrheit die Verantwortung zu tragen bereit sein. Sonst diskreditiert sie die Demokratie. Das wünschen Sie. Wir wünschen es nicht, darum tragen wir die Verantwortung (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Alle drei Redner der nationalsozialistischen Partei haben von dem Urteil des Volkes gesprochen, das angerufen werden müsse. Erst im April des heurigen Jahres ist das Urteil des Volkes angerufen worden und das Ergebnis der Entscheidung ist der heutige Gemeinderat. Die heutige Gemeinderatsmehrheit hat seit 14 Jahren gezeigt, dass sie dieses Urteil nicht zu scheuen hat. Sie hat sich immer diesem Urteil gestellt und sie wird auch in Zukunft diese Entscheidung nicht zu scheuen haben (Lebh. anhaltender Beifall b. d. Soz. dem.) - Zwischenrufe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe II angenommen. (GR. Weikert (nat. soz.) macht anhaltend Zwischenrufe.)

Bürgermeister Seitz : Vielleicht würden die Herren so freundlich sein, diesem Herrn, der als Letzter in der letzten Bank sitzt, ein wenig parlamentarische Formen beizubringen.

STR. Frauenfeld (nat. soz.) Parlamentarische Formen werden wir uns nie angewöhnen !

Bürgermeister Seitz : Wenn Sie sich mit ihm befassen, werden Sie bald sehen, dass da etwas nicht stimmt.

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) : Sie haben als Vorsitzender nicht derartige Bemerkungen zu machen!

Bürgermeister Seitz : Ich habe als Vorsitzender die Pflicht, den GR. Weikert aufmerksam zu machen, dass er sich hier im Saal der Ordnung gemäss zu benehmen hat. (Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

Die Anträge des Stadtsenates betreffend den Verzicht auf die Nachzahlung der Nahrungs- und Genussmittelabgaben und die Verwendung der Eingänge der Wasserkraftabgabe in den Jahren 1933 bis 1935 für die WAG werden abgenommen.

Der Antrag Kunschak ^{auf} Revision des Gesetzes betreffend die Bodenwertabgabe wird dem Magistrat zur Prüfung und Berichterstattung zugewiesen, die übrigen Anträge Kunschak und der Antrag Dr. Hanke werden abgelehnt.

Damit ist die Generaldebatte und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II beendet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Die Verhandlungen über das Kapitel " Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform " leitet STR. Speiser mit folgendem Bericht ein:

Den heutigen Verhältnissen entsprechend, war die Gemeindeverwaltung schon im Voranschlag für das Jahr 1932 gezwungen, die Personalausgaben, die im Jahre 1931 noch rund 188.1 Millionen Schilling betrug, auf 184.3 Millionen Schilling zu senken. Für das Jahr 1933 sieht der Voranschlag 180.8 Millionen Schilling Personalausgaben vor. Es soll also gegenüber den Ausgaben des Jahres 1931 ein Ersparnis von 7.3 Millionen Schilling, gegenüber den voraussichtlichen Ausgaben des Jahres 1932 ein Ersparnis von weiteren 2 Millionen Schilling eintreten.

Infolge der durch die Krise erzwungenen Einschränkungen der Sachauslagen hat sich das Verhältnis der Sachauslagen zu den Personalauslagen immer ungünstiger gestaltet. Im Jahre 1930, das den Höchstaufwand für Personal brachte, sind 41.85 %, im Jahre 1931 43.77 %, im Jahre 1932 49.10 % der Gesamtauslagen der Gemeinde für Personalzwecke verwendet worden. Aus diesen Prozentsätzen sieht man, dass der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Gemeinde mit der Möglichkeit, die Sachauslagen der Gemeinde, das heisst die Leistungen der Gemeinde für die Bevölkerung zu erhöhen oder mit der Notwendigkeit, diese Sachauslagen einzuschränken, im engsten Zusammenhang steht. Da im Jahre 1933 die Sachauslagen, besonders die Ausgaben für den Wohnungsbau, neuerlich eingeschränkt werden müssen, steigt damit der Anteil der Personalauslagen an den allgemeinen Ausgaben auf 50.23 %.

Daraus ergibt sich der zwingende Schluss, dass auf dem Gebiete der Personalausgaben grösste Sparsamkeit walten muss. Es wird also leider in der nächsten Zeit nicht möglich sein, die bestehende Aufnahmesperre aufzuheben. Es ergibt sich vielmehr durch Einschränkung der Sachauslagen ein gewisser Ueberstand an Personal, insbesondere in den technischen Gruppen. Es zeigt sich nun, dass die Vorsicht, die die Gemeinde bei der Aufnahme von neuem Personal geübt hat, wohl begründet war.

Der Voranschlag enthält für Nebenbezüge und Dienstkleider eine weitere Einschränkung um 1 Million Schilling. Die Vorlage über diese Ersparung wird den Gemeinderat demnächst beschäftigen. Es wird vorgeschlagen, dass die Nebenbezüge, von ganz geringfügigen Ausnahmen abgesehen, für das Jahr 1933 einheitlich um 10 % oder etwa um 600.000 Schilling gekürzt werden. Die Vorlage wird eine weitere Ersparung von 400.000 Schilling beim Aufwand für die Dienstkleider enthalten. Es soll nämlich jede Dienstkleidungsart einmal um ein Jahr später ausgegeben werden. Auch bei der Gebarung mit den Dienstkleidern, die im Eigentum der Gemeinde verbleiben, wird mit grosser Sparsamkeit vorgegangen werden. Die Verhandlungen mit dem Personal werden voraussichtlich in wenigen Tagen beendet sein.

Der Voranschlag für das Jahr 1933 ist auf jenem Stand aufgebaut, den die Gemeinde am 1. August 1932 festgestellt hat. Das waren 24.644 aktive und 10.852 Pensionsparteien, zusammen also 35.496 Personen. Am gleichen Stichtag des Vorjahres gab es 25.871 aktive und 10.468 Pensionsparteien. Der Gesamtstand mit Einschluss der Pensionisten ist also im Verlaufe eines Jahres um 843 gesunken. Die Zahl der Aktiven hat um

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

1.227 abgenommen, die Zahl der Pensionisten hat sich allerdings um 384 erhöht. Zu diesen Aktiven und Pensionisten der Hoheitsverwaltung kommen noch die Beamten und Bediensteten der Unternehmungen. Die Zahl der aktiven Beamten der Unternehmungen betrug am 1. August 1932 2.609, die der Bediensteten 20.173, zusammen 22.782. Die Unternehmungen haben 1232 Pensionisten aus dem Beamtenstand und 8.167 Pensionisten aus dem Stande der Bediensteten, daher 9.399 Pensionsparteien. Der Gesamtstand von Aktiven und Pensionisten bei den Unternehmungen beträgt daher 32.171 und der Gesamtstand sämtlicher Angestellten und Pensionisten der Gemeinde 67.700.

Die Gemeinde hat in der Hoheitsverwaltung noch immer einen gewissen Ueberstand an Angestellten, der sich aus der Auflassung einiger Anstalten und aus der Standesverminderung der Gemeindewache ergeben hat. Dieser Ueberstand ist in einer Personalreserve zusammengefasst. Die Personalreserve wird jeweils dort eingesetzt, wo sich dringende, aber vorübergehende Aufgaben ergeben. Die Zahl der in der Personalreserve befindlichen Angestellten nimmt ständig ab, da diese auf freiwerdende Posten überführt werden. Es ist wohl anzunehmen, dass die Personalreserve gegen Ende des Jahres 1933 aufgesogen sein wird. Deshalb sind auch im Voranschlag für diese Personalreserve heuer nur mehr 350.000 Schilling gegen 650.000 Schilling im Vorjahr eingesetzt.

Die Krankenfürsorgeanstalt und die Krankenkassa der Strassenbahnbediensteten, die sich eine Zeit lang in schwächlichen Verhältnissen befanden, sind vollkommen ins Gleichgewicht gebracht worden. Die Darlehensstelle der Gemeinde, durch die die Gemeindeangestellten für dringende Fälle Geld zu 6 %igen Zinsen ohne Bürgen und Polizzen oder sonstigen Nebenspesen erhalten, ist heute ebenfalls eine eingelebte und wohlthätig wirkende Institution. Schwierigkeiten ergeben sich leider noch immer bei der Pensionskassa der Kollektiverträgtler. Hier werden Reorganisationsmassnahmen getroffen werden müssen. Verhandlungen über die notwendigen Reformen sind bereits eingeleitet und werden wohl bald zu einem Ziele führen.

Allen Angestellten der Gemeinde und ihrer Unternehmungen gebührt auch heuer wieder der Dank der Gemeindeverwaltung für ihre eifrige und erfolgreiche Mitarbeit. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Gemeindeverwaltung erwartet, dass gerade in der jetzigen schweren Zeit alle Angestellten allen Reformen, die auf eine Verbesserung und Verbilligung der Verwaltung hinzielen, volles Verständnis entgegenbringen, dass sie aber insbesondere in diesen schweren Zeiten der gesamten Bevölkerung so weit es nur geht mit Rat und Tat zur Seite stehen. (Beifall bei den Soz. dem.)

GR. Stöger (christl. soz.) bezeichnet den gegenwärtigen Heeresminister Vaugoin als den Initiator und Schöpfer des modernen Dienst- und Besoldungsrechtes der städt. Angestellten. Er beschwert sich über die Auslegung verschiedener Bestimmungen der Dienstordnung durch den Personalreferenten zum Schaden der Kriegsinvaliden. Die Kriegsinvaliden, die schwere Blutopfer für das Vaterland und für diese Stadt gebracht haben, werden unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage geschädigt und sie müssen zur gleichen Zeit sehen, wie die Partei, die angeblich die Vertretung des Proletariats gepachtet hat, den Kindern von schwerreichen Leuten Schulbücher schenkt und auf Kosten der ausgebluteten Steuerträger reichen Leuten kostbare Windelpaketgeschenke ins Haus nachträgt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII.

Wien, am

Wenn dem scheidenden Finanzreferenten im Namen des städt. Personales für die geordnete Führung des Gemeindehaushaltes in schweren Zeit gedankt wird, so entspricht es den elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit, auch der unvergesslichen Tätigkeit Dr. Sepels zu gedenken, der letzten Endes die Fortführung des Gemeindehaushaltes überhaupt ermöglicht hat. An den neuen Finanzreferenten sei bei Beginn seiner Amtstätigkeit der Appell gerichtet, mit der bisherigen Gepflogenheit zu brechen, bei auftauchenden finanziellen Schwierigkeiten einfach die Bezüge des Personales herabzusetzen. Der vielfach überaus komplizierte Betrieb der Verwaltung und die mit der Aufnahmsperiode zusammenhängende Arbeitsintensivierung fordert von den städt. Angestellten die äusserste Anspannung ihrer Kräfte. Ist der Personalaufwand für die Wirtschaft nicht mehr tragbar, dann müssten endlich jene Betriebe, die der Privatwirtschaft entzogen wurden, an diese zurückgegeben werden. Dadurch könnte der Personalstand um einige hundert herabgesetzt und der Personalaufwand auf viele Millionen Schilling herabgedrückt werden. Der Redner weist auf den stetigen Geburtenrückgang in Wien und erklärt es als ein Gebot der Stunde, dass die Gemeinde, sobald die finanziellen Verhältnisse es nur irgend wie gestatten, das Los der kinderreichen Familien erleichtern möge. Er stellt nachstehende Anträge:

Die Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien ist dahin abzuändern, dass die Mitglieder der Personalkommission aus dem Stande der Gemeindeangestellten von den Angestellten selbst in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden. Der Magistrat wird beauftragt, einen diesbezüglichen Entwurf im Einvernehmen mit allen Gewerkschaften der Gemeindeangestellten auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt, der Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien sind dahin abzuändern, dass die Mitglieder aus dem Stande der Angestellten und Bediensteten von diesen selbst in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden. Der Magistrat wird beauftragt, einen diesbezüglichen Entwurf im Einvernehmen mit allen Gewerkschaften der Gemeindeangestellten auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Abzug der Beiträge für den Verband der städt. Angestellten von ihren Gehaltsbezügen hat vom 1. Jänner 1933 an zu unterbleiben.

Redner schliesst: Die Aera Breitner - Speiser ist vollendet, die Aera Danneberg - Speiser beginnt. Möge der Personalreferent die gesamte Verwaltung und Gebarung seiner Verwaltungsgruppe umstellen nach dem Wahrwort, das auch für Gemeinde volle Geltung hat: Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates! Dem Voranschlag einer Personalverwaltung, die das Parteiinteresse höher stellt als die Gerechtigkeit, können die Christlichsozialen nicht zustimmen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Scholz (nat. soz.) weist darauf hin, dass, während alle Ausgabeposten im Gemeindehaushalt sinken, die Bezüge der gewählten Funktionäre die alte Höhe beibehalten. Die Not dieser Stadt dringt nicht in die Salons und die Arbeitsstuben des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte. Die Partei des Redners könne der Äusserung des Bürgermeisters, dass jeder Funktionär wisse, was er in dieser schweren Zeit zu

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

tun habe, nicht vertrauen, und wiederhole daher den Antrag:

Die im Voranschlag 1933 für die Bezüge und Gebühren der gewählten Funktionäre der Gemeinde Wien veranschlagten Summen werden um 50 von 100 herabgesetzt.

Es gibt in diesem Saale gewiss nicht einen Menschen, der von der Notwendigkeit der Bezirksvertretungen überzeugt wäre. Die ganze Arbeit werde von den Magistratsbeamten gemacht. Die Bezirksvertretungen seien nichts anderes als eine Art demokratisch - parlamentarische Augenauswischerei, deshalb müssen ihre Kosten herabgemindert werden.

Der Redner stellt den Antrag:

1. Die kostenlose Ausgabe von Fahrtausweisen für die gewählten Funktionäre wird ab 1. Jänner 1933 eingestellt.

2. Die im Voranschlag 1933 enthaltene Pauschgebühr an die Strassenbahnen wird gestrichen.

In einer Besprechung der Gehaltspolitik der Gemeinde führt der Redner weiter aus, dass es mit der Angestelltenfreundlichkeit der Gemeinde sehr windig aussehe. Als der Steuersegen in dieser Stadt so reich floss, dass selbst STR. Breitner nicht mehr wusste, was er damit anfangen soll, blieb nichts anders übrig, als auch den Angestellten der Gemeinde Wien einen Brocken hinzuwerfen. In Wirklichkeit sind sie kaum über 60 Prozent des Vorkriegsstandards gekommen. Sie sind zwar den Angestellten anderer Gebietskörperschaften in der Bezahlung etwas voraus, dafür aber wird ihre Arbeitskraft bis zum Aeussersten ausgebeutet. Im Uebrigen geht man getzt daran, auch die Bezüge der städt. Angestellten zu beschneiden. Dabei bedient man sich des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien, einer Art Unternehmergewerkschaft, die alles tut, was der Dienstgeber will. Die Führung der Gewerkschaft liegt in der Hand einer Reihe alteingesessenen ultraroten Bonzen. Sie macht sich auch sehr gut bezahlt. So bezieht der Präsident des Verbandes Rumler an Dienstbezügen monatlich nicht weniger als 1200 Schilling, obwohl er das Amt seit Jahren nie gesehen hat, und ausserdem von der Gewerkschaft monatlich 800 Schilling. (Rufe :Hört - Hört bei den Nat. soz.) Ungefähr 60 bis 70 schwer bezahlte Unterhüuptlinge sitzen ebenfalls an dieser Futterkrippe. Zu ihnen gehört der Vizepräsident Reder, der als Gemeinderat seine Gebühren bezieht und die Dienstgeberinteressen vertritt. Als Funktionär des Verbandes bekommt er monatlich 600 Schilling. Nebstbei ist er Oberamtsgehilfe, macht zwar keinen Dienst, bekommt aber seinen Gehalt. Man kann sein Monats-Einkommen auf 1200 Schilling schätzen. Die Einhebung der Mitgliedsbeiträge für Ihre Monopolgewerkschaft besorgt die Gemeinde. Es gehen da jährlich für die Gewerkschaft etwa 3/4 Millionen Schilling ein. Die Einhebung der Gewerkschaftsbeiträge durch die Gemeinde ist ganz ungehörig. Jetzt verlangen Sie eine Aenderung der Gebührenvorschriften; schon die lineare Kürzung der Ueberstunden ist unsozial und ungehörig, da sie den wirtschaftlich Schwächsten trifft. Das Recht des Dienstkleiderbezuges, das etwa 100 Jahre alt ist, wollen Sie ebenfalls kürzen. Das ist ebenfalls ein ganz ungehöriger Lohnraub. Den Schulwarten und Amtsgehilfen wollen Sie ganz lächerliche Beträge für die abgelösten Dienstkleider geben, so für einen Mantel 15 Schilling, für eine Kappe 4 Schilling, für einen Winteranzug 32 Schilling und so weiter. (Zwischenrufe bei dem Nat. soz.: Das sind ja Tandelmarktpreise !) Der Redner stellt den Antrag, die in der Ausgabepost für Dienstkleider im Voranschlag für 1933 angegebene Summe

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

für den Sachaufwand der Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien auf den im Jahre 1931 für diesen Zweck ausgeworfenen Betrag zu erhöhen. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Heimkehrerfrage und verlangt, dass diese endlich einmal energisch geregelt werden müsse. Ganz ungehörig ist, dass die Gemeinde an Beamte mit Schadenersatzansprüchen herantritt. Dann beschäftigt sich der Redner mit den städt. Fachkonsulenten und bezeichnet diese als Parteibuchbeamte der sozialdemokratischen Partei. Der sozialdemokratischen Mehrheit, schliesst der Redner, ist es vorbehalten gewesen, die sozialen Errungenschaften der Angestellten und Bediensteten schrittweise abzubauen. Sie haben die Dienststunden von 6 Stunden auf 7 Stunden verlängert, die Pensionen von 100 Prozent auf 67 Prozent herabgesetzt, Sie haben die Bezüge um einen halben Monatsbezug gekürzt, Sie haben bereits alle Nebengebühren um 10 Prozent gekürzt, Sie haben die Pensionsfondsbeiträge neu eingeführt und diese neu eingeführten Beiträge im Jahre 1932 um 3 Prozent erhöht, Sie haben die Personaleinkommensteuer, die früher von der Gemeinde getragen wurde, auf die Angestellten überwältzt, Sie haben die Urlaube gekürzt, die Arbeit intensiviert und jetzt wollen Sie den Angestellten und Bediensteten die Dienstkleider nehmen. Durch diesen Abbau der sozialen Errungenschaften der Angestellten und durch diesen Lohnraub haben Sie sich bereits das Vertrauen der weitesten Kreise der Angestellten verscherzt; wir müssen deshalb den Voranschlag ablehnen.

GRtin Schlösinger (chr. soz.) verweist darauf, dass die Christlichsozialen immer schon für Sparsamkeit in der Verwaltung eingetreten sind, allerdings immer den Standpunkt vertreten haben, dass am richtigen Ort gespart werden müsse. Auf dem Gebiete des Schulwesens darf aber Sparsamkeit nur mit allergrösster Vorsicht platzgreifen. Heute, wo es einem Grossteil der Bevölkerung nicht möglich ist, der Jugend materielle Güter zu bieten, gewinnen die geistigen Güter besonders an Bedeutung. Es wäre daher eine der heiligsten Pflichten der Gemeinde, den Kindern des Volkes eine möglichst gute Erziehung zu geben. Sparsammassnahmen müssten vor der Schule Halt machen. Tatsächlich haben aber in Wien die Sparsammassnahmen im Schulwesen unter den österreichischen Ländern einen Rekord erreicht. Die Schülerzahl ist von 1927 um 25.000 gestiegen, die Lehrerzahl in derselben Zeit um 810 gesunken, statt dass man hätte trachten müssen, ^{zumindest die durch} Tod und Pensionierungen entstandenen Lücken auszufüllen. Es ist sonderbar, dass diesen Bestrebungen gegenüber die Schulbehörde entweder stumm bleibt oder ihnen nur einen sehr schwachen Widerstand entgegensetzt. Seit dem Jahre 1929 insbesondere sind die Drosselungen im Schulwesen so einschneidend geworden, dass man in Lehrerkreisen von einer Breitnerischen Schulreform spricht. Im Jahre 1929 wurde eine Reihe von Schulen aufgelassen, Klassen zusammengezogen, nicht weniger als 10.000 Kinder in fremde Schulen versetzt. Im Jahre 1930 erschien der berühmte Erlass über die Schaffung von Aushilfskräften. Im vorigen Jahre mussten die Lehrer nicht bloss die Gehaltskürzung auf sich nehmen, die Volksschullehrer wurden gezwungen, an den Hauptschulen Lehrdienst zu übernehmen. Die Rednerin beschäftigt sich sodann ausführlich mit einem im Juli dieses Jahres erschienenen Erlass, der neuerlich weitgehende Mehrdienstleistungen der Lehrer verfügt, und spricht in diesem Zusammenhang ihr Bedauern aus, dass für das Schulwesen nicht eine eigene Verwaltungsgruppe bestehe. Sie stellt den Antrag, es mögen sämtliche Angelegenheiten, die den persönlich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

und Sachaufwand für das Schulwesen betreffen in einer eigenen Verwaltungsgruppe unter dem Titel "Schulwesen" zusammengestellt werden. Der Erlass vom Juli des heurigen Jahres ist geeignet, aus dem lebendigen Organismus der Schule einen toten Mechanismus, einen Betrieb am laufenden Band zu machen. Die Schulleiter werden, in kleineren Schulen zum Unterricht herangezogen, dafür wird ihnen die zugeteilte Personallehrkraft entzogen. Die Lehrverpflichtung der Lehrpersonen wird abermals und zwar auf 25 Stunden erhöht. Die Volksschule wird geradezu auf den Kopf gestellt, es wird ihr das genommen, was ihr Wesen ausmacht, das Klassenlehrersystem. In dem Erlass wird nicht mehr von Gegenständen, sondern von Stunden, von Unterrichts- und Reststunden gesprochen. Dass man die Lehrer so zu Stundenarbeitern degradiert, ist ein pädagogisches Verbrechen. Klassen und Schulen werden gekoppelt. Es gibt eine Schule, die mit 13 anderen gekoppelt ist, das heisst aus 13 anderen Schulen kommen ihr die Lehrkräfte zu. Es ist daher kein Wunder, dass der Stundenplan unmöglich wird. In einer Klasse muss zum Beispiel der Gegenstand Lesen auf zwei Lehrkräfte verteilt werden. Wohin ist der "Gesamtunterricht", auf den die Schulreform so stolz war, gekommen? Dass durch die Sparmassnahmen manches von der Schulreform begraben wurde, ist nicht zu bedauern. Zu bedauern ist es aber, dass durch solche Massnahmen der moderne Unterricht begraben wird. Auch den Hauptschullehrern wurde eine wesentliche Mehrdienstleistung zugemutet. Man hat sich in der Zeit der Schulreform viel auf die möglichste Gleichstellung der Hauptschule mit der Untermittelschule zugutegetan und den Eltern mehrere Fremdsprachen versprochen. Jetzt wird nur Französischunterricht erteilt und auch die Gruppen hierfür sind wesentlich eingeschränkt worden. In einer Schule haben sich 60 Kinder zum Fremdsprachenunterricht gemeldet und nur 42 wurden genommen. Die Fremdsprachengruppen sind ausserordentlich überfüllt. Ähnlich ist es mit der Stenographie. Diese Sparmassnahmen wirken sich ausserordentlich schlecht auf die Lehrpersonen aus. Es gibt z. B. eine Lehrerin, die die erste Unterrichtsstunde in der Hauptschule zu erteilen hat, in der Pause muss sie in eine Volksschule, dort eine Unterrichtsstunde erteilen und um 10 Uhr muss sie wieder in die Hauptschule zurück. ^{Durch} Solche Massnahmen wird der Idealismus und die Arbeitsfreude der Lehrerschaft erschlagen. Man hat es immer als Vorteil der Wiener Schulen hingestellt, dass in ihnen die Schülerzahl kleiner ist als in anderen Ländern. In Niederösterreich und in anderen Bundesländern gibt es Klassen, die sehr stark, aber auch solche, die ausserordentlich schwach besetzt sind und gerade Niederösterreich, das so oft angezogen wird, ist beispielgebend durch seine Sorge für die Schule und namentlich auch für die Junglehrer. Man sagt, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen, um Lehreranstellungen vorzunehmen. Der Betrag von 842.000 Schilling, der auch im heurigen Budget für die Gemeindegewache eingesetzt ist würde ausreichen, um 300 Junglehrer anzustellen. Auch die Mehrzahl der soz. dem. Lehrkräfte steht diesen Sparmassnahmen ablehnend gegenüber und die nicht marxistische Lehrerschaft hat es an Protestaktionen und auch an Vorschlägen nicht fehlen lassen.

Die Rednerin beantragt, zur Beseitigung des drückenden Beherermangels unverzüglich Junglehrer anzustellen, zur Behebung der Junglehrer-not für den Fremdsprachenunterricht an städt. Hauptschulen stellenlose Volks- und Hauptschullehrer, die die vorgeschriebenen Prüfungen für das Lehramt in Fremdsprachen haben, anzustellen, sie beantragt ferner

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

die Schaffung einer eigenen Personalvertretung für die Lehrer und die Eliminierung des Artikels 3 des Ehrenerdienstgesetzes.

Der Lehrer an den Wiener Schulen ist zum Stundenarbeiter degradiert worden. Gesichtspunkte einer kapitalistischen Betriebsart sind an die Stelle pädagogischer und pädagogischer Erfordernisse getreten. Die Sparmassnahmen des Finanzreferenten, des Personalreferenten und der Schulverwaltung haben dahin geführt, dass die Verhältnisse an den Wiener Schulen unerträglich geworden sind, und die führenden Männer haben den heroischen Ruhm, an den Ruin des Wiener Schulwesens gearbeitet zu haben. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) weist darauf hin, dass besonders die Avancementverhältnisse der unteren Kategorien der städt. Angestellten sehr ungünstige sind, während in den höheren Gruppen und insbesondere aus den juristisch gebildeten Beamten der leitenden Stellen des Magistrates eine Prätorianer - Garde geschaffen wurde, die gegen sehr viel Geld ihre Kenntnisse dahin ausnützt, um die Herrschaft der soz. dem. Partei innerhalb der Beamtenschaft mit allen Feinheiten zu erhalten. Besonders benachteiligt ist eine Kategorie von Beamten, die nicht nur beim Bund und in den anderen Bundesländern, sondern auch in allen Staaten Mittel- und Westeuropas eine durchaus gerechtfertigte Begünstigung genießt, das sind die Beamten, die eine Militärdienstleistung aufzuweisen haben. Er beantragt, den Gemeindeangestellten einschliesslich der Lehrpersonen, die nach dem 31.7. 1914 in den Dienst der Gemeinde übernommen worden sind oder in Zukunft übernommen werden, die während des Krieges, in der Volkswehr und im Bundesheer zugebrachte Dienstzeit für die Erlangung höherer Bezüge sowie für die Ruhegenussbemessung anzurechnen.

Der Redner kritisiert/ ^{den § 20 der} Dienstordnung für die Angestellten der Stadt Wien, dessen Kautschukbestimmungen die Gefahr politischer Massregelungen möglich machen. Während nach dem zwingende Bestimmungen des Artikels 7 der Bundesverfassung die Politischen Rechte der öffentlichen Angestellten in keiner Weise eingeschränkt werden dürfen, bestimmt der § 20 der angeführten Dienstordnung, dass ein Angestellter, der eine der demokratisch-republikanischen Staatsform feindliche Tätigkeit oder Propaganda entfaltet, ein Dienstvergehen begeht, das ohne Rücksicht auf eine etwaige gleichzeitige gerichtliche Verfolgung zu ahnden ist. Nach den Anschauungen sämtlicher Rechtsgelehrter der Mittel- und westeuropäischen Staaten kann eine dem Staat oder der Staatsform feindliche Betätigung nur dann geahndet werden, wenn eine Tathandlung begangen wird; hier kann aber schon eine Propaganda bestraft werden. Natürlich braucht der betreffende Beamte nicht in Untersuchung oder in ein Disziplinarverfahren gezogen werden, sondern man kann ihn in anderer Weise schikanieren. Selbst ein Gesinnungsgenosse der soz. dem. Partei hat diese Bestimmung als eine Gefahr für die politische Freiheit der Beamten bezeichnet. Das Bundesverfassungsgesetz sagt ferner in Artikel 20, dass ein Beamter zur Geheimhaltung nur insofern verpflichtet ist, als es sich um Dinge handelt, die im Interesse der betreffenden Gebietskörperschaft geheim gehalten werden soll. In ^{Wiener} Rathäusern werden aber die Beamten von den Vorständen und sogar von den amtsührenden Stadträten strengstens darauf aufmerksam gemacht, dass sie Leuten, die mit unserer Gemeinderatsfraktion in Verbindung stehen, nichts zu erzählen haben. Wo bleibt das Versprechen des Herrn Bürgermeisters, er würde eher seine Stelle niederlegen, als dulden, dass unter den städt. Beamten ein

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Terror zu Gunsten einer Partei geübt wird? Die Gemeindeverwaltung hat ein Recht, von allen Beamten im Dienst strengste Unparteilichkeit und ein unpolitisches Verhalten zu verlangen, aber eine Ueberprüfung der Beamtenschaft ausserhalb des Dienstes in Bezug auf ihre Vereins- oder Propagandatätigkeit ist nichts anderes als eine unverhüllte Parteiherrschaft, gegen die wir uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen werden. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR¹/₂ Holaubek (Christl. soz.) bemerkt, wenn der Terror, der gegen die städt. Angestellten früher geübt worden ist, etwas nachgelassen habe, so sei das nicht ein Verdienst der sozialdemokratischen Partei, der Direktoren und Vorstände, sondern ein Verdienst der Angestellten, die sich durch den Terror nicht beugen liessen. Nichtsdestoweniger sind auch heute noch Vorfälle zu verzeichnen, die Terror genannt werden müssen. Dazu gehören insbesondere die Wahlen bei den städt. Strassenbahnen, bei denen das Mogeln beinahe das Entscheidende ist. Die Wahlvorschriften verlangen den Aufdruck einer Stampiglie auf den Stimmzetteln, der von den Vertrauensmännern erteilt wird. Um diesen Unfug aus der Welt zu schaffen, beantragt der Redner eine Aenderung der Wahlordnung in dem Sinne, dass die Notwendigkeit des Aufdruckes einer Stampiglie zu entfallen hat.

In einer Sitzung der Personalvertretung der Strassenbahnbeamten hat Direktor Resch erklärt, das Defizit betrage 25 Millionen Schilling, daher seien Sparmassnahmen unvermeidlich und es bestehe die Gefahr, dass in Hinkunft alle Zulagen und Ueberstundengebühren entfallen werden. Um das Defizit zu decken, ist es absolut nicht notwendig, die Löhne und Gehälter der Angestellten zu kürzen. Es gäbe eine Reihe von Möglichkeiten, die zur Verminderung des Defizites herangezogen werden könnten. Der Strassenbahnverkehr in Wien ist heute schon ein Skandal. Es müsste eine kürzere Zugfolge eintreten, es müsste wieder der Zonentarif geschaffen werden, dann würde die Frequenz eine Steigerung erfahren und es würden mehr Einnahmen einfliessen als bei dem heute nur notdürftig aufrecht erhaltenen Verkehr. Der Redner zitiert die Kölnische Verkehrsrundschau, in der berichtet wird, dass zur Hebung der Frequenz Umstellungen in den Strassenbahnbetrieben vorgenommen werden müssen, dass den Kurzfahrern entgegengekommen werden müsse. So hat Frankfurt a.M. die Zugintervalle von 8 auf 6 Minuten herabgesetzt und lässt jetzt auch statt der Dreiwagen-Züge nur Zweiwagen-Züge verkehren, da damit auch eine schnellere Fahrtmöglichkeit gegeben wird. Der Fahrgast will ja nicht nur bequem, sondern auch schnell befördert werden. Von allen diesen Dingen aber will die Direktion der Wiener städt. Strassenbahnen nichts wissen, sie geht lieber daran, die Gehälter und Löhne der Angestellten zu kürzen als durch zweckentsprechende Massnahmen die Frequenz zu beleben. Eigentümlich ist es, dass in der Zeit des wachsenden Defizites die Hauptkasse der städt. Strassenbahnen von der Rahlgasse in die Direktion in die Favoritenstrasse übersiedelt wird, was ja mit beträchtlichen Kosten verbunden ist. Ich richte an den Referenten die Anfrage, ob es wahr sei, dass in der Strassenbahndirektion Rechenmaschinen amerikanischer Herkunft verwendet werden, deren Miete 3000 Schilling ^{monatlich} kostet. Schliesslich beschäftigt sich der Redner mit den Disziplinausschüssen und stellt den Antrag, für die Wahlen in die Disziplinarkommissionen der Bediensteten, Arbeiter und Angestellten der Wiener städt. Strassenbahnen an Stelle des Mehrheitswahlrechtes das Verhältniswahlrecht einzuführen. (Beifall bei den Christl. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

GR. Dr. Suchenwirth (nat. soz.) bemerkt, gestern habe der talmudische Grossmeister der sozialdemokratischen Finanzpolitik in stolzen Worten erklärt, die Ausgaben für das Schulwesen seien heuer auf der gleichen Höhe gehalten wie in den Jahren vorher. In Wirklichkeit sind die Personalauslagen für die Schulen heute um 900.000 S geringer als im Vorjahr, obwohl durch die normale Vorrückung der einzelnen Lehrkräfte die Gebühren und damit der Gesamtbetrag höher sein müsste. Ist es vielleicht wirklich war, was als Gerücht verbreitet wird, dass man einen neuen Anschlag auf die Gemeinangestellten vorbereitet, indem man ihnen die begünstigte Anrechnung der Dienstjahre streichen will? Damit würde man der Gemeinde die Krone aufsetzen. Für den Stadtschulrat schwelgen die Ausgaben allerdings von Jahr zu Jahr an. Von 182.000 S im Jahre 1925 sind die Kosten heuer auf ungefähr 700.000 S gestiegen. Der Stadtschulrat hat nicht weniger als 108 Sitze aufzuweisen, der Gemeinderat hat nur 100 Vertreter. Der Stadtschulrat leistet sich also ein ganzes Parlament mit hohen Sitzungsgeldern, aber ein Parlament in der famossten Zusammensetzung. Da gibt es 18 Vertreter der Lehrerschaft, dagegen 40 Politiker, die der Gemeinderat hineinschickt und damit ja die rote Mamelukenzüchtereier auf die Spitze getrieben wird, werden auch noch 20 Rote vom Stadtschulrat hineingeschickt. Ihre Personalpolitik kann alles weniger als anständig genannt werden. Im Jahre 1932 haben Sie bei der Bestellung der provisorischen Leiter eine ausgesprochen politische Einstellung bekundet. Sie haben zu Leitern an den Hauptschulen 14 Sozialdemokraten, an den Volksschulen 30 Sozialdemokraten ernannt. Da wurde ein Herr Kuldar zum prov. Leiter ernannt, obwohl er in den letzten Jahren nur die Klassifikationsnote 2 gehabt hat. Er ist aber ein guter Freund des Herrn Enslein vom Zentralverein. Dazu hat der Mann eine Ohrfeigenangelegenheit in der Schule gehabt, die niedergeschlagen wurde. Dagegen hat man einen Lehrernationaler Einstellung nicht zum Leiter ernannt, obwohl er die Klassifikation 4 hat, obwohl er seinerzeit den Schulgarten angelegt und sich in Fachzeitschriften bewährt hat. Man hat einen Herrn Kan, zum Leiter ernannt, offenbar weil er eine besondere Befähigung hat. Er hat nämlich seinen Schülern das Waschen in der Schule beigebracht, hat den Waschtrog mitgebracht, die Kinder waschen lassen und die Fetzen aufhängen lassen. Sie sollten dieses Genie Herr Stadtrat zu Ihrem Adlatus machen, damit er Ihnen hilft, die Moorenwäsche Ihrer Personalpolitik im Gemeinderat reinzuwaschen (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.). Haben Sie, Herr Stadtrat, nicht in einer anständigen Stunde eine Gewissensregung gehabt, Sie, der ehemalige Lehrer, der Intimus des Bürgermeisters, die Sie beide sich immer gegen die Vergewaltigung der Lehrer gewendet haben? Sie haben eine ganz peinliche Entwicklung durchgemacht und verleugnen das, wogegen Sie einmal aufgetreten sind. Warum sagen Sie im Voranschlag nicht wie hoch die Geldposten für die Auszeichnungen sind, für die gewissen Stufenvorrückungen, die in die Pension eingerechnet werden? Mit diesen Schwindelgeldern haben Sie alle Ihre roten Parteifreunde versorgt. Man schaffe die Auszeichnungsschweinerei ab und man stelle aus den dadurch ersparten Geldern Junglehrer an. Während man bei den deutschen Schulen so liebevoll spart, während man ungefähr 15 Schilern in Wien zugesperrt und nur eine neu erbaut hat, hat man zu derselben Zeit der tschechischen Bevölkerung ein Geschenk gemacht. Nach dem Vertrag von Lana ist die Gemeinde verpflichtet für Schulkinder österreichischer Staatsbürgerschaft tschechischer Nationalität eine Schulklasse zu eröffnen. In den deutschen öffentlichen Schulen sitzen 39 Kinder in einer Klasse, in den tschechischen nur 28, wobei man gar nicht überprüft, ob die Kinder Kinder österreichischer

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV Blatt

Wien, am

Staatsbürger sind. Man könnte sofort 10 Klassen der tschechischen Schulen ersparen, wenn man ihre Schülerzahl der Schülerzahl der deutschen Schulen anpassen würde. Für die Ersparnis könnte man sofort Junglehrer anstellen. Sie fördern auch noch das Privatschulwesen der Komenzkyvereine, Sie haben ihnen die öffentlichen Schulen ausgeliefert. In der Hainburgerstrasse im III. Bezirk hat man es dem deutschen Turnverein verweigert, den Turnsaal eine Stunde länger zu benützen, weil die öffentliche Gemeindeschule dem tschechischen Schulverein Komenzky verpachtet worden ist. Sie, Herr STR. Speiser, der die malige Lehrer haben kein Auge dafür, dass die Lehrerschaft heute unter ganz anderen Verhältnissen arbeiten muss als vor dem Kriege (Zwischenrufe) -

GR. Mühlberger ruft zu den soz. dem. Bänken: Der Jud soll die Goschen halten!

Vorsitzender Dr. Neubauer ruft den GR. Mühlberger zur Ordnung.

GR. Mühlberger: Da hat überhaupt kein Jud zu reden!

GR. Rotter: Sie können keinen ^{der} Vorsitz führen!

Vorsitzender Dr. Neubauer ruft GR. Rotter zur Ordnung. (Lebh. Zwischenrufe. - Rufe bei den Nationalsozialisten: Warum wird der andere nicht zur Ordnung gerufen? Rufen Sie ihn auch zur Ordnung?)

Vorsitzender Dr. Neubauer: Wenn ich aus dem stenogr. Protokoll ersehe, dass ich Anlass zum Einschreiten habe, werde ich es tun.

GR. Dr. Suchenwirth: Es ist in dieser Stadt sogar möglich, dass Schulkinder an öffentlichen Schulen mit drei Pfeilen erscheinen. Es gibt sogar Schulen, wo die Schuldiener in der Schutzbunduniform aufgetreten sind, wo die Kavaliers, weil ich nicht sagen möchte Plattenbrüder in Schutzbunduniform aufgetreten sind.

Vorsitzender Dr. Neubauer ruft GR. Suchenwirth zur Ordnung.

GR. Dr. Suchenwirth setzt seine Rede fort und wird vom Vorsitzenden Dr. Neubauer das zweitemal zur Ordnung gerufen. Er sagt darauf: Ich mache ^{die aufmerksamen} Sie Oberfaulenzler.... Vorsitzender Dr. Neubauer ruft den GR. Dr. Suchenwirth zum drittenmal zur Ordnung, und macht ihn aufmerksam, dass er bei einem nochmaligen Ordnungsruf bemüssigt wäre, das Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten. (Zwischenrufe bei den Nat. soz..)

GR. Mühlberger: Sie Oberfaulenzler!

Vorsitzender Dr. Neubauer: Ich rufe Sie wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung.

GR. Mühlberger: Es ist aber wahr!

Vorsitzender Dr. Neubauer: Zäh rufe Sie nochmals zur Ordnung.

GR. Mühlberger: Es ist wahr:

Vorsitzender Dr. Neubauer: Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung.

GR. Dr. Suchenwirth. In der Schule in der Steinwächnerstrasse musste eine pflichttreue Lehrerin auf Weisung des Schulwarts den Turnunterricht vorzeitig schliessen weil eine sozialdemokratischen Organisation ihn in dieser Zeit benützt. Was die Sozialdemokraten aus der Schule gemacht haben, ist das Spiegelbild ihrer marxistischen Denkweise. Heute lebt dort der Geist, der Verrat, der Lüge und Heuchelei. Die Parole der unterdrückten Lehrerschaft, der denkenden Eltern, die ihre Kinder zu anständigen deutschen Menschen erzogen haben wollen, lautet: die freie deutsche Schule im dritten deutschen Reich (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt.

Wien, am

STR. Speiser bemerkt in seinem Schlusswort, dass für die städt. Angestellten, die sich während des Krieges Verletzungen zugezogen haben, durch Gemeinderatsbeschluss vom März 1921 eigene Bestimmungen geschaffen worden sind. Alle Angestellten-Organisationen haben Gelegenheit, ihr Koalitionsrecht auszuüben. Die Behauptung, dass Auszeichnungen nur an Sozialdemokraten verliehen werden, ist unrichtig, die ausserturlichen Beförderungen wirken dienslich sehr gut und es ist nur zu wünschen, dass verdienstvolle Beamte, wenn es die finanzielle Lage gestattet, bessere Vorrückungsmöglichkeiten erhalten. Der Verschuldung der städt. Angestellten wirkt die Darlehensstelle in vorbildlicher Weise entgegen. Die Intensivierung der Arbeit aller städt. Angestellten, also auch der Lehrer, hat es mit sich gebracht, dass die Gemeinde Wien nicht zu jenen Gehaltskürzungen schreiten musste, die in anderen Körperschaften an der Tagesordnung sind.

Zu den Anträgen des GR. Scholz auf Herabsetzung der Bezüge aller Funktionäre um 50 Prozent und auf Einstellung der freien Fahrtausweise stellt der Redner fest, dass der gegenwärtige Bürgermeister die Hälfte der Bezüge eines Bürgermeisters der Vorkriegszeit hat, dass die amtsführenden Stadträte im Jahre 1931 selbst eine Kürzung ihrer Bezüge um 20 Prozent verlangt haben und dass die Bezüge der amtsführenden Stadträte vielfach kleiner sind als die der ihnen unterstellten Beamten. Die Bezüge dieser Stadträte sind auch kleiner als die Bezüge gleichartiger Funktionäre in vielen kleineren deutschen Städten, unter welchen Funktionären sich auch sehr viele Mitglieder der nat. soz. Partei befinden. Die freien Fahrtausweise sind durch die vielen Fahrten, die die Funktionäre im Gemeinderat machen müssen, zur Genüge gerechtfertigt. Die Pension des Stadtrates Breitner wurde genau nach den Beschlüssen des Gemeinderates bemessen und entspricht den Normen, die für die städt. Angestellten gegeben sind. Der Pensionsbezug beträgt nach 10 Jahren Amtstätigkeit 50 Prozent der Bezüge und für jedes weitere Jahr 3 Prozent. Es ist selbstverständlich, dass auch für diese Pensionen die Pensionsbeiträge entrichtet werden. Die Bezeichnung des Verbandes der städt. Angestellten als gelbe Gewerkschaft, müsse Redner zurückweisen, weil er niemals mit einer in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen den Gewerkschaft verhandeln würde. Es war seit jeher der Fall, dass Angehörige der verschiedenen Parteien und Gewerkschaften im Gemeinderat sitzen, was niemals zum Schaden, sondern immer zum Nutzen der betreffenden Angestellten-Kategorien gewesen ist.

Warum die Beurlaubung gerade des GR. Reder ^{von GR. Scholz} beanständet wurde, ist unverständlich, da bekanntlich die Mandatäre aller Parteien solche Beurlaubungen in Anspruch nehmen und in den Reihen der Opposition mindestens 3 Herren sitzen, die ebenfalls vom Dienst beurlaubt sind, (Hört-Hört bei den Soz. dem.); ich glaube sogar, dass sich der Herr Anfragesteller unter den Beurlaubten befindet. (Lebhafte Heiterkeit bei den Soz. dem.)

Es ist unrichtig, dass schon im vorigen Jahre eine Kürzung der Ueberstunden vorgenommen wurde. Wir bestreben uns ständig, die Ueberstundenleistungen überhaupt abzubauen, und wenn welche Leistungen abgebaut werden, fällt natürlich auch das Entgelt weg. Das ist ein Bestreben, das in der Zeit der grossen Arbeitslosigkeit nur allgemeine Sympathie finden kann. Die Tragdauer der Kleider wird nicht ab 1933 um ein Jahr verlängert, sondern die Vorlage beinhaltet, dass die Tragdauer für jede Kleidertypenart nur ein einziges Mal um ein Jahr verlängert wird. Die Frage der Heimkehrer ist von verschiedenen Rednern zur Sprache gebracht worden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII. Blatt.

Wien, am

Der Antrag auf Einrechnung der ^{Krieges}Dienstzeit kann aus finanziellen Gründen nicht angenommen werden. Die Gemeinde berücksichtigt aber die Interessen der Heimkehrer dadurch, dass sie alle jene Heimkehrer, die im späteren Jahren in den Dienst gekommen sind, bei ausserordentlichen Avantements nach Möglichkeit in erster Linie berücksichtigt. Was die Behauptung anbelangt, dass die ⁿ ^{besonders} bevorzugten Beamten durchwegs Sozialdemokraten sind, stelle ich ausdrücklich fest, dass ~~sie~~ unter den leitenden Beamten des Wiener Magistrates ein verhältnismässig kleiner Prozentsatz der sozialdemokratischen Partei angehört. Wenn ein vollständiges Verzeichnis der tüchtigen und bevorzugten Beamten aufgestellt wird, werden Sie finden, dass die Mehrheit nicht der sozialdemokratischen Partei angehört. (GR. Dr. Suchenwirth (nat. soz.): Aber nicht Lehrer !) Ich stelle ausdrücklich fest, dass die Mitglieder des Zentralvereines unter den Ausgezeichneten kaum die Hälfte ausmachen. Die Verlängerung der Dienststunden ~~um~~ von 6 auf 7 ist nicht nur bei der Gemeinde, sondern in allen öffentlichen Anstalten, Betrieben und Aemtern erfolgt. Was die Pensionsbemessungsgrundlage anbelangt, so ist festzustellen, dass die ~~städt.~~ städt. Angestellten auch in dieser Hinsicht besser behandelt werden als alle anderen öffentlichen Angestellten. Auch die Behauptung, dass die Bezüge um einen halben Monatsgehalt und ausserdem um 10 Prozent gekürzt worden seien, ist unrichtig, Es ist insgesamt ein 6 Prozentiger Gehaltsabbau erfolgt, also ein geringerer Abbau als bei den Bundeangestellten und insbesondere bei den Bundesbahnangestellten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVIII Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Der Herr GR. Dr. Riehl hat eine Anzahl von städtischen Juristen als Prätorianer bezeichnet, die für die politische Verwaltung Spitzeidienste leisten. Ich muss von dieser Stelle aus diesen Vorwurf auf das schärfste zurückweisen. Der § 20, Absatz 1 der Dienstpragmatik steht nicht im Widerspruch zur Bundesverfassung und die Befürchtungen des GR. Dr. Riehl sind vollkommen unbegründet. Auf die Ausführungen des GR. Holaubek erwidert der Referent, dass er schon wiederholt festgestellt hat, dass es unter seiner Amtsführung bei den städtischen Angestellten niemals einen Terror gegeben habe. Es ist richtig, dass die Direktion der städtischen Strassenbahnen Rechenmaschinen in Miete benützt; diese Maschinen werden von den Firmen nicht verkauft, sondern nur gegen Miete abgegeben. Die Verlegung der Hauptkasse der städtischen Strassenbahnen hat nicht, wie GR. Holaubek gesagt hat, 600.000 S gekostet, sondern nur einen Betrag, der mit dieser Summe in gar keinem Vergleich steht. Ueberdies werden durch die Verlegung der Hauptkasse eine dauernde Vereinfachung und verschiedenartige Ersparungen erzielt. GR. Suchenwirth hat heute seine Rede in dem bei ihm üblichen Ton gehalten. Er möge nicht glauben, dass ich mich durch Anschreien oder durch beleidigende Aeusserungen irgendwie betroffen fühle. Ich brauche den Rat des GR. Suchenwirth, ich möge in mein Gewissen gehen, nicht. Jemand der eine solche Agitation macht und in diesem Ton redet, täte am besten, bei sich Einker zu halten. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit). Da ich Amtsperson bin, will ich trotzdem auf die gestellten Anfragen eingehen. Stadtrat Speiser gibt sodann eingehende Aufklärung über die Sparmassnahmen im Schulwesen und teilt mit, dass die angeblich hohe Sitzungsgebühr des Stadtschulrats 3 Schilling betrage. Dass die Gemeinde den tschechischen Schulen eine Unterstützung zuteil werden lässt, ist ganz unrichtig. In den letzten 10 Jahren waren 9.743 ausländische Kinder in den tschechischen Gemeindeschulen, dagegen 11.000 Kinder österr. Staatsbürger in den tschechischen Privatschulen sodass das Abgehen von dem Staatsvertrag für die Gemeinde Wien mit einem ausserordentlichen Vorteil verbunden ist. Ausserdem sei mitgeteilt, dass sowohl die Zahl der tschechischen Schulklassen, wie der Schulkinder zurückgegangen ist. STR. Speiser behält sich vor, auf die Darlegungen der GRtin Schlösinger beim Kapitel Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten ausführlich zurückzukommen (Lebh. Beifall b. d. Spz. dem.)

Bei der Abstimmung wird der Voranschlag der Verwaltungsgruppe I angenommen, die in der Debatte gestellten Anträge abgelehnt mit Ausnahme der Anträge Stöger, Schlösinger (Behebung der Junglehrernot und Schaffung einer eigenen Verwaltungsgruppe für Schulwesen) und Holaubek (betreffend Disziplinarkommission), die der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen werden.

Schluss der Sitzung 22 Uhr 15.

Bogenabfertigung 22 Uhr 21

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

342

Wien, am

WIENER LANDTAG.

Sitzung vom 16. Dezember 1932.

Der zweite Präsident des Wiener Landtages Thaller eröffnet um 16 Uhr die Sitzung.

Es werden Anträge überreicht von den Abg. Dr. Hanke zum Schutz der von der Krise betroffenen Steuerträger, Mühlberger betreffend ein Notstandsgesetz zur Linderung der wirtschaftlichen Not des werktätigen Volks und Pidler betreffend zur Hintanhaltung von Tierquälereien.

Präsident Thaller teilt sodann mit, dass der bisherige erste Präsident des Landtages Dr. Danneberg das Mandat eines ersten Präsidenten zurückgelegt hat. Es wird daher die Wahl eines ersten Präsidenten notwendig.

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl wird Abg. Dr. Hans Neubauer zum ersten Präsidenten des Landtages gewählt (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

Präs. Dr. Neubauer erklärt die Wahl anzunehmen und übernimmt sogleich den Vorsitz. Er dankt für die Wahl und erklärt, dass er sein Amt mit voller Objektivität, Unparteilichkeit und gewissenhaft führen werde. Er knüpft daran die Bitte, dass das Haus ihn in diesem Bestreben unterstützen möge. Dem scheidenden Präsidenten Dr. Danneberg, der diese Stelle seit der Gründung des Landes Wien durch 12 Jahre bekleidet hat, spricht er den wärmsten Dank aus (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

Berichterstatter Rotter (nat. soz.) referiert sodann über das Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft Neusidl am See um Zustimmung zur Verfolgung des Landtagsabgeordneten Grätzenberger. Es liegt folgender Tatbestand vor: Am 30. Oktober fand ein Aufzug uniformierter Nationalsozialisten durch die Ortschaften Neusidl am See und Weiden am See statt. Dieser Aufzug war nicht angemeldet und wurde durch Bescheid der Bezirkshauptmannschaft ausdrücklich verboten. Den Zug der Nationalsozialisten führte Abg. Grätzenberger.

Dem Ersuchen um Auslieferung wird nicht stattgegeben.

Abg. Rotter referiert sodann über ein Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien I um Zustimmung zur Verfolgung des Abg. Ing. Schaffer wegen Vergehens nach § 300 St. G. Die Staatsanwaltschaft hat die Beschlagnahme des Flugblattes "Arbeiter der Stirne und Faust" sowie des Inhalts gleichen Maueranschlags gemäss § 38 Pressgesetz beantragt, weil im Inhalt in der Stelle "Das Vaterland wird von einer unfähigen Regierung an das verpfändet, verraten und verkauft" das Vergehen nach § 300 St. G. zu begründen geeignet erscheint. Nach Durchführung der Beschlagnahme erfolgte die Ladung des Abg. Schaffer, der als verantwortlicher Schriftleiter gezeichnet hatte und gegen den die Einleitung der Voruntersuchung wegen dieses obgenannten Deliktes beantragt worden war und stellte sich bei dessen Erscheinen heraus, dass Schaffer Mitglied des Wiener Landtages ist, der gemäss § 18/2 des Pressgesetzes nicht verantwortlicher Schriftleiter sein kann.

Abg. Kunschak (chr. soz.) bemerkt, dass öffentliche Funktionäre insbesondere soweit sie Immunität geniessen sich in den Aussprüchen eine gewisse Zurückhaltung auferlegen müssen und über die Grenze dessen nicht hinausgehen dürfen, was anständigerweise vor aller Welt vertreten werden kann. Im konkreten Fall hat ein Mitglied des Landtages, der die Immunität besitzt als verantwortlicher Redakteur einer Flugschrift gezeichnet. Nach dem Pressgesetz ist dies absolut verboten. Wenn dies nun trotzdem geschieht, ist dies zweifellos ein Missbrauch der Immunität und der Missachtung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Gesetzgeber hat diese Bestimmung bewusst aufgenommen, um dem Unfug zu steuern, dass ^{als} verantwortliche Redakteure

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

solche Leute zeichnen, die in Wirklichkeit einer Verantwortung nicht unterliegen. Bei dieser Sachlage sollte eigentlich Abg. Schaffer selbst seine Auslieferung beantragen bzw. müsste sie der Landtag selbst vornehmen. Noch deutlicher tritt diese Verpflichtung bei dem Gegenstand hervor, der dem Auslieferungsbegehren zugrundeliegt. Es ist in dieser Zeitschrift behauptet worden, dass Oesterreich durch eine unfähige Regierung verpfändet, verraten und verkauft werde. Ueber einzelne dieser Beschuldigungen kann man verschiedener Meinung sein. Es gehört ja heute schon zu den Alltätlichkeiten des politischen Kampfes, den Gegner immer gleich des Verräters, der Unfähigkeit und dergleichen zu beschuldigen. Daran wird sich niemand stossen und auch eine Regierung, die allerdings mehr als der einzelne Parlamentarier und Privatmensch auf ihr Ansehen bedacht sein muss, wird sich damit abfinden, dass wir in einer Zeit der Verrohung des politischen Kampfes leben. Es wird aber hier die konkrete Beschuldigung erhoben, die den Tatbestand eines Verbrechens bilde, dass die Regierung das Vaterland verkauft habe. Eine solche Beschuldigung darf nicht hingeworfen werden, ohne dass derjenige, der sie erhebt, den Beweis dafür erbringt. Nun erleben wir heute das Schauspiel, dass der Mann, der diese schwerwiegende Behauptung in einer Druckschrift erhoben hat, der Verantwortung vor Gericht auszuweichen das heisst diese schwere Beschuldigung braucht nicht beweisen

werden. Ein solches Vorgehen ist auch in dieser Zeit der Verlotterung des politischen Kampfes nicht zu entschuldigen. Ein öffentlicher Funktionär, welcher Partei immer er angehört, hat die Pflicht, für solche Beschuldigungen einzustehen, umso mehr als es sich hier um einen Abgeordneten handelt, dessen Partei die anderen Parteien als korrupt und minderwärtig und die gleichzeitig sich als die Repräsentanten des deutschen Edelmenschentums bezeichnen. Mit diesem deutschen Edelmenschentum hat das, was wir heute erleben, nichts gemein. Im Gegenteil, es verrät einen grossen Mangel an Edelsinn und an aufrechter Mannesgesinnung. Wir können daher dem Antrag, dem Ersuchen des Landesgerichtes nicht stattzugeben, nicht zustimmen.

Abg. Frauenfeld (nat. soz.) bemerkt, es seien hier um eine keine Sache viel grosse Worte gemacht worden. Festgestellt soll zunächst werden, dass Ing. Schaffer, der ja erst seit kurzer Zeit dem Wiener Landtage angehört von der Tatsache, dass immune Mandatare als verantwortliche Redakteure nicht zeichnen dürfen, keine Kenntnis hatte. Und dass bei ihm daher nicht die Absicht vorlag, sich durch die Immunität dem Zugriff des Gesetzes zu entziehen. Wenn Abg. Kunschak meinte, dass es sich hier um Verdächtigungen handle, so sei demgegenüber festgestellt, dass das keine Verdächtigung ist, sondern dass das, was in dem zur Verfolgung gestellten Satz gesagt wird, der Gesinnung eines grossen Teiles, ja man kann sagen, der Mehrheit unserer Bevölkerung entspricht (Lebh. Oho-rufe bei den Chr. soz.) Was sich insbesondere in den letzten Monaten an führender Stelle im Staate ereignet hat, wird durch diese Kritik, die allerdings scharf ist, treffend charakterisiert.

Wenn auch Abg. Schaffer zu einer Geldstrafe von einigen Schillingen verurteilt würde, wäre noch immer nicht bewiesen, dass die Regierung das Vaterland nicht verraten und verkauft hat. Auch ein solches Urteil würde an dem Tatbestand insbesondere eines Paktes von Lausanne nicht ändern, der für jeden deutschfühlenden Menschen in Oesterreich den Tatbestand eines Verrates am Volke und eines Verkaufes unserer Selbstbestimmungsrechtes für 300 Millionen Schilling beinhaltet (Zwischenrufe). Darüber hinaus war es bisher aber immer Gepflogenheit parlamentarischer Körperschaften, bei rein politischen Delikten den Betreffenden nicht auszuliefern (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Abg. Thaller bemerkt, auch seine Partei sei gegen jeden Missbrauch der Immunität namentlich auch in dem Falle, wenn ein immuner Abgeordneter als verantwortlicher Redakteur einer Druckschrift zeichne. In diesem einen Fall wollen wir andere Rücksichten walten lassen, wir ^{warten} aber, wenn sich derartige Fälle wiederholen sollten, nicht mehr dieselbe Stellung einnehmen. Jedenfalls wäre es nützlicher, wenn gerade eine Partei wie die nationalsozialistische, die doch eine Gegnerin des Parlamentarismus ist und die Immunität verwirft, die Immunität nicht missbrauchen würde. Sie sollten doch nicht das Beispiel ihres Berliner Gauleiters Goebbels nachahmen, der sich auf einem Plakat genannt hat Goebbels I. d. I., Goebbels, Inhaber der Immunität. In dem vorliegenden Fall handelt es sich um ein ausgesprochen politisches Delikt. Wenn an der Regierung eine politische Kritik geübt wird, können wir auch dann nicht für die Auslieferung stimmen, wenn diese Kritik in groben Worten vorgebracht wird (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

Berichterstatter Rotter: Was hier vorliegt, ist nicht ein Verbrechen, wie Abg. Kunschak gesagt hat, sondern ein Vergehen. Schauen Sie sich den § 300 an! Als alter Hase in der christlichsozialen Partei sollen Sie das wissen, Sie, die letzte Säule einer absterbenden Partei (Lebh. Entrüstungsrufe und Rufe Frechheit bei d. Chr. soz.) Im übrigen haben wir es alle an unserem Leib genug gespürt, dass das Vaterland verkauft worden ist. Der Berichterstatter ersucht, dem Auslieferungsbegehren nicht stattzugeben.

Der Landtag beschliesst, dem Auslieferungsbegehren nicht stattzugeben.

Der Bericht der Wiener Landesregierung über die Gebarung der Wiener Landeshypothekenanstalt für die Zeit seit ihrer Eröffnung bis 31. Dezember 1931 wird nach einem Berichte des Abg. Broczyner zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter Dr. Hengl (chr. soz.) referiert über das Ersuchen des Disziplinarrates der Rechtsanwaltskammer in Wien um Zustimmung zur Fortsetzung des gegen den Abg. Dr. Zörnleib anhängigen Disziplinarverfahrens. Diese Disziplinarangelegenheit steht vor dem Abschluss, und zwar soll die Immunität des Abg. Zörnleib aufgehoben werden, damit ihm die Rechtsanwaltskammer den Einstellungsbeschluss zustellen kann. Sowohl die Rechtsanwaltskammer wie Abg. Zörnleib selbst ersuchen um die Zustimmung zur Auslieferung. Dem Auslieferungsbegehren wird stattgegeben.

Berichterstatter Thaller referiert über das Gesetz, womit die Wirksamkeit der Gesetzesvorlage betreffend die zeitliche Befreiung von der Wohnbausteuer aus dem Titel der Bauführung verlängert wird.

Abg. Dr. Zörnleib (chr. soz.) bemerkt, seine Partei sei gewiss nicht gegen die Vorlage, wenn durch sie auch nur in einem sehr geringen Masse die private Bautätigkeit angeregt wird. Das Gesetz hat deshalb kein besonders grosses Anwendungsgebiet, weil Neubauten und Umbauten, die allein die Begünstigung geniessen, heute zu den Seltenheiten gehören. Es sollten daher auch kleine Bauführungen gefördert werden. Er beantragt daher folgende Aenderung des § 2 Absatz 2: Ein neues Geschoss liegt auch dann vor, wenn innerhalb des alten Dachbodens durch Errichtung von Zwischenwänden und Herstellung von Fenstern und dergleichen um mindestens eine Wohnung mehr geschaffen wird. Er beantragt weiters folgende Entschliessung: Der Magistrat wird beauftragt, umgehend einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, durch welche die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes dahin abgeändert werden, dass als Gegenstand der Befreiung auch alle jene Bauführungen gelten, welche die Investition eines Kapitals erfordern, das zumindest ein Drittel des zu Beginn der Bauführung bestehenden Wertes des Bauobjektes beträgt, soweit es sich nicht um notwendige Erhaltungsarbeiten handelt. - Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen, die Anträge dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.

Schluss der Sitzung 16 Uhr 55.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

343

Wien, am 16. Dezember 1932.

Geschäftsstunden am Goldenen Sonntag.

Am Silbernen Sonntag sind, wie aus einer Eingabe des Detaillistenverbandes Oesterreichs hervorgeht, zahlreiche Detailkaufleute zur Anzeige gebracht worden, weil sie über die gestatteten Geschäftsstunden hinaus ihre Laden offengehalten haben. Begründet wird dies für die Betreffenden von unangenehmen Folgen begleitete Erscheinung mit der in der Geschäftswelt herrschenden Unkenntnis über die für den Silbernen Sonntag geltenden Sonntagsruhevorschriften.

Um für den kommenden Goldenen Sonntag derartigen Beanstandungen zu begegnen, wird über Anregung des Detaillistenverbandes darauf aufmerksam gemacht, dass nach der Verordnung des Landeshauptmannes vom 6. XII. 1930, L.G.Bl. f. Wien Nr. 61, an diesem Tage die Sonntagsarbeit im gesamten Lebensmittelkleinhandel und im gesamten Kleinverschleiss der Lebensmittelerzeugungsgewerbe in der Zeit von 8. Uhr bis 11 Uhr und von 16 Uhr bis 19 Uhr, im sonstigen Warenverschleiss im Kleinen von 10 Uhr bis 13 Uhr und von 15 Uhr bis 18 Uhr gestattet ist. Die für einzelne Branchen bestehenden Sondervorschriften wie für den Naturblumenhandel und den Zuckerwarenhandel werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

344

3

Wien, am 16. Dezember 1932.

Budgetbericht 1933.

WIENER GEMEINDE R A T

Sitzung vom 16. Dezember 1932.

Vorsitzender Weigl eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Es wird in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe III eingegangen.

Prof. Dr. Tandler führt aus; Schon die Tatsache, dass das Wohlfahrtsbudget trotz der Verminderung des heurigen Budgets um rund hundert Millionen nicht gekürzt wurde, spricht dafür, dass die Gemeindeverwaltung sich der Wichtigkeit und der Lebensnotwendigkeit dieser Ausgaben bewusst war. Es ist selbstverständlich, dass in die Gobarung und Aufwendung der Gelder innerhalb des Wohlfahrtswesens ganz besonders die Arbeitslosigkeit hineinspießt. Während in früherer Zeit die Zahl der Menschen, die unter dem Titel der Arbeitslosigkeit teils selbst, teils in ihrer Familie der Wohlfahrtspflege zur Last gefallen sind, verhältnismässig gering war, ist sie seit 1929 ungeheuer angewachsen. Wir haben in diesem Jahr nur 12.000 Pflegebeiträge an Kinder gezahlt. Diese Zahl war noch anfangs 1930 ziemlich stabil und ist bis zur Mitte des heurigen Jahre auf 36.000 hinaufgegangen. Dazu kommen 4.000 Kostkinder, die bei Pflegeeltern und 4.000 Kinder, die in den verschiedenen Anstalten untergebracht sind. Die ungeheure Belastung drückt sich auch in den geldlichen Aufwendungen aus. Im September wurden für Kinder von Arbeitslo 493.117 Schilling aufgewendet, an Pflegegelder 143.000 Schilling, also rund 636.000 Schilling im Monat. Das gilt auch für die übrigen Monate. Ein grosser Teil unserer Zeit und Arbeit in der Fürsorge geht darauf verloren, Menschen von ihr fern zu halten, die nicht hineingehören. Oesterreich ist in der traurigen Lage, wenig Fürsorgegesetze zu besitzen, vor allem Fürsorgegesetze für die Jugend. Erschwerend ist auch der Umstand, dass das Verwaltungsverfahrensgesetz ein kompliziertes Rekursverfahren ermöglicht. Eine weitere Belastung bedeutet die grosse Zahl der Repatriierten, jene Menge von unglücklichen Menschen, die ausserhalb Oesterreichs Arbeitsgelegenheit gefunden haben und nun in der rücksichtslosesten Weise vielfach über Nacht in ihre Heimat zurückgebracht werden. Das Budget für die Jugendfürsorge ist heuer um 1,700.000 S höher veranschlagt. Wenn wir es nicht so hoch einsetzen, als es vielleicht im Laufe der Zeit sich als notwendig erweisen wird, so deshalb, weil wir der Ueberzeugung sind, dass Zuschusskredite erforderlichen Falles werden bewilligt werden. Die Zahl der Pfründner und Rentenbezieher nimmt immer mehr zu. Auch hier ist ein kompliziertes Verfahren notwendig. Die Klagen über die lange Dauer der Erledigung der Gesuche sind ohne Zweifel in vieler Beziehung berechtigt und wir bemühen uns deshalb, das Verfahren nach Möglichkeit abzukürzen. Bei der sicher vorhandenen Not ist es heute schwierig, sich jener zu erwehren, die unberechtigter Weise sich in die Fürsorge hineindrängen. Man liest häufig, von verschiedenen Skandalen bei den Fürsorge- und Jugendämtern, wobei häufig gegen einzelne Funktionäre Anwürfe erhoben werden. Das Resultat der Erhebungen hat ergeben, dass die Mehrheit dieser Skandale von effektiven und bekannten Raufbolden hervorgerufen wurden. Vielfach werden die Dinge auch ganz falsch dargestellt. In der letzten Zeit hat eine Frau mit 3 Kindern Selbstmord begangen. Ich habe diesen Fall genau untersuchen lassen. Die Frau hatte einen Lohn von 115 Schilling monatlich, zwei Freiplätze im Hort, hatte eine freie Ausspeisung und ein Kind im Kindergarten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Es konnte also nicht Not sein, die die Frau zu dieser furchtbaren Tat veranlasst hat.

Im heurigen Budget ist natürlich wieder 1,000.000 für die Ausgesteuerten und für die mit vielen Kindern versehenen Arbeitslosen aufgenommen, ebenso wie 1,000.000 für die Winterhilfe.

Ueber die Bevölkerungsbewegung ist Folgendes zu sagen: Im Jahre 1931 wurden in Wien 16.570 Menschen geboren, es entfielen also auf 1000 Einwohner 9 Geburten. Im Jahre 1900 wurden 52.364 Menschen geboren, auf 1000 Einwohner entfielen also 31.6 Geburten. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres wurden 11,966 Menschen geboren. Den 16.570 Lebendgeburten im Jahre 1931 stehen 25.937 Todesfälle gegenüber, sodass sich ein minus von 9.367 ergibt. Im heurigen Jahre dürfte das Verhältnis ähnlich sein. Erfreulich ist, dass die Kindersterblichkeit trotz der grossen Not abnimmt. Wir hatten vor dem Kriege eine Säuglingssterblichkeit von beinahe 17 %, 1922 von 12.4 % und 1931 von 7 %. Auch in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres ist dieser Prozentsatz nur um ein Minimum überschritten. Von Interesse sind auch die Gründe der Todesfälle. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Lebendgeburten in Wien 52.000, die Zahl der Verstorbenen 34.000. An Krebs starben damals 2.251 Menschen, das sind 6.56 Prozent, an der Tuberkulose 7.776, das sind 22.67 Prozent, an Gefässerkrankungen 2.784, das sind 8.12 Prozent. 1931 starben 25.937 Menschen. An Krebs 15.15 Prozent, an Tuberkulose 12.1 Prozent, an Gefässerkrankungen 21.6 Prozent. Wir sehen also eine kontinuierliche Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit und eine ununterbrochene Zunahme des Krebses und der Erkrankungen des Gefässsystems und des Herzes. Der Rückgang der Tuberkulose, der natürlich nicht ein Wiener Spezifikum ist, ist vor allem zurückzuführen auf die Sozialversicherung und auf alle Massnahmen der Prophylaxe wie sie in allen Kulturstaaten durchgeführt werden. Bei der Zunahme der Krebserkrankungen stehen wir vor einem Rätsel und auch den Erkrankungen des Gefässsystems stehen wir machtlos gegenüber.

Um die furchtbare Wirkung des Alkoholes zu illustrieren, möchte ich über die Untersuchung von rund 5000 Kindern 1500 Alkoholikerfamilien berichten. Nimmt man die Gesamtzahl der Kinder ohne Rücksicht auf das Alter, so waren 54 Prozent entweder schwachsinnig oder schwer psychopathisch. Nimmt man nur die Kinder von 6 bis 14 Jahren, so kommt ^{man} auf einen Satz von 93 Prozent. Von den Frauen waren 70 Prozent Alkoholikerinnen, 61 Prozent geschlechtskrank, 23 Prozent nerven- und geisteskrank, 63 Prozent waren der gewerbmässigen Prostitution ergeben, 47 Prozent waren kriminell. Von den Grosseltern waren nahezu 90 Prozent in Versorgungs- oder in Irrenhäusern untergebracht.

„As die Infektionskrankheiten betrifft, so muss festgestellt werden, dass die Scharlachepidemie von heuer sich durch nichts von der vorjährigen unterscheidet. Sie ist leicht in den einzelnen Fällen und die Sterblichkeit ist minimal. Ähnlich verhält es sich mit der Diphtherie dies muss aus dem Grunde betont werden, weil diese Dinge da und dort aufgegriffen und mit Balkenlettern in den Zeitungen wiedergegeben werden, was unserem Ansehen in der Welt nicht nützt und umso trauriger ist, als diese Angaben unwahr sind.“

Bei der Bekämpfung der Tuberkulose haben wir seit Jahren das Schwergewicht in die Tuberkulosefürsorgestellen verlegt. Wir beobachten ein Zurückgehen der Zahl der wirklich infizierten und ein Steigen der Zahl der Geängstigten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am

Wir haben allerdings der Not gehorchend eine Reihe von Tuberkuloseanstalten gesperrt. Im Jahre 1929 hatten wir 2.414 Tuberkulosebetten, gegenwärtig haben wir 1.750, also ein Rückgang von 650 Betten, der sich vor allem auf jene bezieht, die den Gefährdeten, vor allem Frauen und Kindern, gedient haben. Wir mussten wir eine Zahl von Betten deshalb aufgeben, weil die betreffenden Baracken ihr Lebensende erreicht haben. Gegenüber dem Voranschlag ist indoferne eine Aenderung eingetreten, als wir auch San Plagio das ganze nächste Jahr mit 60 Betten belegt werden. Es erübrigt mir nur noch, allen jenen mehr als 6000 Menschen, die als meine Mitarbeiter das ganze Jahr ihre Pflicht getan haben, von dieser Stelle bestens zu danken. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

GR. Dr. Arnold (christl. soz.) bemerkt, das Wohlhabtsbudget zeige sowohl ein Zuviel als auch ein Zuwenig. Das Zuviel kommt vor allem zum Ausdruck in den teuren Fürsorgeanstalten, deren Rentabilität zu den hohen Betriebskosten in keinem Verhältnis steht. STR. Tandler hat selbst zugegeben, dass 30 Mutterberatungsstellen für Wien zu viel sind. Wenn sie gesperrt werden, können 300.000 Schilling an Verwaltungskosten erspart werden. Die Ausgaben für Kindergärten und Horte sind mit 5,578.000 veranschlagt. Davon entfallen nahezu 4,000.000 auf den Personalaufwand. Zu bemängeln ist, die Undurchsichtigkeit und Knappheit der diesbezüglichen Angaben, die dem Gemeinderat die Kontrolle erschwert. Man muss deshalb den Rechnungsabschluss über das Jahr 1931 und die statistischen Mitteilungen der Gemeinde Wien zu Hilfe nehmen. Nach dem Rechnungsabschluss für 1931 betragen die Ausgaben für die Kindergärten allein 5,108.000.--, davon für den Personalaufwand 3,700.000 Schilling, für die Frühstücks - und Mittagsspeisung 920.000.-- Schilling.

Es kommt also ein Kind auf etwa 2 $\frac{1}{2}$ Schilling im Tag mit Ausspeisung. und auf nahezu 2 Schilling im Tag ohne Ausspeisung, während in den katholischen Anstalten und Internaten ein Kind mit voller Verköstigung auf 1.5 Schilling im Tage kommt.

Der Gesamtaufwand für die ^{in Horte}betragt ⁱⁿ 873.677 Schilling, davon für Mittags und Jausenausspeisung 209.000, für das Personal nahezu 500.000 Schilling. Der Verein " Frohe Kindheit ", Landesorganisation Wien und Niederösterreich hat im Jahre 1931 auch 800.000 Schilling ausgeben müssen, davon aber bei 14000 Kindern nur 365.000 Schilling für Personalaufwand. Bei uns kommt ein Kind im Jahr auf 26 Schilling, Sie zahlen für ein Kind, das nicht ausgespeist wird, 270 Schilling. (Hört-Hört-Rufe bei den Chr. soz.) Zu der Ausspeisung in den Kindergärten wäre noch zu bemerken, dass sich Ihre eigene Organisation der Kindergärtnerinnen im Wege einer Deputation bei STR. Tandler ^{u. b. n.} die Kost in den Kindergärten beschwert hat.

Zu dem Zuviel an Auslagen für die Fürsorge gehören ^{auch} die luxuriöse Ausstattung und die hohen Erhaltungskosten der Kindergärten. Für die Errichtung von Kindergärten wurde von 1926 bis 1930 ein Betrag von 9,364.961 Schilling verausgabt, wobei die durchschnittliche Besucherzahl der Kindergärten vom Jahre 1920 bis zum Beginn des heurigen Jahres von 5548 auf 6654, also nur im 1100 Kinder gestiegen ist. Solche Ausgaben sind in einer Zeit so grosser wirtschaftlicher Not nicht zu verantworten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am

Die luxuriöse Ausstattung ist auch aus pädagogischen Gründen zu verurteilen, denn der Unterschied zwischen ihr und der Ausstattung einer Elendwohnung muss sich erzieherisch schlecht auswirken. Für 27 Horte wurden von 1926 bis 1931 61,673.000 Schilling ausgegeben. Die Zahl der Horte, die in der Verwaltung der Gemeinde stehen, hat sich bloß um 11 vermehrt, die anderen sind als Horte für die Kinderfreunde erbaut worden.

Der Gemeinderat hat im Jahre 1923 den Beschluss gefasst, das geistliche Personal in den verschiedenen Fürsorgeanstalten zu kündigen. Dafür hat man in der Dörfelstrasse eine neue Kindergärtnerinnenschule errichtet, ohne dass dies durch einen Gemeinderatsbeschluss gedeckt wäre, obwohl mit den bereits bestehenden Schulen das Auslangen gefunden werden kann. Kindergärtnerinnen die aus dieser Schule hervorgegangen sind und bei der Gemeinde angestellt wurden, sind nur solche, die entweder schon am Beginn der Studien oder vor der Reifeprüfung aus der Kirche ausgetreten sind. Im Fürsorgewesen gibt es ein reichliches Zuviel an Ausgaben. Das gilt insbesondere auch für die geschlossenen Anstalten. Im Zentralkinderheim, in der Kinderübernahmestelle und am Wilhelminenberg wird eine tägliche Erhaltungssumme von 8'40 Schilling errechnet. Wie lässt sich ein solcher täglicher Erhaltungsaufwand für ein Kind rechtfertigen, wenn man ^{Witwen} mit einem ^{bei der Gemeinde} Monatseinkommen von 75 Schilling/abweist. Wieviele Familien wären glücklich ein so hohes Einkommen für die ganze Familie zur Verfügung zu haben. Der Redner stellt den Antrag, dass die städtischen Erziehungsanstalten, soweit die Kinder in Anstalten der privaten Fürsorge untergebracht werden können, abzubauen und in diese Anstalten unterzubringen sind. Auf anderen Gebieten wird wieder zu wenig ausgegeben. Dies gilt insbesondere von der Tuberkulosenfürsorge. Auch für die Förderung von Sport und Körperkultur sind heuer nur 87.000 S ausgeworfen, gegenüber 167.000 S im Jahre 1931, der Beitrag des Landes Wien zur Notstandilfe der Arbeitslosen und zu den Kosten der Arbeitslosenfürsorge, der 1931 Ausgaben von 15 Millionen, im Jahre 1932 solche von 16 Millionen erforderte, erscheint diesmal nur mit einer Ziffer von 13 Millionen. Der Beitrag der Gemeinde zum Kleinrentnerfonds hat sich um mehr als 50 Prozent verringert. An Erhaltungsbeträgen für Erwachsene sind in dieser Zeit der Not um eine halbe Million ^{Arbeitslos} eingespart. Auch der Lebensmittelaufwand für die Pfründner in den Versorgungshäusern ist um fast 300.000 S geringer geworden. Der Lebensmittelaufwand in den Obdachhäusern wurde um 10 Prozent, der in den Krankenanstalten um 30 Prozent gekürzt. Während die offizielle Presse der Sozialdemokraten in einem fort den Minister für soziale Verwaltung beschimpft, der in wirklich aufopfernder Weise und mit einem wahrhaft religiösen Gewissen sich bemüht, die Arbeitslosenfürsorge aufrechtzuerhalten, sind die Maßnahmen die die Gemeinde für die Arbeitslosen trifft, weit härter als die Richtlinien des Ministers Resch. Nur zwei Beispiele: Da sind im XVI. Bezirk der Mann und die Frau ausgesteuert und die Leute beziehen für 3 Kinder einen Beitrag von 81 S. Dieser Erziehungsbeitrag wurde gestrichen und jetzt erhält die Familie nur 30 S im Monat und 3 Lebensmittelpakete. Und dann der Unglücksfall in Simmering! Nach der Darstellung des "Abend" hat die Mitteilung an die Frau, dass der Erziehungsbeitrag für ihre Kinder eingestellt werde, den letzten Anstoß zu dem Unglück gegeben. Trotz der Unzulänglichkeit und der Fehler, die in der Fürsorge gemacht werden, greifen wir Sie nicht in so ordinärer Weise an, wie Sie es gegenüber unserem Minister tun. Wenn Sie hier im Gemeinderat manchmal sehr ordinäre Worte zu hören bekommen, erforschen Sie Ihr Gewissen, ob Sie in der Beziehung nicht die Lehmeister gewesen sind. (Lebh. Beifall b.d. Chr. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

GR. Prinke (chr.) stellt fest, dass die Ausführungen des Stadtrates Tandler im Bezug auf das Wohlfahrtswesen der Gemeinde nicht so rosig waren wie die Ausführungen des Finanzreferenten. STR. Tandler musste zugeben, dass die Ausgaben der Gemeinde für das Wohlfahrtswesen der Grösse der heutigen Not nicht mehr entsprechen. Insbesondere für die Jugend und die Arbeitslosen wird viel zu wenig vorgesorgt. Von den 3 1/3 Millionen die für Geld- und Sachausgaben vorgesehen sind, fällt die Summe von 1 Million für besonders bedürftige Arbeitslose ab. Ende November gab es in Wien 173.000 Arbeitslose, von denen nur 120.000 in Unterstützung standen. 53.000 waren also ohne jede Unterstützung. Rechnet man die weiteren 50.000 Menschen dazu, die zugrundegegangen sind, die aber von den Arbeitsämtern nicht erfasst werden, so ergibt sich, dass rund 100.000 Menschen in Wien ohne Einkommen sind. Die 1 Million, die für diese Menschen aufgewendet wird, ist viel zu gering. Auch die unterstützten Arbeitslosen können, insbesondere wenn die eine grössere Familie haben, ^{Witz} der Unterstützung nicht leben. Unter diesen Verhältnissen müsste man alles tun, um zu verhindern, dass es infolge dieser Not zu Verzweiflungsausbrüchen kommt. Für die Arbeitslosen müsste ein Vielfaches dessen getan werden, was heute für sie geschieht. Wenn auf allen Gebieten gespart werden muss, auf diesem Gebiet darf nicht gespart werden. Und wieviel könnte man auf anderen Gebieten ersparen. Da gibt man für besonders bedürftige Arbeitslose 1 Million aus und für die ganz nutzlose Institution der Gemeindegewache ebenfalls 1 Million. Oder für die Hinterbliebenen der Juliopfer sind 38.000 S in den Voranschlag eingesetzt. Das ist eine krasse Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitslosen. Wenn diese Hinterbliebenen in Not sind, mögen sie dieselbe Unterstützung bekommen wie die anderen, aber nicht mehr. Der Redner führt sodann Klage darüber, dass sich im Fürsorgewesen der Bürokratismus sehr breit mache. Dass der Apparat so schwerfällig wird, erklärt sich daraus, dass man den Fürsorgeräten ihr ursprüngliches Recht genommen hat, dass die Fürsorgeräte zum grossen Teil Arbeit heute schon ohne Lust leisten, da sie nicht nach ihren Erhebungen und ihrer eigenen Meinung entscheiden können, sondern da die Unterstützungen nach den Erlässen, die von oben kommen, festgesetzt werden. Der Bund, gegen den Sie sich namentlich in den Fragen der Arbeitslosenfürsorge mit Unrecht so sehr wenden, bietet wirklich alle Kräfte auf, um in der Arbeitslosenfürsorge zu leisten, was möglich ist. Mehr zu leisten erscheint schon unmöglich. Da entsteht auch für die Länder und Gemeinden die Pflicht, dem Bunde nachzueifern. Die Gemeinde Wien ist ihren Verpflichtungen in diesem Punkt nicht vollkommen nachgekommen. Wir billigen dem STR. Tandler zu, dass er sich bemüht, beim Finanzreferenten für sein Ressort Verständnis zu finden. Aber die sozialdemokratische Partei kann sich von parteipolitischen Erwägungen nicht freimachen, und deshalb wird der Verwalter der Gruppe III gegenüber dem Finanzreferenten immer unterliegen müssen. Schliesslich verweist der Redner auf die Klage der Simmeringer Gärtner, dass das für ihre Gartenbetriebe benötigte Wasser verseucht ist. Er fragt den amtsführenden Stadtrat, welches Resultat die vom Gesundheitsamt vorgenommenen Untersuchungen gehabt haben und welche Massnahmen er treffen wolle, um diesen Uebelstand aus der Welt zu schaffen (Lebh. Beifall b. d. chr.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

GR. Weikert (nat. soz.) bemerkt, dass die Rede des Finanzreferenten Dr. Danneberg eine Verlegenheitsrede war, die die ganze Unfähigkeit der Verwaltung aufgezeigt hat. Wie sich im ganzen Budget schwere Mängel ergeben, so finden sich insbesondere bei der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen Mängel schwerster Art. Die beste Fürsorge ist die Arbeitsbeschaffung für jeden Menschen; schaffen Sie den Menschen Arbeit und Verdienst, dann braucht sich die Gemeinde nicht den Kopf zerbrechen, wie sie das Heer der Arbeitslosen über den Winter hinwegbringt. Es ist eine unerhörte Heuchelei, dass die Sozialdemokraten in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Gebietskörperschaften, in denen sie nicht die Mehrheit haben, Forderungen aufstellen, die sie als verwaltende Mehrheit in Wien selbst nicht erfüllen. Wir haben schon am 24. November 1931 beantragt, dass alle gewählten Mandatäre 10 Prozent ihrer Bezüge für die hungernden Arbeitslosen abgeben sollen; die Satten aber haben unseren Antrag abgelehnt. Die Erregung des Volkes ist eine sehr grosse und sie könnte sich einmal gegen die wenden, die dieses namenlose Elend mitverschuldet haben. Der Redner bespricht dann einzelne Kapitel des Voranschlags der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und kritisiert, dass die Gemeinde Wien mit dem Besitzer einer Herberge einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach die Gemeinde in dieser Fremdenherberge täglich 30 Betten zum Preise von je 50 Groschen gemietet hat. Der Besitzer der Fremdenherberge ist ein Herr Anton Sommer, selbstständig ein hundertprozentiger Genosse. Der Mann war zuerst Pächter eines Hotels in Edlach, dann Pächter eines Kaffeehauses im 14. Bezirk, später dann Pächter des Kaffeehauses im Arbeiterheim Favoriten. Dieses Kaffeehaus hat er weiterverpachtet und es ist jetzt ein Prozess im Zuge. Es ist für die Gemeinde unwürdig, mit so einem Dunkelmann einen Vertrag abzuschliessen. Obdachlosenheim herrschen die fürchterlichsten Zustände. Die Obdachlosen müssen auf Drahtmatratzen schlafen und es ist ihnen verboten, Packpapier aufzulegen. Tuberkulose müssen mit Gesunden zusammenschlafen und die Kost, die diesen armen Teufeln gegeben wird, ist derart, dass die Bezeichnung Hundefrass noch viel zu gut ist. Die Leute müssen im Obdachlosenheim haus wie nicht einmal Zigeuner leben. Für die Ausgabe von Säuglingswäsche sind 440.000 Schilling veranschlagt. Wir haben immer wieder betont, dass es nicht angeht, dass aus Gemeindemitteln Reiche unterstützt werden, während Tausende hungern. Wir bestehen darauf, dass da einmal nach Recht und Vernunft vorgegangen wird und beantragen, dass die kostenlose Ausgabe von Säuglingswäsche nur mehr an jene Gemeindeangehörige zu erfolgen hat, deren Monatseinkommen 600 Schilling nicht übersteigt. Der dadurch eingesparte Betrag soll bei der Mehrbeteiligung mit Säuglingswäsche bei jenen Gemeindeangehörigen Verwendung finden, deren Monatseinkommen 200 Schilling nicht übersteigt. Bezüglich der Notstandsaushilfen stellt der Redner den Antrag, den im Voranschlag vorgesehenen Beitrag des Landes Wien zu den Notstandsaushilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge um 2 Millionen Schilling zu erhöhen. Durch die Hauspersonalsteuer, die die soz. dem. Gemeinde eingeführt hat, wird nur die Prostitution gezüchtet und die Gemeinde erzielt aus der Fremdenzimmerabgabe der Stundenhotels daraus dann Vorteile. Wir müssen entschieden die Aufhebung dieser Steuer verlangen. Der Redner verlangt dann die Streichung der Post " Unterstützung der Hinterbliebenen der Julioffer " und beantragt weiters, die Tarife des städt. Friedhofsbetriebes für minderbemittelte Gemeindeangehörige soweit herabzusetzen, dass kein Gebärungsüberschuss mehr verbleibt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

Der Redner befasst sich hierauf mit den Richtlinien an die Fürsorgeinstitute und Fürsorgeräte und stellt den Antrag: Die derzeit im Gang befindliche Ueberprüfung der Pflegebeiträge und Erhaltungsbeiträge wird mit sofortiger Wirksamkeit eingestellt und die im Zuge dieser Aktion bisher erfolgte Entziehung und Herabsetzung von Pflegebeiträgen und Unterstützungen wird ausser Kraft gesetzt.

Immer mehr häufen sich auch die Klagen der Pfründner, dass ihre Erhaltungsbeiträge gekürzt werden. Daher stellt er den Antrag: Das Ausmass der Pfründen wird mit mindestens 50 Schilling monatlich festgesetzt, kann jedoch nach Bedürftigkeit bis 100 Schilling erhöht werden. Anträge auf Erhöhung von Pfründen, ferner Einschreiten um Bewilligung von Pfründen sowie Rekurse in Fürsorgeangelegenheiten sind beschleunigt zu behandeln.

Der Redner stellt ferner den Antrag: Den Gemeindeangehörigen wird, soweit sie im Bezuge einer Hausgehilfen-, Klein-, Alters- oder Unfallsrente oder Gnadenpension aus Gemeindemitteln stehen, ein Zuschuss zur Rente (Gnadenpension) gewährt, der sie auf den Betrag von 80 Schilling ergänzt. Schliesslich befasst er sich mit der Winterhilfe. Er fordert, dass jedes Ansuchen überprüft und jeder Würdige^{ohne} Ausnahme beteiligt werde. Die Wiener Bevölkerung hat die Spenden für die Winterhilfe nicht gegeben, dass nur rechte Parteigenossen etwas bekommen sondern es soll jeder Bedürftige ohne Unterschied der Partei beteiligt werden. Die Partei des Redners sei nicht gewillt, die Verantwortung für die Experimente und Fehler der Mehrheit zu übernehmen, und werde deshalb gegen den Voranschlag stimmen. (Beifall bei den Parteigenossen).

Vorsitz. Weigl macht darauf aufmerksam, dass nach der Geschäftsordnung das Verlesen von Reden nicht gestattet ist. (GR. Weikert: Auch Redner anderer Parteien haben das getan!) Wenn ich es bemerkt hätte, hätte ich es nicht geduldet. (Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

GR. Dr. Zörnlaib (chr. soz.) bemerkt, STR. Dr. Tandler, STR. Dr. Danneberg und die ganze Rathausmajorität seien sehr stolz darauf, dass rund 91 Millionen Schilling im Jahre 1933 für das kommunale Wohlfahrtswesen aufgewendet werden sollen. An sich ist die Ziffer sicher nicht gering, sie mag vielleicht sogar über die Steuerkraft der Wiener Bevölkerung hinausgehen, sie ist aber im Verhältnis zur Grösse der Not und Arbeitslosigkeit nicht überwältigend. Die Not und das Elend des Einzelnen werden kaum fühlbar gemildert werden. Die Gemeinde Wien mahnt mit ihren Wohlfahrtsaktionen an jenen Mann, der einem anderen zuerst die Kleider gestohlen hat und dann stolz war, dass er dem Bestohlenen gestattet hat, sich nackt beim geheizten Ofen ein bisschen zu erwärmen. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Chr. soz.) Die soz. dem. Mehrheit hat durch ihre finanzpolitische Verirrung einen grossen Teil der Bevölkerung der Stadt Wien nicht nur den Gewinn, sondern auch noch die Vermögenssubstanz weggesteert; die Bevölkerung sagt weggestohlen. Da es ihr nicht mehr möglich ist, aus der Erwerbswirtschaft nennenswerte Beträge herauszupressen, musste sie notgedrungen die präliminierten Einnahmen für das Jahr 1933 um 100 Millionen herabmindern. Fest steht, dass ihr von der weitblickenden christlich-sozialen Gemeindeverwaltung ein Vermögen von 4 Milliarden Schilling hinterlassen worden ist. Der Notstand, indem sich diese Stadt gegenwärtig befindet, rechtfertigt ein Angreifen der Substanz des Gemeindevermögens wenigstens in der Form, dass es die Unterlage für eine Anleihe bietet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

STR. Dr. Danneberg hat erklärt, dass die Aufnahme einer Anleihe nicht für alle Zeiten ausgeschlossen ist, nur müsse der Zeitpunkt streng geprüft werden. Wollen Sie damit so lange warten, bis die Massen verhungert sind? Das Elend ist unerträglich geworden und der Zeitpunkt für die Aufnahme einer Anleihe zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten ist bereits gegeben. Daher stellt der Redner den Antrag: Der Gemeinderat wolle in Anbetracht der bedrohlich steigenden Arbeitslosigkeit in Wien beschliessen: ^{Zu} Beistellung der erforderlichen Mittel für die Durchführung der Notstandsarbeiten wird eine Anleihe von 250 Millionen aufgenommen. Die Verhandlungen sind sofort einzuleiten und über deren Ergebnis ist dem Gemeinderat spätestens bis Ende Feber 1933 Bericht zu erstatten.

Man komme nicht mit gelehrten finanzpolitischen und sozialistischen Einwendungen. Angesichts der Not muss jede Gelehrsamkeit aufhören. Man komme auch nicht mit der Kompetenzfrage. Es geht nicht an, einer solchen Katastrophe gegenüber, wie wir sie jetzt durchleben, sich auch das formale Argument zu stützen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit falle in die Kompetenz des Bundes.

Man kann Fürsorgemassnahmen nicht unabhängig von der gesamten Wirtschaftssituation durchführen. Wichtiger als die Schaffung von Lehrlingsheimen ist die Beschaffung von Lehr- und Arbeitsplätzen, wichtiger als die Errichtung von Mutterbratungsstellen ist die Beantwortung der sehr drängenden Frage, wovon diese Mütter die Kinder ernähren sollen. Statt der Ausspeiseaktion für die Kinder wäre die wichtige Frage zu lösen, wie man den Eltern die entsprechenden Mittel verschafft, dass sie selber für ihre Kinder sorgen. Statt der Berufsberatung wären Berufsstätten zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit ist das Karzinom der Wirtschaft und gegen eine solche Krankheit gibt es nur eine Radikalkur. Arbeitsgelegenheit und immer wieder Arbeitsgelegenheit muss geschaffen werden. Da muss auch ein bisschen vom Gemeindevermögen herhalten, wenn es mit den Gemeindesteuern und Gemeindeabgaben nicht mehr geht. Auch die Deckung des Annuitätendienstes wäre nicht so gefährlich. Haben wir eine solche Anleihe, so werden sich automatisch die Ausgaben in der Gruppe III senken und man wird sich entschliessen müssen, die parteipolitischen Ausgaben aus dem Budget zu streichen. Den Worten des Dr. Danneberg von vorgestern stellen wir folgende Worte gegenüber: In der Gemeinde soll nicht der Gummiknüffel der Gemeindegewache, nicht die Polizei der Gemeinde für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den kommunalen Amtsräumen sorgen, in dieser reichen Gemeinde sollen endlich von der Mehrheit die sozialen Pflichten erfüllt werden. Sie können das, wenn Sie die von uns beantragte Notstandsanleihe akzeptieren. Solange Sie das nicht tun, ist die Erfüllung der sozialen Pflicht bei Ihnen nichts als eine demagogische Phrase. (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Hörmayer (chr.) bezeichnet es als ausserordentlich bedauerlich, dass in dieser Zeit der steigenden Not mit den Erhaltungsbeiträgen noch hinuntergegangen wird. Wenn von den Erhaltungsbeiträgen des Einzelnen 30 Prozent abgestrichen werden, ist es kein Wunder, dass es zu solchen Szenen in den Fürsorgeinstituten kommt. Dabei geht man bei der Bemessung der Unterstützungen ganz parteipolitisch vor. Bei Leuten, die der sozialdemokratischen Partei nicht angehören, wird lustig darauf losgestrichen, bei den Sozialdemokraten wird ein Auge zugedrückt. So oft ein Institut neu eröffnet wird, wird ein grosses ^{Wunder} gemacht, wenn aber ein Institut einge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

stellt wird, wie dies bei den Jugendhorten, Kindergärten und in der Krüppelfürsorge der Fall war, erfährt man davon überhaupt nichts oder erst lange Zeit nachher. Wir haben heute zum Beispiel 106 Kindergärten, von denen ein grosser Teil nicht vollbelegt ist. Trotzdem errichtet man noch eine Schulzahnklinik und noch eine Mutterberatungsstelle. Angesichts dieser schweren Zeit wäre es viel besser, die dafür aufgewandeten Beträge für die Winterhilfe oder die Arbeitslosenfürsorge zu verwenden. Der Redner stellt schliesslich den Antrag, dass alle 70 Jahre oder darüber alten erwerbsunfähigen und hilfsbedürftigen Befürdorgten ~~der~~ Unterhaltsbeitrag von 56 S monatlich anzuseisen ist. Er richtet an den Stadtrat die Frage, wie viel Personen heute in Wien noch die Höchstpfünde beziehen (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Dr. Riehl (na.) spricht seine Verwunderung darüber aus, dass der Referent, der ein Mediziner ist, also einem der idealsten Berufe angehört, über das zunehmende Querulantentum in so harten Worten gesprochen hat. Das Querulantentum, das sicher in erschreckendem Mass zunimmt, ist eine Folge der ausserordentlichen Notlage und darüber sollte man nicht mit so harter Miene den Stab brechen. Der Redner bringt sodann folgenden Fall zur Kenntnis des Stadtrates: Ein Strassenbahner wurde jetzt zum zweitenmal wegen alkoholischer Exzesse bestraft und sofort aus dem Dienst entlassen. Ueber den Mann und darüber, ob ihm Recht geschehen ist oder nicht, soll nicht gesprochen werden. Der Mann hat aber 5 Kinder und eine Frau zu erhalten. Nun hat er beim zuständigen Fürsorgeamt vorgesprochen, dort erklärte man ihm, man müsse die Sache erst überprüfen, es sei die Arbeitslosenbestätigung noch nicht eingelangt. Der Mann sei mit eingefallenen Wangen zum Redner gekommen und habe erklärt, er wisse nicht, was er tun solle, seine Kinder hätten schon 3 Tage nichts gegessen. In solchen Fällen müsste der Fürsorgeapparat sofort eingreifen und man dürfte nicht erst abwarten, bis wieder ein grässliches Unglück geschieht. Der Redner befasst sich sodann im einzelnen mit dem Voranschlag der Gruppe III und nennt es ein Zeichen schlechter Verwaltung, dass die Personalauslagen dieser Gruppe ein volles Drittel der Gesamtausgaben erreichen. Uns Nationalsozialisten und ^{der} grossen Masse der arischen Bevölkerung ist es besonders unsympathisch, dass dieser grosse Personalaufwand zum grossen Teil jüdischen Angestellten zugute kommt. Wir betrachten das als einen ganz unerträglichen Zustand, weil wir die Behandlung von Ariern durch Nichtarier als das allerärmste, als eine Knechtschaft unseres Volkes empfinden. Bezüglich des Sachaufwandes muss es sehr auffallen, dass die Gesamtausgaben für Lebensmittel gegenüber 1931 um 17 Prozent, also um eine ausserordentlich hohe Ziffer verringert worden sind. Im Obdachlosenheim wurde zum Beispiel trotz einer Belagvermehrung um 20 Prozent nicht weniger als 8 Prozent Lebensmittel erspart, in den Jugendfürsorgeanstalten um 31 1/4 Prozent, in den Krankenanstalten um 27 Prozent, in den Heil- und Pflegeanstalten um 15 Prozent. Merkwürdig ist auch folgendes: Die Verwaltungsgruppe III lässt durch das städt. Wirtschaftsamt zu Engpreisen einkaufen. Dabei kommt die sozialdemokratische Partei nicht schlecht weg. Selbstverständlich werden die Schuhe und Textilien, die Holz und Kohle bei der Wihoko gekauft. Die Schülerausspeisungen werden durch die Wök, wieder einem unter jüdischer Direktion stehendem Unternehmen gemacht. Die Gemeinde ist nicht dazu da, ~~der~~ Wök, die nur dazu geschaffen wurde, um unser Gast gewerbe umzubringen, noch weitere Geschäfte zukommen zu lassen. Nun verkauft das

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

Wirtschaftsamt die Waren an die Gruppe III zu viel höheren Preisen, nur damit eine möglichst grosse Ziffer bei den Sachauslagen für die Wohlfahrts-
pflege herauskommt. Die Aufbringung der Mittel für die Fürsorge durch
die Armenlotterien ist eine antiquierte und längst zum Abbruch reife In-
stitution. Wenn Zweidrittel einer Lotterie für Ausgaben, wahrscheinlich
wieder Personalausgaben, verschleudert werden, muss eine solche Lotterie ge-
sperrt werden. Bei der Pflinglingsentschädigung sind einige Personen ständig
als Schreiber, Boten angestellt und bekommen unter dem Titel "Pflinglings-
entschädigung" für die ganztägige Arbeit 5 Schilling im Monat. In der Jugend-
fürsorge ist von einer Richtlinie, einem Grundsatz, auch einem sozia-
listischen Grundsatz nichts zu bemerken. Die ganze Wohnungspolitik der Ge-
meinde ist exzessiv jugendfeindlich. Man schützt durch die Mietengesetzgebung
lediglich die alten Leute. Es ist Ihnen gleichgültig, dass in grossen Woh-
nungen von Mittelstandshäusern heute niemand mehr als eine einzige alte
Person wohnt. Wir ^{errichten} unter diesen Umständen in ganz innloser Weise
Neubauten, obwohl Wohnräume in Hülle und Fülle da wären. Dazu werden noch
die städtischen Wohnungen nicht den Obdachlosen und den Wohnungsbe-
dürftigen gegeben, sondern nur denen, die einen Ersatz bieten, die eine
Wohnungseinrichtung mitbringen und so weiter. So erklärt sich die sonder-
bare Erscheinung, dass in Wien die Zahl der Wohnungslosen immer mehr
auf der einen Seite ^{zunimmt}, während eine grosse
Zahl von neuen Wohnungen gebaut wurde, auf
der anderen Seite die Bevölkerung abnimmt.

Notwendig ist eine vollständige Umstellung unserer Einstellung
zur Jugend-erziehung. Wir müssen trachten, unsere jungen Leute für
Berufe zu erzielen, in denen sie derzeit auf dem Boden unseres klein
gewordenen Deutschösterreich und später im Rahmen von Grossdeutschland
eine Aussicht auf Fortkommen haben. Aus diesem Grunde ist die Rückführung
eines bedeutenden Prozentsatzes der städt. Jugend zur ländlichen Betäti-
gung absolut notwendig. Wir stellen ferner die Forderung, dass in erster
Linie für unsere deutschösterreichische Jugend gesorgt wird und nicht für
Fremde. Bei der Behandlung der in Not geratenen Jugend muss als Grundsatz
aufgestellt werden, dass die Gemeinde verpflichtet ist, für jedes in einem
Ernährungsnotstand geratene Kind prinzipiell und absolut zu sorgen. Es sollt
auch mehr getrachtet werden, Kinder bei wohlhabenden Familien unterzu-
bringen, statt in roten Fürsorgeanstalten, wie z.B. in der Societas.
Während man die Lebensmittelausgaben für die Fürsorge fortwährend beschränkt
ist Geld vorhanden, um 3 Sozialistische Südenten heime in Gemeindeneubauten
unterzubringen. Wenn man die Beiträge, die unter dem Titel der Wohlfahrts-
pflege als Subvention für soz. dem. Erziehungsanstalten verausgabt werden,
für die Jugendfürsorge verwenden würde, würden nicht an allen Strassen-
ecken junge Menschen herumstehen, würden nicht tausende junge Leute singend
und bettelnd durch die Strassen Wiens ziehen. Die Beschränkung der Tuberkul
losenfürsorge ist gerade in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit und des
Massenhungens der jungen Leute besonders gefährlich. Bezüglich der Heil-
und Pflegeanstalten ist zu bemängeln, dass sich in ihnen noch immer eine
sehr bedeutende Zahl polnischer Patienten auf Kosten der Wiener Bevölkerung
pflegen lässt. Bei der Förderung von Sport und Körperkultur ist, abgesehen
von der Verminderung des dafür ausgeworfenen Betrages, zu kritisieren,
dass kein Angehöriger unserer Parteirichtung bisher in den Sportbeirat
einberufen wurde. Was die Gesundheitsfürsorge in den Schulen betrifft,
so muss festgestellt werden, dass die Schulzahnarztstellen und die Schul-
arztstellen fast ausschliesslich mit Juden besetzt sind.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

XI. Blatt

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Bezüglich der Verleihung von Stipendien stellt der Redner an den Referenten die Anffage, ob es richtig sei, dass nur die Hörer der ersten anatomischen Lehrkanzel, deren Vorstand der Referent ist, mit Stipendien bedacht worden, während die Hörer an der zweiten anatomischen Lehrkanzel leer ausgehen. Der Redner wendet sich dann der Frage der Notstandsanleihe oder des Verkaufes oder der Verpfändung von Gemeindevermögen zwecks Abhilfe des Notstandes zu. Er meint, dass eine Anleihe nur zu einem sehr hohen Zinsfuss zu bekommen wäre. Wir stehen einer Anleihe sehr skeptisch gegenüber, wenn aber die Gemeinde eine Anleihe aufgenommen hätte, wären sehr viele Milliarden, sehr viel politischer Pflanz und sehr viel optischer Trick der Wiener Bevölkerung erspart geblieben. Sie hätten auch der Jugend tausendmal mehr gedient, wenn Sie das offene Land um Wien erschlossen und die Jugend in Siedlungen statt in die Zinsburgen, die Sie gebaut haben, gewiesen hätten. Die Folge Ihrer Politik ist das stete Sinken der Bevölkerungszahl, ist der entsetzliche Geburtenrückgang. Eine gesunde Aufzucht der Jugend kann in den Riesenwohnbauten der Gemeinde niemals erreicht werden. Der Redner beschäftigt sich schliesslich mit der Frage der Vermittlung des Eigentums an Wohnungen und bemerkt zum Schluss, dass seine Partei auch das Kapitel Wohlfahrtswesen ablehne. (Beifall bei den Nat. soz.)

GRtin.Dr.Motzko bemerkt, die offene Fürsorge der Gemeinde erschöpfe sich in einer Abweisungspolitik. Man hat, um diese Abweisungspolitik zu begründen den Begriff des Familieneinkommens ^{zu} schaffen und zählt diesem Einkommen auch das Einkommen von Menschen zu, für die eine gesetzliche Unterhaltungspflicht nicht besteht. In einem Fall wurde sogar das Einkommen der Schwägerin des Kindesvaters und deren Lebensgefährten zugerechnet. Es geht nicht an, dass die Gemeinde ganz eigenmächtig das Gesetz bückt, wie sie es braucht. Auf das Entschiedenste muss man sich dagegen verwahren, dass parteipolitische Propaganda mit der Fürsorgetätigkeit verquickt wird. Da hat ein Fürsorgerat Mitteregger in der Neulerchenfelderstrasse aller Fürsorgeparteien besucht und auf sozialdemokratischen Stimmzetteln seine Visitenkarte hinterlassen (Lebh. Hörtrufe bei den Soz.) Oder wie werden die Sachbeihilfen gegeben. Da wurde einer Frau von der Magistrats-Abteilung 8 eine Bestätigung über 10 S gegeben, sie wurde zu einer bestimmten Zeit in die Judengasse 5 vor das Geschäft Goldberger bestellt, ein Magistratsbeamter der sie dort erwartet hat, ist mit ihr in das Geschäft gegangen, die Frau durfte sich dort ein Paar Schuhe kaufen, die Frau Goldberger bekam die 10 S und in der Magistrats-Abteilung wurde dann festgestellt, dass die Schuhe höchstens 3 bis 4 Schilling wert sind.

In den allerletzten Tagen haben mir Fürsorgeparteien wiederholt erzählt, dass ihre Bitte um fallweise Aushilfen unter Berufung auf die Winterhilfe abgewiesen wurde. Die Winterhilfe soll ein Plus sein und darf in keiner Weise missbraucht werden, um die Fürsorge der Gemeinde einzuschränken. (Zustimmung bei den chr. soz.)

Ein besonderes Kapitel ist die Aufnahme in die geschlossene Altersfürsorge. Der Vorgang, wie solche Ansuchen behandelt werden, kommt einer vollständigen Aufnahmssperre gleich. Dabei werden die Leute noch mit Hohn und Spott bedacht. In den Versorgungsheimen, besonders im Versorgungsheim Baumgarten hungern die Leute. Wenn es Fleisch gibt, dann nur 3 dkg. Die Kost ist ohne Substanzen gekocht und daher nicht nahrhaft. In ihren Versorgungsheimen gibt es keine wirkliche Fürsorge und keine wirkliche Pflege für die alten Leute, sondern nur Respektlosigkeit und Herzlosigkeit. Wenn sich die Leute beklagen, werden sie nach Steinhof verschickt oder strafweise in das oberste Stockwerk versetzt. Eine 74jährige Frau hat sich wegen einer solchen Bestrafung vom 4. Stockwerk heruntergestürzt. In den letzten 2 Jahren hat es in Baumgarten 5 Selbstmorde gegeben. Auch in anderen Anstalten kommen solche Terrorakte vor. Wir warnen Sie, auf diesem Wege Ihrer Fürsorgepolitik weiterzugehen (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

Nächste Sitzung Dienstag, 20. Dez., 16 Uhr.

Schluss der Sitzung 22 Uhr 05.

Bogenabfertigung 22 Uhr 08.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

345

Wien, am 17. Dezember 1932

Ein Anton Baumann-Park in Währing.

In der Bezirksvertretung Währing ist der Antrag gestellt worden, nach dem verstorbenen Altvorsteher Währings Anton Baumann eine Verkehrsfläche zu benennen. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nun in seiner letzten Sitzung auf Antrag der Gemeinderätin Haas beschlossen, die Gartenanlage, die am Währingergürtel am Beginn der Antonigasse liegt und die bisher noch nicht benannt ist, "Anton Baumann-Park" zu benennen. Die Erläuterungstafel wird folgenden Wortlaut haben: "Anton Baumann (1848-1926), Bezirksvorsteher von Währing in den Jahren 1893 bis 1918".

Anton Baumann war bereits in der alten Gemeinde Währing als Gemeindefunktionär tätig und ist dann nach der Einverleibung dieser Gemeinde in die Bezirksvertretung Währing gewählt worden. Am 24. November 1893 ist Baumann zum Bezirksvorsteher gewählt worden und war als solcher viele Jahre hindurch erfolgreich tätig. Von 1891 bis 1919 hat Bezirksvorsteher Baumann den Bezirk Währing auch im niederösterreichischen Landtag vertreten; er war Mitglied der Kommission für Verkehrsanlagen und Präsident des Jubiläums-Stadttheatervereines und gehörte auch dem Direktorium der Währinger Kommunalsparkasse an. Anton Baumann, der am 8. November 1926 in Wien gestorben ist, hat sich um Währing besonders durch die Ausgestaltung des Aumannplatzes, des Türkenschanzparkes und des Czartoryskiparkes verdient gemacht.

Jubilare der Ehe.

In der letzten Zeit feierten die Ehepaare Wendelin und Hermine Fleischer, Ignaz und Lina Neumann, Sigmund und Bertha Plaschkes, Paul und Anna Rheinhardt, Josef und Franziska Sereda, Johann und Dorothea Schuster und Markus und Regine Schüssler das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Samstag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Autobusverkehr am Goldenen Sonntag.

Morgen, Sonntag (Goldener Sonntag), wird auf den innerstädtischen Linien I, II und III in der Zeit von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr ein Autobusverkehr geführt. Auf den übrigen Autobustaglinien ist der Verkehr eingestellt.

Spenden.

Der Elternverein an der Mädchen-Hauptschule Friedrichsplatz hat dieser Schule einen Mignonflügel, der Elternverein an der Mädchen-Volksschule Halirschgasse dieser Schule ein Klavier und die Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft anlässlich des Weihnachtsfestes zu Händen des Bürgermeisters zur Verteilung nach freiem Ermessen den Betrag von dreitausend Schilling gespendet. Der Bürgermeister hat in der letzten Gemeinderatssitzung den Spendern den Dank ausgesprochen.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt übermorgen, Montag, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

346
Wien, am 19. Dezember 1932.

Stand der Infektionskrankheiten im November.

Im November langten beim städtischen Gesundheitsamt 547 Anzeigen über Scharlacherkrankungen und 554 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen ein. Dies bedeutet im Verhältnis zu den vergangenen Jahren ein geringes Ansteigen der Scharlach- und Diphtheriehäufigkeit im Monate November; die Gesamtzahl der gemeldeten Scharlach- und Diphtherieerkrankungen im Jahre 1932 wird jedoch voraussichtlich die Gesamtzahl dieser Erkrankungen im vorigen Jahr nicht übersteigen.

Keine privaten Markthallen in Wien.

Zu den in der letzten Zeit verbreiteten Gerüchten über die geplante Errichtung von privaten Markthallen verweist der Magistrat darauf, dass Markthallen ebenso wie offene Märkte nur auf Grund von Marktrechten betrieben werden können. Ein solches Marktrecht besitzt die Gemeinde Wien von altersher. An private Unternehmer kann es nicht verliehen werden. Ansuchen um Genehmigung zur Errichtung von privaten "Markthallen" müssten daher vom Magistrat abgelehnt werden.

Verführung der Einrichtungen der Wiener Feuerwehr vor Richtern und Justizfunktionären.

Vor einiger Zeit hat auf Ersuchen des Oberlandesgerichtspräsidiums die Wiener Feuerwehr ihre Einrichtungen einem grösseren Kreise von Richtern kursmässig vorgeführt. Der Präsident des Oberlandesgerichtes in Wien hat nun nach erfolgter Vorführung an den Branddirektor Ingenieur Wagner ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Dank für die Vorführung ausspricht. In diesem Schreiben heisst es unter anderem: "Die Eindrücke, die wir alle sowohl bei dem ersten Besuch in der Feuerwehrzentrale "Am Hof" als auch bei unserer Fahrt zu den verschiedenen Feuerwachen im engeren und weiteren Schutzgebiete gewonnen haben, hat diese Exkursionen geradezu zu einem Erlebnis für alle Teilnehmer gestaltet. Ein glänzender Vortrag, den Herr Oberrat Ingenieur Johann Stanzig über die Ursachen und die Verhütung des Feuers gehalten hat und der wissenschaftliche Tiefe mit einer lebensvollen und geradezu kristallklaren Darstellung in seltener Weise vereinigte, bildete den würdigen Abschluss unserer der Verhütung und Bekämpfung des Feuers gewidmeten Studien."

Ausschreibung von Stifungen für Waisenkinder.

Aus den Adolf Ignaz und Julie Marzeline Mautner von Markhof'schen Stiftungen für Wiener Waisenkinder werden acht Stiftplätze zu je 600 Schilling an 4 Wiener Waisenknaben und 4 Wiener Waisemädchen, und zwar je 2 an katholische, je 1 an evangelische (A.B. und H.B.) und je 1 an israelitische Waisenkinder, verliehen. Zur Bewerbung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren und arme Waisemädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren, die in Wien heimatberechtigt sind, ^{berufen.} Dem vom gesetzlichen Vertreter des Kindes einzubringenden Gesuche sind Mittellosigkeitszeugnis, Tauf- (Geburts-)schein, Nachweis der Zuständigkeit und der Verwaisung, letztes Schulzeugnis und Vormundschaftsdekret beizulegen. Die Gesuche sind bei der Magistratsabteilung 8 im Neuen Rathaus bis spätestens 30. Dezember einzureichen. Verleihungstag ist der 6. Februar 1933.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

347

Wien, am 20. Dezember 1932.

Budgetberatung 1933.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 20. Dezember 1932.

Vorsitzender Dr. Neubauer (soz.) eröffnet die Sitzung um
16 Uhr 10.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen und die Spezialdebatte/über den Voranschlag für das Jahr 1933 fortgesetzt.
der Verwaltungsgruppe III

GR. Muhlberger (nat.) bemerkt, der Bürgermeister hätte unbeeinflusst von jeder Parteipolitik dafür zu sorgen, dass im Voranschlag für das Jahr 1933 den heutigen Elendsverhältnissen Rechnung getragen wird und wenn der amtsführende Stadtrat als Nichtdeutscher für das Elend der Deutschen in dieser Stadt kein Verständnis hat, müsste er ihn der Amtsführung entheben. Wie wenig Verständnis der amtsführende Stadtrat für die heutigen Verhältnisse hat, geht daraus hervor, dass er diejenigen, die mit der Verwaltung der Stadt nicht zufrieden sind, als Querulanten bezeichnet hat. In welcher Form Bürgermeister und Stadträte ihre Verpflichtung zur Unparteilichkeit auffassen, geht aus der Behandlung der Subventionen hervor. Die Subventionen wurden im Jahre 1932 so aufgeteilt, dass jüdische und sozialdemokratische Vereine denselben Betrag vom Jahre 1931 bekamen, während die nichtjüdischen und nicht sozialdemokratischen Vereine die Zuwendungen gekürzt wurden. Den Naturfreunden wurden 8000 S und unter dem Titel "Askö" weitere 55.000 S zuerkannt. Dagegen bekommt der deutsche Turnerbund, der nicht weniger als fast 16.000 Mitglieder hat, das Trinkgeld von 2000 S, der deutschösterreichische Alpenverein überhaupt nichts, ebenso auch der deutsche Schulverein, dem sogar das Recht der Strassensammlung, das er in der Monarchie hatte, genommen wurde. Alle diese Vereine würden Sie subventionieren, wenn sie den Arierparagraphen streichen würden, das werden Sie aber nicht erleben. Wir legen gegen diesen Missbrauch öffentlicher Mittel Protest ein und fordern, dass die öffentlichen Mitteln, die durch deutschen Geist, deutsche Arbeitskraft und deutschen Fleiss erworben wurden, restlos den Deutschen zugute kommen. Wenn es den Asiaten, wie hier als ungebete Gäste leben, nicht passt, mögen sie über die Taborlinie dorthin gehen, woher sie gekommen sind. Der Redner stellt den Antrag, dass eingereichte Subventionsansuchen dem Gemeinderatsausschuss II zur Begutachtung vorzulegen sind. Er verweist sodann darauf, dass dem Verband für freiwillige Jugendfürsorge der gewisse nicht hohe Betrag von 60.000 S zugewendet wird. Aber auch das ist eine parteipolitische Zuwendung, da der völkischen Jugend der Beitritt zu diesem Verband verweigert wird und sie daher überhaupt keine Subvention bekommt. Auch von den Zuwendungen für Sport und Körperkultur sind alle völkischen Vereine ausgeschlossen. Der Redner beantragt, dass die im Wirkungsbereich der Verwaltungsgruppe III bestehenden Kuratorien Blindenfürsorge und Jugend am Werk aufgelöst werden, da sie nicht mehr den Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat entsprechen, und dass die Neuwahl für diese Kuratorien bis 15. Jänner 1933 vorzunehmen ist. Er verlangt von Stadtrat Tandler schliesslich Aufklärung, ob dafür vorgeworgt worden ist, dass den Simmeringer Gärtnern statt des beschmutzten Nutz- und Trinkwassers reines Wasser zur Verfügung gestellt wird (Lebh. Beifall b. d. Nat.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

GRtin. Platzer (soz.) kommt auf die Behauptung zu sprechen, dass die Pflöglinge in den städtischen Versorgungshäusern Hunger leiden. Es wäre ja nicht undenkbar, dass in so grossen Anstalten Klagen vorkommen, umso mehr als sich Leute in vorgerücktem Alter schwer in eine Gemeinschaft einfügen können, aber eine grössere Anzahl von Pflöglingen sowohl in Mainz wie auch in Baumgarten hat übereinstimmend ausgesagt, dass das Essen gut und genügend sei. (Zwischenrufe bei den Chr. und Nat.) Sie erhalten Suppe und Gemüse, soviel sie wollen, allerdings nicht immer gleich, sie können auch zwei- und dreimal verlangen, sodass sich auch stärkere Esser anessen können. Eine Frau namens Nimfür erzählte der Rednerin, sie sei aus der Bürgerversorgung gekommen, habe ein Gasthaus in der Bellaria gehabt und sie erklärte, dass die Behauptung, die Pflöglinge müssten hungern, eine Unwahrheit sei (Lebh. Hört Hörtrufe bei den Soz.) Auch in ^{der Anstalt in} Baumgarten, über welche Strin. Dr. Motzko besondere Klagen vorgebracht hat, habe Rednerin übereinstimmend gehört, dass die Behauptung, die Pflöglinge müssten Hunger leiden, unwahr ist (Neuerliche Hört Hörtrufe bei den Soz.) Aus einem Küchenrapport dieser Anstalt geht hervor, dass zahlreiche Portionen in die Küche zurückgehen, ein Beweis, dass genügend Essen gegeben wird. Das wichtigste ist aber, dass die Möglichkeit besteht, über das normale Mass der Portion hinaus Essen zu bekommen, welchem Verlangen die Küche entsprechen muss. Die Rednerin verliest einen Speisezettel aus dieser Anstalt vom Monat Dezember, woraus hervorgeht, dass die Pflöglinge am Sonntag Hasenbraten mit Knödel, am Dienstag Rindfleisch mit Kohlrüben, am Donnerstag Blutwurst mit Sauerkraut, am Samstag Hasenjunge bekamen. Als Nachtmahl erhielten sie abwechselnd Knackwurst, Würsteln, Einbrennsuppe mit Nudeln, Presswurst, Käse und so weiter und ausserdem Mehlspeise. Der Speisezettel ist durchaus abwechslungsreich, mit aller Aufmerksamkeit zusammengestellt und oft wird Mittag und Abend Fleisch gegeben. Auch die Behauptung, dass besonders in Baumgarten an dem Reinlichkeitsbedürfnis der Pflöglinge gespart wird, ist unrichtig. In Mainz und in Baumgarten muss jeder Pflögling mindestens ein bis zwei Bäder im Monat nehmen, eine Einschränkung ist nur durch den Gesundheitszustand bewilligt. Auf jeden Pflögling entfallen durchschnittlich $\frac{1}{2}$ Bäder im Monat. So könnte man Behauptung um Behauptung zergliedern und zum Schluss würde nichts anderes herauskommen, als der Versuch, mit demagogischen Mitteln politische Propaganda zu treiben (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Würde man den Speisezettel eines Angestellten mit einem Einkommen von 140 bis 180 S oder den eines Arbeiters mit einem Wochenlohn von 40 bis 50 S oder den eines Kurzarbeiters mit 25 bis 30 S vergleichen, so würde ein solcher Vergleich sehr zugunsten der städtischen Versorgungsanstalten ausfallen. (Zustimmung bei den Soz. - GR. Prinke (chr.): Noch besser wäre es, einen Ausgesteuerten zum Vergleich heranzuziehen!) Die Mehrheit des Hauses hat den Wechsel, den sie den Wählern ausgestellt hat, trotz des Zwanges zur grössten Sparsamkeit und trotz stark gesenkter Einnahmen also auch auf diesem Gebiete zur Gänze eingelöst. Es würde für die Mehrheit eine grosse Beruhigung bedeuten, wenn alle Arbeitslosen und Ausgesteuerten, wenn auch alle Hausgehilfen, die mit 40 oder 50 Jahren keine Aussicht auf Stellung mehr haben, denen man die karge Altersfürsorge nicht nach jener Lohnklasse zahlt, nach der sie ihre Beiträge leisten, mit Lebensgütern so versorgt würden, wie die Pflöglinge der Anstalten der Gemeinde Wien (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

St. Rtin. Dr. Motzko (chr.) stellt zunächst fest, dass sie nur von Baumgarten gesprochen habe. Es sei sehr auffallend, dass Frau Nimfür, eine alte Wiener Bürgerin, ihr vor einigen Tagen in einem Brief versicherte, es sei nicht wahr, dass die Pflöglinge in den Versorgungsanstalten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

der Gemeinde Wien hungern. (Rufe bei den Soz.: Na also!) Atempo auf meine erste Rekrimation im Gemeinderat ist dieser Brief gekommen, er war also gewiss bestellt (Zustimmung bei den Chr., ^{zwischenrufe} zahlreiche bei den Soz.) Ich halte die Anklagen über Baumgarten vollinhaltlich aufrecht (Beifall bei den Chr. Zwischenrufe bei den Soz.) Wenn eine sozialdemokratische Gemeinderätin in die Anstalt kommt, wird natürlich alles rosarot geschildert und das Papier der städtischen Verwaltung ist ja geduldig. (GR. Jalkozy (soz.) Wir werden miteinander hingehen!) Die Menschen haben gar keinen Grund, mir etwas vorzulügen. Im Speisezettel steht allerhand. Aber wenn es zum Aus teilen kommt, sagt der Pfleger oder die Pflegerin oft, jetzt kommt der kleine Schöpfer daran, weil nicht genug da ist (GRtin. Platzer (soz.) Das ist nicht wahr!) Wenn die Vorrednerin sagt, dass die Leute auch Abends Fleisch bekommen, so ist das dahin richtigzustellen, dass sie ein kleines Stück Blutwurst bekommen und sonst nichts, weil sie die drei kleinen Brötchen, die sie morgens fassen, schon aufgegessen haben. Die Pfleglinge stehen unter dem Terror einer Angestellten-gruppe (Zustimmung bei den Chr. ^{Zwischenrufe} bei den Soz.) Ich war an Wahltagen in Lainz und habe gesehen, wie die Pfleglinge dort behandelt werden, und ich werde ihnen immer wieder das Beispiel von Liesing vorhalten, wo sie alle die armen Leute, die gewagt haben, gegen die Verwaltung und das Personal auszusagen, nach Steinhof geschickt haben. Sie halten diese Menschen wie Gefangene, aber nicht wie Leute, denen man einen sorgenlosen Lebensabend schaffen soll. (GR. Kurz (soz.) Unter Ihrer Verwaltung haben die Leute wirklich gehungert!) Wenn die Vorrednerin davon gesprochen hat, dass es den Pfleglingen in Lainz besser geht als den Kurzarbeitern und den Arbeitslosen, so muss ich ihr entgegenhalten, dass an der ungeheuren Steigerung der Arbeitslosigkeit in Wien die zwölfjährige Wegsteuerung des Betriebskapitals durch die soz. Partei die Hauptschuld trägt (Beifall b. d. Chr.-Zwischenrufe b. d. Soz.) Wie Sie über die Arbeitslosen denken, die im Genuss der Arbeitslosenunterstützung stehen, beweisen die vielen Rekurse, die im Stadtsenat gegen die Verweigerung von Pflegebeiträgen eingebracht werden. Wenn es gilt, zu hetzen und Unruhe zu stiften (GRtin. Platzer Das tun Sie!) dann sind Ihnen die Arbeitslosen gut genug. (Dr. Riehl (nat.) Für Subventionen an rote Vereine habt Ihr Geld!) In den ersten Umsturzjahren war es sehr schwer für eine Hausfrau/eine ^{in Wien} Hausgehilfin zu bekommen. Dam kam die wundervolle Hausgehilfenabgabe und von dem Zeitpunkt an, wo diese Steuerstrafe auf das Halten von Hausgehilfen eingeführt war, gibt es einen Ueberfluss an stellenlosen Hausgehilfen (GRtin. Deutsch Krammer (soz.) 4 S für zwei Hausgehilfinnen!) bei 4 Hausgehilfen sind es schon 900 S im Jahr. Sie haben diesen Beruf ruiniert (Lebh. Beifall b. d. Chr.) Damit dass Sie darn zwei Heime der Gemeinde Wien dem Verein Einigkeit schenken, der schon ixmal zusammengekracht ist, schaffen Sie die Not der Hausgehilfen nicht aus der Welt. (GR. Dr. Friedjung (soz.) Nur die Bankskandale haben das herbeigeführt!) -GR. Pappanek (soz.) Heraus mit der Altersversicherung!) Sie wissen sehr genau, dass weder der Bund noch die Gemeinde noch die Privatwirtschaft diese Belastung ertragen würde (Rufe bei den Soz.: Aha, da haben wir es!) Sie wissen, dass die Altersversicherung heute undurchführbar ist, aber es ist für Sie ein Agitations- und Hetzmittel. Wenn Sie gegenüber der fürchterlichen Strangulierung der Pflegebeiträge darauf hinweisen, dass es Menschen gibt, die noch weniger haben, so sage ich: Ihre Schande ist es, dass es solche Menschen auf Wiener Boden gibt. Ihre Fürsorge ist und bleibt eine europäische Schande (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

St. R. Tandler bemerkt in seinem Schlusswort gegenüber den Einwendungen der Debatteredner, dass die Gemeinde in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu wenig leiste, dass die Gemeinde ja ausseratande sei, den Krankheitsprozess der Arbeitslosigkeit von sich aus zu kurieren - Es bleibt ihr nichts übrig, als zu versuchen, das eine oder andere Symptom zu bekämpfen. Gewiss wäre es auch uns recht, wenn wir die für Unterstützungszwecke zur Verfügung stehenden Summen erhöhen könnten, leider fehlen uns die Mittel hiezu.

Es wurde gesagt, ich hätte diejenigen, die mit der Verwaltung der Stadt nicht zufrieden sind, als Querulanten bezeichnet. Ich habe den Ausdruck "Querulanten" überhaupt nicht gebraucht. Allerdings habe ich davon gesprochen, dass sich unsere Fürsorgearbeit leider zu einem Teil darauf erstrecken muss, Leute von der Fürsorge fernzuhalten, die vorgeben, im Elend zu sein, es aber nicht sind. Ich meinte Fälle wie den einen, dass eine Familie, die ein Gesamteinkommen von 1000 S im Monat bezieht, sich nicht schämt, um eine Unterstützung einzukommen und gegen den abweisenden Bescheid noch zu rekurrieren. Es wurde uns zum Vorwurf gemacht, dass es uns an Ideen in der Fürsorge fehle. Es ist gar nicht so schwer, Ideen in der Fürsorge zu haben. Nur braucht es zu ihrer Durchsetzung ausserordentlich viel Zeit und Geduld. Wir haben uns z. B. ausserordentlich bemüht, junge Leute aufs Land zu bringen. Es ist ein ungeheuer schweres Problem, den Menschen zu transplantieren und es braucht dazu ausserordentlich langer Zeit. Aber tatsächlich ist es uns schon vor Jahren gelungen Gruppen von jungen Leuten auf Latifundien im Marchfeld unterzubringen und zu erreichen, dass diesen jungen Leuten nicht das Maximum an Arbeit zugemutet wird. Ein dort eingeführtes Erämien system hat auch sehr guten Erfolg gehabt. Wir haben auch in einer weiteren vom GR. Dr. Riehl angeregten Frage uns sehr bemüht. Wir versuchen Kinder von Eltern, die die Versorgung ihrer Kinder nicht bestreiten können, zu solchen Leuten zu bringen, die Kinder gerne als ihre eigenen annehmen. Aber auch da sind die Schwierigkeiten ausserordentlich gross. Wieviele Mütter gibt es, die ihre Kinder nicht hergeben wollen, was ja sehr verständlich ist. Und wie schwer ist eine Einigung zwischen den Kindeseltern und den künftigen Pflegeeltern. GR. Zörnlein meinte, wir sollten auf die Lehrlingsheime und auf die Berufsberatung verzichten. Wir befürsorgen die Menschen bis zum 14. Lebensjahr mit einem sehr grossen Geldaufwand und sollen sie gerade in der Zeit, die im menschlichen Leben besonders glücklich ist, im Stiche lassen. Dass die Armenlotterie aufgegeben werde, ist auch mein Wunsch, ebenso wie ich darauf gedrungen habe, dass die Armensammeltage eingestellt werden. GR. Weikert hat Auskunft über jenen Fonds des Bürgermeisters verlangt, der für die Dotation ausserordentlicher Fälle bestimmt ist. Es handelt sich hier um verschämte Arme, die den normalen Weg der Fürsorge zu gehen sich scheuen. Es sind das verarmte Menschen, die uns von den Künstlergenossenschaften, von den Architektenvereinigungen geschickt werden und auch Arbeiter, die ihre Not nicht öffentlich eingestehen wollen. Dass dieser Fonds abgeschafft wird, kann wohl niemand wünschen.

St. R. Tandler gibt sodann Aufklärung in der Frage des Wasser für die Simmeringer Gärtner und gibt bekannt, dass hier eine Reihe von Kommissionierungen stattgefunden habe, dass er sich auch persönlich in der Sache informiert habe und sagt zu, dass mit Eintritt besseren Wetters einige Auslaufbrunnen werden errichtet werden. St. R. Tandler kommt sodann auf den von GR. Dr. Riehl erwähnten Fall eines Strassenbahnners mit 5 Kindern zurück, hinsichtlich dessen die Fürsorge nicht rasch genug eingegriffen hätte. Der Mann ist am 13. Dezember entlassen worden, hatte aber am 1. Dezember bis zum 16. ordnungsmässig

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

seine Bezüge erhalten. Die Frau fand sich im Jugendamt ein, wo ihre Sache sofort aufgenommen wurde. Sie erhielt an demselben Tage für 3 Kinder Speise-
marken für ein Mittagessen auf 3 Wochen. Im Fürsorgeamt wurden ihr weitere
6 S als Aushilfe gegeben und ein Protokoll wegen Erhaltungsbeiträge für die
Kinder mit ihr aufgenommen. Ein Grund zur Beschwerde liegt also hier nicht
vor. Es stehen uns zwei Angestellte, die mit Motorrädern versehen sind, zur
Verfügung. Diese Angestellten sind mit nichts anderem beschäftigt als damit,
wenn eine Nachricht über einen plötzlichen Elendsfall einläuft, sofort
die Recherchen vorzunehmen. Es ist auch unter den Armen Wiens bekannt,
dass, wenn man sich rechtzeitig an die richtige Stelle wendet, die Hilfe so
rasch wie möglich geleistet wird. Was die Säuglingswäsche betrifft, so sind
im Laufe des Jahres lediglich in 134 Fällen von Sanatoriumsentbindungen
die Pakete ausgefolgt worden, darunter waren 70 Krankenversicherte,
die anderen 60 hauptsächlich Gewerbetreibende, Aerzte und andere. Die Rekre-
minationen bezüglich der offenen Fürsorge beziehen sich ^{einmal} darauf,
dass wurden Fürsorgeräten zu viel, das anderemal darauf, dass wir ihnen zu
wenig Rechte geben. G. R. in Dr. Motzko hat hier den Fall des Fürsorgerates
Mitteregger zur Sprache gebracht, der angeblich auf sozialdemokratischem
Stimmzettel seine Visitenkarte bei den Fürsorgeparteien abgegeben habe. Mitter-
egger hat schon in der Sektionsversammlung den christlichsozialen Fürsorger-
rat, der diesen Vorwurf erhob, erklärt, dass die Stimmzettel von ihm nicht
herrühren und dass auch die Schriftzüge auf diesem Stimmzettel von ihm
nicht stammen. Er forderte in einer Sitzung im Dezember den christlichsozia-
len Fürsorgerat auf, die Stimmzettel sämtlichen Fürsorgeräten zu zeigen,
worauf dieser aber erklärte, die Stimmzettel nicht mehr in seinem Besitz zu
haben (Hört Hört bei den Söz.) St. R. Tandler kommt sodann auf die Vorwürfe
der G. R. in Dr. Motzko wegen angeblich unkorrekter Vorfälle anlässlich der
Wahl im Liesinger Versorgungsheim und auf einen damit im Zusammenhang stehen-
den Prozess zu sprechen. Die Angelegenheit wurde untersucht. Einige Frauen
legten Aussagen ab, wegen dieser Aussagen ist es zu Streitigkeiten zwischen
den Pfleglingen gekommen und um den Frieden in der Anstalt herzustellen,
wurden einige dieser Pfleglinge, wohl gemerkt erst nachdem sie die Aussage
abgelegt hatten, aus der Anstalt weggebracht. Das Strafverfahren, das im
Gang war, wurde eingestellt, sodass man also gewiss nicht von irgendwelchen
Machinationen des Fürsorgeamtes sprechen kann. G. R. in Dr. Motzko hat auch davon
gesprochen, dass in den Anstalten angeblich gehungert werde. Mir haben die
Pfleglinge ein Schreiben geschickt, indem sie das entschieden bestreiten
ich lege dieses Schreiben aber absichtlich nicht vor, weil mir sonst gesagt
würde, dass ich es bestellt hätte. Es liegt aber auch ein Bericht des Primar-
arztes und des Verwalters der Anstalt vor, in dem die Sachlage
richtig dargestellt wird. Frau G. R. in Dr. Motzko kann in diesen Bericht Einblick
nehmen. G. R. in Dr. Motzko behauptete ferner, dass in einer Anstalt für 900 Per-
sonen 3 Badewannen zur Verfügung stehen. In Wahrheit
gibt es in der Anstalt 38 Wannen, in jedem Stockwerk 2 Badezimmer mit je 3
Wannen. (Hört Hört bei der Mehrheit). Es ist selbstverständlich, dass die An-
staltsleitung die alten Frauen nur unter Beobachtung durch eine Pflegerin
baden lässt. Das ist die Verletzung des Schamgefühls, von der G. R. in Dr. Motzko
gesprochen hat. St. R. Tandler erklärt schließlich, er habe für sein Referat
nie in Anspruch genommen, dass es frei von allen Fehlern sei,
wohl aber könne er in Anspruch nehmen, dass man daran nicht nur die Fehler
feststelle, sondern ihm zubillige, dass er sein Referat nach bestem Wissen
und Gewissen führe. (Lohn. Beifall b. d. Mehrheit).

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe wird hierauf ange-
nommen, die in der Debatte gestellten Anträge werden abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Die Spezialdebatte über das Kapitel Wohnungswesen leitet amtsführender STR. Weber mit folgendem Bericht ein:

Das Budget der Verwaltungsgruppe für das Wohnungswesen blieb natürlich von dem gewaltigen Einnahmerückgang der Gemeinde nicht unberührt. Für das Jahr 1933 sind die Bruttoausgaben, die im laufenden Jahre noch 59.7 Millionen Schilling betragen, mit 55,146.000 Schilling präliminiert. Seit dem Beginne der grossen Bautätigkeit der Gemeinde im Jahre 1923 wurden im Jahresdurchschnitt für den Wohnhausbau 76 Mill. Schilling verausgabt, nicht gerechnet die Kosten der Baugründe. Im laufenden Jahre sind für diesen Zweck im Budget noch 47.8 Millionen Schilling enthalten und für das Jahr 1933 konnten die Ausgaben für den reinen Wohnhausbau nur mehr mit 40.6 Millionen Schilling präliminiert werden; der Ausgabenrückgang für den Wohnhausbau gemessen am Durchschnitt der Ausgaben der letzten 10 Jahre beträgt also die gewaltige Summe von 35.4 Millionen Schilling.

Ich habe schon im Vorjahre die Debatte mit der Bemerkung eingeleitet, dass eine Einschränkung der Bautätigkeit doppelt schmerzlich sei, doppelt nicht nur wegen der drückenden Wohnungsnot, sondern vor allem wegen der immer mehr unsichgreifenden Arbeitslosigkeit. Diese Worte haben heute erhöhte Geltung und ich kann nur hinzufügen, dass sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte wesentlich verschlechtert haben und dass die Wohnungsnot trotz dem starken Zuwachs an Wohnungen noch immer sehr gross ist. Die private Bautätigkeit ist sehr gering. Es wurden von Privaten in den zehn Monaten des laufenden Jahres durch Neubauten nur 456, durch Zubauten 62 und durch Umbauten 301 Wohnungen, zusammen 819 Wohnungen errichtet.

So sehr wir auch bedauern, dass im nächsten Jahre für den Wohnhausbau nur der Ertrag der Wohnbausteuer zur Verfügung steht und daher statt wie bisher jährlich 6.000 Wohnungen nunmehr nur etwa 4.000 Wohnungen gebaut werden können, können wir doch befriedigt sein, dass es der Gemeinde Wien möglich ist, trotz der alles erstickenden Wirtschaftskrise die Bautätigkeit wenigstens in diesem noch immer grossen Umfange fortzuführen. Die Gemeinde Wien ist auf dem Baumarkte der einzige grosse Auftraggeber. Im laufenden Jahre wurden auf 38 Baustellen 5.617 Wohnungen fertiggestellt; im Bau werden sich auf 29 Baustellen am 31. Dezember dieses Jahres noch 4.902 Wohnungen befinden, die voraussichtlich bis Ende 1933 der Benützung übergeben werden.

Ich habe schon bemerkt, dass mit dem Ertrage der Wohnbausteuer etwa 4.000 Wohnungen gebaut werden können. Eine Wohnung wird daher im Durchschnitt nur 10.000 Schilling kosten dürfen. Dieses Ziel ist bei sparsamster Bauweise und Weglassung alles Entberhlichen erreichbar und nur erzielbar, wenn die Einbauten auf das allernotwendigste Ausmass reduziert werden. Es wurden schon im laufenden Jahre einige Bauten nach diesen Gesichtspunkten errichtet. Sie entsprechen allen Anforderungen, die gerechterweise an eine Kleinwohnung gestellt werden können.

Die Abrechnung der fertigen Bauten nimmt einen befriedigenden Fortgang. Von insgesamt 318 Bauten sind bereits 290, also 91 Prozent vollkommen abgerechnet.

Die Inanspruchnahme des Wohnungsamtes ist nach wie vor überaus stark, stärker als meines Erachtens im Wohnungsmangel begründet ist. Das ist aber leicht erklärlich; es strebt eben jeder Wohnungssuchende vor allem ein gesunde, billige Gemeindewohnung an.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Für die Nachfrage am Wohnungsmarkte sind vor allem die Wohnungskündigungen und die Eheschliessungen massgebend. Bei den Wiener Bezirksgerichten erfolgten vom Jänner bis Oktober l. J. pro Monat durchschnittlich 1600 Kündigungen. Zwei Drittel der Kündigungen entfallen auf Hauptmieter und ein Drittel auf Untermieter.

Die Zahl der Eheschliessungen ist gegenüber dem Vorjahre um rund 1000 zurückgeblieben. Es wurden vom Jänner bis Oktober l. J. 12.651 Haushalte gegründet, das sind im Monatsdurchschnitt 1.260 Eheschliessungen.

Aus diesen zwei Ursachen allein treten monatlich rund 2.800 Bewerber auf dem Wiener Wohnungsmarkte auf. Gewiss strebt nicht jede dieser Parteien eine eigene Wohnung an, wie es auch gewiss ist, dass sich ein Teil auf dem privaten Wohnungsmarkte, auf dem jährlich 3.500 bis 4.000 Wohnungen durch Tod oder Wegzug frei werden, ein Obdach beschafft. Aber der grössere Teil bemüht sich doch beim Wohnungsamte um eine Wohnung. Auf dem Wiener Wohnungsmarkte treten ausser diesen Bewerbern noch die aus der Umgebung Wiens und aus den Ländern Zuwandernden als Wohnungssuchende auf. Die Zahl der nach Wien Zuwandernden ist leider nicht feststellbar, sie beträgt aber jährlich zweifellos einige Tausende. Ausser den Wohnungslosen bemühen sich zehntausende Mieter ihr gewiss oft unzulängliches und teures Quartier gegen eine gesunde und billige Gemeindewohnung einzutauschen.

So ist die gewaltige Inanspruchnahme des Wohnungsamtes begreiflich. Im Jahre 1931 wurden beim Wohnungsamt 89.260 Eingaben eingereicht; davon entfielen auf mein Büro allein 34.000 Schriftstücke. Im laufenden Jahre wird nach den bisherigen Ergebnissen die Zahl der Eingaben nicht geringer sein. Entsprechend der Zahl der Bewerber ist natürlich auch der Parteienverkehr im Wohnungsamte enorm. Das Amt wird täglich von 800 bis 1.000 Parteien aufgesucht. Bei dieser riesenhaften Inanspruchnahme des Wohnungsamtes ist es keineswegs leicht, allen berechtigten Anforderungen Rechnung zu tragen. Vom Jänner bis Oktober d. J. wurden 6.128 Wohnungen zugeteilt und damit 21.438 Personen mit ihren Wohnungsansprüchen befriedigt. Davon wurden 3.793 in Neubauten untergebracht, 838 in städtischen Althäusern und 1.497 in Privathäusern. Beim Wohnungsamte sind gegenwärtig noch 9.255 Wohnungssuchende vorgemerkt. Ausserdem erliegen 115.000 Tauschgesuche von Parteien, die eine Gemeindewohnung an Stelle der alten Wohnung anstreben.

Ich kann auch in diesem Jahre nur meinem Bedauern Ausdruck verleihen, dass die Gemeinde auf die Vergebung der in den Privathäusern freiwerdenden Wohnungen keinen Einfluss hat, und ich erhebe auch heute von dieser Stelle aus die Forderung an die Gesetzgebung, ein brauchbares Gesetz über den Wohnungsnachweis zu beschliessen. Es ist unverantwortlich, dass in einer Zeit schwerer Wohnungsnot Wohnungen leer stehen. Ich habe aus einer Tageszeitung vom 16. Oktober l. J. die darin offerierten Wohnungen zusammengestellt; danach waren an diesem Tage in dieser einen Zeitung 517 frei unmöblierte und 61 möblierte, zusammen 578 Hauptmiet-Wohnungen, vom Kabinett bis zur Sechszimmerwohnung, offeriert. Darunter befanden sich 135 Küche-Zimmer-Wohnungen, 82 Zimmer-Kabinett-Küche-Wohnungen, 105 Zweizimmer-Wohnungen, 86 Zweizimmer-Kabinett-Wohnungen und 61 Dreizimmer-Küche-Wohnungen, 29 Vierzimmer-Wohnungen und 38 Wohnungen von 4 Zimmer-Kabinett bis 6 Zimmer. Die Leerstellungen erstrecken sich auf alle

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Bezirke Wiens. Die geforderten Ablösen schwanken zwischen 500 bis 7.000 Schilling. Für eine Küche-Zimmer-Wohnung werden 500 bis 3.000 Schilling begehrt, für eine Zweizimmer-Wohnung 1.000 bis 3.500 S. Die begehrtsten Monatszinse schwanken bei der Küche-Zimmer-Wohnung von 10 bis 140 Schilling, bei den Zweizimmer-Wohnungen von 42 bis 160 Schilling.

Die Forderung nach Schaffung eines Wohnungsnachweisgesetzes darf nicht voratunnen. Es muss erreicht werden, dass jeder Vermieter den Mietgegenstand bei Wohnungsnachweis anzuzeigen hat und dass die Mieter, statt durch kostspielige Insertion und Vermittlungsgebühren und durch ebenso kostspieliges und zeitraubendes Suchen in allen Gassen, im Wohnungsnachweis in das Verzeichnis der freien Mietobjekte Einblick nehmen können. Natürlich muss den Gemeinden im Falle der Nichtvermietung einer Wohnung ein rasch wirksames Einweisungsrecht gegeben werden.

Der Aufgabenkreis der städtischen Wohnhäuserverwaltung ist auch in diesem Jahre gestiegen. Die Zahl der Mietobjekte beträgt 64.877. Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, dass trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Mietzinsrückstand verhältnismässig gering ist. Er betrug am 31. Oktober l.J. bei einer Mietzinsvorschreibung von 9.8 Millionen Schilling bloss 231.400 Schilling. Das gute Einvernehmen zwischen den Wohnparteien und der städt. Wohnhäuserverwaltung geht daraus hervor, dass im laufenden Jahre nur 172 Kündigungen notwendig waren; davon erfolgten nur 82 Kündigungen wegen Nichtzahlung des Mietzinses. Räumungsklagen waren insgesamt nur 13 notwendig.

Für die Gebäudeerhaltung sind im Voranschlag 2.5 Millionen Schilling vorgesehen und als Reserve für grössere Instandhaltungen sind 4 Millionen Schilling präliminiert. Die gesamte Reserve für grössere Instandsetzungsarbeiten wird voraussichtlich Ende 1933 16.7 Millionen Schilling betragen.

Die Zahl der zentralen Waschküchen und Bäder hat sich um je einen Betrieb vermehrt. Derzeit stehen 33 Zentralwaschküchen mit 825 Waschständen und 276 Waschmaschinen in Betrieb. Die Bäder verfügen über 342 Wannen und 446 Brausen.

Im Voranschlag ist auch ein Betrag von 900.000 Schilling für Zuschüsse zu den Mietzinsen bei Instandhaltungsarbeiten, wenn dadurch die Mietzinse 40 Groschen für eine Friedenskrone übersteigen, enthalten. Der vom Gemeinderat eingesetzte Beirat hat bisher 72 Sitzungen abgehalten und für 4.915 Häuser an 43.128 Parteien monatlich 235.990 Schilling bewilligt. Bis zum 1. Dezember wurden 2.298.575 Schilling bewilligt.

Für die Kleingartenförderung enthält der Voranschlag 21.000 Schilling mit den Personalkosten und sachlichen Ausgaben werden die Kosten des Kleingartenwesens 65.000 Schilling betragen.

Auf die in diesem Budget zum Ausdruck gebrachte Leistung der Gemeinde Wien können wir trotz der Kürzung der Ausgaben für den Wohnhausbau mit Berechtigung stolz sein. Dieser Zweig der Sozialpolitik der Gemeinde hat bisher nicht nur hunderttausenden Bewohnern dieser Stadt Leben und Gesundheit bewahrt und verbessert; er hat auch dem Wirtschaftsleben mächtige Impulse gegeben und durch die schönen und oft mächtigen Bauten den vielfach öden Vorstädten Wiens städtebaulich ein prächtiges Antlitz verliehen.

Das Budget des kommenden Jahres sieht trotz aller Schwierigkeiten die kraftvolle Fortsetzung dieses Zweiges kommunaler Sozialpolitik und produktiver Arbeitslosenfürsorge vor und ich bitte daher in die Beratungen einzugehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ KAVAR FRIEDRICH

Wien, am

GR. Biber (chr. soz.) hält die Verwaltungsgruppe IV für die einzige, bei der durch einen Wechsel im System, das die Majorität beobachtet, wesentliche Ersparnisse und daher auch Steuererleichterungen herbeigeführt werden könnten. Die ausserordentliche Notlage hat die Mehrheit gezwungen, die Ausgaben auf diesem Gebiete zu kürzen. Wenn gleich die 40 Millionen Schilling, die in diesem Voranschlag eingestellt sind, kaum ein Drittel dessen sind, was die Sozialdemokraten einst in einem Jahre aufgewendet haben, trifft auch diese Ausgabe die Wiener Bevölkerung sehr schwer. Auch die Christlichsozialen sind im Prinzip der Meinung, dass die Gemeinde aus der Vergebung öffentlicher Mittel für Wohnbauten besondere Rechte für die Art und Weise der Verwendung dieser Gebäude ableiten kann, aber beim System gehen unsere Wege weit auseinander. Muss denn die Gemeinde, wenn sie Wohnungsfürsorge betreibt, auch immer Hausherr sein? Die meisten Gemeinden, auch sozialdemokratisch verwaltete, lehnen es absolut ab, in einem grösseren als dem unbedingt notwendigen Ausmass Hausherrn zu sein. Dies ist besonders in Wien, wo die amtsführenden Stadtgewählte Mandatäre sind, eine besondere Gefahr. Sie haben mit diesem System der Volkswirtschaft einen Schaden zugefügt, den Sie nicht mehr gut machen können. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Beim Schutz der Rechte der Mieter gehen wir ein sehr langes Stück Weges mit den Sozialdemokraten zusammen und wir halten in der gegenwärtigen Lage auch eine Steigerung des Mietzinses für ausgeschlossen. Es gab aber eine Zeit, wo ^{sie} fühlbaren Einfluss möglich gewesen wäre. Die Preise für Kleider und Lebensmittel wurden der Entwertung des Geldes angeglichen, bei den Mietzinsen wurde die Entwicklung zwangsweise niedergehalten und durch die damit zusammenhängende Entwertung des Hausbesitzes ^{wird} weite Schichten der Bevölkerung geschädigt. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Durch eine Reihe von Abgabengesetzen wurde das Grundeigentum ausserordentlich belastet und dieses in allen Ländern stabile Vermögensgut schwer beunruhigt. Da es nie sicher ist, ob nicht wieder bald ein neues Abgabengesetz kommt, entschliesst sich kein Mensch zu bauen. Sie machen alles das nur, um sich ein Baumonopol zu sichern, durch das die Bevölkerung ausserordentlich geschädigt wird. (Lobh. Beifall b.d. Chr.) Ist es möglich, dass eine Gemeinde in Zeiten so fürchterlicher Not sich durch drückende Steuern aus dem Fleis und Blut der Bevölkerung in das Eigentum hineinbaut? Wir sind nicht überhaupt gegen das Bauen, aber Ihr System des Wohnhausbaues ist das brutalste (Lobh. Beifall b.d. Chr.) Dazu kommt noch, dass, wenn durch die Mietengesetzgebung der Zins auf einem Viertel bis einem Zehntel des Friedenswertes niedergehalten wird, nie festgestellt werden kann, ob ein Bedarf an Wohnungen besteht oder nicht. Obwohl wir noch gar nicht wissen, ob Wien das industrielle Zentrum und das Zentrum des Kreditverkehrs bleiben wird, das es war, wollen wir bauen wie früher. Man sollte viel eher abbauen. Stadtrat Weber, den wir als einen vernünftigen Verwalter kennen, sollte sich hier eines Besseren belehren lassen.

Das System Ihres Wohnhausbaues berechtigt zu den schwersten Bedenken und wir müssen immer wieder verlangen, dass Sie endlich einmal von diesem System abgehen. Sie bauen nicht, um die Wohnbedürfnisse der Wiener Bevölkerung zu befriedigen, sondern Sie stellen den gesamten Wohnhausbau in den Dienst Ihrer Parteipolitik. Die politische Kontrolle der Mieter in der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

8. Blatt

Wien, am

städtischen Neubauten geht bis ins Detail, jeder Weg der Mieter wird von Ihnen kontrolliert. Der Hauptfehler Ihres Systems aber ist, dass trotz dem Aufwand von bisher fast 800 Millionen Schilling die schreckliche Wohnungsnot in Wien bis heute nicht gehoben worden ist. Sie haben durch Ihr Steuersystem die Wiener Bevölkerung ausgebeutet und ein bedeutender Teil der heutigen wirtschaftlichen Notlage resultiert aus Ihrer Einstellung auch zum Wohnhausbau. Ihr System hat zur Ausbeutung der Untermieter geführt, hat auch dazu geführt, dass heute statt der früheren billigen Hypothekarzinsen Wucherzinsen gezahlt werden müssen.

Der Redner wendet sich dann der Frage der Architektur des modernen Wohnhausbaues zu und betont, dass die Gemeinde Wien den Architekten gegenüber ein vernünftiges System eingeführt habe, das überaus begrüßenswert ist. Die Gemeinde hat die bedeutendsten Architekten herangezogen, wirkliche Künstler unserer Zeit vorausgehen, und es sind auch ausserordentlich schöne Bauobjekte entstanden. Auch manche Hoflösungen sind das Beste, was bisher auf diesem Gebiete geschaffen worden ist. Ich möchte vor Allem vor einer ungerechten Kritik warnen, denn sie trifft ja die Künstler Wiens, die auf dem Gebiete des städt. Wohnhausbaues das Beste und Schönste geleistet haben.

Der Redner verlangt die Errichtung von Badenischen in den städt. Wohnhäusern, die Anbringung abgekappter Ecken, die der Sicherheit des Verkehrs dienen sollen, und warnt, in der Frage der Belichtung der Wohnräume zugespitzte Probleme aufzulösen. Der Redner bezeichnet es als einen Fortschritt, dass nunmehr dem wiederholten Ersuchen der christlichsozialer Fraktion entsprochen und bereits in vielen Neubauten statt der Balkone eine Reihe von Erkern geschaffen worden ist. GR. Biber ersucht dann den Referenten, beim städt. Wohnhausbau den Holzkonstruktionen mehr Augenmerk zuzuwenden, und so mit Rücksicht auf die ungeheure schwierige Lage des Holzmarktes den Holzkonsum zu steigern. Weiters verlangt der Redner, dass anlässlich des Jahresabschlusses die in Arbeit befindlichen Neubauten ihrer Werte nach aufgenommen werden und dass für die Vergebung von Arbeiten Normen aufgestellt werden, die die Führung von schwarzen Listen, die es angeblich geben soll, unmöglich machen. Hinsichtlich der Wohnungvergebung erklärt GR. Biber, dass auch hier der politische Einfluss der Sozialdemokratie bestehe; es müsse jedoch anerkannt werden, dass auf dem Gebiete der Wohnungvergebung in der letzten Zeit eine kleine Besserung eingetreten sei.

Der Redner schliesst mit dem Appell: Verlassen Sie den Weg, die bedeutenden Geldmittel die die Bevölkerung Ihnen zur Verfügung stellt in einer einseitigen politisch beeinflussten Weise zu verwenden. Hören Sie auch auf die Wirtschaft dieser Stadt und dann werden Sie bestimmt einen anderen Weg gehen zum Wohle der gesamten Bevölkerung! (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Ing. Höfler (nat. soz.) führt aus, dass der Voranschlag dieser Verworfungsgruppe den Beweis dafür erbringt, dass Wien eine sterbende Stadt ist. Die Kürzung des Gesamtbudgets beträgt 22 Prozent, die Kürzung im Wohnungswesen 34 Prozent. Im Jahre 1931 waren aus dem Ertrag der Wohnbausteuer 36 Millionen Schilling eingesetzt, für das kommende Jahr wurden 47 Millionen Schilling eingesetzt. Trotzdem werden weniger Wohnungen gebaut. Die einzelnen Zifferansätze zeigen das unsoziale Vorgehen der Mehrheit. Für die Post Uebersiedlungshilfe waren im Vorjahre 9400 Schilling eingesetzt, für das kommende Jahr sind es nur 1100 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

Diese Kürzung trifft am meisten die Stellenlosen, die die Kosten eines Umzuges nicht bezahlen können. ~~Im~~ Auf den Wahlplakaten sagen Sie, 60.000 Wohnungen wurden gebaut, 80.000 sollen es werden. In dem Budget kann man aber versteckt lesen, dass die Ziffer von 60000 noch garnicht erreicht ist. Die Beträge für die Gebäudeerhaltung sind gewaltig gestiegen, von 1,600.000 im Vorjahre auf 2,500.000 Schilling für das kommende Jahr. Da die meisten Bauten erst 5 und 6 Jahre alt sind, ist dies ein Beweis, dass sie technisch nicht einwandfrei ausgeführt worden sind. Im Karl Marx-Hof mussten Senkungen mit grossen Kosten behoben werden, im Reumann-Hof sind die Türen verzogen, weil das Material feucht war, der Back ist abgesprungen, die Fensterrahmen sind undicht, die Fussböden uneben, die Zimmer an den vier Ecken ungleich hoch. Sie sagen, das Wohnungsamt werde von Wohnungssuchenden überrannt, weil die Gemeindefwohnungen praktisch, gesund und billig sind. Das stimmt nur zum Teil. Sie haben sich ein Monopol auf dem Wohnungsmarkte geschaffen und zwingen dadurch die Bevölkerung, Gemeindefwohnungen anzustreben. Sie bauen die Häuser mit Steuergeldern ^{und} brauchen das Geld ^{nicht} zu verzinsen und zu amortisieren. Da kann man leicht billige Wohnungen herstellen. Uebrigens sind die Bauten nicht so billig, Sie bauen heute bedeutend sparsamer und die Wohnungen sind bedeutend kleiner geworden. Durch die Monopolisierung der Wohnbausteuer sind Sie zum grössten Hausherrn in Oesterreich geworden und Sie wünschen ^{nun} ein Anforderungsgesetz, um auch die Privatwohnungen erfassen zu können. Dagegen sprechen wir uns ganz entschieden aus, denn die Erinnerung an das frühere Anforderungsgesetz ist nicht gerade ermtigend. Protektion und Bestechung der Beamten war damals gang und gäbe, eine Wohnung bekam nur der, der der Gemeinde und dem betreffenden Beamten gepasst hat.

Die Wohnungsnot kann nicht durch die Gemeinde allein beseitigt werden, es muss auch der Bund eingreifen und ein Mietengesetz schaffen, das allen Anforderungen gerecht wird. Auch wir stehen auf dem Standpunkte, dass leerstehende Wohnungen restlos erfasst werden müssen. Die Aufnahme einer Anleihe von mehreren hundert Millionen Schilling halten wir für verfehlt, weil man neue Steuern einführen müsste, um die Anleihe zu verzinsen und zu tilgen. Vor allem ist eine Reform des Mietengesetzes notwendig mit Festsetzung eines Mietzinses, der nur ein gewisses Mass, etwa den 3000 fachen Friedenszins, erreichen dürfte. Für gesetzwidrige Zinserhöhungen, für die Forderung von Ablösen und für das Leerstehen von Wohnungen wären Kerkerstrafen vorzusehen. Weiter wäre eine Teilung von Grosswohnungen und eine Adaptierung von Fabrikträumlichkeiten zu Wohnungen erforderlich. Es wurde uns mitgeteilt, dass die Zahl der Tauschwerber über 110.000 beträgt. Wenn die von mir vorgeschlagenen Massnahmen durchgeführt werden, wird es zu einer gewaltig Anzahl von Uebersiedlungen kommen, was den verschiedensten Gewerben Arbeit bringen wird.

Wir sehen in der Nachkriegszeit die Tendenz nach ^{Abbau der Gross-}städte mit dem Ziel der Errichtung von Gartenstädten. ^{Das Streben} nach Grund und Boden, das Streben nach schönen Eigenheimen ist in allen Kreisen der Bevölkerung vorhanden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Die moderne Grosstadt drängt nach Aufschliessung. Aber mit dem heutigen System kommt man hier nicht weiter. Den gangbaren Weg weist hier Gottfried Weber, der in Form von zinsfreien Gutscheinen den Bau von Eigenheimen ermöglichen will. Durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht würde die Durchführung ungemein verbilligt werden. Auf diese Weise würden, Anfänge des Gartenstadtwesens möglich werden. Auf diese Art könnte man auch die Landflucht bekämpfen, es würden viel mehr Baumeister und Architekten beschäftigt werden als bei dem Bau grosser Wohnhäuser und es würde architektonisch auch vielgestaltiger gebaut werden können. Diese Bauweise ist bei dem heutigen System, wie gesagt, nicht möglich. Die Gemeinde baut aber kapitalistisch, diese Bauweise lehnen wir ab und bekämpfen wir. (Lebh. Beifall bei den Nat.)

GR. Swoboda (soz.) bemerkt, die beiden Parteien der Opposition versuchen, bei dieser Verwaltungsgruppe einander Konkurrenz zu machen. Bisher wurde immer behauptet, die Gemeinde habe nicht das Recht zu bauen, man solle den Privaten das Bauen überlassen. Nun, da die Gemeinde infolge der Wirtschaftsnot und infolge der letzten Abgabeteilung grosse Einbussen an ihren Einnahmen erlitten hat und infolgedessen nur weniger bauen kann, macht man der Gemeinde zum Vorwurf, sie baue zu wenig. Gleichzeitig weist man auf den Wohnungsüberfluss und auf die leerstehenden Wohnungen hin und versucht, für alle diese Uebelstände die Gemeinde verantwortlich zu machen. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass die Gemeinde durch den Bau von annähernd 60.000 Wohnungen in der Bekämpfung der Wohnungsnot Grosses geleistet hat (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Diese Leistung der Gemeinde wurde dadurch gestört, dass das Wohnungsanforderungsgesetz über das Jahr 1925 hinaus nicht mehr verlängert worden ist. GR. Kunschak rühmte damals, es sei unter der grössten politischen Schwierigkeiten gelungen, den Ablauf des Anforderungsgesetzes durchzusetzen. Damit übernimmt die chr. ^{isth. Sozialist.} Partei die Verantwortung für die Zustände, die infolge Ablaufes dieses Gesetzes eingetreten sind. Die Gemeinde sucht die Folgen des Ablaufes des Wohnungsanforderungsgesetzes durch die Einrichtung des Wohnungsnachweises zu mildern. Im Jahre 1926 wurden beim Wohnungsnachweis der Gemeinde etwa 14.800 Wohnungen angemeldet, sofort aber über 14.600 als vermietet abgemeldet. Diese Wohnungen sind zum grösseren Teil an zahlungskräftige Mieter verkauft worden. Die 227 Wohnungen, die für den Wohnungsnachweis übriggeblieben sind, waren unbewohnbare Wohnungen. Dadurch hat sich der Wohnungsnachweis der Gemeinde selbst erledigt. In den Jahren 1927 bis 1931 sind nicht weniger als 50.000 Wohnungen frei geworden, die nahezu alle sofort von den Hausherren verschachert wurden. 49.812 dieser Wohnungen wurden sofort als vermietet abgemeldet, für den Wohnungsnachweis übrig blieben in diesen ganzen Jahren nur 127 Wohnungen. Diesem Unfug müsste in der Form eines Einweisungsrechtes für leerstehende Wohnungen ein Ende gemacht werden (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Ein wirksames Einweisungsgesetz müsste enthalten einen Wohnungsnachweis, die Vormerkung der Wohnungssuchenden Parteien und das eigentliche Einweisungsrecht. Die Hausbesitzer müssten gezwungen werden, jede freiwerdende Wohnung dem Wohnungsnachweis anzuzeigen und innerhalb einer gewissen Zeit die freie Wohnung zu vermieten. Der Magistrat hätte die Vormerkung der Wohnungssuchenden Parteien durchführen und die Hausbesitzer dürfen in die freien Wohnungen nur solche Personen hineinnehmen, die mit einem amtlichen Einweisungsschein ausgestattet sind. Dadurch würden Ablösen unmöglich gemacht werden. Wenn ... der Hausbesitzer innerhalb der gewissen Zeit die Wohnung nicht vermietet,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

soll die Gemeinde das Recht haben, Personen, die einen amtlichen Einweisungsschein haben, in die Wohnung einzuweisen. Auch die Opposition müsste ein solches Einweisungsrecht begrüßen, da sie ja immer den Zustand beklagt, dass auf der einen Seite die Wohnungsnot noch immer nicht mit Erfolg bekämpft wurde, auf der anderen Seite aber leerstehende Wohnungen vorhanden sind. Ein solches Einweisungsgesetz könnte dahin erweitert werden, dass auch der Wohnungstausch, aus dem die Hausbesitzer heute ebenfalls reichlich Kapital schlagen, gesetzlich geregelt wird. Der Redner stellte daher folgenden Antrag: "Der Herr Bürgermeister wird ersucht, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, dass dem Nationalrat ehestens ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der eine wirksame Wohnungseinweisung ermöglichen soll. Wir wissen aber, dass es noch eine Zeit dauern wird, bis es zu einem solchen Gesetz kommt. In der Zwischenzeit hätte die Gemeinde aber die Möglichkeit, im Rahmen des Gemeinderechtes die Hausbesitzer zu zwingen, freiwerdende Wohnungen zu vermieten, indem auf die Nichtvermietung solcher Wohnungen eine Strafe in der Form einer sehr hohen Wohnbausteuer gesetzt wird (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Ich beantrage daher: "Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die Vermietung leerstehender Kleinwohnungen in den Häusern, die unter Mieterschutz fallen, nicht dadurch gefördert werden könnte, dass solche Wohnungen für die Zeit der Leerstehung mit einer vom Hausigentümer zu zahlenden Wohnbausteuer belegt werden, die 14 Prozent des Friedenszinses erreicht, und allenfalls einen Gesetzentwurf darüber vorzulegen.

Im engsten Zusammenhang mit dem Wohnungsreferat steht die Frage der Bodenwertabgabe. Die Bodenwertabgabe vom verbauten Grund ist im Jahre 1929 geschaffen worden, zu der Zeit, als die Mietzinse durch die Mietengesetznovelle bedeutend erhöht wurden. Damals musste die Regierung selbst zugeben, dass durch die Erhöhung der Mietzinse ein grosser Teil von Hausbesitzern eine ganz erkleckliche Bodenrente gewonnen werde. Die Bodenwertabgabe wurde damals nicht sehr hoch erstellt, ihr Motiv war aber die Wegsteuerung eines ungerechtfertigten Profits. Nun beschränkt sich aber der Kreis der Steuerzahler im wesentlichen auf die innere Stadt und auf die angrenzenden Teile einiger anderer Bezirke, die anderen Hausherren sind von der Abgabe ganz befreit. Unterdessen wurden die Mieter schon zweimal mit Mietzinsenerhöhungen belästigt. Die Hausherren, die sich durch diese zweimalige Zinsenerhöhung grosse Vorteile verschafft haben, wurden nicht getroffen. Da sollte nun eingegriffen werden. Die Opposition beklagt sich immer darüber, dass die Gemeinde in dem einen oder dem anderen Punkt zu wenig leistet. Die Erhöhung der Bodenwertabgabe würde es ermöglichen, der Gemeinde neue Mittel zuzuführen, ohne dass jemandem wehgetan würde. Durch diese Erhöhung würde auch einem gerechten Wunsch des überwiegenden Teiles der Bevölkerung Rechnung getragen. Durch eine solche Erhöhung könnte nicht nur der Kreis der Steuerzahler erweitert, sondern auch diejenigen, die heute schon diese Abgabe leisten, mehr belastet werden. Man könnte etwa bis zu einem Bodenwert von 100 Kronen vom Jahre 1914 heruntergehen. Die Steuer ist gewiss berechtigt, wenn man bedenkt, dass die Hausherren ^{nicht nur} durch die Zinsenerhöhungen erhöhte Profite herausgeschlagen haben, sondern dass auch an Abkosen im Jahr Millionen Schilling verdient werden, und dass sich die Hausbesitzer jede Zustimmung zu einer Veränderung in der Wohnung bezahlen lassen. Die Hausherren sind jene Schichte der Bevölkerung, die aus der Not der Zeit Verdienste herausgeschlagen haben, und es muss im Interesse der Wiener Bevölkerung vorgesorgt werden, dass diese Profite der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ich stelle daher

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

folgenden Antrag: Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die bestehende Bodenwertabgabe vom verbauten Grund erhöht und ob nicht ein weiterer Kreis von Hauseigentümern zur Entrichtung der Abgabe herangezogen werden könnte, da seit Schaffung des geltenden Gesetzes im Jahre 1929 die Hauserträge gestiegen sind (Lebh. Beifall b.d. Soz.)

GR. Ullreich (christl. soz.) meint, dass die Anträge des Mehrheitsredners ein Wettrennen mit den Nationalsozialisten bedeutet. Diese verlangen Kerkerstrafen für die Hausherren, die Sozialdemokraten fordern neue Steuern, was in der heutigen Zeit gewiss eine Sensation ist.

t. Die Mehrheit beschwert sich darüber, dass wir ihre Wohnpolitik kritisieren. Sie können doch von uns nicht eine Belobung erwarten. Sie haben sich eine Richtlinie, die Sozialisierung der Wohnungen, von Anfang an vorgezeichnet und davon sind Sie nicht um eine Haaresbreite abgewichen. Wir haben diese Sozialisierung immer bekämpft und werden sie auch weiterhin bekämpfen. Dass die Zahl der jährlich zu erbauenden Wohnungen noch mehr eingeschränkt werden soll, ist für die grosse Masse der Wohnungslosen eine Schreckensbotschaft. Wir haben gegen die Art der Wohnungszuweisung wiederholt Stellung genommen. Da Sie meinen Antrag, dass die Wohnungszuweisung durch eine Kommission des Gemeinderates erfolgen soll, abgelehnt haben, müssen wir verlangen, dass wenigstens gewisse Grundsätze für die Zuweisung von Wohnungen aufgestellt werden, und ich stelle daher den Antrag: In den städt. Wohnhausanlagen sind Wohnungen nur an solche Parteien zu vergeben, deren Einkommen 420 S pro Monat, bei Familien mit mehr als 3 Kindern 480 Schilling pro Monat nicht übersteigt. In allen Fällen von Wohnungszuteilungen sind kinderreiche Familien vorzuziehen.

Ohne öffentliche Hilfe kann heute niemand Wohnungen bauen, wenn er sie vermieten muss. Ihre ganze Wohnhauspolitik zielt darauf ab, jeden anderen vom Wohnhausbau auszuschalten oder ihm wenigstens jede Hilfe zu verweigern, selbst wenn es kein Privater ist. Ich habe im Vorjahre den Antrag gestellt, auf Grund der mit dem Bundeswohnbauförderungsgesetz gemachten Erfahrungen eine städt. Wohnbauförderung einzurichten. Man hätte alle Vorkehrungen treffen können, um ausschliesslich den Bau von Kleinwohnungen sicherzustellen. Wir hätten auf diese Weise mehr Wohnungen bekommen und es wäre eine Arbeitsgelegenheit geschaffen worden, was gewiss im Interesse der Stadt und deren Bevölkerung gewesen wäre. Sie haben den Antrag abgelehnt, weil Sie grundsätzlicher Gegner des privaten Wohnungsbaues sind und diese Gegnerschaft auch auf die Siedlungsgenossenschaften übertragen. Die Siedlungsgenossenschaften müssen nicht nur Grund für Strassen hergeben, Strassen bauen und erhalten, sondern sie müssen auch für diese Strassen die Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund zahlen. (Hört - Hört- Rufe bei den Christl. soz.)

Deshalb beantrage ich: Der Bürgermeister wird aufgefordert, eine Vorlage zu veranlassen, nach der das Gesetz über die Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund auf folgende Grundsätze abgestellt wird: Die im Besitze gemeinnütziger Bauvereinigungen befindlichen bzw. von ihnen gepachteten Grundflächen werden, wenn sie zur Errichtung von Siedlungsanlagen bestimmt sind, von der Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund befreit. Die gleiche Befreiung wird auch den bereits verbauten Siedlerstellen hinsichtlich der zu den Siedlungshäusern gehörigen Gartenflächen sowie für die in den Siedlungen befindlichen Strassen und Wege gewährt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

Die Haltung, die die städt. Finanzverwaltung dem ~~den~~ ~~genossen-~~ schaftlichen Siedlungsbau gegenüber einnimmt, ist eine feindselige. Bei der Bodenwertabgabe soll von den Steuerträgern noch mehr herausgeschindet werden als bisher; sehr zubezauern ist auch, dass mit dem Budget für das Jahr 1933 das Ende der Kleingartenförderung gekommen ist, da Sie für diesen Zweck bloß 21.000 Schilling veranschlagen. Der Redner spricht dann zur Frage des Wohnungsanforderungsgesetzes und bemerkt, dass an der Nichterneuerung des seinerzeit schon bestandenen Wohnungsanforderungsgesetzes die Sozialdemokraten durch ihre Haltung in der Wiener Gemeindeverwaltung schuld sind. Was Sie sich auf dem Gebiete der Wohnungsanforderung geleistet haben (GR. Swoboda (soz. dem.) In den Kommissionen sind auch Christlichsoziale gesessen!) das Gleiche leisten Sie sich auch noch heute bei der Wohnungszuweisung. Ist es doch kein Zufall, dass 95 Prozent der Mieter in den städt. Neubauten Sozialdemokraten sind. Solange Sie auf diesem Gebiet keine andere Haltung einnehmen, so lange können wir auch von Ihrer Einladung, an der Schaffung eines Wohnungsanforderungsgesetzes mitzuwirken, keinen Gebrauch machen. Bezüglich der Stadtrandsiedlung erklärt GR. Ullreich, dass im Voranschlag für 1933 dafür kein Kredit mehr vorgeschrieben ist. Das Opfer der Gemeinde für diese Art praktischer Fürsorge für die Arbeitslosen ist also nicht sehr gross. Durch den Einspruch der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten gegen das Arbeitsdienstgesetz konnte dieses Gesetz erst am 15. Oktober in Kraft treten. Bei der Stadtrandsiedlung war der Erfolg dieses späten Inkrafttretens der, dass die Siedler in Leopoldau mit dem Baubeginn bis 15. Oktober zuwarten mussten und auf diese Art heute von den 80 Häusern erst 50 Häuser aufgestellt sind. Alle diese Tatsachen machen es uns unmöglich, für Ihr Budget zustimmen. *(Zähl. Der bei Stadtrandsiedlung)*

GR. Griessler (nat.) bemerkt aus den Ausführungen des St. R. Weber ergebe sich, dass der Wahlzähler von 60.000 Wohnungen zunichte geworden ist. Es ist keine Kunst zu bauen, wenn man aus der Bevölkerung das Geld herauspresst. Der Redner beklagt sich über die parteimässige Vergebung von Wohnungen und führt eine Reihe von ^{dafür an} Beispielen, wie ungerecht bei den Wohnungsvergebungen vorgegangen werde. Ein Mann, der mit Frau und 4 Kindern im Oktober 1931 delogiert wurde und seit dem Jänner 1932 vorgemerkt ist, hat bis heute noch keine Wohnung. Ein anderer wohnt mit Frau und zwei Kindern im Kabinett der Wohnung seiner Eltern, die Eltern wohnen in Zimmer und Küche er wurde auf den privaten Wohnungsmarkt verwiesen. Ein Mann wohnt mit Frau und 2 Kindern in einem ebenerdigen feuchten und dunklen Kabinett. Er ist seit 1927 vorgemerkt und hat den Bescheid bekommen, der Fall sei nicht dringlich. Ein anderer, der mit Frau und 2 Kindern in einer 9 m² grossen Küche wohnt und seit 1927 vorgemerkt ist, hat bis heute noch keine Wohnung. In einem anderen Fall wurde einem Mann eine Gemeinwohnung zugewiesen und die freiwerdende Wohnung um 2000 S verkauft. Ein weiterer Fall: einem Juden wurde im Neubau Engerthstrasse eine Gemeinwohnung zugewiesen. Seine alte Wohnung bekam ein Arier, die Wohnung ist aber so versaut, dass sie nicht bezogen werden kann.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am

Ein Strassenbahner wohnt in Zimmer, Küche, die Küche ist fensterlos. Er hat aus erster Ehe drei Kinder die in der Aufsicht der Lungenfürsorge der Strassenbahner sind, die Mutter dieser Kinder ist an Tuberkulose gestorben. Aus zweiter Ehe hat er ein 4 Monate altes Kind. Da die Wohnung ungesund ist, hat er um einen Wohnungstausch angesucht. Er wurde am 9. Oktober 1929 in Evidenz genommen, am 4. Mai 1932 bekam er die Verständigung, dass der Wohnungstausch, weil zu viele vorgemerkt sind, nicht berücksichtigt werden kann. Interessant ist aber, dass die Karte am 15. April 1932, also vor den Wahlen, ausgestellt ist und erst am 3. Mai aufgegeben wurde.

Die Abweisungen werden immer mit dem Mangel an Wohnungen begründet. Andererseits ist aber die Gemeinde nicht bedacht, nach Möglichkeit viele Wohnungen zu bauen. Im Karl Marx-Hof wurde im Jahre 1930 Lokalitäten an einen österr. Verband für Wohnungsreform zu einem ermässigten Zinsfuss vermietet. 1931 suchte dieser Verein um eine Herabsetzung des Mietzinses an und wurde abgewiesen. Einem weiteren Gesuch um gänzliche Streichung des Mietzinses wurde stattgegeben. Die Begründung, war dass für die Lokalitäten kein Mieter zu finden ist. Wären statt ihrer Wohnungen gebaut worden, wären die Mieter sofort dagewesen. Im Gemeindehaus auf dem Engel-Platz im 20. Bezirk wurden Wohnungen errichtet, die infolge ihrer Grösse für arme Leute garnicht in Frage kommen; wahrscheinlich werden jüdische Kapitalisten sie beziehen.

Auch die Behauptung, dass bei Vergebung der Wohnungen nach einem Punktsystem vorgegangen wird, für das Invalidität, Kinderzahl, Zuständigkeit u.s.w. massgebend sind, ist unrichtig. Im Goethe-Hof im 2. Bezirk wohnen unter anderen Mietern 53 meist polnische Juden. Hier dürften die angeführten Voraussetzungen nicht massgebend gewesen sein. Es ist eine grosse Gemeinheit, dass die Sozialdemokraten die städt. Neubauten sozusagen als ihr Eigentum betrachten. Trotz der Tausenden von Wohnungslosen werden in den städt. Neubauten den Kinderfreunden, dem Schutzbund Lokale zugewiesen, ja es werden sogar Neubauten dort aufgeführt, wo sie der Schutzbund braucht. (Heiterkeit bei den Soz. dem.) Der Redner beantragt, dass bei Vergebung von Wohnungen in den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien durch das Wohnungsamt in erster Linie bodenständige Gemeindeangehörige, dann andere deutsche Volksgenossen nach dem Grade ihrer Bedürftigkeit berücksichtigt werden sollen. Bei sonst gleichem Grade der Bedürftigkeit haben Kriegsbeschädigte und Arbeitsinvaliden den Vorzug. die Zuweisung von Wohnungen an Leute, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, darf erst erfolgen, bis der letzte deutsche Arbeiter über eine menschenwürdige Wohnung verfügt. Alle Räumlichkeiten in Gemeindebauten, die nicht ausschliesslich Wohnungszwecken dienen, insbesondere solche Räume, die von Partiegliederungen und Organisationen der soz. dem. Partei für Vereinszwecke verwendet werden, sind unverzüglich für Wohnungszwecke frei zu machen und nach den oben bezeichneten Grundsätzen zu vergeben.

Schliesslich stellt er folgenden Antrag: 1. Die Bewachung von Gemeindehäusern durch Angehörige des Republikanischen Schutzbundes sowie die Unterbringung sogenannter Bereitschaften des Republikanischen Schutzbundes in Gemeindehäusern ist verboten; 2. die Benützung von Räumlichkeiten und Höfen in den Gemeindebauten für politische Veranstaltungen ist untersagt (Letzter Beifall b.d. Nat.)

Schluss der Sitzung 22 Uhr 15.

Bogenabfertigung 22 Uhr 22.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Erste Ausgabe.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

348

Wien, am 21. Dezember 1932.

In der letzten Dezemberwoche kein Parteienverkehr bei den Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter.

Die Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter, die auch als Einhebungsstellen für Steuern und Abgaben fungieren, bleiben wie alljährlich vom 24. bis einschliesslich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen, weil in dieser Zeit die Steuerkonten abgeschlossen werden. Für die Erledigung unabweislicher Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassenerlagscheinen zum Zwecke der Einzahlung von Steuern und Abgaben ist jedoch Vorsorge getroffen.

.....

Der Kampf gegen das Glatteis.

Aufbietung aller Mannschaften des Strassenpflegebetriebes für den Aufstreudienst.

Dienstag abends ist in Wien neuerlich starkes Glatteis eingetreten. Der städt. Strassenpflegebetrieb nahm ohne Verzug die Aufstreuarbeiten auf und alarmierte bereits am Dienstag um 9 Uhr abends einen Teil seiner Mannschaften, die sofort mit den Aufstreuarbeiten begannen. In der Inneren Stadt wurde die gesamte Nachtschicht der Mannschaft für den Aufstreudienst aufgeboten. Zwischen 2 Uhr und 3 Uhr früh wurde ein weiterer Teil der Mannschaften eingesetzt und heute um 5 Uhr früh standen bereits alle 1.000 Mann in Verwendung. Ausserdem wurden im Laufe der Nacht alle Betriebsbeamte und Aufsichtsorgane in den Dienst gestellt. Ferner wurden am Dienstag um 9 Uhr abends drei automonile Aufstreumaschinen eingesetzt, die während der ganzen Nacht die Fahrbahnen der wichtigsten Hauptverkehrsstrassen bestreuten, und als besondere Verstärkung heute um 3 Uhr früh weitere vierzehn eigene Lastkraftwagen. Ausserdem wurden nach und nach noch 80 Unternehmerfahrwerke herangezogen.

Das seit einer Woche fast täglich mehr oder weniger starke Glatteis erforderte für die Aufstreuarbeiten bis heute ungefähr 6.000 Kubikmeter Aufstreusand und Schlacke; die Kosten bis heute können schätzungsweise mit fast 100.000 Schilling angenommen werden.

.....

Parteienverkehr im Wohnungsamt.

Am kommenden Samstag findet im städtischen Wohnungsamt der Parteienverkehr statt von 10 Uhr bis 12 Uhr von 9 Uhr bis 11 Uhr statt

.....

Spende.

Die Niederösterreichische Molkerei hat dem Bezirksvorsteher von der Brigittenau für Arme dieses Bezirkes den Betrag von tausend Schilling zur Verfügung gestellt. Der Bürgermeister hat in der letzten Sitzung des Gemeinderates der Spenderin den Dank ausgesprochen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

349

II. Ausgabe

Wien, am 21. Dezember 1932.

Budgetberatung 1933.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Dezember 1932.

Vorsitzender Weigl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr. Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe IV des Voranschlages für 1933.

Vorsitzender Weigl teilt mit, dass als nächster Redner GR. Dr. Riehl vorgemerkt ist. Da Dr. Riehl im Saale nicht anwesend ist, verliert er das Wort.

St. R. Weber bemerkt in seinem Schlusswort, die Wohnungspolitik der Gemeinde sei sowohl was die Aufbringung der Geldmittel als auch deren Verwendung betrifft, durchaus kein Experiment mehr, wie das GR. Biber meinte. Unsere Methode hat sich glänzend bewährt und haben ein allen Fachleuten imponierendes gewaltiges Ergebnis gehabt. Wir haben an die 60.000 Wohnungen fertiggestellt, ohne uns zu verschulden, wir haben Wohnungen zu dem niedrigsten Mietzins erstellt, wir haben sie nicht teurer erbaut, als sie sonst erbaut ^{werden,} und es sind vollkommen einwandfreie Wohnungen. Dass sich der Besitz der Gemeinde in den letzten zehn Jahren vermehrt hat, ist durchaus kein Unglück und dass es leere Wohnungen insbesondere leere Grosswohnungen gibt, ist keine singuläre Erscheinung, eine Erscheinung, die nicht auf die Wohnungspolitik der Gemeinde oder auf den Mieterschutz zurückgeführt werden kann. Die Erscheinung ist ebenso z. B. in Berlin zu konstatieren, wo ganze Strassenzeilen leer sind. Die Frage ob die Gemeinde Hausherr sein müsse, kann gewiss verschieden beantwortet werden, aber jedenfalls hat die bisherige Art der Häuserverwaltung der Gemeinde keine Unannehmlichkeiten bereitet. Der Mieterschutz ist für uns nicht, wie GR. Biber meinte, eine wahlpolitische, sondern eine sozialpolitische Angelegenheit (Lebh. Beifall b. d. Soz.). Wir behüten durch unsere Wohnungspolitik und durch den Mieterschutz die Bevölkerung davor, dem Kapital gegenüber tributpflichtig zu werden. Wohl steht unsere Wohnungspolitik in der Welt noch einzig da, aber zu dieser Art der Wohnungspolitik wird es im Laufe der Zeit in allen Kulturländern und Kulturstätten kommen (Lebh. Beifall b. d. Soz. - Lachen und Zwischenrufe bei d. Opposition). Eine Bilanz über den Stand der Bauarbeiten ist intern aufgestellt worden, darüber und über das Bauprogramm für das nächste Jahr wird bei nächster Gelegenheit im Ausschuss berichtet werden. Normen für die Arbeitsvergebungen bestehen bereits. Schwarzlisten gibt es nicht. Selbstverständlich bevorzugen wir, was wir auch immer erklärt haben, nicht Unternehmungen, die mit ihren Arbeiten und Angestellten nicht den Frieden halten, der in allen übrigen Unternehmungen gehalten wird. Entscheidend für die Zuteilung der Arbeiten ist vor allem die fachliche und materielle Eignung des Unternehmens. Unter gleichen Verhältnissen werden jene Unternehmer beschäftigt, die bis nun am wenigsten beschäftigt waren. St. R. Weber befasst sich sodann im einzelnen mit den von den Debatteredner berührten Fragen. Was die Frage des Einfamilienhauses betrifft, so ^{befinden} von der Gemeindeverwaltung 10 Prozent aller neuerrichteten Wohnungen in Einfamilienhäusern, ein Prozentsatz der nirgends erreicht wurde. Der Forderung nach Teilung der Grosswohnungen verschliessen wir uns keinesfalls, jedoch ist eine solche Teilung nach unseren Erfahrungen entweder nicht möglich oder mit ausserordentlich hohen Kosten verbunden. GR. Griessler hat gemeint, dass man das Wohnungselend beseitigen könnte, wenn man die Juden in den Gemeindewohnungen kündigt. Ganz abgesehen davon, dass es nicht der Standpunkt eines Verwalters sein kann, die Menschen in Juden und Nichtjuden einzuteilen ... (Lebh. Zwischenrufe bei den Nat. - GR. Weikert: Das ist der Juden-knechtstandpunkt. - GR. Mühlberger: Für Sie sind die Juden alles!) Was hätten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Sie dem, wenn Sie das nicht hätten (Lebh. Heiterkeit und Beifall b.d. Soz.)
In unserer Verwaltung werden weder die einen bevorzugt, noch
die anderen benachteiligt. Bei uns sind alle Staatsbürger gleichberechtigt.
(Lebh. Beifall b.d. Soz.) Mit dem Antrag Griessler, dass bei den Wohnungsvergeben vor allem deutsche/ ^{bodenständige} Volks-
genossen berücksichtigt werden, werden offene Türen eingerannt. Denn nach dem Punktesystem wird auf diese Umstände
ohnedies Rücksicht genommen (Lebh. Zwischenrufe b.d. Nat.) St. R. Weber äusserst
sich sodann zu den Anträgen des GR. Swoboda und empfiehlt deren Annahme. Zu
dem Antrag betreffend die Erhöhung der Bodenwertabgabe vom verbauten Grund
weist er insbesondere darauf hin, dass, wie die Gemeinde Wien an den städtischen
Hausbesitz konstatieren könne, sich in der inneren Stadt und in den
vornehmen Wohnvierteln bereits eine sehr beträchtliche Rentenbildung
vollzieht. Es ist gewiss nicht ungerath, wenn man versucht, diese Rente
abzuschöpfen. St. R. Weber reflektiert schliesslich auf die Bemerkung des GR.
Biber, dass die chr. Partei eine andere Auffassung von der Demokratie habe
als die Sozialdemokraten. Er bemerkt, dass es der Minderheit selbstverständlich
unbenommen sei, Kritik und auch scharfe Kritik zu üben und dass die
Minderheit das Recht der Kontrolle habe, eine Kontrolle, die im Gemeinde-
haushalt ausserordentlich gross ist. Diese Rechte dürfen aber nicht zu demagogischen
Spaziergängen missbraucht werden. (Lebh. Beifall b.d. Soz.) Wir haben
immer sachlich begründete Anträge ernstlich geprüft und waren bestrebt,
auch Anträge der Minderheit im Rahmen des Möglichen zu verwirklichen. St.
R. Weber bittet schliesslich um Annahme des Voranschlags.

Vorsitzender Weigl leitet sodann die Abstimmung über den Voranschlag der Gruppe IV ein.

GR. Dr. Riehl (nat.) ersucht den Vorsitzenden, bei der Abstimmung über die Anträge Swoboda zunächst über jenen Antrag abzustimmen, der eine Wohnbausteuer für leerstehende Wohnungen vorsieht. Und dann wäre über den Antrag betreffend das Einweisungsrecht abzustimmen, da wann der erste Antrag angenommen wird, es nicht möglich wäre, auch noch den zweiten Antrag anzunehmen... Vorsitzender Weigl unterbricht den Redner, indem er ihn aufmerksam macht, dass er sich zur Abstimmung zum Worte gemeldet habe und daher mehrtorische Ausführungen nicht zulässig seien. Im übrigen erklärt er, dem Wunsch des GR. Dr. Riehl Rechnung tragen zu wollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Swoboda betreffend die Wohnbausteuer für leerstehende Wohnungen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, die übrigen Anträge Swoboda mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Ullreich betreffend eine Abänderung des Gesetzes über die Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund wird dem Magistrat zugewiesen, die übrigen in der Debatte gestellten Anträge werden abgelehnt. Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe IV wird angenommen.

Vor der Abstimmung hatte GR. Dr. Riehl beantragt gemäss § 20, Punkt 3 der Geschäftsordnung die Debatte über die Mitteilungen des St. R. Weber betreffend die Zinse in den städtischen Wohnhäusern zu eröffnen.

Vorsitzender Weigl machte darauf aufmerksam, dass es sich hier nicht um die den Punkt der Geschäftsordnung vorgesehenen Mitteilungen des Vorsitzenden oder vom amtsführenden Stadtrat handle, dass St. R. Weber vielmehr das Schlusswort nach einer bereits abgeschlossenen Debatte gehalten habe. Nach dem Schlusswort des Referenten sei eine Wiedereröffnung der Debatte nicht zulässig.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen leitet amtsführender Stadtrat Linder mit folgendem Bericht ein:

Das Budget der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen ist mit einem Bruttobetrag von 26,050.970 Schilling veranschlagt. Diesem Betrag stehen Einnahmen in der Höhe von 16,236.510 Schilling gegenüber, sodass die Nettoausgaben 9,814.460 Schilling betragen.

Die Aufgaben der Verwaltungsgruppe beinhalten ausser der Verwaltung der Märkte, Schlachthäuser und Lagerhäuser auch die Beschaffung der Baustoffe sowie die Agenden des Wirtschaftsamtes. Das Wirtschaftsamt hat an der Durchführung der angeordneten Sparmassnahmen tatkräftig mitgewirkt. Mit Rücksicht auf die Lage des Warenmarktes war mit weiteneren Preisrückgängen zu rechnen; jedenfalls waren Preissteigerungen nicht zu befürchten. Das Wirtschaftsamt hat daher von der Tätigung grösserer Schlüsse abgesehen oder ist nur in Schlüsse mit Baisseklausel eingegangen und hat fallweise den sich jeweils ergebenden Bedarf auf verhältnismässig kurze Zeitperioden eingedeckt. Das Wirtschaftsamt, das, wo nur irgend möglich, inländische Ware kauft, liess sich insbesondere den immer stärkeren Verbrauch inländischer Brennstoffe angelegen sein. So wurden für den heurigen Winter 25.000 Tonnen inländischer Kohle abgeschlossen und nur 16.000 Tonnen oberschlesischer Steinkohle, gegenüber einem Verbrauch von 18.000 Tonnen inländischer Kohle und 20.000 Tonnen oberschlesischer Steinkohle im vergangenen Winter.

Die Einschränkung der Bautätigkeit der Gemeinde Wien als der grössten Bauherrin im Bundesstaate hatte nicht nur auf Industrie und Gewerbe im Bundeslande Wien, sondern auch auf die anderen Bundesländer seine Rückwirkung; betrug doch der Anteil der Bundesländer an der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien im Jahre 1929 rund 14.7 Millionen oder 41 Prozent, im Jahre 1930 rund 14.5 Millionen oder 40 Prozent und im Jahre 1931 rund 13.1 Millionen oder 44 Prozent.

Eine nennenswerte Verteuerung des Warenpreises ist nur in einem Falle eingetreten, und zwar als Folge der Zollerhöhung auf gusseiserne Abfallrohre, die im Preise um 26 Prozent gestiegen sind.

Die im August 1932 eingeführte Krisensteuer brachte eine Erhöhung der Materialpreise um durchschnittlich etwa 2.6 Prozent mit sich.

Wenn auch die bedrängten wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde nicht gestatteten, wie in früheren Jahren umfangreiche Grundkäufe durchzuführen, so konnte die Gemeinde dennoch auch heuer durch ^{sechzehn} Grundkäufe ihren Grundbesitz um 68.522 Geviertmeter erhöhen. Veräusserungen von unbeweglichem Eigentum der Gemeinde wurden nur dann vorgenommen, wenn Rücksichten auf die Stadtregulierung oder die Förderung privater Bautätigkeit dies notwendig machte.

Sofern der umfangreiche städtische Grundbesitz nicht für eigene Zwecke der Gemeinde wie z.B. für Parkanlagen, Wohnhausbauten oder für Zwecke der städtischen Unternehmungen wie Strassenbahn, Friedhöfe, Strassensäuberung u.dgl. Verwendung findet, wird er so verwaltet, dass er den jeweiligen Verhältnissen entsprechend Nutzen bringt. Die Gründe werden in den äusseren Bezirken für landwirtschaftliche und gärtnerische Zwecke verpachtet, in den inneren Bezirken für gewerbliche Zwecke vermietet. Durch diese Art der Grundverwendung trägt die Gemeinde zweifellos beträchtlich zur Versorgung der Grosstadt Wien mit Gemüse aller Art, Milch und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten bei.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Aber auch den für eine Riesenstadt vom Umfange Wiens sich ergebenden wichtigen Aufgaben, die sich auf die Gesundheit und körperliche Ertüchtigung ihrer Bewohner beziehen, ist die städtische Grundverwaltung gerecht geworden, indem sie zahlreiche und ausgedehnte Liegenschaften für Sport- und Spielplätze, Kinderhorte, Bäder, öffentliche Parkanlagen, Kleingärten u. s. w. zur Verfügung stellte. Der Land- und Forstwirtschaft wurden 1392 Hektar, den Berufsgärtnern 202 Hektar und für Sportflächen 137 Hektar zur Verfügung gestellt.

Die Marktbeschickung auf dem Naschmarkt war infolge der guten Obst- und Gemüseernte eine sehr gute. Grosse Bedeutung kommt der Einführung der Krisensteuer zu, die sich beim Handel mit Gemüse, Obst und Agrumen als eine Verdopplung der Warenumsatzsteuer auswirkt.

Das Viehverkehrsgesetz hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1932 für die Beschickung des Zentralviehmarktes insoferne eine Aenderung gebracht, als am Schweinemarkt um 140.000 Stück Fleisch- und Fettschweine weniger aufgetrieben wurden. Die Auftriebe auf dem Rinder-, Jung- und Stechviehmarkt blieben fast unverändert. Die Preise für Rinder haben sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 1932 nur wenig verändert, hingegen haben die Preise für Fleisch-, Fett- und Weidenschweine bedeutende Erhöhungen erfahren. Das Viehverkehrsgesetz hat eine derartige Aenderung des Verhältnisses der Auftriebziffern für Rinder und Schweine des Inlandes zu den Auftriebziffern des Auslandes geschaffen, dass es notwendig sein wird, eine Gebührenreform in die Wege zu leiten. Die Zufuhren von Rindfleisch in die Grossmarkthalle sind um 10 Prozent, von Kalbfleisch um 30 Prozent und von Schweinefleisch um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Die Drosselungen sind am stärksten bei Kälbern aus Polen, dessen Einfuhr von 180.000 Stück auf 29.000 Stück gegen das Vorjahr, also um 84 Prozent zurückgegangen ist. Die Preise für Fleisch haben derzeit bereits eine solche Höhe erreicht, dass selbst im Falle ein weiteren Sinkens das Angebotes die Bevölkerung infolge der geschwächten Kaufkraft nicht mehr in der Lage sein wird, höhere Preise zu bezahlen. Die geringe Marktbeschickung hat auch eine Verminderung der Marktgebühren zur Folge und ist dadurch in den ersten neun Monaten des Jahres 1932 eine Mindereinnahme von 125.000 Schilling verzeichnen.

Vom Veterenäramt wurden in den städtischen Schlachthöfen bis 1. Oktober d. J. 389.848 Rinder, Kälber, Schweine und Pferde, auf privaten Schlachtstätten 260.554 Tiere untersucht. Bei diesen amtlichen Untersuchungen mussten 3975 Tiere als minderwertig oder bedingt tauglich der Freibank überwiesen werden, während 712 Tiere als zum menschlichen Genuss ungeeignet dem städtischen Wasenmeister übergeben werden mussten.

Die Lagerhäuser konnten ihren Geschäftsumfang erweitern, wengleich auch die mit den technischen Fortschritten des Verkehrswesens eingetretener Beschleunigung und Verbilligung des Gütertransportes die dauernde Versorgung mit Waren direkt vom Produktionsgebiet aus immermehr erleichtert und im gleichen Ausmass der Handelswelt die mit Zinsverlusten und Mehrkosten verbundene Anschaffung und Einlagerung von Vorräten erspart. Mit Rücksicht auf das dadurch stark reduzierte reine Lagergeschäft hat die Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien in letzter Zeit vorsorglicherweise die Betriebe Kainanlage, die Veredlungsanlage und das Kühlagerhaus zusammengezogen, anderseits sich aber nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten umgesehen. So wurden Einrichtungen geschaffen, die der in- und ausländischen Handelswelt einen Anreiz bieten sollen, den Transportweg über Wien zu wählen, wo sie ihre Waren, hauptsächlich landwirtschaftlich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

V. Blatt

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Prödukte, verbessern und verarbeiten und dadurch für den Inlandbedarf wie für den Transithandel marktfähiger und preiswerter machen können. Vor allem wurden die Einrichtungen für Entstaubung, Reinigung und Sortierung von Getreide und Mais in einer Weise ausgebaut, dass sie nach quantitativer und qualitativer Leistung von keinem ähnlichen Unternehmen des Kontinents erreicht werden dürften. Auch die Mehlsieb- und Mischanlage wurde durch Umbau verbessert.

Der Warenein- und Ausgang in den städtischen Lagerhäusern betrug vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1929 1,670.700 Zentner, vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1930 2,550.900 Zentner, vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1931 3,431.100 Zentner und vom 1. Jänner bis 31. Oktober d.J. 3,611.900 Zentner.

In der Hoffnung, dass die gegenwärtig überall herrschenden, den Gütertausch hemmenden Tendenzen doch wieder einen freieren Handelsverkehr weichen werden und dass an Stelle des zwischen den zwei grössten österreichischen Verkehrsunternehmungen, Bundesbahn und heimische Donauschiffahrt, bestehenden, den Wiener Umschlagplatz schwer schädigenden Konkurrenzkampfes ein friedliches Zusammenarbeiten zur Hebung des Verkehrs über Wien treten wird, wollen die Lagerhäuser der Stadt Wien weiter bemüht bleiben, durch Ausbau ihrer verkehrswerbenden Einrichtungen beizutragen, dass sich Wien zur Handels- und Verkehrszentrale Mitteleuropas emporarbeitet. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

GR. Huka (christ. soz.) weist darauf hin, dass im Voranschlag der städt. Lagerhäuser die Einnahmen aus den Gebühren für das kommende Jahr ^{mm} 537.000 Schilling höher eingesetzt sind. Da nicht anzunehmen ist, dass sich der Umsatz bei der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung um so viel erhöhen wird, kann diese Mehreinnahme nur auf eine allgemeine Erhöhung der Gebühren zurückzuführen sein. Auch für die Hauptbezüge des Personals ist, trotzdem der Personalstand eine rückläufige Bewegung genommen hat, um 253.000 Schilling mehr präliminiert. Das Lagerhaus hat für die Defizite der Vorjahre in einem Jahr 378.000 Schilling und für die Investionskredite 202.000 Schilling, zusammen 580.000 Schilling an Zinsen aufzubringen. Da kann man kaum von einer geregelten Betriebsführung sprechen. Es kann nicht wunder nehmen, dass dieser einst glänzende Betrieb so heruntergewirtschaftet wurde, da an Stelle eines bewährten Fachmannes ein Protektionskind ^{als Leiter} gestellt wurde. Auch bei den Märkten und Schlachthöfen sind die Einnahmen an Gebühren um 145.000 höher veranschlagt, obwohl der Auftrieb infolge des Viehverkehrsgesetzes und des gesunkenen Fleischkonsums gewiss nicht grösser sein. Die den veränderlichen Markt- und Schlachthausgebühren zu grunde zu legende Grundgebühr soll von 1.15 Schilling auf 1.60 Schilling erhöht werden. Im Jahre 1923 hat die Fleischversorgungsanstalt an Gebühren 2,350.000 Schilling abgeworfen, im Jahre 1933 sollen es schon 6,880.000 Schilling sein. Bei den Markt- und Brückenwagen haben die Gebühren im Jahre 1923 140.000 Schilling betragen, im Jahre 1931 1,064.000.-- Schilling. Insgesamt ^{wurden} die Gebühren von 2,500.000 Schilling im Jahre 1923 auf 7,999.000 Schilling im Jahre 1930 erhöht. Auch die Kühlraumgebühr soll um 100 Prozent erhöht werden. Wie verantwortungslos die Gemeinde Gelder der Allgemeinheit verausgabt, beweist der Umstand, dass man eine Anlage von Kühlschränken, die 300.000 Schilling oder noch mehr gekostet hat, in den Betrieb übernahm, trotzdem man zum Zeitpunkt der Übernahme schon gewusst hat, dass die Annahme vollständig verpfuscht ist. Merkwürdig ist auch die Kündigungspraxis der Gemeinde,

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Die Gemeinde hat sich das Recht vorbehalten, ohne Angabe eines Grundes zu kündigen, Ausserdem besteht die Praxis, dass Gewerbetreibende, die ein bestimmtes Quantum wöchentlich nicht verkaufen, innerhalb 14 Tagen gekündigt werden. Nach dem Umsatz bestimmen sich nämlich die Marktgebühren. Merkwürdig ist, dass solche Kündigungen noch nie einen Sozialdemokraten betroffen haben. (Hört, Hört, bei den Christl. soz.) Ein solches Vorgehen muss als ^{höchst} unsozial und unmoralisch bezeichnet werden. (Beifall bei den Christl. soz.)

Zu bemängeln ist auch die Bevorzugung des Wirtschaftskonzerns der Gemeinde. Der Redner stellt den Antrag: Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI wird beauftragt, die dem Wirtschaftskonzern der Gemeinde seinerzeit erteilte, unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr zu rechtfertigende Bewilligung, an Samstagen ausserhalb seiner ohnehin bestehenden 8 Verkaufsstände an einem besonders bevorzugten Platze detaillieren zu dürfen, sofort zu widerrufen und jede Bevorzugung des Konzerns gegenüber anderen Gewerbetreibenden in Zukunft zu unterlassen.

Auf Anraten politischer Scharlatane hat die Gemeinde in der Grossmarkthalle 125 Stände errichtet, die für Fleischhauerei- und Selchereibetriebe absolut ungeeignet sind. Obwohl der Bedarf für eine so grosse Zahl von Ständen nicht gegeben ist, wollte man offenbar Konjunktursozialisten befriedigen. Im ersten Stock wurde eine Gehilfengarderobe nebst einer Brauseanlage errichtet. Diese Garderobe ist aber nicht für alle Gehilfen der Grossmarkthalle zugänglich, einem Gehilfen hat man seine Kleider vor die Türe gelegt, weil er nicht dem Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter beigetreten ist. (Hört, Hört, Rufe bei den Chr. soz.) Redner stellt daher den Antrag: Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI wird beauftragt zu veranlassen, dass der Mietvertrag mit dem Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter und -Arbeiterinnen Oesterreichs, betreffend die Gehilfengarderobe in der Grossmarkthalle, ehestens gekündigt wird, damit der Zutritt zu dieser Garderobe allen in der Grossmarkthalle beschäftigten Gehilfen ausnahmslos ermöglicht wird. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Gratzenberger (nat.) bringt zunächst die Verhältnisse auf den Vieh- und Schlachthöfen zur Sprache und beklagt sich darüber, dass hier die Ausgabenpost wesentlich gekürzt wurde. Besonders zu bedauern ist es, dass an den Dienstkleidern in den Vieh- und Schlachthöfen gespart wurde obwohl gerade dort ein sehr grosser Verbrauch an Dienstkleidern stattfindet. Man hat in den Vieh- und Schlachthöfen Arbeitsgemeinschaften der Lohnschlächter gebildet, hinter die sich die Gemeindevverwaltung stellt, sodass diese Lohnschlächter ein förmliches Schlachtmonopol haben. Diese Leute verdienen 200 S und mehr in der Woche. Andererseits haben aber diese Arbeitsgemeinschaften zur Folge, dass die kleinen Fleischhauer bei diesen Arbeitsgemeinschaften schlachten lassen. So ist die Arbeitslosigkeit unter den Fleischhauser- und Selchergehilfen ganz ausserordentlich angewachsen. Es gibt heute schon mehr als 2000 arbeitslose Fleischhauer und Selchergehilfen. Diese Arbeitslosen werden in die Arbeitsgemeinschaften nicht hineingelassen. Es ist kein Wunder, dass unter den Arbeitslosen grosse Erbitterung herrscht, insbesondere wenn man bedenkt, wie sehr sich die einzelnen Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft bereichert haben. Der Obmann der Arbeitsgemeinschaft auf dem Rinderschlachtmarkt hat es zu einem Wirtschaftsbesitzer gebracht, er hat ein Haus in Erdberg und hat sich als echter Prolet eine Jagd gepachtet. Ein zweiter ist Hausbesitzer. Eine Reihe anderer Angehöriger der Arbeitsgemeinschaft sind Jagdmänner, während die Arbeitslosen verhungern. Der amtsführende Stadtrat sollte hier umsoher

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

zum Schutze seiner Beamten nach dem Rechten sehen, als angesichts der grossen Ueberschüsse dieser Arbeitsgemeinschaften das Gerücht umgeht, dass Magistratsbeamte bestochen werden. Der Redner stellt den Antrag: Um den Arbeitslosen Fleischhauern- und Selchergehilfen Arbeit zu geben, wird das Kontumazschlochthaus für neue Lohnschlächterpartien sofort freigemacht. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Zuständen im Lagerhaus und erinnert daran, dass St.R. ^{Linder} selbst Unregelmässigkeiten im Lagerhaus zugegeben habe. Der Herr Kasparek, um den es sich hier handelt, macht aber heute noch Dienst und terrorisiert die Menschen weiter. Wir verlangen darüber Aufklärung.

Der Redner beschäftigt sich sodann eingehend mit der Baustoffe A.G. Diese Gesellschaft hat es darauf abgesehen gehabt, durch unsaubere und unkorrekte Geschäftsgebarung das private Gewerbe zurgrunde-zurichten. Da hat man als ^{zuerst} Organisator einen jüdischen Friseurgehilfen namens David Haas, einen Mann aus Ostgalizien hingesetzt und dann einen zweiten Reorganisator, ebenfalls einen Juden namens Hirsch aus Tischnovice. Wie dort reorganisiert wurde, kann man aus dem Akt des Straflandesgerichtes ersehen, in dem festgestellt ist, dass diese Baustoffe A.G. verschiedene diffamierende Manipulationen an den Bundesbahnen begangen hat. All das ist sehr aufklärungsbedürftig. Die Gerichtsverhandlungen, die es da gegeben hat, ergeben ein ganz wunderbares Bild. Natürlich wird dieser Prozess wieder von zwei jüdischen Advokaten geführt. In einem amtlichen Schriftstück ist festgestellt, dass die Baustoffe A.G. im Jahre 1927 ^{zuerst} Sand unter den Gestehungskosten geliefert hat und dass sie dann nachträglich um eine durchschnittliche Aufzahlung von S 2'20 per Kubikmeter ersucht hat, welchem Ersuchen auch stattgegeben wurde. Natürlich haben auch die Privatfirmen die Nachzahlung verlangt und auch darüber läuft ein Prozess. Erst in der jüngsten Zeit wurde von einem Mann an den Bürgermeister eine Eingabe gerichtet, in der schwere Vorwürfe gegen verschiedene Gemeinderäte erhoben werden. Wenn der Mann Unrecht hat, sollte man ihn klagen. Da dies ^{zuerst} nicht geschieht ist es offenbar, dass es hier etwas zu verheimlichen gibt. Sie müssen endlich einmal damit Schluss machen, sich in einer solchen Art gegen das bodenständige Gewerbe zu vergehen. Unsere Anträge, dass bei den Arbeitsvergaben das Kleingewerbe berücksichtigt werde, haben nichts genützt. Vielleicht liegt der Grund hierfür darin, dass Sie Ihre Verwaltungsräte nicht um ihren Verdienst bringen wollen. Wenn man im Kompass nachsieht, findet man, dass eine Reihe ihrer Parteigenossen, die hier im Gemeinderat sitzen, Verwaltungsratsstellen und sonstige Geschäftsfunktionen haben, so der Herr Bermann, der Herr Broczyner bekleidet nicht weniger als 10 Ausschussmandate, Herr Vozebürgermeister Emmerling, Stadtrat Richter, GR. Grolig, GR. Jenschick und so weiter (Zwischenrufe b. d. Mehrheit. - GR. Bermann: Das sind doch lauter unbezahlte Stellen! Kennen Sie das Unvereinbarkeitsgesetz nicht? Wenn irgendein Gehalt bezogen wird, so muss er doch abgeliefert werden. - Zwischenrufe) Der Redner stellt den Antrag, der Bürgermeister sei aufzufordern zu veranlassen, dass bei Vergabung von Arbeiten und Aufträgen durch die Gemeinde nur Angehörige der bodenständigen deutschen Bevölkerung vornehmlich aber die durch die ungeheuren Steuern notleidend gewordenen Gewerbetreibenden und kleineren Betriebe berücksichtigt werden. Die Auswahl im Einzelfall erfolgt jeweils auf Grund einer Ausschreibung wobei es keinen Ausschliessungsgrund zu bilden hat, dass der Offersteller mit seinen Steuern und Abgaben im Rückstande ist oder nicht. Er stellt weiter

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

VIII. Blatt

den Antrag, dass die Lehrmittel an den Volks- und Hauptschulen ab 1. Jänner 1933 nur mehr jenen Kindern kostenlos ausgefolgt werden sollen, deren Eltern österreichische Bundesbürger sind und über ein monatliches Einkommen von höchstens 600 S verfügen. Er befasst sich sodann mit den Fortbildungsschulen und verweist darauf, dass die Gemeinde den Fortbildungsschulrat bis zum 31. Dezember 1931 nicht weniger als 2'6 Millionen schuldiggeblieben sei, sodass sich der Fortbildungsschulrat aus dem sogenannten Notvorrat 1'6 Millionen entleihen musste. In den Fortbildungsschulen macht sich vor allem der sozialdemokratische Einfluss geltend. Man will die jungen Leute weniger fachlich als zu guten Marxisten erziehen. Die Lehrer sind direkt unter ein Zwangsverfahren gestellt. Einer der besonders diese Methoden anwendet ist GR. Pap anek. Der Fortbildungsschulrat hat nicht weniger als 2 Oberdirektoren und 1 Amtsdirektor, während es im Frieden nur einen einzigen Direktor gegeben hat. Wie die Personalpolitik dort ist, ersieht man daraus, dass zum Beispiel dem Direktor Täubler nicht nur seine Schuljahre, sondern auch seine Dienstzeit als Redakteur der Arbeiterzeitung eingerechnet wurde. (Hört Hört bei den Nat.) Von den 17 Dienstärzten die es dort gibt, sind nicht weniger als 14 Juden. Auch der Chefarzt Stellvertreter ist ein Jude. Der Redner erklärt schliesslich, dass seine Partei auch den Voranschlag dieser Gruppe ablehne. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Dr. Hengl (christl. soz.) stellt fest, dass es auch dem gegenwärtigen amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI als Landeskulturreferenten nicht gelungen ist, für die Landeskultur einen nennenswerten Betrag im Voranschlag durchzusetzen. Obwohl Wien eine Grossstadt ist, zählt es doch über 2.200 landwirtschaftliche und Gärtnereibetriebe, um die sich die Gemeinde mehr kümmern sollte, als es bisher der Fall war. Durch die Unterstützung des Bauernbundes ist es seinerzeit gelungen, die Landwirtschaft von der Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund freizukommen, aber die Stellen des Magistrates bemühen sich, den klaren Text des Gesetzes und der Durchführungsverordnung zu sabotieren. Es ist Pflicht des Landeskulturreferenten, dafür zu sorgen, dass effektiv landwirtschaftlich benützte Grundstücke von der Bodenwertabgabe befreit werden. Bei dieser Abgabe ist auch sehr zu beklagen, dass das Verfahren vollständig stockt. besteht fast 3 Jahre und es gibt noch immer eine Unzahl von Gründen, bei denen die Bemessung nicht durchgeführt worden ist. Auch die Einschätzungen erfolgen ganz willkürlich. Wenn eine Partei die Einspruchsfrist auch nur um einen Tag versäumt, wird sie kontumaziert und muss den ganzen Betrag nachzahlen, ohne dass sie eine Rekursmöglichkeit hat. Auch die städt. Pächter, denen es zumeist nicht gut geht, müssen Nachzahlungen von vielen hunderten Schillingen leisten. Während sich die Mehrheit des Gemeinderates immer als patentierte Sportförderer hinstellt, hat sie auf der anderen Seite die Sportvereine durch die Bodenwertabgabe zu grunde gerichtet. Im November wurde in dem zuständigen Gemeinderatausschuss ein Antrag angenommen, dass die Bodenwertabgabe für jene Gründe, die die Gemeinde an Sportvereine verpachtet hat, von den Pächtern getragen . Es wäre zu wünschen, dass man auch jenen Sportvereinen in dieser Frage entgegenkommt, die ihre Sportplätze auf privaten Grundstücken haben. Auch aus den Kreisen der Schrebergärtner hört man schwere Beschwerden über die schikanöse Auslegung des Bodenwertabgabegesetzes.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

Der Redner ersucht den amtsführenden Stadtrat, den alten Wunsch der Landwirtschaft nach Pauschalierung der Fürsorgeabgabe endlich zu erfüllen und die Gärtner über die sie sehr beunruhigenden Gerüchte von einer Verlegung des Volkswehrmarktes zu beruhigen. (Beifall bei den Chr. soz.)

GR. Mühlberger (nat. soz.) wünscht Auskunft darüber, warum der Beitrag für die Benützung von Schulräumen durch Parteien und Vereine für das kommende Jahr gegenüber dem Vorjahre eine Verminderung von 35.000 Schilling und gegenüber 1931 sogar eine Verminderung von 58.000 Schilling aufweist. Er beschwert sich darüber, dass einer grossen Reihe völkischer Turnvereine die Turnzeiten in den Turnsälen gekürzt oder gar entzogen wurden. Czechen, Juden und derartiges Gesindel wird von der Gemeinderatsmehrheit bevorzugt, die deutsche bodenständige Jugend kann vor die Hunde gehen. Der Redner stellt den Antrag, dass den deutschen Turnvereinen Dornbach - Neuwaldegg, Rudolfsheim, Strebersdorf, Gersthoferturnverein, Männerturnverein Hernals, Deutsche Turngemeinde Wien die entzogenen Turnzeiten wieder zugestanden werden sollen. Das dem Deutschen Turnverein Mariahilf zugefügte Unrecht soll sofort wieder gutgemacht werden. Dem Gau Wien des Deutschen Turnerbundes soll die Benützung des Jörgerbades zu den gleichen Bedingungen und Rechten gestattet werden, wie sie dem Arbeiter-Turnverein eingeräumt wurden. Schliesslich sollen in Zukunft alle Ansuchen um Bewilligung von Turnzeiten in städt. Turnsälen, auf Spiel- und Turnplätzen und in städt. Bädern ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung des Bewerbers erledigt werden. (Beifall bei den Nat. soz.).

Vorsitzender GR. Dr. Neubauer ruft GR. Mühlberger wegen des Ausdruckes " Gesindel " zur Ordnung.

GRin. Schlödinger (christl. soz.) beschäftigt sich eingehend mit dem Schulwesen und führt u. a. aus, dass trotz des bestehenden Mangels an Schulen bisher nur eine einzige Schule, und zwar die in Kagran, errichtet worden ist. Diese Schule ist eine Luxusschule, mit der die Schulverwaltung nur nach Effekt haschen will. Trotzdem Mangel an Schulen werden Schulen aufgelassen, wird die Zahl der Klassen herabgesetzt. Bei den Schulauflassungen werden die Ortsschulräte gar nicht gefragt. So wurde die Schule in der Schönbrunnerstrasse 103 aufgelassen, ohne dass der Ortsschulrat um seine Meinung gefragt worden wäre. Das ist ganz unzulässig. Mit grossem ^{Kosten-}Aufwand ist in den Schulen das elektrische Licht eingeleitet worden. Die Belichtung ist aber ganz unzulänglich, denn es wurden unzweckmässige Beleuchtungskörper in Verwendung genommen und diese zu nahe am Plafond angebracht. Da die Beleuchtung der Schreibflächen der Bänke daher eine ganz unzulängliche ist, übernehmen Sie für die Gesundheit der Kinder eine ungeheure Verantwortung. Für die Beheizung der Schulen ist im vorigen Budget der Betrag von 80.000 Schilling eingespart worden. Das ist sehr verhängnisvoll. Es zeigt sich schon heute, dass die Klassen in den Nachmittagsstunden schon sehr stark ausgekühlt sind, was natürlich für die unterernährten und schlecht gekleideten Kinder eine grosse Gefahr ist. Dass für die Lehrmittelzimmer ein Heizverbot besteht, ist ein Uebelstand, dem sofort abgeholfen werden sollte. Die Rednerin beschwert sich dann darüber, dass die Desinfizierung der Schulen bei Infektionskrankheiten sehr zu wünschen übrig lasse, sie wird nur ganz flüchtig durchgeführt und der Effekt ist ein ganz unzulänglicher. Ueberdies müssen die Lehrkräfte, die in einer Infektionsklasse arbeiten, auch in anderen Klassen und in anderen Schulen unterrichten. Ein Einschreiten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

des Gesundheitsamtes wäre in dieser Hinsicht sehr notwendig. Die Rednerin beschäftigt sich dann mit der ^{unentgeltlichen} Ausgabe der Lernmittel an die Schulkinder und tadelt, dass sowohl die Kinder reicher Eltern, als auch sogar die Kinder reicher Ausländer die Lernmittel vollkommen unentgeltlich erhalten. Die unentgeltliche Ausgabe der Lernmittel ist auch eine Schädigung des Gewerbes, dem auch in dieser Beziehung die Gemeindeverwaltung nicht das geringste Verständnis entgegenbringt. Sie stellt den Antrag, die unentgeltliche Ausgabe von Lernmittel auf Kinder mittelloser oder minderbemittelter Eltern zu beschränken. Man fürchtet von Seiten der Mehrheit die Kritik der Lehrervund hat deshalb die Jugendschriftenprüfungsstelle im Stadtschulrat errichtet, die alleindarüber zu entscheiden hat, welche Bücher für den Unterricht zu wählen sind. Damit werden Rechte der Lehrer verletz, da das Gesetz vorschreibt, dass die Schulbücher unter Mitwirkung der Lehrerkonferenzen ausgewählt werden müssen. Aber auch diese Prüfungsstelle wird manchmal übergangen. Zum Beispiel wurde das scheussliche Machwerk "Sintbad", der Seefahrer "trotz Ablehnung durch die Prüfungsstelle in den Leseplan aufgenommen. Es gibt sehr viel Klassenlektüre, aber die Quantität entspricht nicht der Qualität. Viele dieser Bücher finden den kindertümlichen Ton nicht. Dafür wärd wertvollstes Kulturgut nicht übernommen. Zum B. dürfen nur zwei Dramen "Wilhelm Tell" und "Der Traum ein Leben" in der Schule gelesen werden. Alle anderen Klassiker sind ausgeschaltet. Wir stellen daher ^{den} ^{das} Antrag, Bei Einführung neuer Lehr- und Lesebücher (Klassenlektüre) in öffentlichen Schulen gemäss den Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes und der Schul- und Unterrichtsordnung das Recht der Lehrerschaft auf Mitberatung in den Lehrerkonferenzen zu wahren ist. Die Bücher, die an der Schule eingeführt werden, werden nicht einmal der ministeriellen Approbation zugeführt. Vom Ministerium wurden unter anderem abgelehnt "Rübezahl", in dem sich geradezu Unsittlichkeiten finden, "hönig Laurens Rosengarten", "Bauernkriege in Oesterreich", vielleicht das widerlichste Buch, das es an unseren Schulen gibt, ein Machwerk niedrigste Sorte. Vom Ministerium abgelehnt wurden auch die zwei Bücher, die anlässlich der 10jährigen Republikfeier hinausgegeben wurden. Diese Bücher strotzen von frechen Geschichtslügen und sind nichts als eine ganz gewöhnliche Parteipropaganda. Ihre Ausgabe hat nicht weniger als 170.000 S gekostet und man hat die Bücher noch ausgeteilt, bevor die ministerielle Genehmigung da war, sodass viele Kinder die Bücher schon hatten, als in der letzten Minute die Schulen davon verständigt wurden, dass das Ministerium die Approbation nicht erteile. Die Rednerin stellt den Antrag, dass alle Lehr- und Lesebücher (Klassenlektüre), über deren Zulässigkeit das Unterrichtsministerium nicht entschieden oder dies ausdrücklich abgelehnt oder verboten hat, aus dem Leseplan, dem Bestand der Lernbücherein und aus den Schulbüchereien unverzüglich auszuschneiden sind. Sie erklärt schliesslich, dass ihre Partei gegen den Voranschlag stimmen werde (Lebh. Beifall b.d. Chr.)

GR. Deutsch-Kramer (soz.) bemerkt, kritisieren sollte nur derjenige, der eine Sache besser versteht oder sie selber besser machen kann. Das ist bei der Kritik, die hier geübt wird, keineswegs der Fall. Gewöhnlich wird die Methode geübt, dass zuerst irgendeine Raubergeschichte erzählt und daraus gefolgert wird, was alles schlecht ist. Dann stellt sich heraus, dass an der ganzen Geschichte kein Wort wahr ist. Zum Beispiel hat GR. Suchenwirth eine Geschichte von einem Mann erzählt, der zum Schulleiter ernannt wurde, weil er mit den Kindern Waschtage veranstaltet hat. In Wirklichkeit hat der Mann vor 8 Jahren im Handfertigkeitsunterricht den Kindern gezeigt, wie sie ihrer Mutter beim Waschen helfen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

können, ^{Der Mann} würde jetzt zum Schulleiter ernannt. Oder GR. Sucherwirth hat eine solche Raubersgeschichte von einer ^{Direktorin} erzählt, die angeblich, als sie eine Eingabe für eine Lehrerin machen sollte, erklärt haben soll, sie könne das nicht. In Wirklichkeit hat es sich um die Anrechnung einer Vordienstzeit für die Lehrerin gehandelt und die Leiterin hat gesagt, sie müsse erst Erkundigungen darüber einziehen (Zwischenrufe). Hier im Wiener Gemeinderat wird alles mögliche kritisiert. Zum B. hat man die Fürsorge kritisiert. Wie hat man es in Thüringen gemacht (Zwischenrufe! b.d. Nat.) Dort hat man im vorigen Jahr die Ausgaben für Fürsorge von 1,300.000 S. auf 270.000 S. heruntergesetzt (Lebh. Hört Hörtrufe b.d. Soz.-Zwischenrufe b.d. Soz.-GR. Mühlberger: Weil man den Leuten Arbeit verschafft hatte.-Andauer de Zwischenrufe) Oder man nennt die Wiener Wohlpolitik schlecht. Ich habe zufällig die Koburger Bauten gesehen, die die Nazi aufgepflzt haben. Das sind Baracken der letzten Sorte, ohne Gas, ohne Licht, ohne Boden, ohne Keller (Stürmische Hört Hörtrufe b.d. Soz. -Zwischenrufe und Lachen b.d. Nat.) Aehnlich ist es mit der Kritik an der Schule. Die Gemeinderätin Schlösinger hat über die schlechte Behandlung der Wiener Lehrer geklagt. In Wien haben die Lehrer 13 $\frac{1}{2}$ Monatsbezüge, in Niederösterreich, wo die Christlichsozialen regieren, nur 12. In Niederösterreich plant die Landesregierung den Abbau von 1000 Lehrern, darunter von 521 verheirateten Lehrerinnen (Hört Hört b.d. Soz.-Lebh. Zwischenrufe). In N. Oesterr. will man jetzt über 400 Klassen sperren. In 100 Klassen in Niederösterreich wird nur halbtätiger Unterricht erteilt, wodurch den Kindern drei Jahre verloren gehen (Hört Hört b.d. Soz.) Es besteht der Plan, dort 3 Klassen von zwei Lehrern führen zu lassen. Die Lehrer werden statt 25 28 Schulstunden übernehmen müssen. Und erst in Thüringen! (Lachen und Zwischenrufe b.d. Nat.) Dort sind die Gehälter der Junglehrer von 210 auf 180 und von 270 auf 200 Mark gekürzt worden (Stürmische Hört Hörtrufe bei d. Soz.-Zwischenrufe.) Die Gemeinde Wien hat 61.000 S für das Pädagogische Institut, für Kurse, für die Zentralbücherei ausgegeben. In Niederösterreich gibt es nichts dergleichen. In Thüringen wurden die Auslagen für die Lehrerfortbildung in einem Jahr von 60.000 auf 9.000 herabgesetzt (Lebh. Hört Hörtrufe b.d. Soz.-Zwischenrufe). Es wurde auch die Schülerzahl bemängelt. Als ich in dem christlichsozial verwalteten Wien Lehrerin in einer Schule bei der Spinnerin am Kreuz war, waren in einer Klasse 80 Schülerinnen und heute hält man sich darüber auf, dass die Schülerzahl in Wien durchschnittlich 34 ist. In Niederösterreich ist sie 45, in Vorarlberg 47, in Tirol über 40, im Burgenland 51, in Oberösterreich 49 und in Thüringen 48 (Hört Hört b.d. Soz.-Zwischenrufe). In Wien sind 60 Prozent aller Schulen ein-bis zweiklassig. In Thüringen sind in den Berufsschulen die Wochenstunden von 8 auf 6 und in den Schulen, wo die Kinder von Hilfsarbeitern sind, sogar auf 4 herabgesetzt worden (Hört Hört b.d. Soz.) Die Universitäten hat man allerdings nicht angerührt (Zwischenrufe). Die Gemeinderätin Schlösinger ist um das Wohl der Kinder sehr besorgt. Die Gemeinde ^{gibt} für Schulausspeisungen allein über 2 Millionen aus und speist täglich 13.000 Kinder aus. (Zwischenrufe.) Sie schickt in einem Jahr 30.000 Kinder aufs Land. Es wurde geklagt, dass die Lehrer keinen Einfluss haben. In Wirklichkeit haben sie heute mehr Einfluss als jemals (Zwischenrufe). Wie wurden unter den Christlichsozialen die Lehrer behandelt! Hier in diesem Saale standen wir junge Lehrer und mussten in die Hand Luegers das Gelöbnis ablegen, dass wir weder Sozialdemokraten, noch Deutschnationalen sind. Ich wurde einmal zur Rede gestellt, weil man bei mir im Konferenzzimmer die Arbeiter-Zeitung sah. Das war die politische Freiheit, die wir hatten. Sie beklagen sich darüber, dass man die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

Lehrer in Wien zur Mitwirkung nicht heran^{nicht!}? In Niederösterreich hat man schon zehn Jahre lang keine Bezirkslehrerkonferenz einberufen. Dem Antrag Schlösinger, dass nur die armen Kinder die Lernmittel umsonst bekommen, stimmen wir nicht zu. Wir wollen nicht, dass schon in der Schule die Klassenunterschiede beginnen. (Lebh. Zwischenrufe). Trotz aller Ihrer Kritik werden die Werke des Sozialismus, die Wiener Bauten und die Wiener Schule noch lange bewundert werden, wenn von Ihnen schon lange nichts mehr übrig ist (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Soz.-Anhaltende Zwischenrufe).

Vorsitz. Weigl erteilt dem GR. Dr. Suchenwirth das Wort.

(Lebh. Rufe bei der Soz.: Oh je! - Rufe: Pane Suchanek! - Beifall bei der Nat.)

GR. Dr. Suchenwirth (Nat.) bezeichnet es als eine ästhetische Herausforderung, dass die Mehrheit Frau Deutsch-Kramer als Rednerin aufgestellt hat. Frau Deutsch-Kramer wäre für gewisse erotische Zeitschriften, wie Pettauers Wochenschrift, eine bessere Referentin als für pädagogische Zwecke.

Vors. Weigl: Ich muss den Herrn GR. bitten, beleidigende Ausdrücke zu unterlassen. Sie haben sich nicht an die Person, sondern an die Versammlung zu wenden.

GR. Dr. Suchenwirth weist darauf hin, dass durch die zehnjährige Erfüllungspolitik in Deutschland

die Finanzen des Reiches und der Länder vollständig erschöpft worden sind. Wo die Nationalsozialisten die Regierung übernommen haben, maasten sie erst den Augias stall der Sozialdemokratie ausmisten. Und nun wagt man es gegen Männer, die das deutsche Vaterland wieder in Ordnung bringen, die Hand aufzuheben (Beifall bei der Nat.) Frau Deutsch-Kramer soll nicht in die Ferne schweifen, sondern soll lieber an die Ersparungsmaßnahmen denken, die in Schwechat notwendig geworden sind, oder daran, wie es mit der Schulpflege in dem sozialdemokratisch verwalteten Steyr aussieht, wo nicht einmal die Beleuchtung der Klassenzimmer gewährleistet ist. In St. Pölten, Vöslau, Donawitz, Steyr und in vielen anderen sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden stockt heute jedes Leben. Auch die Schulen der Stadt Wien befinden sich in einem desolaten Zustand. Bei der Hauptschule in der Teublergasse im XXI. Bezirk fällt der Bewurf ab, die Dachrinne ist zerbrochen, auf den Gängen zeigen sich Flecken von durchsichtigem Wasser, das Hopfplaster ist schadhaf. Wenn fremde Besucher nach Wien kommen, um die sogenannte Schulkreform zu studieren, werden sie in bestimmte Schulen geführt, die gut ausgestattet sind. Schicken Sie doch die fremden Kommissionen in die Vorgartenstrasse, wo der Hof seit 3 Jahren eingerüstet ist, oder in die Hörgergasse, wo die Klassenzimmer vollständig verrottet sind, wo es in den Zeichensaal regnet und durch das ganze Schulhaus ein Sprung geht. Sie sprechen immer von der Fürsorge für die Kinder, dabei haben Sie einen eigenen Ersparungsinspektor in der Person des pensionierten Hofrates Washaber bestellt, der zu seiner staatlichen Pension einen Gehalt von 500 oder 700 S monatlich bekommt. Sie sorgen nicht für anständige Schulräume ^{wohl} aber dafür, dass Ihre Parteigänger einen Nebenverdienst erhalten. Beinahe alle Mitglieder der roten Fraktion in diesem Saale sind Doppelverdiener. Die Arbeitslosen von Wien sollten einmal untersuchen, was für sanierte Persönlichkeiten hier unter den sogenannten Sozialisten sitzen. Zu den Arbeitslosenversammlungen traut sich dieses Gelichter nicht mehr.

Vorsitz. Weigl ruft den Redner zur Ordnung.

G. Dr. Suchenwirth: In diesjährigen Voranschlag sind 900.000 S für Lehrmittel ausgeworfen. Es handelt sich um den famosen Verlag "Jugend und Volk",

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

GR. Müller (chr.) spricht zunächst die Hoffnung aus, dass die heuer für Bauten an der Grossmarkthalle eingesetzten Beträge auch wirklich heuer noch zur Veranschlagung gelangen werden. Vielleicht wäre es jetzt schon möglich, einen Teil dieser Arbeiten zu vergeben. GR. Müller bringt sodann Klagen der Ständebesitzer auf dem Naschmarkt über die tristen Verkehrsverhältnisse dort selbst vor und verlangt Abhilfe. Insbesondere sollte auch von den sogenannten "Produzenten" der Nachweis verlangt werden, dass sie wirklich produzieren, da viele dieser sogenannten Produzenten erst auf dem Naschmarkt einkaufen, dann die Ware umpacken und sie dann wieder verkaufen. Auch der Unfug der Limonihändler sollte beseitigt werden. Die Verhältnisse auf dem Rudolfsheimer Markt sind wegen der Rattenplage unhaltbar. Der Markt müsste geteilt werden. Auch bezüglich des Lagerhauses müsste etwas geschehen. Man kann vom Lagerhaus nicht alle rückständigen Zinsen verlangen. Auch die Personalverhältnisse im Lagerhaus bedürfen einer Aenderung. Heute entfällt auf einen Arbeiter ein Betrag von 5000 bis 6000 S. Eine Aenderung könnte in der Weise vorschreiten, dass der Stand der Aufsicht von 180 auf 50 herabgesetzt wird. Der Redner ersucht den Vizebürgermeister Emmerling, ednlich dafür zu sorgen, dass auch die Verkehrsunternehmungen beim Wirtschaftsamt einkaufen. Dadurch würde auch das Wirtschaftsamt in die Lage versetzt werden, viel billiger einkaufen zu können. Der Redner weist schliesslich darauf hin, dass der Zustand vieler Schulen durchaus nicht gut ist. Daasselbe gilt von den Amtsgebäuden, insbesondere vom Fernalser Amtshaus. Es müssten wieder einmal Kommissionierungen der Amtsgebäude vorgenommen werden. (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

St. R. Linder gibt in seinem Schlussworte zunächst Aufklärung darüber, wie die im Budget vorgesehenen Beträge für Instandsetzungsarbeiten an den Schulen im einzelnen verwendet werden sollen. Was die Landeskultur betrifft, so ist hiefür ins Budget wohl kein Betrag eingesetzt worden, in Notfällen wird aber immer ausgeholfen wie dies anlässlich der Hagelschäden vor 2 Jahren und auch heuer wieder geschehen ist. Wie sehr die Gemeinde der Landwirtschaft zu helfen bemüht ist, geht daraus hervor, dass vom Gemeindeboden 1392 Hektar verpachtet und 200 Hektar für Gärtnereizwecke überlassen wurden. An eine Verlegung des Gärtnermarktes auf dem Volkwehrplatz ist nicht gedacht. Hinsichtlich der vom GR. Huka berührten Frage der sogenannten Grundgebühren weist St. R. Linder darauf hin, dass diese Gebühren infolge der Anlieferung von minderwertigem Vieh in den letzten Monaten und Wochen sehr gesunken sind. Da die Grundgebühren die Basis für alle anderen Marktprodukte bilden hat man sich entschlossen, sie nach unten hin auf den niedrigsten Stand zu begrenzen, nach oben hin sind sie mit 2 Promille limitiert. Die Gemeinde verlangt insgesamt an Gebühren 10 Schilling für das Tier und stellt dafür die Schlachthäuser, die Ställe und so weiter zur Verfügung. Das ergibt bei einem 800 Kilogramm schweren Kind eine Belastung von 1/10 Groschen per Kilogramm Lebengewicht, während das Kilogramm Lebengewicht vom Bund aus mit 38 1/2 Groschen belastet ist. GR. Mühlberger hat heute wieder über das seinerzeitige Verlangen, der Markt auf der Reiprechtsdorferstrasse möge für einen nationalsozialistischen Gaudtag zur Verfügung gestellt werden, gesprochen. Die Deutschösterreichische Tages-Zeitung hat seinerzeit die Sache in grosser Aufmachung gebracht. Ich habe es nicht in der Mühe wertgefunden, das zu berichtigen und habe mir nur gedacht, GR. Mühlberger ist auf einem solchen Niveau, dass er nicht einmal weiss, was ich mit ihm gesprochen habe. Ich werde mir das zur Lehre dienen lassen und in Zukunft bei Gesprächen mit ihm einen Zeugen beiziehen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

Er hat von mir verlangt, ich möge diesen Markt für eine politische Versammlung hergeben und ich habe ihm erwidert, es handle sich hier um eine politische Frage und ein Markt hat mit der Politik nichts zu tun. GR. Gratzenberger hat heute wieder über alles mögliche gesprochen. Er ist der Mann, der bei allen Dingen etwas riecht. Er sollte in seiner Partei mehr herumriechen. Er verlangt unter anderem Aufklärung über Dinge, über die wir nicht sprechen dürfen, weil es sich um Gericht anhängige Sachen handelt. Ich werde ihm auch keine Auskunft über das von ihm verlesene vertrauliche Protokoll geben, weil ich nicht weiss, ob das was darin enthalten richtig ist oder nicht, denn dieses Protokoll wurde bei Gericht gestohlen (Lebh. Hört Hörtrufe b. d. Soz.) Mit aller Entschiedenheit muss ich es aber zurückweisen, wenn GR. Gratzenberger es wagt, Beamte der Mag. Abt. 42 auch nur zu verdächtigen. Die Beamten sind über allen Verdacht erhaben (Lebh. Beifall b. d. Soz. - Stürmische Zwischenrufe b. d. Nat.)

GR. Gratzenberger: Das habe ich nicht getan, das ist eine Lüge (Mehrere andere nat. soz. Gemeinderäte rufen: Lügner! Lügner!)

Vorsitz. Weigl ruft den GR. Gratzenberger zur Ordnung.

St. R. Linder: Wenn Sie mir das sagen, gehe ich darüber hinweg. Eine Partei die so verlogen ist, hat das Mass dafür was Wahrheit und Lüge ist, verloren (Zwischenrufe).

GR. Mühlberger: Sie haben gelogen.

Vorsitz. Weigl ruft den GR. Mühlberger zur Ordnung.

Vor der Abstimmung erfolgt eine Reihe von tatsächlichen Berichtigungen.

GR. Beisser (soz.) berichtet tatsächlich, dass er niemals mit einer Wohnungsschiebung etwas zu tun hatte. (Zwischenrufe b. d. Nat.) Wer noch einmal eine solche Behauptung aufstellt, sagt bewusst die Unwahrheit und begeht eine schwere Verleumdung. (Andauernder Lärm. - Zwischenrufe b. d. Nat.) - GR. Gratzenberger (nat. soz.) Sie sind ein gewöhnlicher Wohnungsschieber. - GR. Beisser (soz.) Sie sind ein Lügner und Verleumder. - Andauernder Lärm.

GR. Thaller berichtet tatsächlich, dass es nach dem sozialdemokratischen Parteistatut jedem Parteimitglied verboten ist, in einer kapitalistischen Aktiengesellschaft ein Verwaltungsratsmandat zu bekleiden. Wenn Gemeinderäte der Mehrheit ein Verwaltungsratsmandat bekleiden, so ist ihnen diese Funktion vom Gemeinderat übertragen worden. Wird hierfür eine Vergütung geleistet, so wird diese vom Stadtsenat genehmigt und zur Gänze an die Gemeindekasse abgeführt; er berichtet tatsächlich, dass weder er noch GR. Jenschik überhaupt ein Verwaltungsratsmandat bekleiden.

GR. Huka (chr.) berichtet tatsächlich, dass eine Besprechung über die Erhöhung der Kühlraumgebühren stattgefunden habe, weiters, dass 7 Kündigungen in der Grossmarkthalle ausgesprochen wurden und bis heute tatsächlich eine Kündigung vollzogen worden ist.

GR. Gratzenberger (nat.) berichtet tatsächlich, dass er die Daten bezüglich der Verwaltungsratsmandate dem Kompass entnommen habe und berichtet tatsächlich, dass er keinen Betrag genannt habe. GR. Süchenwirth (nat.) berichtet tatsächlich, dass er die Daten aus dem Adelsregister entnommen habe, wo als Aufsichtsräte des Deutschen Verlaes für Jugend und Volk Nationalrat Glöckel und GR. Thaller aufscheinen. (GR. Thaller: Sie sind um 6 Jahre zurückgeblieben, wir schreiben heute 1932). Ich berichtige tatsächlich, dass laut Zeugenaussage des Direktors Wiedling die Mitglieder des Aufsichtsrates Präsenzgelde von 60 bis 100 S pro Sitzung erhalten. St. R. Linder berichtet tatsächlich, dass der Leiter der Ernährungsdienstes mit GR. Huka keine Besprechung hatte über die Erhöhung der Kühlraumgebühren und berichtet tatsächlich, dass der Leiter der Ernährungsdienstes dies ihm gegenüber soeben festgestellt habe.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe VI werden unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Minderheit angenommen. Ebenso wird der Antrag, auf Erhöhung der Grundgebühr angenommen, der Antrag Huka auf Festsetzung einer Maximalgebühr auf 1'80 wird abgelehnt, schliesslich wird der Antrag auf Erhöhung der Entschädigung an den Wr. Bürgerspitalsfonds angenommen und die Sitzung um 22 Uhr 16 geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

3/19 a

Wien, am 21. Dezember 1932.

Das Glatteis in Wien.

Der ununterbrochene Kampf gegen das Glatteis wird verschärft.

Nach den Wettervoraussagen ist mit einer Besserung des Wetters und mit einem Zurückgehen der Glatteisbildung nicht zu rechnen. Der städtische Strassenpflegebetrieb macht daher alle Anstrengungen, um der Gefahren des Glatteis Herr zu werden. Bei der jetzigen ganz ungewöhnlichen Glatteisbildung hat es sich insbesondere in den Hauptverkehrsstrassen gezeigt, dass die Bestreuung der Strassenübergänge durch die rasch fahrenden Personenautomobile und Schnellastkraftwagen in kürzester Zeit illusorisch gemacht wird. Dies macht es zum Beispiel in der Mariahilferstrasse notwendig, die Bestreuung der Uebergänge ununterbrochen durchzuführen; auch in anderen wichtigen Verkehrsstrassen, die vor allem mit Granitpflaster versehen sind, wird durch den raschen Fuhrwerksverkehr das Aufstreumaterial von den teilweise angerundeten Oberflächen der Pflasterwürfel weggefegt. Mit der Bestreuung kann bei diesem Wetter eine volle Wirksamkeit überhaupt nicht erzielt werden, da durch das fortwährende Niedergehen von Nebelschwaden das Streumaterial selbst in kürzester Zeit mit Eis überzogen wird. Dennoch werden alle Anstrengungen gemacht, um den Fussgänger- und Wagenverkehr aufrecht zu erhalten und für dessen Sicherheit vorzusorgen. Seit einer Woche steht das ständige Strassenpflegepersonal jede Nacht schon von 3 Uhr früh an im Dienst; täglich ist eine Mannschaft von 1.000 Mann schon lange vor dem Einsetzen des starken Frühverkehrs mit den Aufstreuarbeiten beschäftigt. Diese Arbeit wurde durch das Einsetzen automobiler Streumaschinen wirksam verstärkt, die innerhalb 24 Stunden ungefähr 200 Kilometer Strassenlänge behandeln. Ausserdem wurden insbesondere für die Bestreuung der bergigen Strassen und für den Nachschub von Aufstreumaterial 14 Lastkraftwagen des Strassenpflegebetriebes und 80 private Pferdefuhrwerke fortlaufend in den Dienst gestellt. Bis heute wurden für die Aufstrauarbeiten nicht weniger als 6000 Kubikmeter Streumaterial aufgewendet, das sind rund 1.000 Eisenbahnwaggons.

Das, wie schön erwähnt, anzunehmen ist, dass die Wetterlage in der nächsten Zeit die gleiche bleiben wird, wird von morgen, Donnerstag an, die Aufstreutätigkeit des städtischen Strassenpflegebetriebes im verstärkten Masse fortgesetzt werden. Im dringendsten Interesse der Sicherheit der Fussgänger und des Fuhrwerksverkehrs selbst wäre es gelegen, wenn die Kraftwagen bei dieser ungewöhnlichen Glatteisbildung ein langsames Tempo, als bisher beobachtet werden konnte, einhalten würden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

350

Wien, am 22. Dezember 1932.

Budgetberatung 1933

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Dezember 1932.

Vorsitzender GR. Weigl eröffnet nach 16 Uhr die Sitzung. Es wird sofort in die Tagesordnung eingegangen und die Spezialdebatte über das Budget 1933 fortgesetzt.

Die Spezialdebatte über das Kapitel "Technische Angelegenheiten" leitet STR. Richter mit folgendem Bericht ein:

Das Budget wurde mit der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse erzwungenen Sparsamkeit erstellt. Die Gesamteinnahmen sind mit rund 27 Millionen Schilling um 1 Million Schilling niedriger veranschlagt als im Jahre 1932; die Ausgaben betragen 45.7 Millionen Schilling und sind um rund 2 Millionen Schilling niedriger.

Der Strassenpflegebetrieb wird im Jahre 1933 im allgemeinen im gleichen Ausmass wie im laufenden Jahre geführt werden. Für die Strassenreinigung sind 1.100 Strassenarbeiter vorgesehen. Die maschinelle Reinigung wird durch 8 Kehrzüge und 4 Aufsammelmaschinen durchgeführt; für die Strassenkehrrichtabfuhr werden 12 Züge des Lastkraftwagenbetriebes und nach Bedarf Unternehmerfuhrwerk verwendet. Die Bespritzung wird ausschliesslich durch den städtischen Lastkraftwagenbetrieb mit durchschnittlich 21 Autosprengwagen pro Tag geleistet werden. Für die Hauskehrrichtabfuhr ist der Betrieb von 59 Coloniasammelzügen eingesetzt. Für die Schneepflugbespannung und Schneeabfuhr ist im Hauptvoranschlag ein Betrag von 536.000 Schilling für Unternehmerfuhrwerk vorgesehen. Für Aufstreuozwecke bei Glatteis ist die Beschaffung von 6.000 Kubikmeter Aufstreusand mit einem Aufwand von rund 84.000 Schilling veranschlagt. Die Strassenölung wird im bisherigen Ausmass aufrechterhalten; es werden mit dem vorgesehenen Aufwand von über 1 Million Schilling rund 2,500.000 Geviertmeter Strassenfläche geölt werden. Für die weitere Ausgestaltung des Coloniasystems ist ein Betrag von 55.000 Schilling zwecks Anschaffung von rund 1000 Kübeln samt den notwendigen Anhängervorrichtungen und Ständern eingesetzt.

Im Gartenwesen ist ein Gesamtaufwand von 2,439.270 Schilling vorgesehen gegen 2,556.120 Schilling im Jahre 1932. Durch die Schaffung des Parkes an Stelle des Bürgerversorgungshauses hat sich das Gesamtflächenausmass der öffentlichen Gartenanlagen um 15,700 Geviertmeter erhöht.

Mit Rücksicht auf die bestehende Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Einnahmeentgang beim städt. Bäderbetrieb wurde im Hauptvoranschlag pro 1933 bei allen Ausgabeposten grösste Sparsamkeit vorgesehen. Grössere Herstellungen sind trotzdem bei den Sommerbädern vorgesehen, die im heurigen Jahre einen Besuch von 1,885.000 Personen gegen 1,780.000 Personen im Vorjahre aufzuweisen hatten.

Die Kinderfreibäder, die sich bestens bewährt haben und der unverminderten Beliebtheit der Jugend erfreuen, sollen durch Schaffung einer neuen Anlage, die voraussichtlich im Währingerpark zur Aufstellung gelangt wird, einen abermaligen Zuwachs erhalten. Im heurigen Jahre waren die Kinderfreibäder von 1,288.000 Kindern gegen 1,172.000 im Vorjahre besucht.

Der städt. Wäschereibetrieb in der Schwenkgasse verfügt über Betriebseinrichtungen, die ihm die Reinigung von ca. 3,000.000 Kilogramm Anstaltswäsche jährlich ermöglichen. Die derzeitige Ausnützung dieser Betriebseinrichtungen ist nur eine etwa 50 prozentige. Durch die Auflassung der den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht mehr entsprechenden Wäscherei des

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Verdorgungsheimes in Lainz und Uebertragung der Wäschereinigung an die Wäscherei Schwenkgasse wird die Waschleistung dieser Wäscherei auf etwa 2,200.000 kg jährlich gehoben werden. Infolge dieser Zusammenlegung der Wäschereinigung ergeben sich auch namhafte Ersparnisse für die städt. Wohlfahrtsanstalten.

Die städt. Werkstätten haben alle jene Arbeiten und Herstellungen, die auf Massenerzeugung hinauslaufen oder die sich leicht durch die städt. Kontrahenten herstellen lassen, aufgegeben und führen nunmehr die hauptsächlich einer Heizwerkstätte zukommenden Reparaturen in städt. Amts- und Anstaltsgebäuden durch.

Der Voranschlag für Strassenerhaltung und Strassenbau bewegt sich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in einem engeren Rahmen als im Jahr 1932. Die laufende Erhaltung ist in derselben Höhe wie im Jahre 1932 geblieben.

Zu den vorgesehenen Erneuerungen und Neuherstellungen von Strassen kommen noch die Arbeiten aus dem ausserordentlichen Strassenbauprogramm, die im Jahre 1932 nicht gemacht werden konnten. Es steht zu diesem Zwecke ein Betrag von 3,500.000 bis 4,000.000 Schilling zur Verfügung.

Im Bezug auf den Brückenbau ist die Gemeinde seit dem Kriegsende vor die mit grossen finanziellen Opfern verbundene Aufgabe gestellt, eine Reihe von Donaukanalbrücken durch Neubauten zu ersetzen, die in den 80er Jahren des vorigen Jahrhundert aus einem Material erbaut worden sind, das im Laufe der Jahre an Festigkeit eingebüsst hat und nicht mehr im Stande ist, den durch Vermehrung des Gewichtes und der Ladefähigkeit der Fahrbetriebsmittel erheblich gesteigerten Anforderungen des Verkehrs zu genügen.

Nachdem aus diesem Grunde die wichtigsten Brücken über den Oberlauf des Donaukanales, die Friedens- und Augartenbrücke, erneuert und in den Jahren 1926 und 1930 dem Verkehr übergeben worden sind, soll nun auch für die südöstlichen Bezirke ein der Verkehrsbedürfnissen entsprechender Uebergang über den Donaukanal an Stelle der unzulänglich gewordenen Rotundenbrücke geschaffen werden. Der Brückenneubau wird Kosten im Betrage von ungefähr 5,000.000 Schilling verursachen. Der für das Jahr 1933 vorgesehene Betrag von 10.000 Schilling soll für Vorarbeiten, insbesondere für die Erschliessung der Untergrundverhältnisse durch Tiefbohrungen, verwendet werden. Hierauf wird zur Erlangung von Entwürfen eine Ausschreibung mit halbjähriger Frist veranlasst werden. Für die Erhaltung der städt. Brücken sind nahezu 225.000 Schilling, also ein wesentlich höherer Betrag als in den vorangegangenen Jahren vorgesehen.

Zu fast der gleichen Zeit wie die vorgenannten Donaukanalbrücken und aus dem gleichen, an den Erzeugnissen der heutigen Hüttentechnik gemessen, als minderwertig zu bezeichnenden Eisenmaterial ist auch die über den Donaustrom führende "Reichsbrücke" erbaut, die ausserdem noch den Mangel aufweist, dass sie für den äusserst lebhaften Verkehr zu schmal ist. Als es den Brückenbautechnikern des Bundes und der Gemeinde gelungen war, eine entsprechende Lösung für den Umbau dieser Brücke zu finden, wurden die Verhandlungen über die Kostenaufteilung zwischen Bund und Gemeinde aufgenommen und im August des heurigen Jahres mit dem Ergebnis abgeschlossen, dass die Gemeinde einen Beitrag von 32 1/3 Prozent zu den Kosten dieses Brückenbaues leistet. Die Ratifizierung dieses Uebereinkommens und die Frage der Aufbringung der erforderlichen Mittel werden in nächster Zeit den Gemeinderat beschäftigen. Die neue Reichsbrücke wird eine durchaus sehns-

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

spurige Fahrbahn erhalten; es können also ausser der in der Fahrbahnmittle zweigleisig fahrenden Strassenbahn in jeder Fahrtrichtung 2 Fuhrwerke verkehren. Es werden die an die Strombrücke anschliessenden Innndations- und Kaibrücken, die aus Granitgewölben bestehen, auch für die neue Brücke verwendet und zu diesem Zwecke durch Einziehen von Eisenbetongewölben verbreitert werden. Die Kosten des Brückenbaues sind vom Bundesministerium für Handel und Verkehr mit 25'6 Millionen Schilling veranschlagt worden. Der Bau dürfte etwa 4 Jahre in Anspruch nehmen. Derzeit werden Bodenuntersuchungen durchgeführt, deren Ergebnis für das weitere Vorgehen massgebend ist. Die Gemeinde kann mit Genugtuung sagen, dass sie alles getan hat, um die Lösung der Reichsbrückenfrage zu ermöglichen.

Der Voranschlag des Betriebes Wasserversorgung für das Jahr 1933 schliesst mit einer Nettoeinnahme von 1,882.740 Schilling ab, wobei angenommen wird, dass die Einnahmen voraussichtlich um etwa 200.000 Schilling geringer als die für 1932 sein werden. Dieser Ausfall wird durch den Rückgang des Wasserverbrauches verursacht, da eine Reihe von bisher an die Wasserleitung angeschlossener Südbahngemeinden nunmehr das Wasser aus der Marientalerleitung beziehen.

Beim Betrieb Kanalisationswesen soll in baulicher Hinsicht ausser den unbedingt notwendigen Instandhaltungsarbeiten insbesondere die Aktion des Umbaues der alten, überaus schadhaften Ziegelkanäle in Betonkanäle fortgesetzt werden, womit gleichzeitig eine Eindämmung der Rattenplage verbunden ist. In betriebstechnischer Hinsicht werden im Jahre 1933 die im laufenden Jahre begonnenen Massnahmen zur Verbesserung der Betriebs-einrichtungen durch Einführung von Fernsprechstellen in den einzelnen Bezirksbetriebslokalen fortgesetzt. Es wird dadurch ausser der erleichterten Betriebsführung auch ermöglicht werden, dass die Bevölkerung bei Hauskanalgebrechen die Anzeigen telephonisch erstatten kann.

Für den Ausbau der öffentlichen elektrischen Beleuchtung ist für das Jahr 1933 der gleiche Betrag vorgesehen, der im Jahre 1932 zur Verfügung stand. Bis Ende 1932 werden 28.140 elektrische Lampen im Betriebe sein, wodurch Strassen und Wege in einer Länge von etwa 840 Kilometer eine elektrische Beleuchtung besitzen. Nach Vollendung der im Programm 1933 vorgesehenen Beleuchtungsherstellungen werden rund 900 Kilometer Strassen und Wege elektrische Beleuchtung erhalten; es wird die Elektrifizierung der Gasbeleuchtung in den Bezirken 4, 5, 6, 7, 8 und 14 bis Ende 1933 vollkommen durchgeführt sein. Die Bezirke 6, 7 und 14 sind bereits fertig. Am 22. Juli 1932 wurde am Karlsplatz die 25.000 Lampe nach einer Bauzeit von 7 $\frac{1}{2}$ Jahren in Betrieb gesetzt. Durch die Elektrifizierung sind bisher rund 29.600 Gaslampen entbehrlich geworden. Der Gesamtstand der noch in Betrieb befindlichen Gaslampen beträgt derzeit noch 15.680. Durch die Einführung der elektrischen Beleuchtung wird die Einfuhr von 20.500 Tonnen ausländischer Kohle jährlich erspart.

Der so wichtigen Frage der wirtschaftlichen Ausnützung der Brennstoffe im städtischen Haushalte, deren Bedeutung durch einen Jahresverbrauch von rund 4.000 Waggons hochwertiger Kohle gekennzeichnet ist, wird durch die Beibehaltung der Heizkontrolle entsprochen werden, die sich bestens bewährt hat und mit einem Minimum an Kostenaufwand, es werden 6 vorhandene Maschinisten als Kontrollorgane verwendet, infolge entsprechender Organisation die Aufsicht über die sparsamste Verwendung des Brennstoffes sichern. Die Gemeinde wird auch im kommenden Jahre bemüht sein, in der Verwendung österreichischer Kohle weitere Fortschritte zu erzielen. Derzeit werden bereits rund 2.000 Waggons österreichische Kohle an Stelle von ausländischer im Jahre verfeuert. (Lebhafter Beifall).

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Erholungsurlaub für die erwerbstätige und arbeitslose Jugend.

Für die erwerbstätige und arbeitslose Jugend ist mit Unterstützung der Krankenkassen Oesterreichs, der Gemeinde Wien, des Wiener Fortbildungsschulrates und der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Niederösterreich und das Burgenland das Erholungsheim Bad Fischau an der Schneebergbahn den ganzen Winter hindurch geöffnet. Die Aufnahme der erwerbstätigen Jugendlichen findet bei den Bezirksstellen der Arbeiterkrankenversicherungskasse, bzw. bei den betreffenden Kassen selbst statt. Für die arbeitslose Jugend wird in der Lehrlingsfürsorge-Aktion beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, Hanuschgasse 3, im Hof rechts, Auskunft über die Aufnahmebedingungen gegeben. Der erste Transport für die männliche Jugend geht am Mittwoch, den 4. Jänner, ab.

Römisches Museum der Stadt Wien.

Das römische Museum der Stadt Wien bleibt am Samstag, den 24. Dezember, geschlossen.

Nach dem Bericht des STR. Richter spricht zunächst GR. Schiener (chr.). Er bestreitet zunächst die Behauptung des amtsführenden Stadtrates, dass genügend Vorkehrungen gegen das Glatteis der letzten Tage getroffen worden seien. Die Gemeindegemeinde kommt immer zu spät, es es sich um Schneefälle, um Glatteis oder dergleichen handelt. Der klägliche Voranschlag zeigt sehr deutlich, wie berechtigt unsere Kritik an der Gemeindeverwaltung war. Da aus der Wirtschaft nichts mehr herausgepresst werden kann, sind wir bereits soweit, dass die Gemeindegemeindekassen leer sind und die Reserven herangezogen werden müssen. Die Wirtschaft der Sozialdemokraten hat die Wirtschaft der Stadt ruiniert - Es ist daher begreiflich, dass der Gewerbestand, der da vor allem in Mitgliedenschaft gezogen wurde, den Abgang des St. R. Bräitner begrüsst und ihm keine Träne nachweint. Leider ist der neue Finanzreferent ein gelehriger Schüler des St. R. Breitner. Der Redner befasst sich sodann im einzelnen mit dem Voranschlage und bemängelt die geringen Ansätze für die Erhaltung der Denkmäler und der Denkmalbrunnen sowie für die Erhaltung der Kirchen und Kapellen. Wenn Sie auch infolge Ihrer religionsfeindlichen Haltung für die Erhaltung religiöser Stätten nichts übrig haben, müssten Sie doch aus Rücksicht ^{dem} den Fremdenverkehr viel mehr tun. Der Redner beklagt sich sodann darüber, dass die Gemeinde durch den Fuhrwerksbetrieb, die Dampfwascherei und die städtischen Werkstätten dem privaten Gewerbe eine nicht erlaubte Konkurrenz mache und bemerkt in der Besprechung der städt. Bäderverwaltung, dass die Mehrheit die Bäder nicht als eine Einrichtung zum Wohle der Bevölkerung betrachtet, sondern als ein Geschäftsunternehmen, das möglichst viel zu tragen hat. Aus dem Titel der Strassenerhaltung und des Strassenbaues nimmt die Gemeinde fast 3 Millionen ein, gibt aber um eine halbe Million weniger aus, das heisst, sie verdient auch hier. Dafür sind aber auch die Strassen in einem so elenden Zustand wie nie zuvor. Als ein Privatgeschäft fast man auch die Wasserversorgung auf. Zum Schlusse führt der Redner Klage über die Misstände, die sich bei der Vergabe von Arbeiten ergeben. Man behauptet, dass die Arbeiten nur vertrags-treuen Firmen gegeben werden. Welche Firma vertragstreu ist, bestimmt aber der Obmann der sozialdemokratischen Gewerkschaft, die betreffende Firma wird überhaupt nicht gefragt. Dass darf länger nicht geduldet werden (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

GR. Hörmayer (chr.) spricht sein Bedauern darüber aus, dass für die Erhaltung der Baulichkeiten so geringe Beträge eingesetzt sind. Für die Erhaltung der Kirchen und auch der Patronatskirchen tut die Gemeinde gar nichts. Will man wirklich alle Kirchen verfallen lassen? Da werden Sie bei uns auf Granit beißen. Der Redner stellt den Antrag, die Post für die Erhaltung der Baulichkeiten von 7.000 auf 20.000 S zu erhöhen. In Besprechung der Strassenpflege beklagt er sich dann über die mangelnden Vorkehrungen der Gemeinde anlässlich des Glatteis der letzten Tage. Wien war einige Tage lang ein Schlachtfeld. Für die Unfälle werden allemöglichen anderen Leute, zum Beispiel auch die Hausbesorger, verantwortlich gemacht, nur nicht die Gemeinde, die in erster Linie verantwortlich ist. Damit, dass erst um 3 oder 5 Uhr nachmittags 1000 Arbeiter eingesetzt werden, ist gar nichts getan. Es ist halt so, dass sich die Gemeinde immer darauf verlässt, dass die Firma "Regen und Wind" die Arbeit für sie besorgt. Auch ihre Verpflichtung zur Reinigung der Gehwege erfüllt die Gemeinde nicht. Am Praterstern oder in der Taborstrasse sieht es aus, wie auf der Mistablagerungsstätte im Bretteldorf. Auch die Bevölkerung müsste zu einer grösseren Reinlichkeit herangezogen und die Papierkörbe müssten öfter ausgeleert werden. Ein Strassenkehrer ist in Wien schon zu einem Karosum geworden. Der Redner bringt sodann einige Wünsche in Bezug auf das Gartenwesen vor. In der Gartenanlage auf der Oberen Donaustrasse müsste ein Hydrant angebracht werden, in den Gartenanlagen sollten auch Nadelbäume gesetzt werden und für die Erneuerung der Gartenbänke sollte mehr Sorge getragen werden als bisher. Er verlangt weiters die endliche Renovierung der Vorkaimauern und die Schaffung eines Spielplatzes bei der Franzensbrücke. Er weist sodann darauf hin, dass für das Jahr 1933 um rund 9 Millionen oder 61 Prozent weniger für das Strassenwesen veranschlagt sind als im Jahre 1928, während die Einnahmen aus diesem Titel sehr angestiegen sind. Er fordert weiters die möglichst rasche Erneuerung der Rotundenbrücke, die bei Veranstaltungen im Stadion oder in der Rotunde stark überlastet ist, und den raschesten Beginn der Arbeiten an der Reichsbrücke. Endlich müsste auch die Rattenplage bei der Aspernbrücke durch Instandsetzung der Kaimauer beseitigt werden. Er erklärt schliesslich, dass er gegen den Voranschlag stimmen werde (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Ing. Schaffer (nat. soz.) verweist auf die Vorkommnisse anlässlich der Glatteisperiode. An diesem Skandal können auch die offiziellen Erklärungen nichts ändern, durch die höchstens der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut wird, statt ihn auf die Strasse zu streuen. Man hätte schon jetzt die Schneearbeiteraufnahmestellen aktivieren sollen, wodurch es möglich gewesen wäre, eine entsprechende Anzahl von Hilfskräften aufzunehmen und zahllosen Arbeitslosen vor Weihnachten einen Verdienst zu schaffen. Auch die Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe V weisen einen augenscheinlichen Schrumpfungsprozess auf. Für die Erhaltung der Kirchen, Kapellen und Denkmäler wurden im Jahre 1931 51.000 Schilling ausgegeben, für 1933 sind nur 11.500 Schilling eingesetzt. Eine Stadt von der kulturellen Bedeutung Wiens hat dafür zu sorgen, dass diese Baulichkeiten erhalten werden, auch wenn sie zufällig eine sozialdemokratische Mehrheit hat. Er beantragt, diese Post auf 40.000 Schilling zu erhöhen. Auch der Ansatz für den städt. Fuhrwerkbetrieb ist zu niedrig, bei Schneefällen wird der Schnee wieder auf den Strassen liegen bleiben und die armen Teufel werden sich umsonst bei den Aufnahmestellen anstellen. Er beantragt die Erhöhung der Post für Schneearbeiterlöhne auf 700.000 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Die Instandhaltung der Gartenanlagen erfolgt zum grössten Teil in eigener Regie. Die dafür aufgewendeten Summen fänden eine bessere Verwendung, wenn man die gesamte Gartenerhaltung Wiens an die zahlreich vorhandenen notleidenden Privatfirmen vergeben würde. Er beantragt, für die Erhaltung der städt. Gartenanlagen ausschliesslich Privatfirmen heranzuziehen. Der Redner bemängelt die Zusammenlegung der Ausgabenposten für Volks- und Kinderfreibäder, wodurch der beträchtliche Personal- und Sachaufwand der Kinderfreibäder verschleiert wird, die Konkurrenzierung des Kleingewerbes durch die städt. Werkstätten und beantragt die Auflassung der Betriebswerkstätte in der Malfattgasse und die Uebertragung dervon ihr bisher durchgeführten Arbeiten an das Privatgewerbe. Er wünscht ^{weiter} Aufklärung über die Verwendung des Reinertrages der Wasserversorgung, kritisiert die Verringerung der Ansätze für den Betrieb und die laufende Erhaltung der Kanalisationsanlagen und beantragt, die bezügliche Ausgabenpost auf 1,400.000 Schilling zu erhöhen. Auch die Ansätze für Strassenerhaltung und Strassenbau sind zu niedrig, sodass sich immerfort die Notwendigkeit zusätzlicher Kredite ergibt. Bei der Vergebung der Strassenbauarbeiten werden einzelne Firmen, wie die Asdag und Teerag, bevorzugt. Diese Firmen werden dazu benützt, um die Preise zu drücken und roten Parteimitgliedern Pfründen zu verschaffen. Sozialdemokratische Gemeinderäte sitzen in den Verwaltungsräten dieser Unternehmungen. Der Gesiba wurde heuer die Finanzierung eines ausserordentlichen Strassenbauprogrammes übertragen. Wahrscheinlich hat die verkrachte Werkbundsiedlung die finanziellen Kräfte dieses Unternehmens derart erschüttert, dass man ihm um jeden Preis eine Sanierungsmöglichkeit geben wollte. Ein Budget, dessen Vertreter sich mit solchen Zuständen identifizieren, müssen wir unbedingt ablehnen. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Uebelhör (chr.) bemerkt, der von St. R. Richter genannte Betrag zur Bekämpfung der Glatteiskatastrophe der letzten Tage sei bei der Grösse des Territoriums, um das es sich hier handelt, gar nicht imponieren, ja auch dieser grosse Betrag war, wie sich gezeigt hat, unzureichend. Die Erhöhung ^{der Gesamtausgaben} für die Erhaltung der Gebäude um 700.000 S ist angesichts der in den letzten Jahren eingerissenen Vernachlässigungen nicht sehr bedeutend. Zum B. wurde bei der Erhaltung der Amtshäuser sehr viel versäumt. Z. B. ist der Zustand des Hernalser Amtshauses geradezu lebensgefährlich. Dort hat man sich darauf beschränkt, das Gebäude von oben bis unten abzuklopfen. Ein ähnliches Schicksal hat das wunderschöne Eingangsgebäude am Hernalser Friedhof ereilt. Die für die Erhaltung der Kirchen, Kapellen und Pfarrhöfe eingesetzte Post ist ganz unzureichend, obwohl da sehr viel zu machen wäre. Zum Beispiel hätte die Gemeinde für den Turm der Hernalser Pfarrkirche zu sorgen. Der Turm hat im Krieg sein Kupferdach eingebüsst, das Dach, das der Turm gegenwärtig hat, ist durchgerostet. Die Pfarre Hernalts bemüht sich seit einem Jahre vergebens, die Gemeinde zur Reparatur des Turms zu bewegen, alle Bemühungen scheitern daran, dass die Gemeinde verlangt, die Reparatur müsse ohne Gerüst erfolgen. Der Redner richtet an St. R. Richter das dringende Etsuchen, sich der Sache anzunehmen und endlich eine Entscheidung zu treffen. Sodann befasst sich der Redner mit dem Strassenwesen und verweist darauf, dass Strassenölungen nur dort vorgenommen werden können wo die Flächen glatt sind. Eventuell müssen vorher Reparaturen vorgenommen werden, ehe geölt wird. Sonst entstehen in den Strassen ganze Oelseen. Auch sollte die Oelung besser sein. Dasselbe gilt von der Teerung der Wege in den öffentlichen Parkanlagen. Der Redner führt sodann Beschwerde darüber, dass im Rathause der Gang der zum Gemeinderatssitzungssaal führt abgemauert worden ist. War das wirklich notwendig, nur um drei kleine Räume zu gewinnen? Es ist

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

gerade zu ein Verbrechen den schönsten gotischen Bau Wiens so zu verschandeln. Der Redner ersucht, den Stadtrat Richter um Berücksichtigung der von ihm geäußerten Wünsche. (Lebh. Beifall b.d. Chr.)

GR. Dr. Hengl (chr.) stellt den Antrag, die Fahrbahn der Leopoldsteinerstrasse mit Granit zu pflastern.

St. R. Richter bemerkt in seinem Schlussworte, wenn nicht zu begreifen ist, dass die Gemeindeverwaltung als parteipolitisch einflussreich beeinflusst hingestellt werde, so sei dieser Vorwurf in seiner Verwaltungsgruppe am allerwenigsten berechtigt. Man kann parteipolitisch weder Strassen herrichten, noch Gärten anlegen, noch Wasserleitungen bauen. Dass so geringe Beträge für Kirchen und Denkmalarhaltung eingestellt sind, ist darauf zurückzuführen, dass sich die Gemeindeverwaltung in jeder Beziehung auf das dringend Notwendige beschränken muss. Das ist auch bei den amtlichen Gebäuden der Fall. Der Gemeinde deshalb den Vorwurf zu machen, dass sie religionsfeindlich sei, ist ganz falsch. Wie wenig das zutrifft, geht schon daraus hervor, dass die Gemeinde, ohne eine Verpflichtung dazu zu haben, für die Renovierung und Erhaltung der Stephanskirche eine nicht geringe Subvention gibt. Unrichtig ist es, dass der Fuhrwerksbetrieb irgendwelche Geschäfte macht. Die hohen Transportkosten ergeben sich daraus, dass die Gemeinde Spezialwagen, z. B. Spritzwagen, Coloniawagen usw. benötigt, die ein anderer Unternehmen gar nicht beistellen könnte. Unrichtig ist es, dass die Gemeinde aus den Bädern Nutzen zieht. In Wirklichkeit schliessen die Bäder mit einem Defizit ab. Das ist aber ein Defizit, das im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung getragen werden muss. Die Wasserleitung wirft im Jahr einen Überschuss von 1 Million ab. Vor dem Krieg hat sie alljährlich einen Reingewinn von 5 Millionen Kronen, das sind mehr als 7 Millionen Schilling gebracht. Bis zum Ende des Krieges hat jeder Tropfen Wasser bezahlt werden müssen, während wir 35 Liter Freiwasser pro Kopf geben und das Mehrwasser weit billiger liefern als früher. Es wurde auch über die Unfälle anlässlich der letzten Glatteiskatastrophe gesprochen. Bisher sind uns nur 2 Unfälle bekannt geworden auf Grund, die die Gemeinde zu betreuen hat. Das bedeutet bei der verhältnismässig grossen Zahl von Unfällen verschwindend wenig. Die Schliessung der Kaimauern bei der Aspernbrücke konnte bisher deshalb nicht erfolgen, weil das Land Niederösterreich den ihm obliegenden Beitrag nicht bezahlen will. Hinsichtlich der Reichsbrücke liegt ein endgültiges technisch durchgearbeitetes Projekt noch nicht vor. Der Bund hat in das Budget 1933 für die Reichsbrücke im ganzen 1 Million eingestellt. Ich kann einen Schwur darauf leisten, dass, wenn der Bund seine 77 Prozent aufbringen wird, die 32 Prozent, die die Gemeinde zu leisten hat, zur rechten Zeit da sein werden. Was die Klagen über die parteipolitische Vergebung von Arbeiten betrifft, so sei festgestellt, dass es in ganz Oesterreich keine Strassenbaufirma gibt, die sozialdemokratisch wäre. Die Firma Grundstein hat sich die Arbeiten mit anderen Firmen geteilt und hat nur solche Arbeiten bekommen, wo sie Bestbieter war, dasselbe gilt von der Teerag. Wenn wir hier und da die eine oder andere Unternehmung auffordern, in ein Bestbot einzutreten, so geschieht dies deshalb, um möglichst viele Unternehmungen ins Geschäft kommen zu lassen. St. R. Richter sagt schliesslich zu, dass er sich über den Zustand der Kalvarienbergkirche selbst informieren und dafür sorgen werde, dass Schäden, die etwa grösser werden können, selbstverständlich behoben werden (Lebh. Beifall b.d. Soz.)

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe V werden genehmigt, der Antrag Dr. Hengl der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die übrigen Minderheitsanträge abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Die Spezialdebatte über das Kapitel " Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten " leitet amtsführenden STR. Honay mit folgendem Bericht ein:

Der Voranschlag 1933 der Verwaltungsgruppe VII unterscheidet sich zahlenmässig ausserordentlich stark von dem des Jahres 1932. Die präliminierten Bruttoausgaben sind von 8,843.150 Schilling im Jahre 1932 auf 1,421.710 im Jahre 1933 gesunken. Dies erklärt sich vor allem daraus, dass nun in allen Zweigen dieser Gruppe von dem doppischen auf den kameralistischen Rechnungsstil übergegangen wird. Es wurden daher Personal- und Sachaufwand aus dem Budget aller Abteilungen der Gruppe VII herausgenommen und in den Gruppen I und VI veranschlagt. Der Personalaufwand bei der Feuerwehr, der den Ausgaben nach an erste Stelle zu reihen ist, wurde mit 6,144.920 Schilling eingesetzt, der allgemeine Sachaufwand mit 358.940 Schilling; diese beiden Summen scheinen also in dieser Gruppe nicht auf. Sie enthält nur den Betriebs- und Investitionsaufwand der Feuerwehr mit 731.320 Schilling; gegenüber dem Jahre 1932 eine Verringerung um rund 130.000, durch die aber die Schlagfertigkeit der Feuerwehr keine Beeinträchtigung erfährt. Die Gemeindewache erscheint in diesem Budget bloss mit einer Ausgabensumme von 15.000 Schilling, da der Personalaufwand von 785.840 Schilling und der allgemeine Sachaufwand in den beiden schon genannten Gruppen präliminiert sind. Im Jahre 1932 erscheint die Gemeindewache noch mit einem Erfordernis von 916.660 Schilling im Voranschlag; das Mindererfordernis von rund 175.000 Schilling ist auf die Verringerung des Mannschaftsstandes zurückzuführen, der jetzt 200 beträgt. Die neue Verrechnungsart hat also die Budgetzahlen der Gruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten völlig verändert.

Unverändert aber ist geblieben der grosse Aufgabenkreis dieser Gruppe. Ihr sind eingegliedert der Grossteil der Verwaltungssachen, wie Staatsbürgerschafts- und Heimatsrechtsangelegenheiten, Vereins- und Versammlungswesen, Genossenschaftsangelegenheiten, Wahlen, Zivilrechtsangelegenheiten; administrative Sicherheits- und Verkehrspolizei, kommunales Polizeiwesen, alle Gewerbeangelegenheiten, Stadtregulierung und Vermessungswesen, Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei, die Veröffentlichungen, die Kunstangelegenheiten und das Bildungswesen.

Die Gesamtkosten der Feuerwehr sind mit 7,235.080 Schilling veranschlagt. Im Jahre 1932 waren es 7,532.420 Schilling. Für den Bau neuer Geräte sind 115.000 Schilling und für neue Ausrüstungsgegenstände 34.630 Schilling vorgesehen. Zur Anschaffung kommen fünf sechsachsige Geländewagen, ferner werden zweckentsprechende Wagenaufbauten durchgeführt werden. Schlagkraft und Alarmbereitschaft der Berufsfeuerwehr bleiben auch im Jahre 1933 voll aufrecht. Vom 1. Jänner bis 30. November 1932 verzeichnet die Feuerwehr 3785 Aktionen; davon entfallen auf Brände 1.104. Der Personalstand beträgt 1090, darunter 23 Offiziere und 44 Feuerwehrmeister. Die Feuerwehr verfügt über 45 benzinelektrische und 143 benzinautomobile Feuerwehrgeräte, 8 Inspektionswagen (Motorräder mit Beiwagen und Motordreiräder), 1 Telegraphenbauwagen, 8 benzinautomobile Dienst- und Wirtschaftswagen, 4 Omnibusse, 1 Autoanhänger als Benzintankwagen und 6 fahrbare Ladeaggregate. Die Feuerwehr-, Telegraphen- und Telefonlinien bestehen aus rund 105.6 Kilometer Kabelleitung und 606 Kilometer Oberleitung, an die neben den internen Stationen 807 öffentliche und 293 private Feuermelder sowie 100 Fernsprechstellen angeschlossen sind.

Wir haben 39 Feuerwachen, davon sechs Hauptwachen und sieben Siedlungsfeuerwehren. Die Einnahmen der Feuerwehr sind mit 229.530 Schilling veranschlagt. Hier ist die Hauptpost 143.760 Schilling für den Feuertienst

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

in den Theatern.

In den elf Monaten dieses Jahres sind 131 Feuerwehrmänner im Dienst verunglückt, davon acht schwer. Ich spreche gewiss im Namen aller Mitglieder des Gemeinderates, wenn ich von dieser Stelle aus besonders diesen, aber auch allen anderen Feuerwehrmännern und ihren tüchtigen Offizieren für die tadellose Pflichterfüllung in aller Öffentlichkeit danke und feststelle, dass wir stolz auf unsere Feuerwehr sind, die mit vollem Recht als Hochschule für das Feuerlöschwesen bezeichnet wird.

Von den übrigen Ansätzen der Verwaltungsgruppe VII will ich die wichtigste kurz streifen. Die Post Wahlangelegenheiten konnte mit der geringen Summe von 90.000 Schilling veranschlagt werden gegenüber 480.000 Schilling im Jahre 1932, da im kommenden Jahre keine Gemeinderatswahlen stattfinden werden.

Für das Gewerbeförderungsinstitut ist, so wie in den früheren Jahren, der im Stiftbrief vorgesehene Jahresbeitrag von 20.000 Schilling präliminiert. Dieses Institut hat im Jahre 1932 dem Wiener Gewerbe dadurch genützt, dass es bei namhaften ausländischen Importeurfirmen das Interesse für das Wiener Exportgut immer wieder neu geweckt hat; auch einige kunstgewerbliche Ausstellungen und Schulen wurden subventioniert.

Die Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte werden unverändert mit 20.000 Schilling subventioniert. Die Ausgaben zur Förderung der Gegenwartskunst durch Ankäufe von Gemälden, Stichen, Pastiken usw. von Wiener Künstlern betragen im Jahre 1932 rund 63.000 Schilling, obwohl im Voranschlag kein Betrag vorgesehen war. Diese Ausgabe ist aber bedeckt durch die Widmung von 100.000 Schilling, die der Gemeinderat im Jahre 1931 für die Kunstförderung bewilligt hat. Die Anträge des Kunstbeirates wurden vom Gemeinderatsausschuss zum grössten Teil angenommen. Die schwierigen Finanzverhältnisse gestatten leider nicht die abermalige Einstellung von 100.000 Schilling für den Ankauf von Werken der Gegenwartskunst in dieses Budget. Wir haben aber den vom Jahre 1932 verbliebenen Rest per 37.000 Schilling auf 75.000 Schilling ergänzt; diese Summe finden Sie auch im Voranschlag verzeichnet und sie wird im Jahre 1933 den Künstlern zugute kommen.

Was die städtischen Museen, Sammlungen, Büchereien und das Archiv anlangt, so weist der Voranschlag keine nennenswerten Veränderungen gegenüber 1932 aus.

Empfänge haben heuer nicht stattgefunden; auch für das kommende Jahr sind sie nicht vorgesehen.

Schliesslich teile ich noch mit, dass die Zahl der bei der Gemeinde angemeldeten goldenen Hochzeiten ununterbrochen steigt. Im Jahre 1920 meldeten bloss 73 goldene Hochzeitspaare ihren Anspruch auf die städtische Ehrengabe an, 1931 waren es bereits 303 und heuer sind es schon 328 goldene und 16 diamantene Hochzeitspaare. Für diese in allen Kreisen der Bevölkerung geschätzte Aktion sind 30.000 Schilling im Voranschlag enthalten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

GR. Dr. Kctzaurek (christl. soz.) erblickt einen wesentlichen Unterschied zwischen der früheren christlichsozialen und der gegenwärtigen sozialdemokratischen Verwaltung der Stadt Wien darin, dass Erstere jederzeit bestrebt war, den Interessen der Gesamtbevölkerung zu dienen, während die Tätigkeit der Letzteren vornehmlich auf das Parteiinteresse gerichtet ist. Eine ausschliessliche Rücksichtnahme auf das Parteiinteresse schliesst aber die Objektivität von vorneherein aus. Ueberdies ist der Verwaltungsapparat gegenwärtig zu umständlich und schleppend. Daran ist nicht die Beamtenschaft schuld, die durchwegs ausgezeichnet ist, sondern das System der Sparmassnahmen und die Parteipolitik. Während die Verleihung einer Gewerbe Konzession beispielsweise im allgemeinen/seinr lange Zeit beansprucht, gibt es keine Schwierigkeiten, wenn es sich darum handelt, einem Parteiangehörigen eine Gast-, Kaffehaus- oder Kino Konzession zu bewilligen. Der Redner verweist darauf, dass der Firma Payer & Schmutzer bei ^{der} Verlegung ihres Betriebs aus einem Bezirk in den anderen und bei der Errichtung von Annahmestellen die grössten Schwierigkeiten gemacht werden. Bei der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband hat sich die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung Methoden zurecht gelegt, die vom Standpunkt einer gesunden Bevölkerungspolitik nicht zu rechtfertigen sind. In erster Linie sollten Angehörige der österreichischen Bundesländer berücksichtigt werden, aber gerade ihnen gegenüber beweist die Gemeinde ein sehr geringes Entgegenkommen. Ein Mann, gegen den garnichts vorliegt und der seit Jänner 1922 in Wien polizeilich gemeldet ist, konnte die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband bisher nicht erreichen, vielleicht deshalb, weil er Unteroffizier des Bundesheeres ist. Polnische oder rumänische Juden werden aber mit offenen Armen aufgenommen. So lange in dieser Hinsicht keine Aenderung eintritt, kann die christlichsoziale Fraktion für den Voranschlag nicht stimmen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Uebelhör (christl. soz.) verlangt im Interesse der Ermöglichung und Erleichterung der Ausübung des Mandates die Drucklegung der stenografischen Protokolle. Bis zum Frühjahr wurden Auszüge aus dem stenografischen Protokoll an die Mitglieder des Gemeinderates versendet, seither ist auch das eingetellt worden. Der Redner beantragt: Die stenografischen Protokolle des Wiener Gemeinderates sind in Druck zu legen und den Gemeinderäten kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Im Falle der Ablehnung beantragt er : Das stenografische Protokoll ist auszugsweise zu vervielfältigen und mit der Rathauskorrespondenz an die Mitglieder des Gemeinderates zu versenden.

Er beantragt schliesslich: Namen, Stand und Adresse der Personen, die in Wien eingebürgert werden, sind im Amtsblatt der Stadt Wien zu veröffentlichen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Wernisch (christl. soz.) erklärt, dass die christlichsoziale Fraktion mit der Art und Weise, wie Ersparungen gemacht wurden, nicht einverstanden ist. Es gibt im Budget viele Posten, die eine Ersparung vertragen würden, ohnedass dadurch der Pflichtenkreis der Gemeinde eingeschränkt werden würde. Hätte die derzeitige Gemeinderatsmehrheit gegenüber den freiwilligen Feuerwehren eine andere Einstellung, so hätten sich sicher beim Personalaufwand für die städtische Berufsfeuerwehr Ersparungen erzielen lassen. Die Gemeindewache ist ein Lieblingskind der Mehrheit. Für

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am _____

einen Stand von 200 Mann wird der Kostenaufwand mit 785.000 Schilling präliminiert. Es entfallen also pro Mann monatlich 300 Schilling. Die Vergütungen, die an die Gemeindegewache ausgegeben werden, kann man nur als eine Art Arbeitslosenunterstützung bezeichnen, da die Gemeindegewache absolut nichts leistet. Stadtrat Dr. Tandler hat hier im Gemeinderat in beweglichen Worten die Notlage der Künstler und deren verschämte Armut geschildert, leider aber hat die Gemeindeverwaltung für die Kunstförderung ganz unzulängliche Beträge vorgesehen und ich stelle daher den Antrag, die Post Förderung von Theater- und Musikaufführungen von 20.000 Schilling auf 62.240 Schilling und die Post Förderung der Gegenwartskunst von 75.000 Schilling auf 475.000 Schilling zu erhöhen, hingegen den Gesamtaufwand für die Gemeindegewache von 842.240 Schilling auf 400.000 Schilling herabzusetzen. Der Redner beschäftigt sich dann mit den Zeitschriften "Die Wohnung" und "Blätter für das Wohlfahrtswesen" und beantragt die Einstellung der beiden Blätter. Hinsichtlich der Gewerbe-förderung stellt der Redner den Antrag, dass Arbeits- und Lieferungs-aufträge an ausländischen Firmen und Unternehmungen bis zu 500.000 Schilling der Genehmigung durch den Stadtsenat und Arbeits- und Lieferungs-aufträge an ausländische Firmen und Unternehmungen in der Höhe von mehr als 500.000 Schilling der Genehmigung durch den Gemeinderat bedürfen sollen.
(Beifall)

GR. Ing. Hözl (nat.) bemerkt, die Verwaltungsgruppe VII scheine den einen besonderen Zweck zu haben, die Bevölkerung dadurch zu schädigen, dass Fremde besonders bevorzugt werden. Was die Gemeindegewache betrifft, so wurden wohl die Kosten hierfür unter dem Druck der finanziellen Not herabgesetzt, aber sie übt noch immer ihre Funktion aus, und zwar gerade an den Stellen, wo sich die Ärmsten der Armen einfinden, beim Wohnungsamt, bei den Fürsorge- und Stellenlosenämtern. In einer Besprechung der Feuerwehr weist der Redner darauf hin, dass die Mehrheit auch diese wichtige Institution als eine Domäne der Marxisten auffasst und wendet sich in scharfer Weise dagegen, dass in den letzten Wochen durch Dienstwagen eine Hetzbrochure des freien Gewerkschaftsverbandes zu den Dienststellen der Feuerwache geschafft worden sei und dass diese Hetzbrochure dort aufliege. Die Einbürgerung ist nichts als ein Weg zur Schaffung geechter sicherer Wähler. Wir wenden uns auf das entschiedenste dagegen, dass so viele Juden, Ostjuden, die die Geschäftsmoral so verderben und die in der Bevölkerung Verbrechen hervorrufen, wie Steuerhinterziehung und dergleichen, eingebürgert werden. Der Vorgang,

den die Gemeinde bei der Einbürgerung übt, ist ganz kapitalistisch. Nur der wird eingebürgert, der die Taxe bezahlen und die Sicherheit bieten kann, dass er der Gemeinde nicht zur Last falle. Dabei werden öfter auch Kinder von Juden, Ungarn und Rumänen eingebürgert, deren Eltern hier gar nicht heimatherechtigt sind. Die Gemeinde will, ähnlich wie das Land Tirol die Soldaten, die um Kriege gekämpft haben durch eine Medaille geehrt hat, diesen Soldaten Anerkennung zollen. Er beantragt daher, dass die in Wien beheimateten sowie die in Wien nicht Beheimateten, jedoch ansässigen Besitzer der goldenen Tapferkeitsmedaille zu Ehrenbürgern der Stadt Wien ernannt werden. Er beklagt sich sodann darüber, dass die Beträge für Kunstförderung wesentlich gesenkt worden sind und dass diese Beträge den roten Vereinen zugute kommen. Jedes Jahr kauft die Gemeinde eine Menge moderner Gemälde. Sie sind modern, aber blödsinnig, unverständlich, entartet, mit einem Wort volks- und artfremd, jüdisch. Er verlangt sodann, dass die Tafeln mit fremdsprachigen Aufschriften besteuert werden, man würde damit eine ganz ergiebige neue Steuerquelle schaffen (Lebh. Beifall b.d. Nat.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

GR. Stöger (chr.) befasst sich in eingehender Weise mit dem Kinowesen. Er weist darauf hin, dass durch den Tonfilm der internationale Charakter des Films gebrochen wurde und auch die Vorherrschaft des amerikanischen Films stark zurückgegangen ist. Das Erfordernis der Bodenständigkeit, das dem Tonfilm im besonderen Masse zukommt, käme der Erzeugung österreichischer Filme besonders zustatten, und Wien ist für die Erzeugung deutscher Filme ausserordentlich geeignet. In keiner Filmstadt der Erde wird billiger produziert als in Wien. Wir haben hervorragende Künstler, erstklassige Ateliers, ein prächtiges Gelände. Aber in Wien krankt der Film an der ausserordentlich drückenden Lustbarkeitsabgabe, und zwar noch mehr als an der schlechten Wirtschaftslage. Während in Berlin der Film mit dem Höchstsatz von 12 Prozent belastet ist, beträgt die Steuerbelastung in Wien 28,5 Prozent, wozu noch die Warenumsatzsteuer kommt. Die Haltung des Rathauses gegenüber dem Kino grenzt an Wahnsinn. Ein Uraufführungstheater hat z. B. mit einer Belastung von 65,5 Prozent von den Bruttoeinnahmen zu rechnen. Es muss daher vor allem verlangt werden, dass die würgende Lustbarkeitsabgabe abgebaut wird. Will der Referent, dass das darniederliegende Kino sich erhebt, und damit einer der hoffnungslosesten Zweige der österreichischen Industrie zur Blüte kommt, dann würde er alles aufbieten um beim neuen Finanzreferenten zu erwirken, dass die Einstellung des Rathauses gegenüber dem Kino besser (Lebh. Beifall b. d. Chr.) Der Zensurmangel, der bei uns besteht, wirkt sich nicht nur in dem Sinne aus, dass beim Film jede Rentabilitätsberechnung unmöglich wird, er wirkt sich ~~noch~~ in kultureller Beziehung noch viel verherrender aus. Da wurde bei uns ein Dirnenfilm erlaubt, der in den europäischen Westländern und in Deutschland verboten war. Diese Schweinewirtschaft will man uns als freiheitliche Errungenschaft hinstellen.

Vorsitzender Dr. Neubauer ersucht den Redner, sich zu mässigen.

GR. Stöger bemerkt, je eher man uns von dieser europäischen Schande befreit um so besser. Der Umstand, dass heute das Kinowesen Landes Sache ist, hat zu einem wahren Chais geführt. Der amtsführende Stadtrat müsste die Initiative ergreifen, dass auf diesem Gebiet endlich Ordnung geschaffen wird. Der Redner stellt schliesslich den Antrag, der amtsführende Stadtrat möge dem Wiener Landtag einen Antrag auf Novellierung des Wiener Kinogesetzes in dem Sinne vorlegen, dass die vom Magistrat erlassenen Richtlinien für Schmalfilmvorführungen mit schwer entflammaren Filmen im Wiener Kinogesetz verankert werden (Lebh. Beifall b. d. Chr.).

GR. Perschl (christl. soz.) ~~verweist auf den starken~~ ^{verweist auf den starken} ~~Autounfälle~~ ^{Autounfälle} verweist auf den starken sich stets steigenden Autoverkehr, der nicht nur für die Passanten, sondern auch für die Kraftfahrer und Fahrgäste ein grosses Gefahrenmoment bildet. Auf den gefährlichen Strassenkreuzungen sind zwar Verkehrsposten aufgestellt, sie werden aber erst um 9 Uhr vormittags aufgestellt und um 8 Uhr abends eingezogen. Zur Verminderung der vielen Autounfälle wäre eine Kennzeichnung der wichtigsten Strassen erforderlich und der Redner stellt daher den Antrag: Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VII wird aufgefordert, im Interesse der glatten Abwicklung der Sicherheit des Verkehrs ungesäumt zu veranlassen, dass im Strassenpolizeigesetz für Wien die Kärntnerstrasse, der Stefansplatz, die Rotenturmstrasse, die Ergeben, der Kohlmarkt, die Tuchlauben, die Herrngasse und Augustinerstrasse als Hauptverkehrsstrassen erklärt und als solche gekennzeichnet werden. (Beifall bei den Christl. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt.

Wien, am

STR. Honay bestreitet in seinem Schlusswort die Richtigkeit der Behauptung, dass parteimässige Rücksichten bei der Entscheidung der Verwaltungsbehörde eine Rolle spielen. Hiefür ist nicht ein einziger Beweis erbracht worden. Die Monopolisierung des Leichenbestattungswesens ist nicht von Sozialdemokraten sondern von den Christlichsozialen eingeleitet worden; die gegenwärtige Gemeinderatsmehrheit werde auf diesem Gebiete Ordnung schaffen und deshalb der Firma Payer & Schmutzer die Errichtung neuer Filialen nicht bewilligen. Was die Heimatsrechtsverleihungen betrifft, so sind vom 1. Jänner bis 25. November insgesamt 2031 Einbürgerungen vorgenommen worden, wovon 370 auf selbstständige Gewerbetreibende und Geschäftsleute, 1038 auf Arbeiter und 455 auf Angestellte entfallen. Es ist also unrichtig, dass nur Händler in Wien das Heimatsrecht erlangen. Den vorgebrachten Fall des Unteroffizieres des Bundesheeres werde er erheben und einer objektiven Erledigung zuführen. Zu dem Antrage auf Drucklegung der stenografischen Protokolle bemerkt der Redner, dass die Drucklegung im Jahre 1931 25.000 Schillinge gekostet hätte. Es müsste ^{überdies} mindestens ein mittlerer Verwaltungsbeamter eingestellt werden, sodass die Kosten ohne Einrechnung des Papiere mehr als 30.000 Schilling betragen würden. Auch die Stadt Berlin hat bereits die Drucklegung dieser Protokolle eingestellt. Die Rathauskorrespondenz bringt einen ausführlichen Auszug aus den Reden. Wenn er von den Zeitungen nicht so ausführlich veröffentlicht wird, so ist das nicht Schuld der Rathauskorrespondenz. Ueberdies wird jedem Gemeinderatsklub ein Exemplar des stenografischen Protokolles zur Verfügung gestellt und ein Exemplar liegt im Präsidialbüro zur ständigen Einsicht auf. Auch die beantragte Veröffentlichung der Einbürgerungen im Amtsblatt ist aus Ersparungsrücksichten nicht angezeigt. Gegenüber der Behauptung, dass durch die Auflassung der freiwilligen Feuerwehren eine grössere Ausgabe für die Berufsfeuerwehr erwachsen ist, stellt STR. Honay fest, dass die Branddirektion gerade das Gegenteil feststellt. Durch die Eingliederung der freiwilligen Feuerwehren in die Berufsfeuerwehr konnte der Feuerwehrdienst so zweckmässig ausgestaltet werden, dass der Stand von 1240 auf 1067 Mann heruntergesetzt werden konnte, wobei der Feuerwehrdienst besser geworden ist. Zu dem Antrage, die Ausgaben für die Gemeindegewache zur Kunstförderung zu verwenden, bemerkt der Redner, dass die Gemeindegewache gegenwärtig einen schwierigen Dienst, insbesondere in den Fürsorgeämtern, zu versehen hat. Gerade die christlichsozialen Fürsorgevorsteher- und Stellvertreter haben sich wiederholt geäussert, dass sie mit der Dienstleistung der Gemeindegewache in den Fürsorgeämtern ausserordentlich zufrieden sind (Hört! Hört! bei den Soz. dem. Zwischenrufe bei Christl. soz.) Der tägliche Parteiverkehr bei den Fürsorge-, Arbeitslosen- und Wohnungsämtern, wo die Gemeindegewache Dienst macht, beläuft sich heute schon auf 50.000 Menschen. Es hat also die Gemeindegewache einen schwierigen und aufopferungsvollen Dienst zu leisten. Bezüglich der Kunstförderung ist festzustellen, dass die Gemeindeverwaltung von 1923 bis 1932 nicht weniger als 1,081.000 Schilling für die Ausschmückung der Wohnhaus- und Wohlfahrtsbauten, für künstlerische Arbeiten in öffentlichen Anlagen und Friedhöfen ausgegeben hat, welcher Betrag 59 Bildhauern und 21 Malern zugute gekommen ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

St.R. Honay spricht sich sodann gegen die Annahme des Antrages Dr. Vernisch auf Einstellung der Zeitschriften "Die Wohnung" und "Blätter für Wohlfahrtswesen". Wir müssen eigentlich der Gewista, die die erste Zeitschrift herausgibt, für die Herausgabe dieser Zeitschrift sehr dankbar sein, da sie der Gemeinde durch die darin enthaltenen amtlichen Mieter Verwaltungskosten erspart. Die Zeitschrift wird von der Gewista erhalten und kostet der Gemeinde keinen Groschen. Das Gleiche gilt für die Blätter für das Wohlfahrtswesen. Es liegt kein Grund zur Einstellung dieser sehr gut geleiteten Blätter vor.

Über die Not der Kunst ist nur zuzusagen, dass in unserer kapitalistischen Welt Künstler und Elend zusammengehören und dass in einer Zeit, in der die Massen lebenswichtige Artikel nicht mehr kaufen können, die nicht lebenswichtigen Dinge erzeugt, am meisten leiden. Wenn man aber weiss, was die Gemeinde in dieser schweren Zeit für die Kunst tut, wird man zugeben müssen, dass ein Anlass zu einer Kritik nicht vorhanden ist.

Dass die G. R. Hölzl, Hetzflugschriften in Dienstwagen zu allen Feuerwehrrachen geführt worden sind, ist schon deshalb unmöglich, weil Dienstwagen an alle Wachen überhaupt nicht kommen. Die Sache wird aber untersucht werden. Wie sehr die Behauptung des GR. Hölzl, dass in jeder Ausschusssitzung Kinder von Juden eingebürgert werden, geht schon daraus hervor, dass vom 1. Jänner bis 1. November dieses Jahres überhaupt nur 25 Schülern das Heimatsrecht verliehen wurde. Auf den Antrag wegen Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an alle Besitzer der goldenen Tapferkeitsmedaille muss ich zur Ablehnung vorschlagen. Bekanntlich steht das Recht auf Verleihung des Ehrenbürgerrechtes dem Gemeinderat zu. Man würde diese hohe und schöne Auszeichnung nur herabsetzen, wenn man sie verallgemeinern wollte. Wir sind aber bereit, die einzelnen Fälle zu untersuchen und dem Gemeinderat die Entscheidung zu überlassen.

Besitzer tschechischer Firmen höher zu besteuern als Besitzer deutscher Firmen ist schon verfassungsrechtlich unmöglich.

Viel davon, was GR. Stöger über die schlechte Qualität der Filme sagt hat, wird auch die Meinung der Mehrheit sein. Wir begrüßen eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Filmwesens. Den Antrag Stöger, der sich auf die Schmalfilme beschränkt, ersuche ich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen, weil auch wir für eine Reform auf diesem Gebiete sind.

Zu den Anträgen Perschel bemerkt St.R. Honay, dass nach dem Strassenpolizeigesetz als Hauptverkehrsstrassen diejenigen Strassen statuiert sind, wo sich Geleise befinden. Ausserdem können gewisse Strassen als Hauptverkehrsstrassen bezeichnet werden. Im übrigen wurden in dieser Frage in diesem Jahre internationale Abmachungen in Genf getroffen, die noch nicht ratifiziert sind. Die Anregungen des GR. Perschel einzelne Strassen als Hauptverkehrsstrassen zu bezeichnen sowie die Anregungen, die er wegen der Verkehrszeichen gegeben hat, werden wir überprüfen. St.R. Honay ersucht schliesslich, den Voranschlag seiner Verwaltungsgruppe zu genehmigen. (H. Perschel A. D. 103. 1000)

Der Antrag Dr. Wernisch wegen der ausländischen Bestellungen wird zurückgezogen.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe VII werden genehmigt, die Anträge Stöger und Perschel der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die anderen Minderheitsanträge abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

Ueber die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1933 berichtet Vizebürgermeister Emmerling:

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1933 sind in der gleichen Weise ausgearbeitet worden wie in den beiden letzten Jahren, nämlich in der Form einer vorweggenommenen Gewinn- und Verlustrechnung, sodass alle Ansätze des Voranschlages unmittelbar mit den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Beobachtungsjahres verglichen werden können.

Die Gaswerke.

Die Gaserzeugung wird mit 333 Millionen Kubikmeter angenommen; das ist ungefähr die Menge der tatsächlichen Erzeugung des Jahre 1931 und um 4 Prozent mehr als die Annahme des Voranschlages 1932. Die Menge des verkauften Gases ist mit 298 Millionen Kubikmeter, das heisst ebenshoch wie im Jahre 1932 veranschlagt, weil nach den Beobachtungen der letzten Jahre eine gewisse Festigkeit des Absatzes auch weiterhin angenommen werden kann.

Als Erfolg des Geschäftsjahres 1933 wird ein Gebarungsüberschuss von 117.000 Schilling angenommen. Der Geldbedarf für die Investitionen beträgt rund 7.2 Millionen Schilling. Davon betreffen 1,665.000 Schilling Kreditreste für in Ausführung begriffene Arbeiten und 5,627.000 Schilling Neuherstellungen. Der gesamte Investitionsaufwand von rund 7.2 Millionen Schilling wird aus eigenen Mitteln bestritten.

Die Elektrizitätswerke.

Stromerzeugung und Bezug sind mit 470 Millionen Kilowattstunden gegen 500 Millionen Kilowattstunden im Vorjahre angenommen. Der gesamte Stromverkauf ist mit 340 Millionen Kilowattstunden, das ist um 5.6 Prozent geringer als im Jahre 1932 veranschlagt. Von der Stromerzeugung entfallen 112 Millionen Kilowattstunden (gegen 172 Millionen Kilowattstunden im Vorjahre) auf die Wiener Werke, 33 Millionen Kilowattstunden (gegen 53 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1932) auf Ebenfurth.

Der Strombezug aus den eigenen Wasserkraftwerken ist wie im Vorjahre mit rund 96 Millionen Kilowattstunden, der Fremdstrombezug mit rund 288 Millionen Kilowattstunden (gegen 178.8 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1932) angenommen.

Zentrale Wien

Für Instandhaltung sind nur die zur Erhaltung eines einwandfreien Zustandes der Anlagen notwendigsten Ausgaben im Betrage von 8,452.000 Schilling vorgesehen. Sie sind geringer als die aufgelaufenen Instandhaltungskosten des Jahres 1931 und der genehmigte Voranschlagsbetrag für das Jahr 1932. Die Kosten für die öffentliche elektrische Beleuchtung in Wien wurden mit 3,664.000 Schilling angenommen. Sie sind mit Rücksicht auf den vorgeschlagenen weiteren Ausbau der öffentlichen Beleuchtung gegenüber dem Voranschlage 1932 um geringes erhöht. Der Beitrag zur Rücklage für Ruhe- und Versorgungsbezüge wurde gegenüber dem Ansatz 1932 unverändert mit 500.000 Schilling angenommen. Mit Rücksicht auf den in der Ueberlandzentrale veranschlagten Verlust von 5,486.000 Schilling wurde als Beitrag zur Rücklage für die seinerzeitige Uebernahme der Ueberlandzentrale durch die städtischen Elektrizitätswerke ein Betrag von 5,500.000 Schilling eingesetzt. Der Wirtschaftsplan der Zentrale Wien weist einen Gebarungsüberschuss von 55.000 Schilling aus.

Ueberlandzentrale Ebenfurth

Für Neuherstellungen sind 4,530.000 Schilling veranschlagt, hievon für die Netze, Hausanschlüsse, Transformatoren und Elektrizitätszähler

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am

3,460.000 Schilling. Für die Erweiterung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung ist ein Betrag von 500.000 Schilling vorgesehen, von dem 250.000 Schilling durch einen Beitrag des Gaswerkes gedeckt werden. Die Restzahlungen für Investitionen aus den Vorjahren werden 4,010.000 Schilling erfordern. Hievon entfallen auf das seinerzeitige Ausbauprogramm 3,250.000 Schilling. Das Gesamterfordernis stellt sich für Neuherstellungen auf 4,530.000 Schilling.

Die Strassenbahnen.

Der Wirtschaftsplan der städtischen U_nternehmungen wird bekanntlich auf Grund der Marktpreise und Lohnkosten erstellt, die jeweils im Oktober, das ist zur Zeit der Aufstellung des Voranschlages gelten. In diesem Sinne ist der Wirtschaftsplan der Strassenbahnen unter Rücksichtnahme auf die Frequenzbeobachtungen des laufenden Jahres bis in den Monat Oktober verfasst, das heisst unter Berücksichtigung des leider im laufenden Jahre zu beobachtenden Frequenzrückganges um weitere rund 10 Prozent. Der Verwaltungsbericht pro 1931 hat auf Strassenbahn und Stadtbahn eine Beförderungsleistung von 574.4 Millionen Personen ausgewiesen. Für das Jahr 1932 war die Beförderungsleistung mit 545 Millionen präliminiert, für das kommende Geschäftsjahr wird sie mit 477 Millionen Fahrgästen angenommen. Demgemäss wird auch die Fahrtleistung auf diesen beiden Verkehrsmitteln entsprechend geringer in Rechnung gestellt. Dem Wirtschaftsplane liegt die Annahme von 123.7 Millionen Wagenkilometern auf Strassenbahnen und Stadtbahn zugrunde. Im Autobusbetrieb ist die Beförderungsleistung mit 27.2 Millionen Personen, das ist um 4.8 Prozent geringer als im Jahre 1932, die Fahrtleistung mit 3,639.000 Wagenkilometer angenommen.

Die Personalausgaben sind mit 78.6 Millionen Schilling gegen 83.2 Millionen Schilling im Vorjahre veranschlagt. Die sozialen Ausgaben werden 6.9 Millionen Schilling gegen rund 7 Millionen Schilling im letzten Jahre erreichen. Die Erhöhung gegen 1931 (5.9 Millionen Schilling) ist ausschliesslich auf die Erhöhung der Beiträge zur Pensionskasse zurückzuführen. Für die Ruhe- und Versorgungsbezüge der Schemastisten sind rund 3 Millionen Schilling gegen 2.7 Millionen Schilling im Jahre 1932 in Konsequenz von zahlreichen Pensionierungen vorgesehen. Die Auslagen für Kraftstrom werden infolge Verringerung der Fahrtleistung nur 6 Millionen Schilling gegen 6.6 Millionen Schilling im Vorjahre betragen. Die Ausgaben für die Materialien wurden von 7.7 Millionen Schilling des letzten Wirtschaftsplanes auf 5.8 Millionen Schilling, die allgemeinen U_ntkosten von rund 9 Millionen Schilling auf 7 Millionen Schilling herabgedrückt. Damit ist im Sachaufwand so ziemlich die äusserste Grenze überhaupt möglicher Einschränkungen erreicht. Die Abschreibungen betragen 17.1 Millionen Schilling gegen 17.7 Millionen Schilling im letzten Wirtschaftsplane.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf Strassenbahnen und Stadtbahn sind um 18.6 Millionen Schilling geringer angenommen als im Ansatz 1932. Beim Autobusbetrieb wird mit einem Einnahmefall von 700.000 Schilling gerechnet. Der Wirtschaftsplan gewärtigt einen Gebarungsabgang von 21.9 Millionen Schilling bei Strassenbahnen und Stadtbahn, von 850.000 Schilling beim Autobusbetriebe und von 120.000 Schilling bei Elektrobusbetrieb. Unter solchen Umständen sind selbstverständlich die Investitionen auf ein Minimum eingeschränkt. Hiefür sind insgesamt 4.7 Millionen Schilling vorgesehen, die mit 3 Millionen Schilling aus Abschreibungsbeträgen, mit dem Reste durch Kreditabmachungen bedeckt werden

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII¹/₂ Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

sollen. Von den erwähnten 4.7 Millionen Schilling sind lediglich 3 Millionen Schilling neu zubeantragende Sachkredite, während die restliche Summe Kreditreste betrifft. Die neuzubeantragenden Sachkredite betreffen nahezu ausschliesslich Erneuerungen, vorzugsweise unumgänglich notwendige Gleiseerneuerungen.

Das Brauhaus.

Der Wirtschaftsplan dieser Unternehmung ist unter Rücksichtnahme auf den andauernden Rückgang des Bierkonsums erstellt. Während im Vorjahre mit einer Erzeugung von 270.000 Hektoliter und mit einem Absatze von 253.800 Hektoliter gerechnet worden ist, ist für das kommende Geschäftsjahr die Erzeugung mit 240.000 Hektoliter, der Verkauf mit 225.600 Hektoliter veranschlagt. Demgemäss ist der Reingewinn um 100.000 Schilling geringer; er ist mit 300.000 Schilling gegen 400.000 Schilling im Ansatz pro 1932 angenommen.

Die Investitionen dieser Unternehmung, die ja bereits in allen wesentlichen Beziehungen auf das modernste ausgestattet ist, sind mit 250.000 Schilling angesetzt; sie werden zur Gänze aus eigenen Mitteln bestritten.

Leichenbestattungsunternehmung.

Dem Wirtschaftsplane liegt die Annahme von 10.310 eigenen Zählleichen, ferner von 7.170 Fällen von Teilleistungen für private Bestatter und von 1440 unentgeltlichen Leichenbegängnissen zugrunde. Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungsüberschuss von rund 172.000 Schilling auf. Die in Aussicht genommenen Investitionen mit einem Erfordernisse von 87.000 Schilling werden selbstgerständig zur Gänze aus eigenen Mitteln bestritten.

Städtische Ankündigungsunternehmung.

Die städtische Ankündigungsunternehmung hofft auch im kommenden Geschäftsjahre ein Ergebnis zu erzielen, das im grossen und ganzen ebenso günstig ist wie die Erfolge der letzten Jahre. Der Gebarungsüberschuss wird für das kommende Geschäftsjahr mit 110.000 Schilling veranschlagt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Schluss der Sitzung 21 Uhr 55, Bogenabfertigung 22 Uhr 15

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

351

I. Ausgabe

Wien, am 23. Dezember 1932.

Sehr geehrte Redaktion!

Wir ersuchen höflichst, die beiliegende Notiz über die Wiedereröffnung des Haydn-Museums in Ihrem geschätzten Blatte veröffentlichen zu wollen, und beehren uns gleichzeitig mitzuteilen, dass das Museum für eine allfällige Vorbesichtigung durch Vertreter der Presse morgen, Samstag, von 10 bis 12 Uhr geöffnet ist.

Hochachtungsvoll

die Direktion der Städtischen Sammlungen:

H. Reuther m. p.
Direktor.

WIEDERERÖFFNUNG DES HAYDN-MUSEUMS DER STADT WIEN IM WOHN-UND STERBEHAUSE DES KÜNSTLERS, VI. HAYDNGASSE 19.

Die vorübersehende Uebertragung einer Anzahl von Objekten des Haydn-Museums in die im Frühjahr dieses Jahres veranstaltete Haydn-Gedächtnisausstellung gab den Anlass, das seit dem Jahre 1909 unverändert belassene Haydn-Museum im Sterbehaus des Meisters, VI., Haydngasse 19, einer Neuordnung zu unterziehen. Die Forschungen im Zuge der wissenschaftlichen Vorbereitung der erwähnten Ausstellung hatten die Erkenntnis gebracht, dass nur der erste von den drei Räumen, in denen das Haydn-Museum untergebracht ist, einen Bestandteil der Wohnung des Künstlers, vielleicht sein Sterbezimmer, bildete, die übrigen aber spätere Zubauten sind. Es wurde daher versucht, diesem ersten Raum durch Aufstellung des nach der Ueberlieferung aus Haydns Besitz stammenden Klaviers und anderer Möbelstücke ein wohnraumartiges Gepräge zu geben. Aus diesem Grunde wurde auch hier von der Aufstellung von Schaukasten abgesehen. In den ausgestellten Bildern werden das Leben Haydns und insbesondere seine Beziehungen zu Wien innerhalb der durch die Enge des Raumes bedingten Möglichkeiten dem Beschauer in Erinnerung gerufen: seine Wohnstätten, Rohrau, Hainburg, Eisenstadt, Wien, seine besonderen Gönner, Freunde, Schüler, nicht zuletzt der Meister selbst in mehreren Portraits begleiten den die Räume durchschreitenden Besucher. In den Schaukasten wird in Originalausgaben, alten Drucken, Abschriften und eigenen Handschriften des Meisters ein Ueberblick über sein reiches Schaffen angedeutet, eine Reihe von eigenhändigen Briefen gewähren Einblick in Haydns persönliche Eigenart, ein Schaukasten mit Haydn-Medaillen, deren Prägung sich über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren erstreckt, zeugt von dem Ruhm, den Haydn sich bei seiner Mit- und Nachwelt erwarb.

Das Museum wird übermorgen, Sonntag, für den allgemeinen Besuch wieder eröffnet und ist bei freiem Eintritt Montag bis Samstag von 9 Uhr bis 12 Uhr und 14 Uhr bis 16 Uhr und Sonntag von 9 Uhr bis 13 Uhr zu besichtigen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

352

Wien, am 23. Dezember 1932.

Budgetberatung 1933

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1932.

Vorstzender Weigl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Debatte über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1933.

GR. Uebelhör (chr.) bemerkt, es müsse bei Beratung der Wirtschaftspläne immer wieder betont werden, dass die grossen städtischen Unternehmungen Schöpfungen des grossen Volksbürgermeisters Dr. Lueger und damit der christlichsozialen Partei sind, weil sich die Mehrheit hier oft mit fremden Federn schmücke. Der Redner befasst sich sodann eingehend mit der städtischen Strassenbahn und bemerkt, es sei wohl unbestritten, dass heute in Wien ein Verkehrsskandal bestehe. Auf den verkehrsreichsten Strecken sind unerhört lange Intervalle. Bei vielen Haltestellen warten 50, 60 ja 100 Menschen. Es ist heute fast unmöglich, unter Benützung der Strassenbahn Geschäfts ab zuwickeln. Man wird solange bei der Strassenbahn nichts tun, bis wieder ein Unglück geschieht. Durch Verlängerung der Intervalle zu sparen, ist ganz falsch, weil hiebei ein Teil der Einnahmen verlorenght. Es ist auch der Uebelstand noch immer nicht beseitigt, dass die Schaffner vor der Endstation über die Köpfe des Publikums hinweg die Tafeln auswechseln. Unmöglich ist auch das Abfahrtssignal bei den Autobussen, das darin besteht, dass der Schaffner im Inneren des Autobus sein "Fertig" brüllt. Der Redner stellt sodann den Antrag, dass den Abnehmern von Gas und Strom die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen durch kostenlose Lieferung der entsprechenden Menge von Gas und Strom mit entsprechender Verzinsung rückvergütet wird und für den Fall der Ablehnung dieses Antrages den Eventualantrag, dass diese Rückzahlung wenigstens an diese Abnehmer erfolgen möge, die arbeitslos sind. Schliesslich verlangt der Redner genaue Aufklärung über die Pensionskasse und Krankenkasse der städtischen Strassenbahnen und fordert, dass man sich endlich mit der Einführung des Zonentarifs beschäftigen möge. (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Pichler (nat.) beschwert sich darüber, dass Wizebgm-Emmerling eine Reihe der von ihm anlässlich der Verhandlung der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1931 gestellten Anfragen nicht geantwortet habe. Dies gilt insbesondere von den Fragen, bei welchen Banken die städtischen Unternehmungen Guthaben besitzen, was mit dem Kassenvorstand im E. Werk ist, der plötzlich seines Dienstes enthoben wurde, warum die Länderbank noch immer den Gaskoksverkauf in der Hand hat. Entweder sollte die Gemeinde selbst den Gaskoksverkauf übernehmen oder ihn arischen Kleinkohlenhändlern übergeben. Auf jeden Fall müsste es vermieden werden, dass eine jüdische Grossbank hier ansehnliche Geschäfte macht. Der Redner beschäftigt sich sodann mit der Grundgebühr für elektrischen Strom und bezeichnet diese Gebühr als eine unsoziale Massensteuer, da hiedurch die wenig Begüterten stark getroffen werden, die grossen Stromverbraucher aber gut abschneiden, da bei diesen die Grundgebühr im Verhältnis zum Stromverbrauch ausserordentlich gering ist. Er führt hiefür einige Beispiele an. Sodann wendet er sich dagegen, dass sowohl im Wirtschaftsplan des Gaswerkes wie der E. Werke auf der Lastenseite Millionenbeträge für allgemeine Unkosten eingesetzt sind, das sind Pauschalposten, die offenbar Verschleierungszwecken dienen. Er verlangt weiters Aufklärung, warum im Wirtschaftsplan des Gaswerkes bei den Beiträgen zu den Rücklagen für die Körperschaftsteuer, Verzinsung und Tilgung der Vorkriegsschulden, bei der Post Erneuerung und

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

zweifelhafte Buchforderungen gar nichts ausgewiesen ist. Die bei den E. Werken bestehende Personalkommission sollte sich weniger um die Herabsetzung der Personallasten und der Nebengebühren als darum kümmern, warum es bei den E. Werken noch immer 5 Personenautos gibt. Insbesondere der Wagen des Vizedirektors Jonas kommt dem E. Werk sehr teuer zu stehen. Wenn man eine Villa in Baden und eine Wohnung in Währing hat und noch dazu die Gattin besondere Vorliebe für Privatfahrten hat, ist es begreiflich, dass die Kosten dieses Autos sogar dem ehemaligen Finanzreferenten zu hoch waren. Man möge sich auch endlich um die Pensionierung derjenigen Angestellten kümmern, die längst schon pensionsrei sind. In der Dienstordnung ist zwar als eine Voraussetzung für die Aufnahme die Zugehörigkeit zur Deutschnationalität aufgenommen. Wie wenig man sich daran hält, beweist dann die Anzahl der jüdischen Namen, die es unter den Angestellten des E. Werkes gibt. Seinerzeit hat der Bürgermeister auf eine Anfrage von uns erklärt, man müsse sich erst ins Klare darüber kommen, was unter deutscher Nationalität zu verstehen sei. Da diese Voraussetzung in die Dienstordnung aufgenommen wurde, müsste man sich darüber schon im Klaren sein.

STR. Dr. Breitner hat bei der Behandlung eines von ^{uns} gestellten Dringlichkeitsantrages auf Ermässigung des Gas- und Strompreises für Arbeitslose und Ausgesteuerte eine Neuregelung für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Da sie bis heute nicht erfolgt ist, stelle ich den Antrag: Der Gas- und Strompreis wird in der Zeit vom 1. Dezember 1932 bis einschliesslich 30. April 1933 für Ausgesteuerte Arbeitslose um 50, für im Bezuge der Unterstützung stehende Arbeitslose um 25 v.H. ermässigt. Da die Sozialdemokraten im Bundesrat Mann für Mann mit den Christlichsozialen für die Verdopplung der Warenumsatzsteuer gestimmt und dadurch die Gas- und Strompreise erhöht haben, ist es ihre Pflicht, für diesen Antrag zu stimmen. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, im Jahre 1933 für Erhaltungsarbeiten beim Gaswerk ungefähr 2.000.000 Schilling zu verausgaben. Wir verlangen, dass bei diesen Arbeiten alle hiefür in Betracht kommenden Firmen berücksichtigt werden, nicht nur die Firma Grundstein. Der Redner bemängelt, dass die allgemeine Dienstordnung auf beiläufig 95 Prozent der Arbeiter der städt. Unternehmungen keine Anwendung findet. Diese Arbeiter stehen unter Kollektivvertrag man will sie dadurch offenbar zwingen, der roten Organisation anzugehören. Er beantragt daher: Die Arbeiter der städt. Unternehmungen, deren Dienstverhältnis derzeit durch Kollektivverträge geregelt wird, sind in die allgemeine Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien einzugliedern.

Was die Ankündigungsunternehmung Gewista betrifft, zu der die Wipag gehört, geht es natürlich nicht an, dass Plakate, die dieser Ankündigungsunternehmung oder ihrem Geldgeber nicht genehm sind, einfach abgelehnt werden. Die Nationalsozialistische Partei muss bei der Behandlung ihrer Plakate volle Objektivität verlangen. Abschliessend stellt der Redner fest, dass die in Verhandlung stehenden Wirtschaftspläne auf das Sinken der Kaufkraft der Bevölkerung keine Rücksicht nehmen. Der Bevölkerung wird es nicht möglich sein, für die Kosten dieser Wirtschaftspläne im kommenden Jahre aufzukommen, weshalb seine Partei gegen sie stimmen wird. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Perschl (christl. soz.) bemerkt, die Strassenbahn müsste, wenn sie kaufmännisch geführt wird, aktiv sein. Da sie mit einem bedeutenden Gebarungsabgang abschliesst, kann die Ursache nur in der Betriebsführung und Verwaltung liegen. Die Instandhaltungs- und Verwaltungskosten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

von 54 Millionen Schilling sind sehr hoch. Im Jahre 1931 wurden nur 9 veraltete Triebwagen von 1700 und nur 44 veraltete Beiwagen von 2093 ausgeschieden. Das sind ein 1/2 bzw. 2 Prozent. Man nenne mir ein Unternehmen in ganz Wien, das einen so kleinen Abgang hat. Im Jahre 1913 hat die Strassenbahn noch 5.67 Millionen Kronen Reingewinn gebracht, im Jahre 1914, in dem schon der Krieg begann, noch 4.6 Millionen. Heute betragen die Personalausgaben über 70 Prozent, 1913 betrug sie 47 Prozent. Für eine bessere Betriebsführung hat man wenig übrig. Fast jeder Taxameter in Wien hat heute einen elektrischen Wischer an der Scheibe, die Strassenbahn hat ihn noch immer nicht. Trotz Aufhebung der Ueberfüllungsverbotes sind noch immer die engen Wagen im Betrieb, die eine der hauptsächlichsten Ursachen des Ansturmes auf die Triebwagen sind. Am meisten belastet die Strassenbahn die gross angelegte Betriebswerkstätte in der Siebeneichengasse. Lange Zeit waren dort 1300 Arbeiter beschäftigt. Für die 3800 Wagen, über die die Strassenbahn verfügt, waren 200 Tischler und Holzarbeiter, 500 Schlosser und Metallarbeiter, 50 Schmiede, 50 Lackierer, 50 Sattler, 100 Elektriker, 250 Hilfsarbeiter und 100 Mann Verschubpersonal angestellt. Der Betrieb wäre viel rationeller, wenn diese Arbeiten wieder an Privatfirmen vergeben würden. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, Grossfabrikant zu sein und alles in eigener Regie zu erzeugen.

Eine weitere Ursache des Defizites ist die Konkurrenzierung durch die städt. Autobusse. Die Autobusse von Fross-Büssing sind gut, aber die Type ist zu gross. Die Strassen der Inneren Stadt sind hiezu nicht geeignet, der Verkehr wird überaus behindert. Bei einer Verkehrsanquete hat Nationalrat Forstner, der der Berater der Gemeinde in diesen Fragen ist, die Autobusse als Zimmer, Kabinett und Kuchel auf Radeln bezeichnet. (Heiterkeit). Die Magistratsabteilung nötigt die Besitzer von Lastkraftwagen, die das gesetzliche Mass überschreiten, zu einem Umbau. Ein solche Umänderung kostet 6000 bis 7000 Schilling und der Redner bittet daher, den Schwerfuhrwerkern in dieser Frage entgegenzukommen. Die gleiche Bitte bringt er bezüglich der Lohnfuhrwerker vor, denen nach der neuen Betriebsordnung vorgeschrieben wird, nur Taxameter in Verkehr zu bringen, die in einem Radius von zehn Metern wenden können. Die Steyr-Type XII A wurde nicht mehr zugelassen, weil der Radstand 3.15 Meter und nicht 3 Meter betrug. Die Steyr-Werke mussten deshalb ihren ganzen Betrieb umstellen. Der Redner bittet, den Lohnfuhrwerkern, die heute ohnehin schwer zu kämpfen haben, nicht derartige Schwierigkeiten zu machen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Riehl (nat-) bemerkt, dass Verkehrsproblem in Wien sei in mehrfacher Hinsicht an einem kritischen Wendepunkt angelangt. Allerdings, wie es der Vorredner getan hat, zu verlangen, dass man neben Strassenbahnlinien nicht auch Autobuslinien fahren lassen soll, ist bei der unglückseligen Gestaltung der Inneren Stadt nicht möglich. Die Innere Stadt leidet darunter, dass die Radialstrassen fast nirgends in das Innere hineinreichen. Man hat es seinerzeit bedauerlicherweise unterlassen, Radialeinbrüche für die Strassenbahn zu schaffen, heute fehlt es an den Mitteln dazu. Vielleicht stellen unsere Autobusse angesichts der engen Strassen der Inneren Stadt einen zu grossen Typus dar. Andererseits sind aber die Autobusse so überfüllt, dass noch viel mehr Wagen notwendig wären, wenn die Autobusse nicht einen solchen Fassungsraum hätten. Man muss die Kraftwagenlenker der städtischen Ungetüme aber auch die Taxilenker bewundern, dass sich der Verkehr eigentlich ohne grössere Unfälle abspielt. An eine Auflassung des Autobusverkehrs ist heute natürlich nicht zu denken, ebenso wenig an eine Auflassung der Strassenbahn. Allerdings wird ein langsamer Uebergang zum Omnibusbetrieb nicht zu vermeiden sein. Es ist sicher ein schwerer Mangel, dass Oesterreich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

und Wien im Gegensatz zu den grossen Kulturländern das Linksfahren beibehalten hat. Schon im Interesse des Fremdenverkehrs wird sich zu einer Vereinheitlichung da entschliessen müssen, eine Vereinheitlichung, die bisher lediglich an den Widerstand der Wiener Verwaltung gescheitert ist. Wenn die Strassenbahn eine Berechtigung hat, dann insbesondere in den äusseren Bezirken und vor allem zur Herstellung der Verbindung mit den Siedlungsgebieten ausserhalb des Weichbildes der Stadt. Die Strassenbahnen haben unter der Aere der herrschenden Partei eine Ausgestaltung über das Weichbild der Stadt hinaus mit Ausnahme der einzigen Linie nach Mödling unterlassen. Der Redner führt sodann Klage über die miserablen Verkehrsverhältnisse und über den ausserordentlich mageren Verkehr auf gewissen Strassenbahnlinien. Auch vom kaufmännischen Standpunkt ist es verfehlt, die Wagen so selten fahren zu lassen, dass sich die Leute eher entschliessen, zu Fuss zu gehen. Bezüglich des Kurztarifs zeigen die leitenden Faktoren der Strassenbahn eine merkwürdige Dickschädlichkeit. Durch Einführung eines Zehngroschentarifs für Kurzstrecken würde man den Verkehr sicher beleben.

Der Redner bespricht sodann die Personalpolitik bei den Strassenbahnen und führt lebhafte Klage über die Benachteiligung der nicht nach der roten Pfeife tanzenden Bediensteten. Er stellt den Antrag, der Bürgermeister sei aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass die Bestimmungen der Wahlordnung bei der Personalvertretungswahl der Strassenbahner auf das Genaueste eingehalten werden und dass die nicht sozialdemokratischen Strassenbahner wegen ihrer politischen Einstellung nicht dem Terror sozialdemokratischer Vorgesetzter und Vertrauensmänner ausgesetzt werden. Dabei handelt es sich, wie die Strassenbahner übereinstimmend erklären, nicht um die Direktion und in den meisten Fällen nicht um höhere Dienststellen, dort hoffen im Gegenteil die Leute etwas Gerechtigkeit zu finden, sondern um die liebliche Institution der Vertrauensmänner, die in Wirklichkeit nicht Vertrauensmänner des Personals, sondern Schergen des Dienstgebers und der sozialdemokratischen Partei sind. Er beantragt ferner, dass sämtliche seit dem Jahre 1930 erfolgten Versetzungen von Strassenbahnbediensteten zu überprüfen, um diese, wenn sich herausstellt, dass sie aus anderen als rein dienstlichen Gründen und ohne Rücksicht auf den Wohnort des betreffenden Bediensteten erfolgt sind, unverzüglich rückgängig zu machen sind. Besonders aufreizend ist es, dass man jeden Strassenbahner förmlich zwingt, durch die hohle Gasse zu gehen, wenn er einen Stimmzettel abgeben muss. Und die allerärmste Schande ist es, dass man die Strassenbahner durch die so demokratisch aussehende Institution des Disziplinarverfahrens zwingen will, der Mehrheit willig zu sein. Dieses Disziplinarverfahren ist die reine Tscheka. Die Leute würden sich viel lieber von ihren Chefsingenieuren kommandieren lassen als von diesen ausgefressenen Menschen, die in Wirklichkeit nur Schergen des Dienstgebers sind. Die ganze Institution der Personalvertretung, die beim Staat und anderwärts dem Schutz des Personals dient, hat sich bei der Gemeinde ins Gegenteil verkehrt. Da ist zum Beispiel ein Bahnwärter, ein Mann mit 16 Dienstjahren, der 5 Kinder hat zur Strafe der Dienstentlassung verurteilt worden, weil er aussordionstlich jedoch im Dienstkleid in betrunkenem Zustand auf der Bahnstelle erschien (Hörthört b. d. Nat.) Das wäre nicht einmal bei der Sicherheitswache, bei der besonderer Wert darauf gelegt wird, dass die Ehre und das Ansehen des Standes gewahrt wird, nicht einmal bei der Wehrmacht möglich und das wäre nicht einmal bei den Offizieren der alten Monarchie möglich gewesen. Oder da ist ein anderer

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Mann nach der bekannten Rede Starhemberts über das Rollen der Köpfe deshalb verurteilt worden, weil er gesagt haben soll, dem Breitner geschieht schon ganz recht, er ist an der Arbeitslosigkeit schuld. In der Monarchie hat man sich gegen ein gekröntes Haupt oder einen Erzherzog ganz andere Dinge erlauben dürfen, wenn jetzt der letzte Bedienstete ein Wort über einen amtsführenden Stadtrat sagt, wird er disziplinar entlassen.

Während alle anderen Staaten ihre Kriegsteilnehmer ehren und ihnen allemöglichen Begünstigungen erteilen, geht die Gemeinde Wien gerade gegen diese Leute, auch wenn es sich um Verwundete handelt, mit einer kleinlichen Gehässigkeit vor. Da wird z. B. 70prozentigen Invaliden die Fahrbegünstigung auf der Strassenbahn verweigert. Der Redner beantragt, dass alle Kriegsbeschädigten des Weltkrieges, die eine 50prozentige Fahrpreisbegünstigung auf den Bundesbahnen geniessen, bei Vorweisung eines rechtsgültigen Ausweises der Invalidenentschädigungskommission auch auf der städtischen Strassenbahn eine 50prozentige Fahrpreisermässigung erhalten soll.

Das städt. Brauhaus gibt zu Klagen keinen Anlass. Von der Leichenbestattung können wir nur immer wieder sagen, dass die halb gewerkschaftliche, halb parteipolitisch-freidenkerische Einstellung unsympathisch ist. Ein besonderes Kapitel ist die Aufnahme in die städt. Betriebe. Es wird den Aufnahmewerbern von den Vertrauensmännern nahegelegt, aus der Kirche auszutreten, und man behauptet, dass die Aufnahmewerber die Austrittserklärung dem Gesuchen beilegen. Charakteristisch ist, dass solche Austrittserklärungen von Juden nicht verlangt werden; bei diesen nimmt man es als selbstverständlich an, dass sie rot wählen. Die Mischung von gemeiner Streberei und von Nichteingestandenem aber vorhandenem Druck gibt ein moralisches Bild, das dem verlodertem Betrieb der städt. Strassenbahnen entspricht. Tausende von Angestellten warten, dass die verschiedenen Gessler einmal verschwinden, damit die Angestellten wieder Menschen sein können. Wenn wir einmal in diesem Staat zu reden haben werden (Lachen bei den Sozialdemokraten), was vielleicht schneller der Fall sein wird als den Juden lieb sein wird, werden wir das stille Geldentum der städt. Bediensteten zu belohnen wissen, die sich in dieser schweren Zeit getraut haben, an unseren Kundgebungen öffentlich teilzunehmen. Ueber die Vertrauensmänner, die sich zu gelben Unternehmerkünften hergeben, werden wir aber ein strenges Gericht halten. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.)

Vizebürgermeister Emmerling meint, die Voranschläge und Wirtschaftspläne müssten gut sein, weil der überwiegende Teil der oppositionellen Ausführungen Dingen gewidmet war, die mit den Wirtschaftsplänen nicht zu tun haben. Wir bestreiten nicht, dass Lueger die Werke geschaffen hat, aber in der Zwischenzeit ist so viel Zu- und ausgebaut worden, dass von den ursprünglichen Werken nicht mehr viel da ist. Uebrigens hätten die Christlichsozialen in der letzten Zeit ihrer Verwaltung die städt. Werke den Banken übergeben, wenn wir nicht Einspruch erhoben hätten. (Zustimmung bei den Soz. nat. - Widerspruch bei den Chr. soz.)

Zu den im Laufe der Debatte vorgebrachten Ausführungen übergehend, bemerkt Vizebürgermeister Emmerling, dass er sich bezüglich der Vorauszahlungen an die Gas- und Elektrizitätswerke auf den Bankenscheine Darlegungen beim Rechnungsabschluss beziehen könne. Was den Koksverkauf betrifft, so hat die Kokssektion der Länderbank beweisen können, dass es weitaus zweckmässiger ist, den Verkauf nicht durch Gemeindeorgane durchführen zu lassen, weshalb der Vertrag mit der Länderbank erneuert wurde. Die Angaben des Gemeinderates Pichler über ein auffallendes Verhältnis zwischen Grundgebühren und Strombezug werde er überprüfen lassen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Dem Antrag auf Gewährung einer 50 prozentigen Ermässigung auf den Strassenbahnen empfiehlt er zur Ablehnung, denn es handelt sich hier um eine Wohlfahrtsangelegenheit, eventuell um eine Sache, die den Bund betrifft. Zu der Bemänglung über den Verkehr auf der Linie 2 bemerkt der Redner, dass auf dieser Linie 39 Züge in der Stunde verkehren, sodass sich Zugsintervalle von $1 \frac{1}{2}$ Minuten oder noch weniger ergeben. Natürlich kann die Strassenbahn von den wirtschaftlichen Nöten unserer Zeit nicht unberührt bleiben. Wir haben hunderttausend Arbeitslose, was ungefähr einen Ausfall von $12 \frac{1}{2}$ Millionen Schilling ergibt. Für den Werkstättenbetrieb waren vor drei Jahren noch 5 bis 6 Millionen eingesetzt. Bei dem Personalüberstand und der Rückgang der Frequenz mussten wir uns die Frage vorlegen, ob wir die Arbeiten an die Privatwirtschaft übergeben oder durch die eigenen Leute besorgen lassen sollen. Die Werkstätten sind modernst eingerichtet und so haben wir uns für die Aufrechthaltung des Betriebes entschieden, der uns garnicht viel Freude macht. Wir würden die Arbeit lieber der Privatindustrie übergeben, schon um dadurch einen Wettbewerb zu schaffen. Zu dem Verkehrsproblem des ersten Bezirkes bemerkt der Vizebürgermeister, dass die Nichtaufschliessung der Inneren Stadt ein verkehrstechnisches Problem geschaffen, aber auf der anderen Seite die eigenartige Schönheit dieser Stadt erhalten hat, was ^{auch} vom Standpunkt des Fremdenverkehrs einen Vorzug bedeutet. Zu dem Vorschlägen bezüglich des Linksfahrens bemerkt er, dass es ausser Oesterreich noch andere Staaten gibt, in denen links gefahren wird. Die Techniker sind sich noch nicht ganz klar darüber, ob das Rechtsfahren eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Umstellung zum Rechtsfahren würde der Gemeinde ungefähr 16 Millionen Schilling kosten. Was den Zonentarif betrifft, so wolle er nicht sagen, dass es unmöglich ist, eine Tarifänderung vorzunehmen, man müsste aber doch immer auf die Entfernungen und auf das Verkehrsbedürfnis Rücksicht nehmen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XÄVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

In einer Besprechung der Ausführungen des GR. Dr. Riehl betreffend die Personalverhältnisse bei den Strassenbahnen stellt Vizebgm. Emmerling fest, dass die Wahlordnung für die Personalkommission in der Dienstordnung festgelegt ist. Von seite des Personals wurde hier keinerlei Beschwerde erhoben. In dem einen von GR. Dr. Riehl erwähnten Disziplinarfall, in dem der Betreffende von Trunkenheit ausser Dienst verurteilt wurde, liegt mit Rücksicht auf die Besonderheit des Verkehrsdienstes ein wirklich schweres Vergehen vor. Jemand, der sich ausserhalb des Dienstes so betrinkt, dass seine Standesgenossen das als Standeswidrig erklären, lässt befürchten, dass er so schwach ist, dass er sich auch während des Dienstes betrinken kann. Gerade im Verkehrsdienst muss darauf der grösste Wert gelegt werden, dass jeder einzelne Beamte sein Bestes leistet. Jemand, der trinkt, kann das nicht nicht. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit). Was den zweiten von GR. Dr. Riehl erwähnten Fall betrifft, wurde der Betreffende wieder aufgenommen, musste aber dann abermals entlassen werden, da er sich in den Rahmen des Dienstes nicht einfügen konnte. Zu dem Antrag Dr. Riehl betreffend die Fahrtbegünstigung für Invalide stellt Vizebgm. Emmerling fest, dass über diese Frage eine eigene Kommission entscheide, in der nicht nur die Invaliden, sondern auch Gemeinderäte aus allen Parteien vertreten sind. Die Nationalsozialisten haben in dieser Frage schon vorgearbeitet. Sie haben an die Invaliden Zettel geschickt und sie gebeten, ihnen Namen und Adresse bekanntzugeben. Dass dann alle Invaliden solche Begünstigungen in Anspruch nehmen, ist nicht zu verwundern. Vizebgm. Emmerling ersucht schliesslich die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen zu genehmigen. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit)

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen werden unter Ablehnung der Minderheitsanträge angenommen.

St. R. Dr. Danneberg referiert sodann über "Bilanz und Bedeckung".

St. R. Kunschak bemerkt, die Bilanz besagt, dass der Voranschlag mit 1'6 Millionen passiv ist. Die Bedeckung soll in den Kassenbeständen und Guthaben der Gemeinde gefunden werden. Insoferne ist Bilanz und Bedeckung ein getreues Spiegelbild dessen, was wir hier seit dem 16. November, seit dem Tage, an dem die Beratung des Budgets begonnen hat, erlebt haben. Auch die Beratung des Budgets schliesst mit einem gewaltigen Passivum ab. Durch die Budgetberatung ist gar nichts erreicht worden als die formale Feststellung, dass das, was die amtsführenden Stadträte gebraut haben, letzten Endes unverändert angenommen worden ist, ein Ergebnis, das man schon am 16. November hätte voraussagen können. Nichts destoweniger haben wir im Stadtsenat, im Finanzausschuss und im Gemeinderat versucht, durch sachliche Mitarbeit und sachlich fundierte Anträge dem Budget seine ärgsten Giftzähne auszureissen und es so zu frisieren, dass man damit unter die Menschen gehen kann. Es ist uns das nicht gelungen. Das Fallbeil hat lückenlos funktioniert. Alle Anträge wurden abgelehnt, und da zum Fallbeil auch ein Henkersknecht gehört, kann ich nur sagen, die 8 amtsführenden Stadträte haben ihre Funktion als Henkersknechte tadellos geübt. (Lebh. Beifall b. d. Chr.) Das Ergebnis dieser sehr kostspieligen und zeitraubenden Beratung ist Null, ist ein Passivum. Die Bedeckung geht auf Rechnung der spärlichen noch vorhandenen Kassenbestände unserer Wirtschaft und auf die meist eingefrorenen Guthaben unseres Wirtschaftslebens. Insoferne deckt sich also das Bild des Voranschlages, wie es in Bilanz und Bedeckung zum Ausdruck kommt, ganz mit dem Ergebnis der Budgetberatung. Wir können diese Tatsache nur mit dem Ausdruck des lebhaftesten Bedauerns konstatieren und feststellen, dass es sich bei diesen Beratungen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

nicht darum handelt, in dieser Notzeit alle im Gemeinderat durch den Willen der Bevölkerung vorhandenen Kräfte zusammenzufassen, um aus der gemeinsamen Arbeit das Bestmögliche für die Wirtschaft herauszuholen, sondern dass es sich dabei nur darum handelt, den Willen von 8 amtsführenden Stadträten zu vernehmen, ihn zu sanktionieren und damit der Partei, der es sie angehören, die Reverenz zu machen. Es ist ganz klar, dass wir an einer solchen Kundgebung nicht teilnehmen können und dass wir daher auch Bilanz und Bedeckung unsere Zustimmung verweigern. (Lebh. Beifall b.d. Chr.)

St. R. Dr. Danneberg: St. R. Kunschak hat gemeint, es habe sich bei der Budgetberatung nur darum gehandelt, den Willen der 8 amtsführenden Stadträte hier zum Beschluss zu erheben. Das ist eine völlig irrige Anschauung. Bei der Beratung des Voranschlages handelt es sich darum - und es kommt auch durch die Abstimmungen zum Ausdruck - was die Mehrheit des Wiener Gemeinderates für den Voranschlag des kommenden Jahres wünscht, und die Mehrheit des Gemeinderates sitzt hier nicht kraft irgendeiner Minderheitsdiktatur, sondern sie ist von der Mehrheit der Wiener Bevölkerung erst im heurigen Jahre hieher entsandt worden (Lebh. Beifall b.d. Soz.) Daher scheint es mir verfehlt, die Dinge so zu beurteilen, wie es St. R. Kunschak getan hat. Wenn St. R. Kunschak weiter gemeint hat, die Anträge, die hier gestellt worden sind, hätten den Zweck gehabt, das Budget so zu frisieren, dass man damit unter die Menschen gehen kann, muss ich dazu sagen, dass ich die hier gestellten Anträge sehr genau gelesen, aber nicht gefunden habe, dass sie für das Budget und die Zahlen des Budgets das bedeuten, was St. R. Kunschak meint. Wenn aber seine Worte als eine überaus abfällige Kritik dieses Voranschlages, den die Mehrheit des Gemeinderates beschlossen hat, verstanden werden sollen, so muss ich sagen, dass ich auch diese Kritik für verfehlt halte. Die Mehrheit braucht sich nicht zu scheuen, mit diesem Budget unter die Menschen zu gehen, und es ^{warum} alle anderen Städte ⁱⁿ in Mitteleuropa froh, wenn sie heute ein solches Budget erstellen könnten (Lebh. Beifall b.d. Mehrheit).

Bilanz und Bedeckung wird angenommen.

Damit ist die Beratung des Voranschlages beendet.

Bürgermeister Seitz spricht anlässlich der Verabschiedung des Budgets unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit dem Stadtrat Dr. Danneberg, allen seinen Mitarbeitern insbesondere dem Magistrats-Direktor Dr. Hartl, dem Obermagistratsrat Dr. Neumayer, dem Rechnungsdirektor Knobloch und dem Kontrollamtsdirektor Müllner, ferner den Stenographen, der Rathauskorrespondenz und den Vertretern der Presse den Dank des Gemeinderates aus.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

353

III. Ausgabe

Wien, am 23. Dezember 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1932.

Nach Beendigung der Verhandlungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933 setzt der Gemeinderat seine Beratungen über die vorliegende Tagesordnung fort.

STR. Speiser berichtet über Massnahmen zur Verringerung des Personalaufwandes. Im Einvernehmen mit dem Personal werden die Nebengebühren vom 1. Jänner 1933 an um zehn Prozent gekürzt; die Tragdauer der Dienstkleider wird um ein Jahr verlängert. Der Referent stellt die notwendigen Anträge und ersucht um deren Annahme.

DR. Scholz (nat. soz.) erklärt, dass auch diese Vorlage den Beweis erbringt, dass die Gemeinde Wien im Personalwesen hinter dem Bunde nicht zurücksteht. Sowohl im Bund als auch bei der Gemeinde müssen die Angestellten einen Teil des Defizites tragen. Wenn die Gemeinde so weiterfährt, werden die Gemeindeangestellten in zwei bis drei Jahren auf das Niveau anderer öffentlicher Angestellten kommen. Es ist eine alte Sache, dass einer Gehaltskürzung bald die zweite folgt. Sie haben diesmal die Kollektivvertügler verschont, weil Sie mit Absicht eine Kategorie der Angestellten gegen die andere Kategorie ausspielen und auf diese Weise in das Personal Uneinigkeit hineintragen. Durch Ihre Taktik erzeugen Sie unter dem Personal eine Misstimmung, die Sie dann ausnützen, um die jetzt verschonte Kategorie zu einer Gehaltskürzung besser heranziehen zu können. Der Redner stellt an den Referenten die Anfrage, ob sich die geplante Kürzung auch auf die Nebengebühren der Volksschullehrer beziehe, die über ihre Dienstzeit hinaus an Hauptschulen Dienst machen müssen, und ob das Gerücht wahr sei, dass den Kriegsteilnehmern die Begünstigung der Kriegsmehrdienstzeitanrechnung entzogen werden solle. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärt der Redner, dass seine Fraktion den vorliegenden Antrag ablehne, da die Gemeinderatsmehrheit die schädige Million Schilling leicht auf andere Weise hätte hereinbringen können. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Stöger (christl. soz.) erklärt, dass zwischen der Lage der Gemeinde Wien und jener des Bundes ein grosser Unterschied sei. Der Bund habe nach dem Zusammenbruch einen Verwaltungsapparat übernehmen müssen, der für 54 Millionen Einwohner des alten Reiches seinerzeit aufgebaut wurde. Was aber vom alten Reich übrig geblieben ist, das waren 6.5 Millionen Einwohner, die heute unseren kleinen Staat bevölkern. Nach dem Zusammenbruch waren die grössten Werke niedergebrochen, mussten z.B. die heutigen Bundesbahnen in einem ganz desolaten Zustand übernommen werden, während die Werke der Gemeinde im Wert gewaltig gestiegen sind. Was also in dem einen Fall Zwang ist, ist in dem anderen unter Umständen ein Verbrechen. Man kann von dieser Vorlage nur dringendst wünschen, dass sie die letzte sei, die auf der bisherigen Gepflogenheit aufgebaut wurde: kommt der Finanzreferent irgendwie ins Gedränge, dann vergreift er sich einfach an den Bezügen des städt. Personales. Tatsächlich werden die Ueberstunden überhaupt nicht so entlohnt, wie es im Gebührengesetz festgesetzt ist. Wenn Sie nunmehr noch weiter herabgesetzt werden, so drängt sich die Frage auf, ob es wirklich keinen anderen Ausweg gibt. Es wäre sicherlich möglich, die Summe, die da aus dem städt. Personal herausgepresst wird, auf weniger schmerzlichem Wege hereinzubringen. Wenn man im Fürsorgewesen die Privatwohltätigkeit mehr heranzöge, könnte man ein Mehrfaches der Summe leicht herausholen. (Zustimmung bei den Christ. soz.)

Was die Tragdauerverlängerung der Monturen anbetrifft, müsste die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Gemeindeverwaltung wenigstens dafür sorgen, dass die Monturen diese Verlängerung der Tragdauer auch wirklich aushalten. Früher sind die Monturen von kleineren und mittleren Gewerbetreibenden geliefert worden und damals hat die Sorge um das Standesansehen eine Rolle gespielt. Nun werden diese Lieferungen der angeblich antikapitalistisch eingestellten GÖC zugeschanzt. Auf der einen Seite wird dem städt. Personal ein Schund geliefert, auf der anderen Seite wird die Tragdauer verlängert. Verlangen Sie von der GÖC, dass sie bei gleichen Preisen eine bessere Qualität liefert, oder, was noch besser ist, nehmen Sie der GÖC die Lieferung überhaupt ab und übertragen Sie sie an die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden. Die Vorlage kürzt ohne zwingenden Grund aufs neue die Bezüge des städt. Personales, wir können ihr deshalb nicht zustimmen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Suchenwirth (nat. soz.) weist darauf hin, dass die Annahme dieses Antrages die Wandertage und Schulausflüge unmöglich machen werde. Es wird nicht mehr möglich sein, dass fröhliche Kinder unter der Führung von Lehrpersonen in die schönen Voralpen von Niederösterreich und Steiermark wandern werden. Solche Wanderungen waren für die Schulkinder Lebenseindrücke, die sie die Not und das Elend der Zeit vergessen liessen und auch dem Lehrer ^{mehr} Möglichkeit gaben, den Schülern Menschlich näher zu kommen, als in den Klassenstunden. Sie können nicht verlangen, dass die ohnedies nicht glänzend bezahlten Lehrer an solchen Ausflügen teilnehmen, weil dies für sie mit recht namhaften Kosten verbunden ist. Der arme Bund, der viel schlechter gestellt ist als die Gemeinde, zahlt heute noch die Wandertage.

Zur selben Zeit, wo die Gemeinde Wien diese Erparungen durchführt, wirft sie auf der anderen Seite das Geld hinaus. Sie leistet sich den Luxus, bei einem vermindertem Lehrerstand und, nachdem sie seit dem Umsturz mindestens 15 Schulen gesperrt hat, 15 Bezirksschulinspektoren zu unterhalten, während die viel ^{besser} gestellte Gemeinde Wien vor dem Kriege nur 13 gehabt hat. Vor kurzem wurden drei dieser Bezirksschulinspektoren pensioniert und ^{es} wäre naheliegend gewesen, diese Stellen nicht mehr zu besetzen. Der Bund hat auch vorgeschrieben, diese Zahl herabzusetzen. Was macht aber die Gemeinde Wien? Sie hat 3 Hauptschullehrer mit der Funktion des Bezirksschulinspektors betraut und zahlt aus Gemeindemitteln den Funktionsbetrag. STR. Speiser greift wieder einmal in den Zuckersack, um seinen Leuten eine Weihnachtsprämie für parteipolitische Zuverlässigkeit zu geben. Zwei geeichte Sozialdemokraten, Abrecht und Tomschik, wurden mit der Funktion des Bezirksschulinspektors betraut und im lieblichen Bund mit ihnen ein Christlichsozialer namens Putz. Herr Stadtrat und ehemaliger Lehrer Speiser, wir lehnen diesen lehrerfeindlichen Antrag auf das Entschiedenste ab. (Beifall bei den Nat. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

St. R. Speiser bemerkt in seinem Schlusswort, dass die Gemeinde, solange es nur irgendwie möglich war, die Bezüge der Angestellten nicht angegriffen hat. Wie wenig weit darin die Gemeinde geht, zeigt gerade die heutige Vorlage. Wir haben auch diesmal zu Weihnachten den Angestellten neben ihrem Monatsgehalt $\frac{3}{4}$ ihrer Monatsbezüge ausbezahlt und mitein Grund dafür war der Wunsch wirtschaftlicher Korporationen, es möge ihnen wenigstens eine zahlungsfähige Schicht von Weihnachtseinkäufern erhalten bleiben. Die Weihnachtsbezüge der Gemeindeangestellten machen nicht weniger als 8 Millionen S aus, während ^{durch} die Vorlage im ganzen 1 Million an Nebenbezügen eingespart werden. Von dieser Kürzung der Nebenbezüge wird aber auch nur ein Drittel der Angestellten getroffen, zwei Drittel, hauptsächlich die kleinen Angestellten, wenn man von der Verlängerung der Tragdauer der Dienstkleider, die ja auch keine Einkommensverminderung ist, absieht, von der Vorlage ganz unberührt. Diese sehr milde Massregel lässt sich gewiss rechtfertigen. Dass aber gerade Nationalsozialisten sich gegen Bezugskürzungen von Gemeindeangestellten aussprechen, muss sehr Wunder nehmen. Gerade in den von den Nationalsozialisten beherrschten Verwaltungen sind solche Bezugsverminderungen schon des öfteren vorgenommen worden. Nach einer Nachricht vom 18. November 1932 hat die nat. Regierung von Anhalt die Beamtenverbände vor die Entscheidung gestellt, entweder einer $12\frac{1}{2}$ prozentigen Gehaltskürzung zuzustimmen (Lebh. Hört Hörtrufo bei d. S. cz.) oder sich damit einverstanden zu erklären, dass in 8 Monaten ein Monatsgehalt allmählich abgezogen wird. Nach einer Nachricht vom 16. September 1932 hat die nat. Regio des Freistaates Oldenburg durch Verordnung und nicht im Einvernehmen mit der Angestelltenschaft eine 3 bis 20prozentige Kürzung der Gehalte für Staat, Gemeinde und alle öffentlichen Körperschaften vorgenommen (Lebh. Hört-Hörtrufo b. d. Soz.-Lebh. Zwischenrufe) In Mecklenburg-Strelitz haben die Nat. soz. gemeinsam mit den Deutschnationalen einen Entwurf eingebracht, wonach ab 1. Juli die Grundgehälter, Stellenzulagen und Wohnungsgeldzuschüsse der Landes- und Gemeindebeamten mit mehr als 5000 Mark Jahresbezug erheblich gekürzt werden. Die Stellenzulagen, das sind die Nebengebühren, sollen ganz wegfallen, die Wohnungszuschüsse um 5 bis 10 Prozent verringert werden. Ausserdem sollen den Beamten alle Nebeneinkünfte öffentlicher Natur auf ihre Dienstbezüge voll angerechnet werden (Lebh. anhaltende Zwischenrufe.-Hört Hört be. d. Soz.) Der nat. soz. Bürgermeister von Karlsbad hat trotz des Einspruches der Gewerkschaft eine 50prozentige Reduktion der Löhne und Gehälter angeordnet. (Zwischenrufe). GR. Mühlberger: Das ist alles nicht wahr! Sie lügen, was das Teufels Zeug hält. (Zwischenrufe) Was die Kollektivverträger betrifft, so war es immer üblich, die beiden Gruppen der Dienstordnungsangestellten und der Kollektivverträger bei Gehaltsregulierungen gesondert zu behandeln. Verhandlungen mit den Feuerwehrangeestellten und den Kollektivverträgern sind im Zuge. Die Frage der Verlängerung der Vertragsdauer der Dienstkleider ist nicht erst in der letzten Zeit akut geworden. Die Frage wurde schon seit Jahren aufgeworfen und die Verhandlungen mit den Angestellten laufen schon ein halbes Jahr. Die Kriegsmehrdienstzeit wird nicht nur den Kriegsteilnehmern sondern sämtlichen Angestellten angerechnet. (Zwischenrufe.-GR. Mühlberger: Auch denen, die tacheniert haben!) Wenn Sie behaupten, dass alle Angestellten, die in den Kanzleien waren, tacheniert haben, so protestiere ich mit aller Entschiedenheit gegen diese Verleumdung der pflichttreuen Beamtschaft. Es ist richtig, dass die Gemeindeverwaltung Aenderungen hinsichtlich

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

der Kriegsmohrdienstzeit anstrebt. Diese Aenderungen beziehen sich aber nicht auf solche Angestellte, die durch Krankheit gezwungen worden, früher in den Ruhestand zu treten. (Lebh. Zwischenrufe). Das muss zur Beruhigung aller, insbesondere der Kriegsverletzten gesagt werden. Zu den Ausführungen des GR. Stöger stellt St. R. Speiser fest, dass Ueberstunden im öffentlichen Dienst nirgends so gut entlohnt sind, wie bei der Gemeinde. Auch mit den gekürzten Bezügen wären andere Angestellte sehr zufrieden. Zu den Ausführungen des GR. Dr. Suchenwirth bemerkt St. R. Speiser, dass infolge der schlechten Wirtschaftslage viele Eltern und auch Elternvereine die Mittel für Schulausflüge nicht mehr beistellen können. Die sehr bescheidene Gebühr, die die Lehrerschaft für solche Ausflüge erhalten hat, konnte mangels der Mittel schon im vergangenen Jahre nicht ausbezahlt werden. Wir werden uns jedoch sehr freuen, wenn wir in Anbetracht des Wertes der Schulausflüge für die Jugend und der verdienstvollen Mitarbeiter der Lehrer bei einer Besserung der Zeiten diese Gebühren wieder einführen können. GR. Dr. Suchenwirth hat auch behauptet, dass es heute 13 Bezirksschulinspektoren gegen 15 Bezirksschulinspektoren der Vorkriegszeit gibt, Ich weiss nicht, wie gross die Zahl vor dem Kriege war.

GR. Dr. Suchenwirth: Das müssen Sie wissen!

St. R. Speiser: Ich war nie Lehrer in Wien und muss das nicht wissen.

GR. Dr. Suchenwirth: Dann sind Sie ein Ignorant!

Vorsitzender Dr. Neubauer ersucht den GR. Suchenwirth, sich zu mässigen (Zwischenrufe).

St. R. Speiser: Ich werde mich enthalten, den GR. Suchenwirth in derselben beleidigenden Weise zu behandeln, wie er es sich dies mir gegenüber erlaubt (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit. - Lebh. Zwischenrufe.)

GR. Eisinger: Der jüdische Zahnarzt hat ihm gute Zähne gemacht. Jetzt beisst er mit den jüdischen Zähnen wie ein Bulldogg). GR. Dr. Suchenwirth: Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht helfen weiss (Lebh. Zwischenrufe) GR. Eisinger: Wo ist der koschere Führer (Lebh. Zwischenrufe). S

St. R. Speiser: Mit Rücksicht auf diese Art der Herren, die in dem Gemeinderat nicht üblich ist, enthalte ich mich jeder weiteren Antwort. (Stürmischer Beifall b. d. Soz. - Andauernde Zwischenrufe).

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

St. R. Speiser beantragt: Die in der "Gruppeneinteilung für Angestellte der städt. Unternehmungen" vorgesehene Gruppe "Technische Hilfsbeamte (Zeichner)" erhält die Bezeichnung "Beamte des einfachen technischen Dienstes". Die Zeitdauer der provisorischen Anstellung in dieser Gruppe wird mit zwei Jahren festgesetzt.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Weigl berichtet über die Errichtung eines Autobahnhofes in Wien. Zu diesem Zweck gründet die Gemeinde Wien zusammen mit der Allgemeinen Baugesellschaft A. Pörr die Autobusbahnhof-Ges.m.b.H. Das Stammkapital beträgt 100.000 Schilling, die Stammeinlage der Gemeinde Wien 51.000 Schilling. Der Referent ersucht um Genehmigung des Entwurfes des Gesellschaftsvertrages. Er erklärt weiters, dass Bedenken architektonischer oder städtebaulicher Natur gegen die Errichtung des Autobusbahnhofes ebenso grundlos sind wie vielleicht Befürchtungen, dass durch die Errichtung dieses Bahnhofes die Geschäftswelt zu Schaden käme. Es wird keine Grossgarage errichtet, vielmehr seien nur Niederbauten vorgesehen. (Beifall).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) tadelt die Art der Textierung des Antrages und verlangt, dass die Anträge so textiert werden sollen, dass man wenigstens über das Wesentliche informiert werde. Wenn auch die Nationalsozialisten mit der Errichtung eines Autobusbahnhofes einverstanden sind, so wenden sie sich dennoch dagegen, dass die Gemeinde Wien mit der Allgemeinen Baugesellschaft A. Pörr einen Gesellschaftsvertrag abschliesst. Diese Gesellschaft ist eine Neugründung, die von den Nationalsozialisten auf das Entschiedenste bekämpft wird. Die Allgemeine Baugesellschaft A. Pörr wird sicher auch die Bauführung des Bahnhofes übernehmen und dann werden wir das nette Schauspiel erleben, dass die Lieferantin als Gesellschafterin ihre eigenen Rechnungen überprüft. Wir stellen uns gegen jede solche Neugründung, weil sie mit den Grundsätzen des Sozialismus, die wir vertreten, nicht vereinbar ist. (Beifall bei den nat. soz.)

GR. Müller (christl. soz.) beantragt eine Vermehrung der Aufsichtsratsmitglieder, um auch der Opposition die Möglichkeit einer Vertretung zu bieten.

Berichterstatter Weigl schliesst sich diesem Antrage an und schlägt eine entsprechende Abänderung des Statuts vor.

Die Vorlage wird hierauf in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.

GR. Broczkyner referiert über eine Aenderung der Statuten der Zentralsparkasse, in dem Sinne, dass die Beiräte bei den Zweiganstalten der Zentralsparkasse abgeschafft werden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Es wird sodann ein Dringlichkeitsantrag der GR. Mühlberger (nat.) und Genossen verhandelt, in welchem verlangt wird, dass die gerichtliche Kündigung der in Baracker untergebrachten entlassenen Arbeiter des Tagbaues Neufeld zurückgenommen wird und dass die Gewinnung der wertlosen Kohle nicht als Einstellungsgrund für die Arbeitslosenunterstützung angesehen werden möge.

GR. Mühlberger bezeichnet den Antrag als dringlich, weil mit dem 31. Dezember 62 deutsche Bergarbeiter mit ihren Familien aus ihren Wohnungen hinausgeworfen werden sollen. In Begründung der zweiten Forderung des Antrages weist der Redner darauf hin, dass es sich um 300 entlassene Arbeiter des Bergwerkes Zillingdorf und um 250 entlassene Arbeiter des Bergwerkes Neufeld handelt, denen als ehemaligen Arbeitern der Gemeinde Wien die Arbeitslosenunterstützung nicht entzogen werden darf.

Vizebgm. Emmerling erklärt die dringliche Behandlung als nicht notwendig, da mit der Güterdirektion vereinbart wurde, dass alle in den Objekten wohnhaften Arbeiter und Angestellten in den Wohnungen verbleiben können.

Die Dringlichkeit wird dem Antrag nicht zuerkannt.

Bgm. Seitz schliesst sodann mit Weihnachts- und Neujahrwünschen die Sitzung.

Schluss der Sitzung 20 Uhr 15.

Bogenabfertigung 20 Uhr 25.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 354
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 24. Dezember 1932.

Der dreizehnte Bezirk wird kleiner.

Hietzing gibt an Ottakring 26.200 Geviertmeter ab.

Die Gemeindeverwaltung baut auf den sogenannten Spiegelgründen, die in Ottakring an die Heilanstalt Steinhof angrenzen, eine grosse Siedlung, die bald vollendet sein wird. Ein Teil dieser Siedlungsanlage liegt in Hietzing; die Bezirksgrenze geht vielfach mitten durch die Häuser, so dass einzelne Objekte in beiden Bezirken zu liegen kämen.

Um eine einheitliche Lösung herbeizuführen, hat nun der Gemeinderat beschlossen, die nördlich der Spiegelgrundstrasse quer durch die städtische Siedlung verlaufende Bezirksgrenze zwischen Hietzing und Ottakring derart in die benachbarten Verkehrsflächen umzulegen, dass durch Abtrennung einer Fläche von rund 26.200 Geviertmeter vom 13. Bezirk und deren Einbeziehung in den 16. Bezirk das gesamte Gebiet der nach einheitlichen Grundsätzen erbauten Siedlung an Ottakring fällt. Die neue Bezirksgrenze verläuft von der südöstlichen Ecke der Heilanstalt Steinhof (Ecke Reizenpfenninggasse-Sanatoriumstrasse) zuerst in der Verlängerung der Reizenpfenninggasse, dann entlang des Südostrandes des Parkes auf der "Baumgartner-Höhe" bis zur Spiegelgrundstrasse und Einmündung in die alte Grenze.

Der Bezirk Hietzing umfasst jetzt 24.250.000 Geviertmeter und wird nach dieser Grenzregelung 24.223.000 Geviertmeter zählen; Ottakring wird dann eine Fläche von 8.566.000 Geviertmeter einnehmen.

Spende.

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat zu Händen des Bürgermeisters zur Verteilung nach freiem Ermessen den Betrag von 30.000 Schilling gespendet. Der Bürgermeister hat in der letzten Sitzung des Gemeinderates der Spenderin den Dank ausgesprochen.

Strassenbahnfahrpreis am 26. Dezember.

Am Montag, den 26. Dezember (Feiertag) gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Fürsorgefahrtscheine, Schüleranweisungen und Schülerfreikarten haben keine Gültigkeit. Der Autobusverkehr ist an diese Tage eingestellt.

Jubilare der Ehe.

In den letzten Tagen feierten die Ehepaare Gustav und Katharina Gellner, Herman und Auguste Gronner, Josef und Eva Hirschler, Samuel und Rosalia Schwefel und Leopold und Marie Weiss das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien gestern, Freitag, amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Bezirksvertretung Favoriten.

Die Bezirksvertretung Favoriten tritt am Freitag, den 30. Dezember, um 16 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 355
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 27. Dezember 1932

Strassenbauten in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung wieder die Durchführung grösserer Strassenarbeiten in verschiedenen Bezirken Wiens beschlossen. In Favoriten wird der Umbau der Sonnwendgasse fortgesetzt; die Seitenfahrbahnen werden auch in der Strecke vom Haus Nr. 24 bis zum Haus Nr. 28 Asphaltbetonbelag erhalten. Die Kosten dieser im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes durchzuführenden Arbeiten betragen rund 53.000 Schilling. Ebenfalls im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes wird in Meidling die Schneiderhagasse von der Breitenfurterstrasse bis zur Oswaldgasse neu gebaut. Die Gasse ist die nordöstliche Randstrasse der Siedlung Altmanndorf. Ihre Herstellung ist insbesondere zum Zwecke der Entwässerung der Strassenrundfläche notwendig. Die Kosten dieser Strassenbauarbeiten betragen rund 47.000 Schilling. In der Brigittenau werden im Bereiche der städtischen Wohnhausanlage Engelsplatz weitere Strassenarbeiten durchgeführt. Es werden eine fahrbare Verbindung im Zuge der Vorgartenstrasse mit der Marchfeldstrasse und eine direkte Verbindung von der Wehlistrasse zur Marchfeldstrasse hergestellt. Die verlängerte Vorgartenstrasse erhält eine 7'5 Meter breite Schotterfahrbahn, die Verbindungsstrasse zwischen Wehlistrasse und Marchfeldstrasse eine 6 Meter breite Fahrbahn mit Asphaltbetondecke auf Betonunterbau. Für diese Arbeiten werden Kosten im Betrage von 25.000 Schilling aufgewendet. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten einen Zuschusskredit in der Höhe von 100.000 Schilling für die laufende Erhaltung der Makadamstrassen bewilligt und den Ankauf von neuen Pflastersteinen mit einem Kostenaufwand von 75.000 Schilling beschlossen.

Berufsberatungsamt der Stadt Wien.

Das Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der Arbeiterkammer, Hermannsgasse 28, sieht sich gezwungen, von allen jenen Ratsuchenden, die bei ihm nach dem 2. Jänner zum ersten Mal versprechen, einen einmaligen Drucksortenbeitrag in der Höhe von fünfzig Groschen einzuheben. Kinder arbeitsloser Eltern sind von dessen Entrichtung befreit. Die ärztliche Untersuchung, psychologische Eignungsfeststellung und Lehrstellenvermittlung der Ratsuchenden erfolgen nach wie vor unentgeltlich.

Ausstellung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden in Hitzing der Flötzersteig von der Waidhausengasse bis zur Linzerstrasse, die Drochslergasse und der Verbindungsweg Leneisgasse und in der Brigittenau der Hannovermarkt mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die zur Durchführung der Installationsarbeiten notwendigen Aufträge bereits vergeben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

357

Wien, am 29. Dezember 1932

Die Wasserversorgung Wiens.

Ein Aufruf des Wiener Magistrates.

Die Magistrats-Abteilung 34 a versendet an alle Hausinhabungen einen Aufruf, in dem es unter anderm heisst:

Die vom Magistrat gepflogenen Erhebungen haben ergeben, dass für viele Bewohner Wiens die im Wasserversorgungsgesetz vorgesehene, vollkommen abgabefreie Zumessung von 35 Litern Wasser pro Kopf und Tag zu Unrecht doppelt in Anspruch genommen wird. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass viele Hausinhabungen die im Gesetz vorgeschriebene, alljährlich im Jänner zu erstattende Anmeldung aller im vorhergegangenen Jahr erfolgten Bewohnerstandsänderungen unterlassen haben. Der Magistrat bringt diese gesetzliche Vorschrift in Erinnerung und erwartet, dass die Hausinhabungen jener Häuser, in denen Veränderungen des Bewohnerstandes während des laufenden Jahres oder noch früher eingetreten, jedoch nicht gemeldet worden sind, diese Änderungen im Jänner 1933 der Magistrats-Abteilung 34 a, Grabnergasse 6, bekannt geben werden. Die Meldungen sind auch von jenen Hausinhabungen zu machen, die in ihren Häusern keinen Wassermehrverbrauch aufweisen.

Zu zählen sind nur die im Haus ständig wohnenden und dort polizeilich gemeldeten Personen einschliesslich der Kinder; hingegen sind im Haus nicht wohnhafte Geschäftsinhaber und dort bloss beschäftigte Arbeiter und Angestellte in den Bewohnerstand nicht einzurechnen, da sie in den Häusern ihres ständigen Wohnsitzes gezählt werden.

Gegen alle Hausinhabungen, die diese gesetzlich vorgeschriebene Richtigstellung der Bewohnerstandsanzeigen nicht durchführen, wird, wenn sich bei den folgenden amtlichen Ueberprüfungen Unrichtigkeiten der Meldungen ergeben, mit strengen Verwaltungsstrafen vorgegangen werden; ausserdem wird eine nach dem Gesetz erhöhte Gebühr für das unrechtmässig bezogene Freiwasser rückwirkend vorgeschrieben werden.

Gleichzeitig mit diesem Aufruf versendet die Magistrats-Abteilung 34 a an alle Hausinhabungen ein Merkblatt mit den wichtigsten Bestimmungen des Wasserversorgungsgesetzes.

Neue Kurse an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An den Koch- und Haushaltungsschulen der Stadt Wien, Brückengasse 3 und Petrusgasse 10, beginnt am 1. Jänner 1933 eine Reihe neuer Kurse. Abgehalten werden Vormittags- und Abendkochkurse für einfache, feine und bürgerliche Küche, Abendkurse für Kleidermachen, Weissnähen und Flicker, ein Servierkurs und Koch- und Nähkurse. Anmeldungen und Auskünfte in der Schulkanzlei, Telefon B 25-4-19.

Schwere Rauhreifschäden an den Stromfreileitungen.

Die ausserordentlich starke Rauhreifbildung in den letzten Tagen hat den Freileitungen für elektrischen Strom schwere Schäden zugefügt. So traten durch den Rauhreif wiederholt Störungen an der Stromleitung Gresten-Wien auf, die Wasserkraftstrom nach Wien führt. Die Rauhreifbildung an den Seilen der Leitung erreichte in 20 Stunden eine Stärke von nicht weniger als 12 bis 15 Zentimetern; das entspricht einer Belastung der Seile je laufendes Meter von 6 bis 7 Kilogramm.

Um die Störungen sogleich beheben zu können, sind sofort die in ständiger Bereitschaft stehenden Arbeiterpartien auf die Strecke beordert worden, die Tag und Nacht an der Behebung der Schäden arbeiteten. Trotz den Störungen, die eine teilweise Stilllegung der Freileitungen zur Folge hatten, ist es den städtischen Elektrizitätswerken gelungen, durch Umschaltungen, die durch die in letzter Zeit durchgeführte Ausgestaltung des Wiener Stromnetzes möglich geworden sind, eine Unterbrechung der Stromlieferung im Wiener Netz zu vermeiden. Im Wiener Stromnetz ergaben sich daher keinerlei Störungen

de Lima *mit* *com* *John*

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

358

II. Ausgabe.

Wien, am 29. Dezember 1932.

Ein kommunistisches Sammlungsansuchen.

Die kommunistische Partei kündigt an, dass sie beim Wiener Magistrat um die Bewilligung zu einer öffentlichen Strassensammlung für die Grünbacher Arbeiter anzusuchen und ihrem Begehren durch einen Strassenaufmarsch Nachdruck zu geben beabsichtigt. Aus dem Rathaus wird hiezu mitgeteilt, dass seit vielen Jahren auf Grund schwieriger Vereinbarungen unter den Wohlfahrtsunternehmungen fast aller Richtungen im Jahr bloss fünf solche Bewilligungen - grundsätzlich nur für Wiener Zwecke - erteilt werden, und zwar für die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft, für die Wiener Blinden, für das Spital der Barmherzigen Brüder, für das Wiener Jugendhilfswerk und für die Winterhilfe. Eine Durchbrechung dieser Regel würde neue Vereinbarungen voraussetzen und zahllose gleiche Forderungen auslösen, denen man trotz ihrer inneren Berechtigung nicht gerecht werden könnte, weil die Häufung solcher Sammlungen in den Strassen sie schliesslich alle unwirksam machen würde. Der Magistrat kann also eine solche Bewilligung nicht erteilen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 359
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 30. Dezember 1932.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im September 1932.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, kamen im September dieses Jahres in Wien 1.194 Säuglinge lebend zur Welt; das sind um 7 weniger als im August dieses Jahres und um 121 weniger als im September 1931. Von den Lebensgeburten waren 642 Knaben und 552 Mädchen, 909 eheliche und 285 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 203, in Anstalten 991 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten im Berichtsmonate betrug wie im August dieses Jahres 131, um 18 mehr als im September 1931.

Im Berichtsmonate starben in Wien 1.605 Personen; das sind um 150 Personen weniger als im August dieses Jahres und um 217 weniger als im September 1931. Von den Verstorbenen waren 781 männlichen und 824 weiblichen Geschlechtes; 1.510 gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 91 ortsfremd waren. In der Wohnung starben 596, in Anstalten 1.009 Personen. Als hauptsächliche Todesursachen sind in 294 Fällen Krebs, in 248 Fällen organische Herzkrankheiten, in 139 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 92 Fällen Gehirnschlag angegeben worden; 76 Anzeigen haben als Todesursachen Lungen- und Rippenfellentzündung, 60 Anzeigen Arterienverkalkung, 53 Anzeigen Altersschwäche und 26 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. 99 Verstorbene standen in einem Alter bis zu fünf Jahren, 26 in einem Alter von fünf bis zehn Jahren, 12 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, 17 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, 89 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren, 109 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren, 164 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 279 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren; 810 Verstorbene waren mehr als sechzig Jahre alt.

Die Zahl der Selbstmorde in Wien betrug im September dieses Jahres 89; das sind um 17 weniger als im August dieses Jahres, aber um 13 mehr als im September 1931. Im Berichtsmonate unternahmen 149 Personen einen Selbstmordversuch, um 43 weniger als im August dieses Jahres und um 25 weniger als im September 1931.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangenen September in Wien 83 Säuglinge starben, um 15 weniger als im August dieses Jahres, aber um 16 mehr als im September 1931. Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 43 Knaben und 40 Mädchen, 63 eheliche und 20 uneheliche Kinder; 41 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 42 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Nach dem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik sind im September dieses Jahres 21.322 Personen nach Wien zugewandert und 11.727 Personen von Wien abgewandert. Die Zunahme der Bevölkerung durch Wanderung beträgt daher im Berichtsmonate 9.595 Personen.

Die Beschauggebühren von Vieh und Fleisch.

Die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch beträgt vom 1. Jänner 1933 an bis auf weiteres 1'60 Schilling. Für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffsstation ein- oder ausgeladen werden, ist die gleiche Grundgebühr zu entrichten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

361

Wien, am 31. Dezember 1932

Keine Ausbreitung der Grippe in Wien.

Während nach Zeitungsmeldungen in Nordamerika und England Grippeepidemien herrschen, kann nach einer Mitteilung des Wiener städtischen Gesundheitsamtes von einer Grippeausbreitung in Wien nicht gesprochen werden.

Beim städtischen Gesundheitsamt sind im Oktober dieses Jahres 48 Anzeigen über Grippeerkrankungen, im November 323 und im Dezember bisher 214 Anzeigen eingelangt. Da im Dezember 1931 an das städtische Gesundheitsamt 519 Anzeigen über Grippeerkrankungen erstattet worden waren, ist die Zahl der Grippeanzeigen im Dezember 1932 gegenüber Dezember 1931 um 305 zurückgegangen.

Die Grippeausbreitung in Wien ist daher derzeit sehr gering; zu einer Beunruhigung besteht daher kein Anlass.

Jubilare der Ehe.

In den letzten Tagen feierten die Ehepaare Salomon und Elisabeth Brandl und Leopold und Berta Pollak das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien heute amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ein neuer Vorstand der Augenabteilung im Krankenhaus der Stadt Wien.

Der neu bestellte Vorstand der Augenabteilung im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz, Dozent Dr. Arnold Pillat, hat seine Tätigkeit bereits begonnen. Der Betrieb der Augenabteilung und des augenärztlichen Ambulatoriums im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz wird daher mit 1. Jänner 1933 voll aufgenommen.

Neue Bezirksschulinspektoren in Wien.

Nach einer Mitteilung des Stadtschulrates für Wien hat das Bundesministerium für Unterricht an Stelle der Bezirksschulinspektoren Dr. Gustav Baumgartner, Friedrich Ludwig Schmidl und Karl Wolf, die in den Ruhestand getreten sind, die Hauptschullehrer Dr. Josef Albrecht, Dr. Josef Tomschik und Hans Ernst Butz mit den Funktionen von Bezirksschulinspektoren betraut. Ferner ist infolge der Pensionierung des Bezirksschulinspektors Friedrich Ludwig Schmidl die Inspektion aller öffentlichen und privaten Volks-, Haupt- und Sonderschulen des I., VII. und IX. Gemeindebezirkes dem Bezirksschulinspektor D. Leopold Zechner übertragen worden.

Mütterschule der Stadt Wien.

Im Rahmen der Mütterschule der Stadt Wien beginnt am 10. Jänner ein Kurs über Erziehung und Pflege des Kindes von achtzehn Monaten aufwärts. Der Kurs dauert zwölf Abende; er findet Dienstag und Donnerstag von 17 Uhr bis 19 Uhr statt. Am 16. Jänner beginnt ein Säuglingskurs mit anschließendem Praktikum in einem Säuglingsheim. Dieser Kurs dauert ebenfalls zwölf Abende und wird Montag und Donnerstag von 18 Uhr 30 bis 20 Uhr 30 abgehalten. Die Kurse finden an der Koch- und Haushaltsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3, statt; Auskünfte und Anmeldung in der Schulkanzlei, Fernsprecher B 25-4-19.

